



11. JAHRGANG, JUNI 1975, HEFT 2

RICHARD SAAGE:

Antisozialismus, Mittelstand und NSDAP
in der Weimarer Republik

RUDI SCHMIDT:

Die Geschichtsmythologen der 'anderen'
Arbeiterbewegung

HERMANN HOFFMANN:

Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung
im Staatsarchiv Würzburg

SYBIL MILTON:

Die Quellen zur Geschichte der deutschen
Arbeiterbewegung im Leo Baeck Institut, New York

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONS-
VORHABEN

NEUE LITERATUR * TAGUNGSBERICHT

ZEITSCHRIFTEN REPRINTS

DIE NEUE ZEIT.

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (seit 1901: Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie).

Herausgegeben von Karl Kautsky (seit 1890: vom Parteivorstand der SPD).

Redigiert von Karl Kautsky u.a. Jg. 1 (1883) bis Jg. 41 (1923) Stuttgart/
Berlin/Stuttgart. Neudruck Glashütten im Taunus 1971/75. In 74 Bänden
Gr. 8vo.

Komplette Reihe (Bd. 1-74, Jg. 1-41)	gebunden	DM 9.500,—
Komplette Reihe " "	brosch.	DM 8.500,—
Einzelbände: Jg. 1-8 (je Jg. ein Bd.)	brosch.	DM 120,—
Jg. 9 - 40 (je Jg. zwei Bände)	brosch. pro Bd.	DM 135,—
Jg. 41, 1. Halbband,	brosch.	DM 90,—
Jg. 41, 2. Halbband,	brosch.	DM 70,—
Registerband zu Jg. 1883 - 1912		DM 80,—
Registerband zu Jg. 1912 - 1923		DM 70,—

NEUE RHEINISCHE ZEITUNG.

Organ der Demokratie. Herausgegeben von Hermann Korff, Stephan Adolph
Naut und (die letzte rotgedruckte Nummer) von Karl Marx. — Chefredakteur:

Karl Marx, Redakteure: Heinrich Bürgers, Ernst Dronke, Friedrich Engels,
Ferdinand Freiligrath, Georg Weerth, Ferdinand Wolff, Wilhelm Wolff.

Köln Nr. 1 vom 1. Juni 1848 bis Nr. 301 vom 19. Mai 1849.

Neudruck Glashütten im Taunus 1973. Band 1: 1848 (Nr. 1 - 183) II, 990 S.,
Band 2: 1849 (Nr. 184 - 301) II, 818 S. Lwd. Zeitungsf.

DM 950,—

KARL MARX UND FRIEDRICH ENGELS

Historisch-kritische Gesamtausgabe (MEGA)

Werke, Schriften, Briefe. — Im Auftrage des Marx-Engels-Instituts Moskau

herausgegeben von D. Rjazanov und V. Adoratskij. Berlin, Frankfurt/M.,
Moskau und Leningrad 1927 - 1935. Neudruck Glashütten im Taunus 1970.

13 Bände (alles Erschienene) Insgesamt 8650 S. Lwd. Kl. 4to.

DM 1.650,—

VERLAG DETLEV AUVERMANN KG

D - 6246 Glashütten im Taunus · Zum Talblick 2 · Tel. (02674) 6 15 60



Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

INHALT	HANS HERZFELD: Ernst Fraenkel zum Gedächtnis	S. 145
	RICHARD SAAGE: Antisozialismus, Mittelstand und NSDAP in der Weimarer Republik	S. 146
	RUDI SCHMIDT: Die Geschichtsmythologien der 'anderen' Arbeiterbewegung	S. 178
	WALTER MOMPER: Die 10. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung in Linz vom 10. – 14. September 1974: Arbeiterbewegung und Faschismus; Der Februar 1934 in Österreich	S. 200
	HERMANN HOFFMANN: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Würzburg	S. 228
	SYBIL MILTON: Die Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Leo Baeck Institut, New York	S. 231
	FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete 24. Bearbeitet von Ursel Fadle	S. 244
	EINHART LORENZ: Die schwedische Zeitschrift „Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia”	S. 257
	NEUE LITERATUR	
	Manfred Asendorf, Aus der Aufklärung in die permanente Restauration. Geschichtswissenschaft in Deutschland, Hamburg 1974 (<i>Dorothea Fitterling</i>)	S. 260
	Die Fabrikordnung der Firma F. Brandts (Nachdr.d.Ausg. 1885), Mönchengladbach 1974; Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890 - 1933, Mönchengladbach 1974 (<i>Dirk H. Müller</i>)	S. 262
	Wilhelm Deist (Hrsg.), Militär und Innenpolitik 1914 - 1918, 2 Teile, Düsseldorf 1970 (<i>Ulrich Kluge</i>)	S. 264
	Kurt Klotzbach (Hrsg.), Drei Schriften aus dem Exil, Bonn-Bad Godesberg 1974 (<i>Gunnar Stollberg</i>)	S. 267
	Iring Fetscher (Hrsg.), Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974 (<i>Henryk Katz</i>)	S. 269
	Klaus von Beyme (Hrsg.), Empirische Revolutions- forschung, Köln 1973 (<i>Gerhard Haupt und Karin Hausen</i>)	S. 272
	Joachim Perels, Kapitalismus und politische Demokratie, Frankfurt/M. 1973 (<i>Gunnar Stollberg</i>)	S. 273

Jörg Kammler, Politische Theorie von Georg Lukács, Darmstadt und Neuwied 1974 (<i>Gottfried Mergner</i>)	S. 274
Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn-Bad Godesberg 1974 (<i>Georg Fülberth</i> und <i>Jürgen Harrer</i>)	S. 276
Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974 (<i>Anneke Sager</i>)	S. 278
Dieter Langewiesche, Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974 (<i>Dorothea Fitterling</i>)	S. 279
Franz Neuland, Proletarier und Bürger. Arbeiterbe- wegung und radikale Demokratie 1848 in Frankfurt am Main, Frankfurt/M. 1973 (<i>Walter Grab</i>)	S. 280
Klaus Goebel (Hrsg.), Aufstand der Bürger. Revolution im westdeutschen Industriezentrum, Wuppertal 1974 (<i>Walter Grab</i>)	S. 282
Hartfrid Krause, Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau, Kronberg/Ts. 1974 (<i>Ulrich Kluge</i>)	S. 283
Günter Bers, Der Jülicher Arbeiter- und Soldatenrat im November 1918, Jülich 1974 (<i>Ulrich Kluge</i>)	S. 285
Kuno Bludau, Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933 - 1945, Bonn-Bad Godesberg 1974 (<i>Eike Hennig</i>)	S. 286
Hansmartin Schwarzmaier (Bearb.), Der deutsche Südwesten in der Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern, Karlsruhe 1975 (<i>Ulrich Kluge</i>)	S. 287
Autorenkollektiv, Gewerkschaften und Medizin, Bd. 1 - 3, Berlin 1974 (<i>Hans Halter</i>)	S. 288
Hans Hautmann und Rudolf Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, Wien 1974 (<i>Anton Pelinka</i>)	S. 289
Gerhard Botz, Helmut Konrad und Hans Hautmann, Ferdinand Hanusch. Ein Leben für den sozialen Aufstieg, 1866 - 1923, Wien 1973 (<i>Anton Pelinka</i>)	S. 290
KURZANZEIGEN	S. 290
BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION	S. 293

ERNST FRAENKEL ZUM GEDÄCHTNIS

Von Hans Herzfeld

Die monumentale Festschrift, die Ernst Fraenkel zu seinem 75. Geburtstag am 26. Dezember 1973 von dem großen Kreis seiner Schüler, Freunde und Verehrer unter dem Titel „Klassenjustiz und Pluralismus“ gewidmet wurde, bringt in ihrem Vorwort (S. 9 - 13) eine knappe, aber alles Wichtige berührende Darstellung seines Lebensganges und seiner großen Leistungen. Sie gestattet es daher, an dieser Stelle den Nachdruck auf die persönlichen Verbindungen zu legen, die die große Zahl seiner persönlichen Freunde für diesen Heroen eines unerschütterlichen Kämpfers gegen Krankheit und drohendes Erlahmen seiner Kräfte erfüllen.

Als der Schüler Hugo Sinzheimer, der bis 1938 im Widerstand gegen den Nationalsozialismus zäh in Berlin ausharrende Vorkriegsfreund Otto Suhr, 1951 nach Berlin zurückkehrte, setzte sich mit einem Schlage die Erkenntnis durch, daß der eben noch in Korea tätige Mann der Gewerkschaften, der neben dem deutschen ein souveräner Kenner des amerikanischen Rechts und der amerikanischen Geschichte geworden war, unbedingt für die junge Freie Universität wie die von ihr noch getrennte Hochschule für Politik gewonnen werden mußte, eine Anregung, die von Otto Suhr mit Enthusiasmus aufgenommen wurde. Die Rechtfertigung war wirksam gegeben durch Fraenkels Lehrerfolg in diesem 1. Semester an einer deutschen Hochschule, der sofort zeigte, welche Anziehungskraft er auch als akademischer Lehrer für die Dauer entfalten würde. So wurde ein dauerhaftes Bündnis möglich, das auf beiden Seiten von der Überzeugung getragen wurde, daß es galt, die Hochschule für Politik in die Freie Universität einzugliedern und dadurch in diesem Rahmen rechtzeitig die Auseinandersetzung mit der Politischen Wissenschaft und der Soziologie Amerikas wie des Auslands überhaupt einzuleiten. Ernst Fraenkel ist in diesem Bestreben ein unschätzbarer Verbündeter geworden: Er war seinem eigenen Wesen und Werdegang entsprechend stets der unerbittliche Vertreter eines strengen Leistungsprinzips, der auf diesem Felde bis in seine letzten Jahre niemals zu Kompromissen bereit gewesen ist. Er hat gleichzeitig auch auf unsere besten historischen Schüler wie Gerhard A. Ritter einen Einfluß ausgeübt, der bis heute für ihre Lebensarbeit bestimmend ist.

Wahrscheinlich verdient auch seine Haltung an der Freien Universität in den letzten Jahren seit 1967 schon in naher Zukunft eine aufmerksame Beachtung und eine zum ernststen Nachdenken bereite wissenschaftliche Würdigung. Auch zu Kritik neigende Beobachter werden dann nicht leugnen können, daß er, bis zuletzt noch immer wissenschaftlich produktiv, sich dieser Probe wie ein Fels im Sturm gestellt hat. Der Vertreter einer, jeder liberalen Forderung offenen, dialektisch-pluralistischen Demokratie ist doch auch stets ein unermüdlicher Warner gewesen, daß die Krise der Freien Universität auf die Dauer nicht durch tagespolitische Kompromisse, sondern nur durch echte Leistung aus ihrem eigenen inneren Bereich überwunden werden könne. So wird er in der Erinnerung aller, die ihm näher getreten sind, auch jetzt nach seinem, noch immer zu frühen Heimgang nach wie vor eine der großen Gestalten bleiben, die zahlreiche Keime dauernder Wirkung ausgesät hat und mit dem sich in vollem Umfang auseinanderzusetzen, dauernd gefordert ist.

ANTISOZIALISMUS, MITTELSTAND UND NSDAP IN DER WEIMARER REPUBLIK *

Von Richard Saage

Wer nach den Ursprüngen des deutschen Faschismus forscht, wird um die Diskussion seiner Massenbasis nicht herumkommen. Daß diese im sogenannten Mittelstand verankert war, erschien bereits im Jahre 1923 Clara Zetkin, den italienischen Faschismus vor Augen, eine ausgemachte Sache: dessen soziales Substrat sei in den „proletarisierten oder von der Proletarisierung bedrohten klein- und mittelbürgerlichen Schichten, der Beamten“ und „bürgerlichen Intellektuellen“¹ zu suchen. Seitdem hat die Rede von „dem“ Mittelstand als der entschiedensten antisozialistischen Massenbewegung, die zugleich einem spezifischen Antikapitalismus verbunden schien, stets neuen Auftrieb erhalten, wenn es galt, die Genese des Faschismus zu rekonstruieren. Zugleich aber ist nicht nur in der unmittelbaren politischen Argumentation und Auseinandersetzung, sondern auch in der Literatur die Tendenz zu beobachten, „den“ Mittelstand zu einem historischen Individuum zu stilisieren, das je nach dem erkenntnisleitenden Interesse des Interpreten mehr oder weniger „autonom“ auf der politischen Bühne agiert. Die Frage jedoch, wie er in der realen Klassen- und Schichtenstruktur der Weimarer Republik zu lokalisieren sei, wird allzu oft ausgeblendet. Um eben dieser Gefahr gleich zu Beginn der nun folgenden Ausführungen vorzubeugen, erscheint es mir notwendig, wenigstens andeutungsweise die soziopolitische Situation der mittelständischen Schichten in der Weimarer Republik zu skizzieren.

Folgt man Theodor Geigers 1932 erschienener grundlegender empirischer Studie über „Die soziale Schichtung des deutschen Volkes“, so wird davon auszugehen sein, daß die Sozialstruktur der Weimarer Republik durch die Existenz dreier „Klassen“ charakterisiert war: Kapitalisten, Arbeiter und Mittelstand. Ausgehend von der im Jahre 1925 durchgeführten Berufszählung setzte Geiger deren Resultate „zu einer bestimmten Einkommensschwelle oder Besitzstufe in Relation. Es ergab sich, daß nicht alle Kopfarbeiter oder alle Bauern ein und derselben Untergruppe des Mittelstandes zugerechnet werden durften. Ärzte zum Beispiel, die ein Krankenhaus besaßen oder leiteten oder mehr als 30 000 Mark Jahreseinkommen hatten, wurden sogar einer anderen Klasse, den Kapitalisten, zugeordnet, da ihre Einkünfte zum Teil in Gewinn aus Kapitalinvestitionen bestanden. Alle freiberuflich tätigen Ärzte hingegen zählten zum Mittelstand, während Ärzte, die nahezu ausschließlich Versicherte der staatlichen Krankenkassen behandelten oder weniger als 3 000 Mark jährlich verdienten, der Personenkategorie des proletaroiden Mittelstandes zugeteilt wurden“.² Diese im ganzen nicht unproblematische Klassifizierung einmal als gegeben vorausgesetzt, kam Geiger zu folgendem Ergebnis:³

* Dieser Aufsatz ist Teil einer größeren Studie, die den Arbeitstitel *Faschismustheorien* trägt. Sie wird demnächst in der vom Verlag C.H. Beck herausgegebenen „Schwarze Reihe“ erscheinen.

1 Clara Zetkin, *Der Kampf gegen den Faschismus*, in: Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln und Berlin 1967, S. 91.

2 Arthur Schweitzer, *Die Nazifizierung des Mittelstandes*, Stuttgart 1970, S. 2.

3 Zitiert nach Arthur Schweitzer, *Die Nazifizierung . . .*, S. 2.

Tabelle 1

	Erwerbs- tätige	in Prozent der Bevöl- kerung	Erwerbstätige und Angehö- rige	in Prozent der Bevöl- kerung
Kapitalisten	299 630	0,84	574 752	0,92
Mittelstand	8 745 252	24,39	16 026 135	25,68
Arbeiter	26 808 848	74,77	45 809 732	73,40
	35 853 730	100,0	62 410 619	100,00

Das wichtigste Resultat dieser an rein wirtschaftlichen Kriterien orientierten Auswertung ist zweifellos der außerordentlich hohe Anteil der Arbeiter (74,77%) an der Gesamtbevölkerung. Gleichwohl bleibt dieses Ergebnis insofern undifferenziert, als es zwei Wirtschaftsgruppen unter den Begriff „Arbeiter“ subsumiert, die sich, obwohl in ihrem Lebensstandard mit diesem gleichgestellt, in ihrem Selbstverständnis dezidiert vom Lohnproletariat absetzen suchten: die Angestellten in Industrie und Verwaltung, also der „neue Mittelstand“ einerseits und der „alte Mittelstand“, d.h. Gewerbetreibende, Bauern und Proletaroiden andererseits. Nimmt man diese Gruppen aus der Arbeiterschaft heraus, ergibt sich folgendes Bild: 4

Tabelle 2

	Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung	Berufszugehörige in Prozent der Bevölkerung
Kapitalisten	0,84	0,92
Alter Mittelstand	18,33	17,77
Neuer Mittelstand	16,04	17,95
Proletaroiden	13,76	12,65
Proletariat	51,03	50,71

Dadurch also, daß „alter“ und „neuer Mittelstand“ sowie Proletaroiden aus der Arbeiterschaft ausgeklammert wurden, verringerte sich deren Anteil von 73,4% auf 50,71%, während der sogenannte Mittelstand von 25,68% auf 48,7% der Bevölkerung anstieg. Dennoch bleiben diese Zahlen so lange „abstrakt“, wie sie nicht wenigstens andeutungsweise mit der sozialpolitischen Situation der Weimarer Republik in Verbindung gebracht werden.

Als die wohl bedeutendste Schicht innerhalb des „alten Mittelstandes“ müssen zweifellos die sogenannten Gewerbetreibenden (Handwerker, kleine Kaufleute etc.) angesehen werden. Heinrich August Winkler zufolge läßt sich deren Situation in der Weimarer Republik durch zwei Aspekte charakterisieren: durch Kontinuität eines Selbstverständnisses, das sich im wesentlichen im Kaiserreich herausgebildet hatte, und komplementär dazu, eine vor dem Ersten Weltkrieg nicht gekannte gesellschaftliche Isolation, die sie mit anderen mittelständischen Gruppen teilten. Was die Produktionsweise und „Mentalität“ des gewerblichen Mittelstandes betrifft, so sind deren Einbettung in vorindustrielle Traditionen oft hervorgehoben worden. Dem entsprach im übrigen ein politisches Verhalten, das, wie Winkler betont, sich „am Wunschbild eines starken, vermeintlich überparteilichen Staates“ orientierte, „wie ihn das Kaiserreich gekannt hatte. Schutz vor politischem und wirtschaftlichem Wettbewerb:

das war die aus mittelalterlichem Zunftdenken herrührende Erwartung, an der das selbständige Klein Gewerbe den Staat und die Parteien maß".⁵ Gesellschaftlich isoliert aber waren die verschiedenen Interessenverbände des gewerblichen Mittelstandes bis zum Vorabend des „Dritten Reiches“, weil einerseits ihr wichtigster Verbündeter in der wilhelminischen Ära, nämlich die Großagrarier, nach dem Ersten Weltkrieg „fürs erste aus ihrem Immediatverhältnis zur Staatsmacht entlassen“⁶ waren und somit als Bündnispartner nur geringen Wert hatten. Andererseits aber blieb der Großindustrie aufgrund des politischen Systemwechsels und der damit verbundenen Revolutionsfurcht vorerst keine andere Wahl als das Zusammenwirken mit der organisierten Arbeiterschaft. Dieser, unter Ausschaltung des gesamten Mittelstandes zustandegekommene gesellschaftliche Kompromiß, der im Stinnes-Legien-Pakt vom 15. November 1918 seinen unmittelbar politischen Ausdruck fand, „bildete ein gewerkschaftlich-großindustrielles Rückversicherungsabkommen auf Gegenseitigkeit, das gegenüber Rätebewegung, staatlicher Bürokratie und revolutionärer Regierung einen quasi-syndikalistischen Primat der Ökonomie proklamierte“.⁷

Theodor Geiger hat Ende der 20er Jahre noch auf zwei weitere Schichten hingewiesen, die dem „alten Mittelstand“ zuzuordnen sind: die Bauernschaft und die Proletaroiden. Die Stellung der Bauern ist ihm zufolge dadurch charakterisiert, daß ihre Existenz durch eine besonders strenge Ortsgebundenheit und die Orientierung an der individuellen wirtschaftlichen Autarkie bestimmt sei. Dieser vorkapitalistischen Produktionsform korrespondiere eine besondere Art seines Eigentumsdenkens: „er ist nicht so sehr expansiv auf Menge und Mehrung gerichtet, als auf Erhaltung individuell bestimmter Habe“.⁸ Was ihn über diese vorindustrielle Orientierung hinaus mit dem Klein Gewerbe und den Angestellten verbinde, sei „die gelegentlich in krampfhafteste Formen abartende Verteidigung eines *gesellschaftlichen Prestiges* der Schicht als solcher“.⁹ Große Aufmerksamkeit schenkt Geiger darüberhinaus den sogenannten Proletaroiden. Diese Schicht könne zum großen Teil als alter „abgeglittener“ Mittelstand charakterisiert werden, der sich vom Klein Gewerbe nur durch Resignation unterscheide. Folgt man Geiger, so waren die Proletaroiden noch unterhalb der Industriearbeiterschaft zu lokalisieren: sie stellten „einen besonders hohen Prozentsatz beruflich vollkommen unqualifizierter, fast parasitär zu nennender Existenzen“¹⁰ dar. Während die Proletaroiden im Handelsgewerbe mit etwa 15% vertreten waren, stellte der Agrarsektor mehr als 50% der gesamten Schicht. Der agrarische Proletaroid nehme nicht zuletzt deswegen eine Sonderstellung ein. Als sozialer Typ zwischen den kleinsten Bauern und dem landwirtschaftlichen Arbeiter mit eigenem Acker angesiedelt, komme seine Lebenshaltung durchschnittlich dem der Landarbeiter näher als der des Bauern, obgleich er seiner Mentalität nach diesem mehr verwandt sein dürfte. Demgegenüber stellten die Heimarbeiter, die nur rund 8% der gesamten Schicht umfaßten, die Verbindung zur Industriearbeiterschaft her. Im Gegensatz zu dieser sei er freilich nicht jener typischen Mobilität unterworfen, die aus der Stellung des Industriearbeiters im Produktionsprozeß resultiere: abgesehen davon, daß

5 Heinrich August Winkler, *Vom Protest zur Panik: Der gewerbliche Mittelstand in der Weimarer Republik*, in: Hans Mommsen u.a. (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 790.

6 Heinrich August Winkler, *Vom Protest . . .*, in: *a.a.O.*, S. 779.

7 *Ebd.*

8 Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*, Stuttgart 1932, S. 87.

9 *Ebd.*

10 Theodor Geiger, *a.a.O.*, S. 90.

ein Zehntel der Hausgewerbetreibenden einen landwirtschaftlichen Nebenberuf ausübt, müsse er als festgesiedelt gelten. Aus kaum vorstellbarem Elend, verbunden mit uralter handwerklicher und landwirtschaftlicher Überzeugung, sei in der Weimarer Republik ein sozialer Typ entstanden, der konservativste Haltung und wildesten politischen Radikalismus miteinander vereinige. Gleichzeitig seien, vermittelt teilweise durch häusliche Isolierung außerhalb des Berufsverbandes und kleinsten Bodenbesitz, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter außerordentlich schwer organisierbar gewesen. ¹¹

Kann Winkler zufolge im Hinblick auf das vorindustriekapitalistische Selbstverständnis des „alten Mittelstandes“ von einer Kontinuität seiner Entwicklung in Kaiserreich und Republik gesprochen werden, so scheint dies für den „neuen Mittelstand“ (Angestellte, kleinere und mittlere Beamte) nicht zuzutreffen. Wie Jürgen Kocka betont, vollzogen sie nämlich während des Ersten Weltkrieges „eine gemäßigte Linksschwenkung . . . Mehr als bisher nahmen sie Zuflucht zu kollektivem Vorgehen gegenüber Arbeitgebern; sie forderten Mindestgehälter und bald auch Tarifverträge; trotz Zensur und Burgfrieden erschienen klassenkämpferische Töne in Verbandspublikationen, in denen sie vor 1914 gefehlt hatten“. ¹² Gleichwohl ist festzustellen, daß sich dieser „Linkskurs“ in der Weimarer Republik nicht fortsetzte. Obgleich die Tendenz zur gewerkschaftlichen Organisation der Interessen des „neuen Mittelstandes“ fortbestand, dominierte bald ein dezidiertes anti-proletarisches Absetzungsstreben, das in einem berufsständischen Selbstverständnis einerseits und einer mittelständischen Einstellung andererseits konkreten Ausdruck fand: jene unterschied ihn nicht nur von den Lohnarbeitern, sondern hinderte ihn auch daran, eine Angestellten-Einheitsgewerkschaft zu gründen; diese setzte seine Selbsteinschätzung gleichfalls sowohl nach „unten“ (Proletariat) als auch nach „oben“ (Kapital) hin ab; „im Unterschied zum berufsständischen Muster schloß“ diese Einstellung „jedoch Angestellte verschiedenen Berufes ein: kaufmännische, technische, allgemeine Büroangestellte etc.“. ¹³ Gemeinsam war beiden Grundmustern die Verwurzelung in der vorkapitalistischen Zeit. Wie dies schon beim alten Mittelstand zu beobachten war, wurde das politische Verhalten auch der Angestellten sowie der mittleren und kleineren Beamten durch weiterwirkende vorindustrielle Traditionen bestimmt, die sich im Rahmen der Industrialisierung und Modernisierung in Deutschland durchgehalten hatten.

Daß der Nationalsozialismus ab 1929 sein Rekrutierungspotential in den hier grob skizzierten Mittelschichten hatte, ist, wie schon angedeutet wurde, in der Literatur so gut wie unbestritten. ¹⁴ Beantwortet erscheint damit freilich noch nicht die Frage, ob die Mittelschichten dem Nationalsozialismus eine „originäre“ Machtbasis boten, die sich tendenziell der Manipulierung durch die gesellschaftlich herrschende Klasse entzog. Im engsten Zusammenhang mit dieser Problematik steht zugleich aber die Frage, wie es zur Nazifizierung und damit zur Vereinheitlichung dieser, wie deutlich geworden sein dürfte, äußerst heterogenen Zwischenschichten kam. Soweit ich sehe, lassen sich in der Literatur zwei Argumentationsrichtungen ausmachen, die es in diesem Kontext kritisch zu rekonstruieren gilt:

11 Theodor Geiger, *a.a.O.*, S. 91.

12 Jürgen Kocka, *Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914 – 1933*, in: Hans Mommsen u.a. (Hrsg.), *Industrielles System . . .*, S. 794.

13 *A.a.O.*, S. 804 f.

14 Eine abweichende Meinung vertritt z.B. Reinhard Bendix, *Social Stratification and Political Power*, in: Reinhard Bendix und Seymour Martin Lipset (Hrsg.), *Class, Status and Power*, Glencoe, Ill. 1956, S. 605. Zur Kritik an Bendix vgl. aber Seymour Martin Lipset, *Der „Faschismus“*. Die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, S. 465.

einerseits Deutungsversuche, die von der sekundären Bedeutung des Mittelstandes als der Massenbasis des deutschen Faschismus ausgehen und andererseits Interpretationen, die umgekehrt das Originäre am Faschismus gerade in seinem mittelständischen Massenanhang sehen.

I. Das kontingente Verhältnis von Nationalsozialismus und Mittelstand

A) Das sowjetmarxistische Polarisierungstheorem

Bekanntlich hatten Marx und Engels unter den Bedingungen der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts die rasche Durchsetzung der Reduktion der Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft auf die Dichotomie von Bourgeoisie und Proletariat erwartet. Im „Kommunistischen Manifest“ heißt es: „Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung“. ¹⁵ Solange aber diese „Zwischengruppen“ bzw. „Mittel- und Übergangsstufen“ oder, wie Marx sie auch nannte, „Mittelschichten der Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat“ existierten, sprach er ihnen, zumal unter den Bedingungen seiner Zeit, den Charakter einer autonomen politischen Kraft aufgrund ihrer gesellschaftlich heterogenen Interessen ab: als politische Akteure seien sie nur zu denken entweder in Koalition mit der Bourgeoisie oder in Anlehnung an das Proletariat. Bereits in der frühen Phase der Komintern wurde dieses Theorem unmodifiziert auf die Situation der Weimarer Republik übertragen, als es galt, sich der faschistischen Herausforderung in Italien zu stellen. Die Bestimmung des Verhältnisses zwischen den in Bewegung geratenen mittelständischen Massen und dem Faschismus, die Theorie und Praxis der frühen Komintern bestimmte, faßt Nicos Poulantzas in folgendem Kommentar zusammen: „Bereits innerhalb der Diskussion auf dem EKKI-Plenum vom Juni 1923 wurde das besondere Verhältnis zwischen Faschismus und Kleinbürgertum betont; allerdings wurde dabei das Kleinbürgertum als bloßer 'Anhang' im Schlepptau des Großkapitals betrachtet. Das Plenum übernahm eine in der Roten Fahne vom 18.V.1923 publizierte Resolution der KPD, nach der der Faschismus in zwei unterschiedliche Flügel zu unterteilen sei; der eine sei unmittelbar vom Großkapital gekauft, der andere bestehe aus nationalistischen Kleinbürgern, die von dem ersten Flügel betrogen würden. In die gleiche Richtung gingen damals die Analysen von Radek und Clara Zetkin“. ¹⁶

In der Tat ließ Clara Zetkin in ihrem Referat auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale in Moskau 1923 keinen Zweifel daran aufkommen, daß der Faschismus „der stärkste, der konzentrierteste“, ja „der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblick“ ¹⁷ sei. Allerdings kontrastierte diese

15 Karl Marx und Friedrich Engels, *Manifest der kommunistischen Partei*, in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED (im folgenden zitiert: *MEW*), 39 Bde, Berlin 1956 – 1968, Bd. 4, S. 459 – 493, hier S. 469 f.

16 Nicos Poulantzas, *Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus*, München 1973, S. 261, Anm.

17 Clara Zetkin, *Der Kampf gegen den Faschismus*, in: a.a.O., S. 88.

Einschätzung des Faschismus, die ihm jede politische Eigenständigkeit absprach, mit der gleichzeitigen Kritik der Auffassung, „daß der Faschismus nichts . . . als gewalttätiger, bürgerliche Terror“ sei und es keineswegs angehe, ihn „geschichtlich seinem Wesen und seiner Wirkung nach auf eine Stufe mit dem weißen Schrecken in Horthy-Ungarn“¹⁸ zu stellen. Der „Träger des Faschismus“ sei nämlich „nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen“.¹⁹ Als „Ausfluß der Zerrüttung und des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft und . . . Symptom der Auflösung des bürgerlichen Staates“²⁰ profitiere er politisch vor allem von „der Proletarisierung breiter klein- und mittelbürgerlicher Massen“ sowie von „dem Notstand des Kleinbürgertums“ und „dem grauen Elend der ‘Intelligenz’“.²¹ Angesichts der Unfähigkeit der reformistischen Sozialdemokratie, die proletarisierten mittelständischen Schichten zu integrieren, hätten die Faschisten es verstanden, „außerordentlich geschickt an die Stimmungen, Interessen und Forderungen breiter sozialer Massen“ anzuknüpfen.²² Sollte in Deutschland eine faschistische Machtergreifung verhindert werden, so müsse die Kommunistische Partei die „Methoden der Agitation und Propaganda“ gerade auf diese Gruppen konzentrieren. „Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, bleibt Mohammed nichts anderes übrig, als zum Berge zu gehen. Wenn jene neuen Massen, um die wir werben müssen, nicht zu uns kommen, müssen wir sie aufsuchen, müssen mit ihnen in einer Sprache reden, die ihrer Einstellung entspricht, ohne daß wir dabei das geringste von unserer kommunistischen Auffassung preisgeben“.²³ Freilich basierte Zetkins Hoffnung, die mittelständischen Schichten für die kommunistische Revolution zu gewinnen, auf der Annahme, daß jene per se keine autonome gesellschaftliche Kraft darstellten; vielmehr schwankten sie „zuerst zwischen den gewaltigen historischen Heerlagern des Proletariats und der Bourgeoisie unschlüssig hin und her“.²⁴ Solange das Proletariat sich nicht nur revolutionär verhalte, sondern auch „Aussichten auf den Sieg zu haben“ scheine, sympatisierten sie mit diesem. Sobald sich aber große Teile der organisierten Arbeiterbewegung für einen reformistischen Kurs entscheiden, würden sich die breiten „Massen der Fascisten dahin“ schlagen, „wo die meisten ihrer Führer von Anfang an – bewußt oder unbewußt – standen: auf der Seite der Bourgeoisie“.²⁵ Zetkin zufolge waren also die Zwischenschichten in der Weimarer Republik disponibel; sie müssen sich, ganz analog der Marxschen Prognose in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, an eine der beiden „Hauptklassen“ der bürgerlichen Gesellschaft, also an Proletariat oder Kapitalisten, anlehnen. Genau dies sei bereits in einem großen Umfang geschehen: „Die Bourgeoisie begrüßt selbstverständlich die neuen Bundesgenossen mit Freude. Sie erblickt in ihnen einen starken Machtzuwachs, einen in ihrem Dienste zu allem entschlossenen Gewalthaufen“.²⁶

18 Ebd.

19 Clara Zetkin, *a.a.O.*, S. 89.

20 Clara Zetkin, *a.a.O.*, S. 90.

21 Ebd.

22 Clara Zetkin, *a.a.O.*, S. 94.

23 Clara Zetkin, *a.a.O.*, S. 109.

24 Clara Zetkin, *a.a.O.*, S. 93.

25 Ebd.

26 Ebd.

Auch wenn Zetkin in letzter Instanz den Faschismus als bloße Hilfstruppe im Auftrag des Großkapitals ansah, so verwies sie doch immerhin auf dessen Verwurzelung in den kleinbürgerlichen Schichten. Etwa 10 Jahre später, nachdem die nationalsozialistische Machtübernahme erfolgt war, ließ Arthur Rosenberg, längst aus der KPD ausgeschieden, in Übereinstimmung mit der Faschismustheorie der Komintern, wie sie 1928 auf dem 6. Weltkongreß beschlossen wurde, selbst diesen Aspekt in seiner Analyse fallen. Betonte Zetkin immerhin noch die originären Züge der faschistischen Massenbewegung, auf die es sich einzustellen gelte, so vermochte Rosenberg in dieser nichts anderes zu sehen „als einen guten alten Bekannten“: 27 Der Faschismus, so lautete seine Hauptthese, „ist der gegenrevolutionäre Kapitalist, der geborene Freund der klassenbewußten Arbeiterschaft. Der Faschismus ist weiter nichts als eine moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution“. 28 Für Rosenberg war 1934 klar, daß am Faschismus neue Züge nicht zu entdecken seien und daß er voll aufgehe in seiner Funktion als Agentur des Monopolkapitals; denn „trotz aller taktischen Differenzen bleiben die faschistischen Stoßtrupps Fleisch vom Fleisch der regierenden Kapitalisten oder Feudalherren. Es ist nicht wahr, daß es in solchen Zeiten drei Kräfte im Staat gibt: regierende Kapitalisten, Faschisten und demokratische Sozialisten. Sondern es gibt immer nur zwei: Kapitalisten und Faschisten auf der einen Seite, Demokraten und Sozialisten auf der anderen“. 29 In der Perspektive dieser verschärften Polarisierung spricht Rosenberg sogar, Clara Zetkin eindeutig dogmatisch modifizierend, der NSDAP den Charakter einer kleinbürgerlichen Partei ab. Zwar sei es richtig, „daß sich 1933 die deutschen Mittelklassen fast geschlossen zu Hitler bekannten. Indessen muß jede bürgerliche Partei, um zur Massenbewegung zu werden, den Mittelstand für sich gewinnen. Daß die Bauern und Handwerker im allgemeinen für Hitler stimmten genügt noch nicht, um die Nazis zu einer kleinbürgerlichen Bewegung zu machen. Dazu wäre nötig, daß die Partei in erster Linie die Interessen des Kleinbürgertums gegenüber den anderen Klassen vertreten hätte“. 30 Dies aber konnte deswegen nicht der Fall sein, weil es für gewöhnlich nicht die Art des Kleinbürgers sei, „selbständig auf dem politischen Kampffeld zu erscheinen; im offenen Gegensatz sowohl zum Kapitalismus wie zum Proletariat. Viel lieber schließt sich der Kleinbürger einer der beiden großen gesellschaftlichen Kräfte an, oder er schwankt je nach den Umständen zwischen beiden“. 31 Die Nazis, so Rosenberg, seien die Partei des „absterbenden Kapitalismus“, die ihren kapitalistischen Charakter lediglich vor den Massen verschleierten, „um sich im proletarischen Deutschland durchsetzen zu können“. 32 Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, wohin eine „dogmatisierende materialistische“ Analyse des Faschismus führt: indem sie den historischen Prozeß a priori als einen kapitalistischen identifiziert, der seinerseits nur aufgrund einer abstrakten Negation durch die „sozialistische Identität“ ersetzbar erscheint, muß sie alle sozialen Bewegungen entweder unter den Begriff des Kapitalismus oder den des Sozialismus subsumieren. „Daß es politische Bewegungen geben kann, die sich gleichermaßen gegen den bürgerlichen Liberalismus wie gegen seinen Antipoden, die sozialistische Arbeiterbewegung (Rosa Luxemburg) richten, d.h. daß es politische Bewegungen geben kann,

27 Arthur Rosenberg, *Der Faschismus als Massenbewegung. Sein Aufstieg und seine Zersetzung*, in: ders., *Demokratie und Klassenkampf. Ausgewählte Studien*. Hrsg. und eingeleitet von Hans Ulrich Wehler, Frankfurt/M., Berlin und Wien 1974, S. 224.

28 *Ebd.*

29 Arthur Rosenberg, *a.a.O.*, S. 236.

30 Arthur Rosenberg, *a.a.O.*, S. 288.

31 *Ebd.*

32 Arthur Rosenberg, *a.a.O.*, S. 289.

die zwar wesentliche Momente einer gegen 'die' Arbeiterbewegung gerichteten Politik realisieren, ohne mit 'dem' Kapitalismus 'identisch' zu sein, wird verdrängt (nicht zuletzt, weil man sich primär nur noch mit der taktischen Fragestellung der Bestimmung der 'Hauptstoßrichtung' und des 'Hauptgegners' beschäftigt und beides in besonderen Erscheinungsformen 'des' Finanzkapitalis sieht)".³³

Die analytische Schwäche der sowjetmarxistischen Einschätzung des sozialen Charakters der NSDAP, die Rosenberg in seiner Analyse exemplarisch verdeutlicht, wird vollends evident, wenn er die Konsequenzen aus seinem Ansatz zieht: in dem Maße nämlich, wie dem Faschismus eine originäre gesellschaftliche Basis abgesprochen und komplementär dazu sein Agentencharakter im Dienste der gerade herrschenden Kapitalfraktion betont wird, erscheint er als ein „Überbauphänomen“ gleichberechtigt neben anderen möglichen Agenturvarianten des bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaates. Der Logik seines Ansatzes folgend, „differenziert“ er denn auch zwischen drei Formen des deutschen Faschismus nach 1930: Nationalsozialisten, Deutsch-Nationale und die „Richtung Brüning“³⁴: Varianten der politischen Herrschaft des Kapitals, die sich bestenfalls graduell, nicht aber qualitativ unterscheiden sollen. Nachdem sich die ersten beiden faschistischen Fraktionen gegen die Brüning-Richtung durchgesetzt hätten, müsse die NSDAP als „die eindeutige Partei der großkapitalistischen Diktatur, verbündet mit den Junkern, Generälen, Bürokraten und Polizisten“ gelten. „Würde demnächst Hitler“, so schätzte Rosenberg den Herrschaftscharakter der NSDAP ein, „gegen einen General oder gegen einen Prinzen ausgewechselt, so würde dies an den Kräften und an der Funktion des Systems nichts ändern“.³⁵ Diesen „Irrgarten der Agententheorie“ (Wehler) vorausgesetzt, verschwinden bei Rosenberg (und der Komintern) bei ihrer Einschätzung des Faschismus als einer Massenbewegung notwendig „alle Konturen zwischen autoritären und faschistischen Regimes, zwischen historischen und neuartigen Faktoren, zwischen einem konventionellen Politiker wie Schleicher und einem charismatischen 'Führer' wie Hitler“.³⁶

Daß diese extrem heteronomistische Variante der Faschismuskonzeption der Komintern spätestens 1935 auf dem 7. Weltkongreß in einigen Aspekten modifiziert wurde, ist bekannt. Ausdrücklich wandte sich Dimitroff gegen die bisher vorherrschende These, nach der „die Brüningregierung eine Regierung der faschistischen Diktatur war“.³⁷ Demgegenüber müsse festgestellt werden, der Faschismus an der Macht sei „nicht die einfache Ersetzung einer

33 Eike Hennig, *Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938*, Frankfurt/M. 1973, S. 33.

34 Arthur Rosenberg, *Der Faschismus* . . . , S. 284 f.

35 A.a.O., S. 302.

36 Hans Ulrich Wehler, Einleitung zu Arthur Rosenberg, *Demokratie und Klassenkampf*, S. 16. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei freilich darauf hingewiesen, daß Rosenberg zwar mit der Komintern in der Beurteilung des Nationalsozialismus als einer Massenbewegung übereinstimmt, keineswegs aber alle Implikationen der kommunistischen Faschismustheorie akzeptiert. So lehnte er z.B. die These ab, „daß die deutsche Arbeitnehmerschaft durch all das Blut und den Schmutz der Hitlerwirtschaft hindurch, mit Hilfe der Nazis zur Macht kommen werde“. Dem sei die objektive Unmöglichkeit entgegenzuhalten, „daß eine Klasse, die besiegt und geschwächt ist, plötzlich durch diesen Farbenwechsel zur Macht gelangt“ (Arthur Rosenberg, *Der Faschismus* . . . , S. 302). Vgl. zu diesem Aspekt der Faschismustheorie Rosenbergs auch Gunnar Stollberg, *Theorie und Erfahrung. Die Faschismusschriften Rosenbergs, Serings und Sternbergs im Lichte der Marx-schen Theorie*, in: *IWK*, Jg. 10 (1974), H. 1, S. 4.

37 Zitiert nach Axel Kuhn, *Das faschistische Herrschaftssystem und die moderne Gesellschaft*, Hamburg 1973, S. 34.

bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offene terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschiedes wäre ein ernster Fehler".³⁸ Wie Dimitroff einerseits zugestand, es sei falsch gewesen, „irgendein allgemeines Entwicklungsschema des Faschismus für alle Länder und alle Völker aufstellen zu wollen“,³⁹ so kritisierte er andererseits, daß die Komintern „das gesamte nichtkommunistische Lager als faschistisch betrachtete“. ⁴⁰ Freilich täuscht diese „Revision“, die sich vor allem in der Abkehr vom Sozialfaschismus-Theorem konkretisierte, nicht darüber hinweg, daß die auf dem 7. Weltkongreß beschlossene Definition des Faschismus an der Macht, wonach dieser „die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“⁴¹ sei, am einseitig instrumentellen Charakter des Nationalsozialismus prinzipiell festhält; an den historischen Konsequenzen der Politik der Komintern angesichts des erstarkenden Faschismus am Ende der Weimarer Republik konnte sie ohnehin nichts ändern. Es war nicht zuletzt die ihr zugrundeliegende Fehleinschätzung der gesamtgesellschaftlichen Klassenverhältnisse, wie sie der Aufstieg des Faschismus als Massenbewegung ⁴² mit sich brachte, die über ihre analytische Defizienz hinaus entscheidend mit dazu beitrug, daß die mächtigste Arbeiterbewegung der Welt die vernichtendste Niederlage ihrer Geschichte hinnehmen mußte. Indem der Faschismus als „Diktatur“ im konventionellen Sinn verharmlost wurde, waren die Voraussetzungen dafür gegeben, daß er, an die Hebel der Macht gelangt, zur historisch wirksam gewordenen Kritik seiner Fehleinschätzung durch einen signifikanten Teil der organisierten Arbeiterbewegung werden konnte. ⁴³

B) Die historizistische These der deutschen „Sonderentwicklung“

Es erscheint auf den ersten Blick paradox, daß die sowjetmarxistische These, wonach der Nationalsozialismus eine „autonome“ Basis in den Mittelschichten nicht hat, einen dezidierten Verbündeten in der liberalen Interpretation der Ursprünge des Faschismus besitzt. Deren Ansatz stützt seine „Erklärung“ des Nationalsozialismus bekanntlich nicht nur auf die identifizierende Totalitarismustheorie, sondern entscheidend auch auf die These der deutschen „Sonderentwicklung“. So sah bereits Talcott Parsons Anfang der 40er Jahre „die Quellen“ der „Elemente eines revolutionären Radikalismus in der nationalsozialistischen

38 Ebd.

39 Ebd.

40 Ebd.

41 Wilhelm Pieck, Georgi Dimitroff, Palmiro Togliatti, *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale* (1935), Berlin 1957, S. 87.

42 Es sollte allerdings darauf hingewiesen werden, „daß es bis 1932 in der KPD noch Richtungen und Personen gab, die sich nicht nur Unabhängigkeit des Urteils bewahrt hatten, sondern es auch verstanden, ihre Erkenntnisse neben den doktrinarischen Kommentaren der Partei- und Kominternführung in der *Inprekorr* zeitweilig zum Ausdruck zu bringen“. So Theo Pirker (Hrsg.) in seiner Einführung zu *Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus*, (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 10), Stuttgart 1965, S. 66. Als Beispiel äußerst differenzierter Analyse des nationalsozialistischen Stimmengewinns aus zeitgenössischer kommunistischer Perspektive vgl. z.B. Hans Jäger, *Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* (3.6.1932), in: *Komintern und Faschismus*, S. 158 – 167.

43 Vgl. z.B. Gert Schäfer, *Die Kommunistische Internationale und der Faschismus*, Offenbach 1973, S. 4 f.

Bewegung" 44 in zwei Aspekten des westeuropäischen Modernisierungsprozesses lokalisiert, die für die gesamte westliche Welt charakteristisch, in Deutschland aber weitaus am stärksten ausgeprägt seien. Einerseits handele es sich um das Phänomen der desorganisierenden Wirkungen, die im Gefolge „der raschen technischen Veränderungen, der Industrialisierung, Urbanisierung, der Wanderungen, der beruflichen Mobilität, des kulturellen, politischen und religiösen Wandels" 45 entstanden. Die Folgen der daraus resultierenden Statusunsicherheit seien bekannt: „Angst, ein gut Teil freischwebender Aggressivität, eine Tendenz zu instabiler Gefühlsbetontheit, Empfänglichkeit für Propaganda, die die Gefühle anspricht, und eine leichte Mobilisierbarkeit von Affekten und Symbolen verschiedener Art". 46 Da in Deutschland sich der Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß besonders schnell vollzogen habe, spiele hier dieser Faktor kollektiver Verunsicherung eine größere Rolle als überall sonst. Verstärkt worden sei diese aus dem neunzehnten Jahrhundert herrührende Tendenz noch dadurch, „daß die Spannungen und der soziale Umsturz des Ersten Weltkriegs in Deutschland wahrscheinlich stärker waren als in jedem anderen Land mit Ausnahme Rußlands. Zu all dem müssen sodann die politischen Schwierigkeiten nach 1918, die Inflation und schließlich die äußerst schwere Wirtschaftsdepression in den frühen dreißiger Jahren hinzugezählt werden". 47 Der andere Aspekt, der in Deutschland stärker ausgeprägt sei als in anderen westlichen Ländern, beziehe sich auf eine spezifisch deutsche Version dessen, „was Max Weber als 'Prozeß der Rationalisierung' bezeichnete", nämlich die Entfaltung der Wissenschaften und der von ihnen abgeleiteten Technologien einerseits und die Entwicklung „der bürokratischen Organisation, der Verkehrswirtschaft und der Orientierung der wirtschaftlichen Tätigkeit an der kapitalistischen Geldrechnung" 48 sowie der damit verbundenen Säkularisierung der verschiedenen Aspekte der kulturellen Tradition andererseits. Entscheidend sei, daß dieser Prozeß in Deutschland eine Polarisierung bewirkte, die man in anderen westlichen Ländern nicht finden könne: Dem Teil der Bevölkerung, der fortschrittlichen Verhaltensmustern folge, stehe abrupt der andere Teil gegenüber, der sich an traditionellen Leitbildern orientiere. In dem Maße, wie eine Vermittlung zwischen diesen Extremen ausgeblieben sei, habe das liberale Denken in Deutschland nie eine große Rolle spielen können: „auf der Gegenseite der vorherrschenden, konservativen Tendenzen fand sich vielmehr der extreme rationalistische Radikalismus des Marxismus". 49 Daß der am Ende der Weimarer Republik kulminierende fundamentalistische Aufstand gegen die rationalistische Tendenz insgesamt und ihre institutionellen Grundlagen die exzessiven Ausmaße des Nationalsozialismus annehmen konnte, lasse sich, so kann man Parsons These zusammenfassen, nur durch die besonderen illiberalen Grundzüge der deutschen Sozialstruktur erklären.

44 Talcott Parsons, *Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus* (1942), in: ders., *Beiträge zur soziologischen Theorie*, hrsg. und eingeleitet von Dietrich Rüchemeyer, Neuwied und Berlin 1968, S. 272.

45 *A.a.O.*, S. 273.

46 *Ebd.*

47 *Ebd.*

48 Talcott Parsons, *a.a.O.*, S. 274.

49 Talcott Parsons, *a.a.O.*, S. 275.

Zweifellos besteht die entscheidende Konsequenz der Modernisierungsthese darin, daß sie in dem Maße von der klassengesellschaftlichen Kräftekonstellation abstrahiert, die dem Aufstieg des deutschen Faschismus zur Macht zugrunde lag, wie sie nicht in der „Nazifizierung des Mittelstandes“ (Schweitzer), sondern vielmehr in den der deutschen Sozialstruktur insgesamt innewohnenden illiberalen Elementen die entscheidende *conditio sine qua non* des deutschen Faschismus sieht. Indem sie den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus schon im Ansatz ausblenden, stellen sich die liberalen Vertreter der Modernisierungsthese selbst unter den Zwang, die Existenz faschisierter mittelständischer Schichten als einer relativ autonomen gesellschaftlichen Kraft herunterzuspielen. Die Folge ist, daß sie die Voraussetzung für deren Zusammengehen mit der herrschenden Klasse nicht thematisieren. So wendet sich Ralf Dahrendorf, der 25 Jahre später in seiner Faschismus-Analyse an Parsons anknüpft, gegen Lipset, der aufgrund einer vergleichenden empirischen Studie über die politische Programmatik und das Wahlverhalten der mittelständischen Schichten am Ende der Weimarer Republik zu der Feststellung einer eindeutigen Kontinuität zwischen Liberalismus und Faschismus kam. Während im Gegensatz zur Rechten und Linken bisher die Demokratie immer den Gemäßigten in der Mitte zugeordnet wurde, wollte Lipset zeigen, „daß . . . extremistische Ideologien und Gruppen in derselben Weise und in denselben Begriffen klassifiziert und analysiert werden können wie die demokratischen Gruppen, das heißt also in den Begriffen der Rechten, der Linken und der Mitte. Die drei extremen Positionen haben nämlich mit ihren gemäßigten Parallelen sowohl die Zusammensetzung ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Grundlage als auch den Inhalt ihres jeweiligen Appells gemeinsam“. ⁵⁰ Lipsets These ist nun, daß die extreme Entsprechung der vom Liberalismus besetzten mittleren Position die klassischen faschistischen Bewegungen seien, die er denn auch als „Extremismus der Mitte“ bezeichnet. „Obgleich zwar die faschistische Ideologie in ihrer Glorifizierung des Staates antiliberal ist, hat sie mit dem Liberalismus nicht nur die Opposition gegen die Großindustrie, die Gewerkschaften und den sozialistischen Staat gemeinsam, sondern auch die Gegnerschaft gegenüber der Religion und anderen Formen des Traditionalismus“. ⁵¹ In ihren politischen Zielen kommen, Lipset zufolge, die faschistischen Bewegungen „im Grunde denselben Bedürfnissen entgegen wie die konventionellen liberalen Parteien; sie stellen eine Art Ventil für den Druck dar, welchen die Struktur der modernen industriellen Ordnung auf die Mittelklasse ausübt“. ⁵² Hatte bereits Herbert Marcuse zu Beginn der 30er Jahre „viele Elemente der totalitären Staatsauffassung“ in der liberalistischen Gesellschaftstheorie aufgezeigt und auch „von der ökonomischen Struktur aus . . . eine fast lückenlose Kontinuität in der Entwicklung der theoretischen Interpretation der Gesellschaft“ ⁵³ behauptet, so unterläuft auch Lipsets These die schroffe Dichotomie von „freiheitlich liberaler Demokratie“ und „Totalitarismus“, von der in letzter Instanz auch das Theorem der „deutschen Sonderentwicklung“ ausgeht.

50 Seymour Martin Lipset; *Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte*, in: Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, S. 450.

51 *A.a.O.*, S. 451.

52 Seymour Martin Lipset, *a.a.O.*, S. 454.

53 Herbert Marcuse, *Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung*, in: Wolfgang Abendroth (Hrsg.), *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt/M. 1967, S. 53.

Zwar beantwortet Lipset die Frage nicht, wie es bei der Feststellung der Konstanz der sozialen Basis von Faschismus und Liberalismus zu einer Wandlung der Ideologie von ehemals revolutionären Optionen zu einem extrem reaktionären Irrationalismus kam. Dennoch enthält sein empirisch fundierter Hinweis auf die Gemeinsamkeit der faschistischen und liberalen Bewegung per se eine ideologiekritische Komponente. Daran ändert auch die Kritik Winklers nichts, „der Terminus ‘Extremismus der Mitte’“ suggeriere „die Vorstellung, als hätten die faschistischen Bewegungen die traditionelle Rechte und die Linke aller Schattierungen mit gleicher Intensität bekämpft. In Wirklichkeit kam der Faschismus nirgendwo ohne den Pakt mit der traditionellen Rechten an die Macht“. ⁵⁴ Aber auch Dahrendorfs Kritik greift zu kurz. Zwar konzediert er Lipset, daß für seine Theorie ein starkes empirisches Material zu sprechen scheine. Gleichwohl reiche es nicht aus, den Nationalsozialismus zu erklären; „denn einen Mittelstand gab es in allen industriellen Gesellschaften, einen 30. Januar 1933 aber nur in Deutschland“. ⁵⁵ Die Frage, warum die „aus den Unsicherheiten mittelständischer Position geborene Bewegung gerade in der deutschen Gesellschaft auf so fruchtbaren Boden fiel“, ⁵⁶ sei daher mit dem Wahlverhalten der deutschen Zwischenschichten am Ende der Weimarer Republik noch nicht hinreichend beantwortet. Eine befriedigende Erklärung könne nur der Rekurs auf die „deutsche Sonderentwicklung“ leisten, deren kritischer Höhepunkt nach Dahrendorf in der nationalsozialistischen Machtergreifung gesehen werden muß und die in letzter Instanz „ihren Ursprung in der besonderen Art und Weise“ habe, „in der das kaiserliche Deutschland die industrielle Revolution vollzog. Eine bürgerliche Gesellschaft kam weder als Gesellschaft der Staatsbürger noch als von einer selbstbewußten Bourgeoisie beherrschte Gesellschaft zustande. Um in dieser Gesellschaft die politischen Institutionen der liberalen Demokratie zu etablieren, war eine soziale Revolution Voraussetzung. Daß diese Revolution durch die Weimarer Republik eher aufgehalten als verwirklicht wurde, begründet deren soziale Explosivität und politische Anfälligkeit“. ⁵⁷ Der „Widerspruch zwischen dem politischen System, das die Demokratie gestattete, und einer sozialen Struktur, die sie verbot“, ⁵⁸ habe in der Weimarer Republik bewirkt, daß „Gesellschaft und Demokratie . . . nicht nur quer zueinander [lagen]“. ⁵⁹ Vielmehr habe diese Diskrepanz „den militanten Protest gegen die politische Form der Demokratie“ ⁶⁰ ausgelöst. Von einem spezifischen Zusammenhang zwischen den Mittelschichten und dem Nationalsozialismus könne daher nicht die Rede sein. Nur unter der Voraussetzung der fehlenden „Resistenz der Menschen fast aller Gruppen und Schichten gegen antidemokratische Formen“ ⁶¹ habe der Nationalsozialismus „in Deutschland den Weg zur Macht“ gefunden, „der ihm in liberaleren Ländern verwehrt blieb“. ⁶² Da außerdem eine liberale Elite, die die antidemokratische Entwicklung hätte bremsen können, fehlte, sei es schließlich zur Koalition zwischen der nazistischen Führungsclique und den autoritären Traditionsgruppen gekommen.

54 Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972, S. 180.

55 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 424.

56 *A.a.O.*, S. 425.

57 Ralf Dahrendorf, *a.a.O.*, S. 428.

58 Ralf Dahrendorf, *a.a.O.*, S. 429.

59 *Ebd.*

60 *Ebd.*

61 Ralf Dahrendorf, *a.a.O.*, S. 430.

62 *Ebd.*

Daß die illiberale Einstellung relevanter Teile der Oberschicht, insbesondere der Großindustrie, die Zusammenarbeit mit den Nazis erleichtert hat, dürfte kaum zu bestreiten sein. Dieses Moment aber, aus dem Kontext der Reproduktionsschwierigkeiten des deutschen Kapitalismus herausgelöst, wird in dem Augenblick ideologisch, wo die Frage unberücksichtigt bleibt, ob es überhaupt eine realistische Alternative zu der faschistischen „Lösung“ der Weltwirtschaftskrise für die Großindustrie in Deutschland gab.⁶³ Außerdem ist gegen die liberale These, der Nationalsozialismus sei im wesentlichen auf die sogenannte deutsche Sonderentwicklung zurückzuführen, neuerdings hervorgehoben worden, sie sei nicht nur unsoziologisch, sondern zugleich auch unhistorisch. So weist Annette Leppert-Fögen darauf hin, die historizistische These hypostasie „eine mehr oder minder kontinuierliche liberale Tradition in Ländern, die die bürgerliche Revolution vollzogen haben, wo allenfalls von begrenzten liberalen Perioden die Rede sein kann“.⁶⁴ Abgesehen davon, daß sowohl der Puritanischen als auch der Französischen Revolution keineswegs liberale Demokratien, sondern handfeste Diktaturen folgten, sei auch der Rekurs auf den englischen Parlamentarismus wenig überzeugend, wenn man bedenke, daß die Repräsentanz in ihm noch 200 Jahre nach der Revolution Privileg des Adels blieb und erst 1832 als Besitzbürgertum in den Genuß des Wahlrechts kam. Auch dürfe das Gewicht der Feudalschicht, wie die historizistische These immer wieder betone, im deutschen Industrialisierungsprozeß nicht überstrapaziert werden, zumal „die Amalgamierung von Adel und Bourgeoisie“ als „ein *regelmäßiges* Produkt der kapitalistischen Entwicklung“⁶⁵ angesehen werden müsse. Dies sei nämlich nicht nur in England der Fall gewesen, sondern auch in Frankreich, wo der Adel, „bereits unter Napoleon aus seiner Emigration geradezu zurückgebeten“, „für lange Zeit nach der *gelingenen* bürgerlichen Revolution den staatlichen Apparat“⁶⁶ kontrollierte. Auf mehr als auf diese politische Repräsentanz der Feudalschichten könne sich die These der deutschen Sonderentwicklung auch nicht berufen, zumal dessen politische Vorherrschaft die kapitalistische Industrialisierung keineswegs behindert habe.⁶⁷ Unsoziologisch argumentiert die Vertreter der historizistischen These deswegen, weil sie im Rahmen einer geschichtlichen Kontinuität, die von Bismarck bis Hitler reiche, die in der Zwischenzeit vollzogenen Wandlungen im Klassengefüge des deutschen Kapitalismus gänzlich ausklammern.⁶⁸ „Während auf die soziale Grundlage des Bismarckischen Staats wenigstens noch hingewiesen wird, fehlt der Rückbezug des nationalsozialistischen Herrschaftssystems auf die Klassenkonstellation. Dieses hängt sozial gewissermaßen in der Luft. Als hinter ihm stehende Interessen bleiben im Grunde nur die der Machthaber selbst übrig. Dies erlaubt einerseits die Titulierung des Faschismus als ‘Diktatur’ oder ‘Autokratie’, die seinen Charakter als Massenbewegung verdeckt, während andererseits die Manipulationsthese die Lücke schließen muß“.⁶⁹

63 Vgl. zu dieser Problematik neuerdings Alfred Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, hrsg. und eingeleitet von Johannes Agnoli, Bernhard Blanke und Niels Kraditzke, Frankfurt/M. 1973.

64 Annette Leppert-Fögen, *Die deklassierte Klasse, Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums*, Frankfurt/M. 1974, S. 261.

65 *A.a.O.*, S. 262.

66 *Ebd.*

67 *Ebd.*

68 Annette-Leppert-Fögen, *a.a.O.*, S. 263.

69 Annette Leppert-Fögen, *a.a.O.*, S. 264.

Freilich übersieht Leppert-Fögen, daß in England die kleingewerblichen Schichten im Rahmen der Industrialisierung und die kleinere und mittlere Bauernschaft im Zusammenhang mit der Einhegungsbewegung stark dezimiert wurden und so als faschistisches Potential nicht in Frage kamen. Auf der anderen Seite unterschätzt sie sicherlich die aus der Revolution von 1789 herrührenden radikal republikanischen bzw. jakobinischen Traditionen, deren mehr reaktiver Charakter durch die gesellschaftliche Fragmentierung der französischen Mittelschichten auch unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus noch verstärkt wurde und die so als nicht zu unterschätzendes Hindernis für faschistische Lösungen auf Massenbasis wirkten. Dennoch kann sie zeigen, daß eine monokausale „Ableitung“ des Nationalsozialismus aus der sogenannten deutschen Sonderentwicklung nicht haltbar ist. Zu offensichtlich sind im übrigen die ideologischen Implikationen dieser These: indem „alle möglichen ideologischen, 'elitären' und sonstigen, der deutschen 'illiberalen' Sozialstruktur inhärenten Faktoren zur nationalsozialistischen Machtergreifung geführt hätten“, wird der deutsche Mittelstand von seiner aktiven Teilhabe an dem faschistischen Aufstieg freigesprochen.⁷⁰ Zugleich gerät Dahrendorfs Analyse in den Sog jener mittelstandsaffirmativen Tendenzen, die darauf abzielen, der kapitalistischen Klassengesellschaft den Schein einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) zu verleihen. Analog korrespondiert dem orthodox vertretenen Theorem der „Sonderentwicklung“ die Leugnung der strukturellen Verklammerung von Kapitalismus und Faschismus überhaupt: dieser konnte nach jener These entstehen, nicht weil in Deutschland ein kapitalistisches Wirtschaftssystem etabliert war, sondern weil es sich nicht so umfassend hatte durchsetzen können, wie dies in den westlichen Ländern der Fall war.

Andererseits muß betont werden, daß die historizistische These auch in der marxistischen Tradition tief verwurzelt ist, die gerade auf dem Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus besteht. Allerdings wird man hier zu unterscheiden haben zwischen Interpretationsansätzen, die mehr die politische „Sonderentwicklung“ aufgrund der nicht erfolgten bürgerlichen Revolution in Deutschland betonen, und mehr ökonomistischen Deutungsversuchen, die das Spezifische der deutschen Entwicklung primär im wirtschaftlichen Bereich festzumachen suchen. Für die erste Richtung scheint mir Ernst Bloch charakteristisch zu sein, der bereits in den 30er Jahren prägnant feststellte: „Deutschland überhaupt, dem bis 1918 keine bürgerliche Revolution gelungen war, ist zum Unterschied von England, gar Frankreich, das klassische Land der Ungleichzeitigkeit, das ist der überwundenen Reste älteren ökonomischen Seins und Bewußtseins“. ⁷¹ Blochs Diktum muß deswegen als äußerst differenziert gelten, weil es sich von der vulgärmarxistischen monokausalen „Zuordnung“ von Basis und Überbau freimacht und zu einer Theorie von Ungleichzeitigkeiten vorstößt, ohne die der Faschismus in der Tat nicht erklärt werden kann. Demgegenüber gibt Georg Lukács, der die zweite Richtung repräsentiert, bei seinem Versuch, eine Kontinuität von Nietzsche bis Hitler zu konstruieren, diesem Argumentationsstrang eine eindeutig dogmatische Wendung, wenn er die deutsche „Fehlentwicklung“ am „normalen“ Weg der kapitalistischen Industrialisierung in den westlichen Ländern festmacht: „Denn der normale Weg der modernen bürgerlichen Entwicklung setzt den Sieg über die feudalen Lebensformen voraus, und simultan damit gibt sie der nationalen Einheit, die ebenfalls in diesem Prozeß entsteht, eine reale Fundamentierung

70 Gottfried Eisermann, Vorwort zu Arthur Schweitzer, *Die Nazifizierung* . . . , S.V.

71 Ernst Bloch, *Erbschaft der Zeit*, in: Ernst Bloch, *Gesamtausgabe*, 16 Bde, Frankfurt/M. 1959 - 1974, Bd. 4, S. 113 f.

in der staatlichen Einheit der Nation. So war es bei allen Verschiedenheiten, in Frankreich und England". 72

Gerade wenn man unterstellt, der Kapitalismus sei eine universale Tendenz, die Organisation der nationalen Kapitale hingegen erfolge unter ganz spezifischen, „singulären“ Bedingungen, ist die ökonomistische Variante der marxistischen These der deutschen Sonderentwicklung wenig plausibel. Helga Grebing hat zu Recht darauf hingewiesen, daß der Marxsche Begriff der „ursprünglichen Akkumulation“ 73 nicht als eine vom englischen Beispiel abgezogene kategoriale Abstraktion mißverstanden werden dürfe, sondern eine analytische Anleitung darstelle, in deren Rahmen Funktionszusammenhänge in der Perspektive der allgemeinen historischen Bewegung kapitalistischer Modernisierungsprozesse ausgemacht werden können. 74 Trifft dies aber zu, so ist das Postulat, das deutsche Bürgertum hätte analog den Vorgängen in den angelsächsischen Ländern und in Frankreich seine wachsende wirtschaftliche Bedeutung in soziale und politische Herrschaft ausweiten *müssen*, Ausdruck eines Normativismus, der nur schwer mit einem materialistischen Ansatz in Übereinstimmung zu bringen ist. Denn wie gerade die forcierte Kapitalisierung der deutschen Wirtschaft in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts und die Etablierung des ihr korrespondierenden Rechtsstaates auf nationaler Grundlage unter den Bedingungen einer nicht erfolgten bürgerlichen Revolution zeigt, sind politische Emanzipationstendenzen des Bürgertums im engeren Sinn dem kapitalistischen Modernisierungsprozeß durchaus kontingent: eine politische Emanzipation der Inhaber der Produktionsmittel erscheint immer nur in dem Maße „notwendig“, wie der Trend zu erweiterter Profitmaximierung es verlangt. Indem in Deutschland die alten Eliten bei prinzipieller Beibehaltung ihrer politischen Macht den bürgerlichen Rechtsstaat im Rahmen der kleindeutschen Lösung „von oben“ etablierten, trugen sie dem ökonomischen Primärinteresse der Unternehmerschaft in einem Maße Rechnung, daß eine bürgerliche Revolution sich wahrhaft anachronistisch ausgewirkt hätte. Keinesfalls soll damit freilich die Bedeutung autoritärer Strukturen in der deutschen Gesellschaft für den Faschisierungsprozeß geleugnet werden, aber sie allein reichen nicht aus, dessen Initiierung zu erklären.

Bleibt am Ende noch zu fragen, warum das Theorem der deutschen Sonderentwicklung auch für linke Faschismustheorien eine solche Bedeutung erlangen konnte. Möglicherweise übt sie insofern für die Linke eine Entlastungsfunktion aus, als sie zu erklären vorgibt, „warum in einem hochkapitalistischen Land wie Deutschland mit der theoriebeflissenen, traditionsreichsten und bestorganisierten Arbeiterbewegung der Welt nicht die proletarische Revolution, sondern der Faschismus siegte. Auch ergibt sich aus ihr eine aktuelle strategische Aufgabe, von der die DDR-Geschichtsschreibung behauptet, daß sie in der DDR gelöst worden ist: nur über eine Revision der deutschen Vergangenheit, durch das Nachholen des Bastille-Sturms, der bürgerlichen Revolution also, wird der Weg frei für den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie. So sah es auch Georg Lukács in der 'Zerstörung der Vernunft', auf den sich die Autoren mit der These von der deutschen Sonderentwicklung immer wieder stützen. Als ob sich die Dialektik von Geschichtsprozessen in eine schematische Aufeinanderfolge von Ursachen- und Wirkungskomplexen pressen ließe". 75

72 Georg Lukács, *Von Nietzsche zu Hitler oder: Der Irrationalismus und die deutsche Politik*, Frankfurt/M. und Hamburg 1966, S. 12.

73 Vgl. hierzu Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, 3 Bde (= MEW, Bd. 23 - 25), Berlin 1962 ff., Bd. 1, S. 741 ff.

74 Helga Grebing, *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik*, Stuttgart u.a. 1974, S. 57 ff.

75 A.a.O., S. 81.

II. Der Nationalsozialismus als mittelständische Massenbewegung

A) Die Nazifizierung der deutschen Zwischenschichten

Wir hatten festgestellt, daß die sowjetmarxistische Zweiklassen-Doktrin der relativen Eigendynamik des deutschen Faschismus als einer mittelständischen Massenbewegung genauso wenig gerecht wurde wie die orthodox vertretene These der deutschen „Sonderentwicklung“, die gleichfalls den spezifischen Anteil der deutschen Mittelschichten am Aufstieg des Nationalsozialismus in Abrede stellt. Demgegenüber insistieren die jetzt vorzustellenden Arbeiten bei aller Betonung der besonderen Bedingungen der deutschen Entwicklung auf dem engen Konnex zwischen Nationalsozialismus und Mittelstand: den eigenständigen mittelständisch-plebejischen Charakter der NSDAP betonend, reduziert sich für sie der deutsche Faschismus bis 1933 weder auf einen monopolkapitalistischen Inhalt noch begnügen sie sich mit dessen Charakterisierung als eines unmittelbaren Derivats der „illiberalen“ Sozialstruktur Deutschlands. Zwar gehen sie in der Einschätzung zumindest des „alten Mittelstandes“ mit Theodor Geiger konform, der diesen als eine „sozialgeschichtliche Verwerfung“ charakterisiert hatte: „Strukturen, die im sozialgeschichtlichen Nacheinander auftreten, finden sich im gesellschaftlichen Jetzt bei verschiedenen Bevölkerungsteilen im Nebeneinander. So wirken im alten Mittelstand die ständischen Schichtungen der frühkapitalistischen Epoche als Querdifferenzierungen nach: ständische Sitte und Lebensauffassung haben sich bewahrt und leisten der Durchsetzung des hochkapitalistischen Klassenprinzips zähen Widerstand“. ⁷⁶ Gleichwohl ist für diese Ansätze die Frage, auf welche Faktoren die „Nazifizierung“ der mittelständischen Schichten am Ende der Weimarer Republik zurückzuführen ist, keineswegs mit der Tatsachenfeststellung beantwortet, daß massiv manipuliert und dadurch latente autoritäre Dispositionen aktualisiert werden. Das entscheidende Problem wird vielmehr in der Frage gesehen, welche spezifischen Voraussetzungen diesen Vorgang ermöglichten. Bevor wir aber auf die einzelnen Ansätze eingehen, sollte die „keineswegs sehr originelle These“ (Lipset) mit wahlstatistischem Material belegt werden, „wonach der Faschismus im wesentlichen eine Bewegung der Mittelklasse sei“. ⁷⁷

In seiner schon erwähnten empirischen Studie stellt Lipset auf der einen Seite fest, daß ab 1929 mit dem Aufstieg der NSDAP die liberal-bürgerlichen Parteien der Mitte (DVP, DDP, Wirtschaftspartei) zusammenbrachen. Diese Parteien hätten sich aus den am wenigsten traditionalistischen Elementen der deutschen Gesellschaft, nämlich aus den kleinen und mittleren Angestellten sowie den kleinen Unternehmern zusammengesetzt. Zwischen 1928 und 1932 verloren sie „fast 80% ihrer Wähler, und ihr Anteil an der Gesamtstimmenzahl fiel von einem Viertel auf weniger als 3%“. ⁷⁸ Lediglich das Zentrum konnte aufgrund der religiösen Zugehörigkeit seines Anhangs seinen Stimmenanteil halten, während die Wählerstimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten gleichfalls um ein Zehntel ihres prozentualen Anteils abnahmen und der Verlust der Konservativen mit 40% immer noch bedeutend weniger war als derjenige der liberalen Mittelparteien. Das aber lasse vermuten, „daß die Nationalsozialisten am meisten von den liberalen Parteien der Mittelklasse profitierten, den früheren Bollwerken der Weimarer Republik. Die größten Verluste hatte unter diesen Parteien die Wirtschaftspartei, der in erster Linie kleine Geschäftsleute und Handwerker angehörten. Die rechtsextreme nationalistische Oppositionspartei der Weimarer Republik, die Deutschnationale Volks-

⁷⁶ Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung* . . . , S. 85.

⁷⁷ Seymour Martin Lipset, *Der „Faschismus“* . . . , S. 452.

⁷⁸ A.a.O., S. 458.

partei, war die einzige unter den nichtmarxistischen und nichtkatholischen Parteien, die ihre Wähler bei der Stange halten konnte". 79 Daß die NSDAP im übrigen namentlich für die selbständigen Angehörigen des Mittelstandes attraktiv gewesen sei, gehe eindeutig aus den empirischen Studien von Loomis, 80 Beegle 81, Heberle 82 und Pratt 83 hervor. Danach lasse sich sagen, daß 1932 der idealtypische Wähler der NSDAP „ein selbständiger protestantischer Angehöriger der Mittelklasse war, der entweder auf einem Hof oder in einer kleinen Ortschaft lebte und der früher für eine Partei der politischen Mitte oder eine regionale Partei gestimmt hatte, die sich der Macht und dem Einfluß von Großindustrie und Gewerkschaften widersetzte". 84 Gegen die These von Reinhard Bendix, 85 nicht der liberale Mittelstand, sondern die traditionell Uninteressierten sowie die Erstwähler stellten das Hauptreservoir des Stimmenzuwachses der NSDAP dar, macht Lipset geltend, daß diese Teile der Bevölkerung erst gewonnen werden konnten, nachdem die NSDAP zu einer Massenbewegung ausgewachsen war: ein Effekt, der generell für alle sozialen Bewegungen zutreffe.

Daß die „Panik im Mittelstand" (Geiger), die sich in der von Lipset nachgewiesenen Hinwendung mittelständischer Wähler zur NSDAP niederschlug, nicht kurzschlüssig auf eine deutsche „Sonderentwicklung" zurückgeführt werden kann, dürfte bereits deutlich geworden sein. Demgegenüber wurde oft die Weltwirtschaftskrise, die Deutschland bekanntlich besonders hart traf, als die entscheidende Ursache für die Nazifizierung des Mittelstandes verantwortlich gemacht. So betonte z.B. 1935 Otto Bauer, daß „die Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit breite Massen von Kleinbürgern und Bauern verelendet [haben]. Diese Massen, pauperisiert und erbittert, fielen von den bürgerlich-demokratischen Massenparteien, denen sie bisher Gefolgschaft geleistet hatten, ab, sie wandten sich enttäuscht und haßerfüllt gegen die Demokratie, mittels derer sie bisher ihre Interessen vertreten hatten, sie scharten sich um die militärisch-nationalistischen 'Milizen' und 'Wehrverbände' ". 86 Auf die Problematik dieses Deutungsversuches hatte bereits Theodor Geiger Ende der 20er Jahre hingewiesen: die mittelständischen Gruppen seien von der Rezession keineswegs härter getroffen worden als andere Schichten der Gesamtgesellschaft. 87 Geiger sah die entscheidende Ursache des Faschisierungsprozesses darin, daß die Mittelschichten, die sich aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß weder mit dem proletarischen Sozialismus noch mit den wirtschaftlichen Großorganisationen identifizieren konnten, infolge ihrer Interessenängste weltanschaulich orientierungslos geworden seien. Diese Schwäche hätten die Nazis für ihre Zwecke dadurch ausnutzen können, daß die von ihnen vertretenen ständischen Vorstellungen eine Brücke sowohl zum „alten" als auch zum „neuen" Mittelstand insofern schlagen konnten, als sich das propagierte Stände-

79 Ebd.

80 Charles P. Loomis, J. Allan Beegle, *The Spread of German Nazism in Rural Areas*, in: *American Sociological Review*, Jg. 11 (1946), S. 729 f.

81 A.a.O.

82 Rudolf Heberle, *From Democracy to Nazism*, Baton Rouge: Louisiana University Press 1945.

83 Samuel Pratt, *The Social Basis of Nazism and Communism in Urban Germany*, M.A. Thesis, Michigan State University 1948.

84 Seymour Martin Lipset, *Der „Faschismus"* . . . , S. 463. Eine neuere Untersuchung hat diese These im wesentlichen bestätigt. Vgl. Alexander Weber, *Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler. Eine Zusammenfassung bisheriger empirischer Untersuchungen und eine Analyse in den Gemeinden der Länder Baden und Hessen*, Phil. Diss., Freiburg 1969.

85 Reinhard Bendix, *Social Stratification* . . . , S. 605.

86 Otto Bauer, *Der Faschismus (1936)*, in: Wolfgang Abendroth (Hrsg.), *Faschismus und Kapitalismus*, a.a.O., S. 143.

87 Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung* . . . , S. 88.

prinzip als Kompensation für das geschwundene kollektive Selbstbewußtsein erwies, das mit der peripheren Stellung der mittelständischen Schichten im Produktionsprozeß in Zusammenhang gebracht werden müsse. Eben dies treffe auch für die Angestellten und mittleren Beamten zu, die gleichfalls ein Absinken in die proletarischen Schichten befürchteten und die sich aufgrund ihrer im Zuge der Rationalisierung immer mechanisierter werdenden Tätigkeit als degradiert empfanden. 88

Auch Arthur Schweitzer zufolge ist der Aufstieg des Nationalsozialismus nicht direkt auf die Weltwirtschaftskrise zurückführbar. Wie er anhand eines Vergleiches der wichtigsten Produktions- und Einkommensziffern der Wirtschaft in den USA und Deutschland zeigen kann, war der Konjunkturrückgang vor allem in der Landwirtschaft und in Teilen des städtischen Kleingewerbes in Amerika sogar noch größer als in Deutschland: 89

Tabelle 3. Ausmaß des zyklischen Abschwungs, 1929 - 1932 *
Rückgang in Prozent

	USA	Deutschland
Gesamte industrielle Produktion	46	42
davon		
Produktionsgüter	69	50
Konsumgüter	25	21,4
Gesamtes Volkseinkommen	52,3	40
davon		
Arbeitseinkommen	40	40
Einkommen aus gewerblicher Erzeugung	61,4	49,2

* Historical Statistics of the United States 1789-1945 (Washington, D.C.: Government Printing Office, 1945); Konjunkturstatistisches Handbuch (Hamburg, Hanseatischer Verlag, 1935).

Einen ähnlichen Trend stellt Jürgen Kocka im Hinblick auf die amerikanischen Angestellten fest. Wie er zeigen kann, markierte, im Unterschied zu Deutschland, die Unterscheidung Arbeiter – Angestellte „in der amerikanischen soziopolitischen Landschaft der Depressionsjahre keine sehrsignifikante Grenzlinie“. 90 Abgesehen von den oberen Schichten hätten die „amerikanischen Angestellten in ganz ähnlicher Weise wie die gelernten Arbeiter (wenn auch weniger durchgängig als die ungelernten)“ für die Roosevelt-Koalition optiert. „Ein ‘white collar backlash’ fand unter ihnen nicht statt“. 91 Träfe also jene These zu, die einen direkten Zusammenhang zwischen der Wirtschaftskrise und der Nazifizierung des „neuen“ und „alten“ Mittelstandes unterstellt, so müßte deren Anfälligkeit für den Faschismus in Amerika mindestens ebenso groß sein. Bekanntlich kam es hier jedoch nicht zu einem Rechtsruck. Vielmehr verbündete sich die Arbeiterschaft mit dem Mittelstand im Rahmen des „New Deal“ gegen das Großkapital. Worin sind nun die Gründe für die unterschiedliche Reaktion der gesellschaftlich relevanten Gruppen in beiden Ländern auf die Weltwirtschaftskrise zu sehen? Schweitzer zufolge läßt sich diese Frage nur beantworten, wenn einige besondere wirt-

88 A.a.O., S. 121 ff.

89 Arthur Schweitzer, *Die Nazifizierung* . . . , S. 10.

90 Jürgen Kocka, *Amerikanische Angestellte in Wirtschaftskrise und New Deal 1930 - 1940*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 20 (1972), H. 4, S. 372.

91 A.a.O., S. 374.

schaftliche Ereignisse im Rahmen der Krise, die spezifische politische Konstellation in der Weimarer Republik sowie die bevorzugte ideologische Tendenz und deren in den Jahren der Wirtschaftskrise zu beobachtende Wandlung berücksichtigt werden. Schweitzer hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß generell die mittelständischen Schichten härter von der Krise betroffen wurden als die Großindustrie, die im Rahmen der Bankenkrise von der Reichsbank gestützt, während die Vergabe an kleine Betriebe gestoppt wurde.⁹² Dies habe eine dezidiert antikapitalistische Stimmung zur Folge gehabt. Daneben sei die Tatsache entscheidend gewesen, daß sich eine heftige Animosität gegen die Arbeiterbewegung im Mittelstand durchsetzte. „Die zunehmende Macht der Gewerkschaften hatte nach der Inflation zu einem Ansteigen der Reallöhne geführt. Die Macht der Gewerkschaften dehnte sich nun auch auf die kleinen Betriebe aus: Höhere Löhne steigerten ihre Produktionskosten und verminderten ihren Nettogewinn“. ⁹³ Außerdem konnten die Arbeiterorganisationen die Sozialversicherungsvorschriften gesetzlich verankern, was wiederum die mittelständischen Betriebe finanziell belastete. Schließlich komme eine dritte Komponente hinzu, die der wachsenden mittelständischen Radikalisierung einen konterrevolutionären Zug verlieh. Verbunden mit einem Hang zur vorindustriellen Lebensweise war „für die Mehrheit der deutschen Ober- und Mittelklasse . . . Demokratie nichts anderes als ein politisches Kredo oder eine von vielen Regierungsformen, unter denen man, nach dem jeweiligen praktischen Nutzen, die Wahl hatte“. ⁹⁴

Freilich ist Schweitzers Analyse des Ursachenkomplexes, der zur Nazifizierung des Mittelstandes geführt haben soll, nicht voll befriedigend: alle drei Faktoren, also die „antikapitalistische“ Grundstimmung, die Aversionen gegen die Arbeiterschaft und die antidemokratische Ideologie führten selbst zu Beginn der Weltwirtschaftskrise nicht zur Nazifizierung der mittelständischen Schichten und können also kaum als deren unmittelbare Ursache angesehen werden. Heinrich August Winkler zufolge war es selbst 1929/30 noch nicht absehbar, daß der Nationalsozialismus für das Gros des Mittelstandes die Alternative zur parlamentarischen Demokratie werden würde. Wenn sich dies seit 1930 grundlegend änderte, so kann die Anziehungskraft, die der Nationalsozialismus von da an auf den gewerblichen Mittelstand ausübte, nicht mit einzelnen Elementen seiner Ideologie erklärt werden. Weder extremer Nationalismus noch die Idee der Volksgemeinschaft sicherten der NSDAP die Unterstützung der Mittelschichten: bekanntlich wurden beide Ideologeme von allen bürgerlichen Parteien in Anspruch genommen. ⁹⁵ Auch der radikale Antisemitismus gab nach Winkler genauso wenig den letzten Ausschlag wie die Annahme, breite Kreise der deutschen Gesellschaft hätten im Nationalsozialismus die Alternative zum Kommunismus gesehen. Gegen diese Hypothese spreche nämlich, „daß die Mittelschichten wie die NSDAP stets den ‘Marxismus’ insgesamt bekämpften und Gewerkschaften und Sozialdemokratie als viel ernsthaftere und realere Gefahren ansahen als die KPD. Der Mittelstand war, zugespitzt ausgedrückt, nicht das Opfer einer Revolutions-, sondern einer Evolutionsfurcht. Diese Tatsache aber führt zu einer weiteren wesentlichen Erkenntnis: Nationalsozialisten und Mittelständler trafen sich in der rigorosen Ablehnung einer Emanzipation der Arbeiterschaft, die zugleich den Abbau bestehender Privilegien hätte bedeuten müssen. Auf der anderen Seite blieb der ‘Antikapitalismus’ bei beiden ambivalent: er erfaßte lediglich Symptome wie ‘Zins’, ‘anonymes Kapital’, ‘Warenhaus’

92 Arthur Schweitzer, *Die Nazifizierung . . .*, S. 11.

93 *A.a.O.*, S. 14.

94 Arthur Schweitzer, *a.a.O.*, S. 15.

95 Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie . . .*, S. 177.

und 'Handelsjude' und hielt an der ebenso populären wie fiktiven Unterscheidung zwischen 'raffendem' und 'schaffendem' Kapital fest". 96

Wählbar, so konstatiert auch Winkler, wurde die NSDAP, nachdem sie sich die wesentlichsten Forderungen des Mittelstandes zu eigen gemacht hatte. Dies reiche aber keineswegs aus für die Erklärung der Tatsache, daß sie auch wirklich gewählt wurde. Die entscheidende Motivation, die zur Nazifizierung des Mittelstandes führte, habe darin bestanden, daß dieser „nur so lange staatserhaltend sein [konnte], als der Staat mittelstandserhaltend war". 97 Bereits in der Revolution von 1848/49 habe sich gezeigt, daß die mittelständischen Gruppen, insbesondere das Handwerk, durch ihren linksorientierten politischen Radikalismus, der freilich von wirtschaftskonservativen Forderungen durchsetzt war, die herrschenden konservativen Schichten veranlaßte, dem Mittelstand im Rahmen einer protektionistischen Mittelstandspolitik entgegenzukommen, weil dies, wie sich insbesondere in Preußen zeigte, einerseits die gesellschaftliche Basis des kleinbürgerlich-demokratischen Radikalismus schmälerte und andererseits zugleich die soziale Stellung der alten feudalen Eliten stärkte. Wenn auch im Zuge der Industrialisierung ab 1869 vorübergehend die Innungen zu rein privatrechtlichen Organisationen wurden, so signalisierte das Ende des Wirtschaftsliberalismus ab 1873 eine neue Phase des Protektionismus. Angesichts der Formierung der Arbeiterschaft im Zeichen des proletarischen Sozialismus wurde sowohl von der Exekutive (Bismarck) als auch von parlamentarischen Kräften, vor allem von den Deutsch-Konservativen, eine Mittelstandspolitik betrieben, die „aus einer Reihe von Versuchen [bestand], die Basis des politischen und sozialen Systems zu erweitern und zu stabilisieren". 98 Winkler zufolge waren es „nicht nur die Konservativen, die mit der Propagierung eines staatlichen Mittelstandsschutzes ihre Anhängerschaft zu vergrößern versuchten, sondern auch Zentrum und Nationalliberale". 99 Die große Wende trat ein, als, wie schon hervorgehoben wurde, mit der militärischen Niederlage 1918 die nun einsetzende Demokratisierung das „System der Rückversicherung" im großen und ganzen außer Kraft setzte. Die damit verbundene politische Isolierung des Mittelstandes habe bewirkt, daß sich ab 1923/24 dessen politische Neigungen immer mehr nach rechts verlagerten. Dennoch sei die aktive Hinwendung zur NSDAP erst erfolgt, „als der gewerbliche Mittelstand außer ihr keine andere politische Kraft mehr sah, die Ernst machen würde mit der radikalen Beseitigung aller Widerstände gegen die Verwirklichung mittelständischer Wünsche. Dies war der springende Punkt: Nur der Nationalsozialismus versprach, das Übel bei der Wurzel zu packen, die organisierte Arbeiterschaft in ihre Schranken zu weisen, Parlament und Parteien und damit die Gefahr der Majorisierung der Besitzinteressen endgültig auszuschalten, die 'ruinöse' Gewerbefreiheit zugunsten einer geordneten und befriedeten Berufswirtschaft aufzugeben". 100 In dem Maße, wie sie als einzige politische Kraft mittelständische Forderungen radikal vertraten, faßt Winkler seine These zusammen, waren die Nationalsozialisten „Fleisch vom Fleisch der deutschen Mittelstandsbewegung – oder, allgemeiner gewendet, Erben jenes obrigkeitlichen Sozialprotektionismus, der die Schutzerwartungen aller von der industriell-technischen Entwicklung bedrohten gesellschaftlichen Gruppen als berechtigt anerkannt und gegenüber dem sozialen Wandel in ihrem Bestand zu sichern versprochen hatte. Und mehr noch: Nicht nur der Bauer oder Kleingewerbetreibende, für den

96 A.a.O., S. 178.

97 Heinrich August Winkler, *a.a.O.*, S. 64.

98 Heinrich August Winkler, *a.a.O.*, S. 57.

99 Ebd.

100 Heinrich August Winkler, *a.a.O.*, S. 178.

diese Bedrohung tatsächlich gegeben war, sondern auch der subalterne Angestellte oder Beamte, der sich besser dünkte als der Arbeiter im blauen Kittel, durfte sicher sein, daß die überkommene gesellschaftliche Hierarchie und mit ihr sein Status nicht wirklich angetastet werden würde". 101

Versprachen die Nationalsozialisten dergestalt den mittelständischen Gruppen „die Erfüllung ihrer traditionellen Forderungen“, ohne hierbei „auf die konkurrierenden Interessen anderer und auf gesamtwirtschaftliche Belange“ 102 Rücksicht zu nehmen, so war es andererseits gerade die Tatsache, daß die Nazis durch die „Zurücknahme“ der Vertretung konkreter Interessen einen gemeinsamen Nenner fanden, unter den die äußerst heterogenen Interessen des Mittelstandes subsumierbar waren und deren Vereinheitlichung im Zuge der Nazifizierung erreicht werden konnte. Dies gelang, indem von den Widersprüchen zwischen „den von ihnen unterstützten Gruppen“ durch den Rekurs auf eine vorgeblich reine „Politik und durch konsequente Personalisierung ihres Kampfes gegen das ‘System’“ abgelenkt wurde. „Das Übergewicht, das ideologische Postulate gegenüber ökonomischen Forderungen in Programm und Propaganda der Partei besaßen, war ebenso ein Ausdruck ihrer heterogenen Interessenstruktur wie letztlich auch der Führerkult. Das Fehlen einer positiven Interessenidentität der Mittelschichten provozierte eine Scheinintegration durch militante Abwehrideologien und durch charismatische Führung“. 103 Freilich kann dieser Argumentation Winklers nur unter Einschränkung gefolgt werden. Zwar dominierte seit 1923 der von der Parteileitung bestimmte Kurs, der nicht an konkrete Interessen, sondern an vorherrschende Mentalitätsstrukturen des Mittelstandes anknüpfte. Trotzdem muß betont werden, daß diese Tendenz zur Durchsetzung „reiner“ Politik bis zur Röhm-Affäre durch sozialrevolutionäre Strömungen innerhalb der NSDAP „relativiert“ wurde, die es offenbar ernst mit ihrem „Mittelstandssozialismus“ meinten. So hat Reinhard Kühnl darauf hingewiesen, daß bis 1929 der Strasser-Kreis versuchte, das dezidiert an mittelständischen Interessen orientierte 25-Punkte-Programm von 1920 zur konkreten programmatischen Basis praktischer Politik zu machen. Diese sei in der Vorstellung der sogenannten nationalsozialistischen Linken in ihrer prinzipiellen Ausrichtung durch die „gleichzeitige Frontstellung gegen ‘oben’ und gegen ‘unten’ – bei einigen Konzessionen nach ‘unten’ –, jedoch bei besonderer Betonung des privaten Eigentums“ 104 charakterisiert gewesen. Dies werde nicht nur im Hinblick auf die Interessen der mittleren und kleineren Bauernschaft deutlich, indem die Erklärung von Grund und Boden zum „Eigentum der Nation“, Verwandlung aller Bauernhöfe in unverkäufliche ‘Erblehen“, die Einrichtung von Zwangsgenossenschaften zum Schutz gegen Konkurrenz und vor allem die Auflösung von Gütern über 1000 Morgen in solche von 50 - 200 Morgen sowie die Beilehnung von landwirtschaftlichen Arbeitern mit je zwei Morgen in das Programm aufgenommen wurde. Auch die Vorschläge der nationalsozialistischen Linken bezüglich des industriellen Sektors begünstigten eindeutig die Interessen des „alten“ Mittelstandes, „sowohl gegenüber der Arbeiterschaft wie gegenüber den größeren Unternehmen“. 105 Bei prinzipieller Beibehaltung der privatwirtschaftlichen Leitung stellte diese Konzeption darauf ab, das Eigentum

101 Heinrich August Winkler, *a.a.O.*, S. 179.

102 Heinrich August Winkler, *Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP* (unveröffentlichtes Referat, gehalten auf dem 30. Historikertag), Braunschweig 1974, S. 7.

103 *A.a.O.*, S. 7 f.

104 Reinhard Kühnl, *Die nationalsozialistische Linke*, Meisenheim 1966, S. 24.

105 *Ebd.*

an den größeren Betrieben aufzusplittern, „wobei der – durch das Ständesystem von den Mittelklassen beherrschten – Staatsgewalt die Funktion einer Kontrollinstanz zukommt“. 106 Ferner postulierte dieses Programm – analog den zwangsweisen Zusammenschlüssen in der Landwirtschaft – für die kleineren Unternehmen gesetzliche Zwangsinnungen, genauso wie die Zusammenfassung der Arbeiter der größeren Betriebe zu einer Werksgemeinschaft. „Bei den größeren Unternehmen sollte sich das Reichswirtschaftsministerium mit dem Bestreben begnügen, 'die gleichartigen Werke zu Kartellverbänden zusammenzuschließen'“. 107

Entscheidend ist nun, daß diese Konzeption eines „kleinbürgerlichen Sozialismus“ spätestens in dem Augenblick mit der von Hitler kontrollierten Politik der Parteileitung konfligierte, als dieser systematisch begann, die traditionellen Eliten, insbesondere die Großindustrie, für sich zu gewinnen. Daß in der Tat der „Sozialismus“-Begriff der entscheidende kontroverse Punkt zwischen dem linken Flügel und der Parteileitung in München werden sollte, zeigte sich bald. Zunächst gelang es Hitler auf der Bamberger Tagung vom 14.2.1926, den linken Flügel zu unterwerfen und seiner Selbständigkeit zu berauben. Aber dieser Sieg war, wie sich zeigen sollte, nicht entscheidend: die Linke konnte sich reorganisieren und zum Gegenangriff übergehen. Demgegenüber stellte sich die Parteileitung in München zunehmend darauf ein, für das Zusammengehen mit der gesellschaftlichen Oberschicht die sozialen Interessen ihrer kleinbürgerlichen Anhänger preiszugeben. Gleichzeitig kam sie aber deren „ideologischen Interessen“ um so stärker entgegen. „Für die Mentalität des Angestellten wie des Kleingewerbetreibenden war die entscheidende Abgrenzung gegenüber den sozialen Unterklassen wichtiger als die Kampfansage an das Großkapital, nicht obwohl, sondern gerade weil seine reale Situation ihn ökonomisch abhängig machte und zunehmend proletarisierte“. 108 Diesem Abgrenzungsbedürfnis gegenüber der Arbeiterschaft konnte nun aber der linke Flügel in keiner Weise genügen, da er ja gerade zur Durchsetzung mittelständischer Interessen die Koalition mit den Arbeitern suchte. Daß aufgrund der sozialen Heterogenität der mittelständischen Schichten deren „ideologische Interessen“, auf die die Parteileitung geschickt abstellte, leichter politisierbar waren als konkrete soziale Forderungen, dürfte sicherlich ein entscheidender Grund für die Niederlage der nationalsozialistischen Linken gewesen sein.

So gesehen, ist Winkler und Kühnl zuzustimmen, wenn sie darauf hinweisen, daß die Kategorie des gesellschaftlichen Interesses nicht ausreicht, um die „Erfassung“ der heterogenen Gruppierungen innerhalb des Mittelstandes im Zuge ihrer Nazifizierung „erklären“ zu können. Die „Mentalitätsstrukturen“ ihrerseits konnten aber nur deswegen der entscheidende Hebel für die Nazifizierung des Mittelstandes werden, weil die Zwischenschichten, wie Helga Grebing betont, „in der vorausgegangenen expansiven Durchsetzung des Industriekapitalismus weder mit der einen noch mit der anderen Klasse [d.h. Bourgeoisie und Proletariat] symbiotisch verschmolzen, sondern an diese Entwicklung nur angepaßt, zum Teil nur scheinangepaßt“ 109 wurden. Angesichts der Politisierung der Klassenkonflikte Ende der 20er Jahre sei es zu einer Aufhebung dieser Schein-Integration gekommen, in deren Verlauf die Zwischenschichten erneut „freigesetzt“ wurden, wodurch sich in gewisser Weise ihre Ausgangslage beim Übergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft reproduzierte. Jedoch im Gegensatz zu ihrer damaligen gesellschaftlichen Funktion, die darin bestand, die feudale Produktionsweise umzu-

106 Reinhard Kühnl, *Die nationalsozialistische Linke*, S. 25.

107 *Ebd.*

108 Reinhard Kühnl, *a.a.O.*, S. 88.

109 Helga Grebing, *Aktuelle Theorien . . .*, S. 104.

wälzen, habe sich am Ende der Weimarer Republik genau das Gegenteil ereignet. „Man könnte“, so resümiert Grebing ihre These, „also tatsächlich von der Klassenlosigkeit des Faschismus sprechen, insofern als die ‘Zwischenschichten’ unter den angegebenen sozio-ökonomischen Bedingungen wieder deutlicher ‘klassenlos’ geworden sind. Dies bedeutet nun nicht, daß sie gerade jetzt antikapitalistisch werden, was sie nie gewesen sind, oder daß sie etwa zur Disposition der Bourgeoisie oder der Arbeiterklasse stehen würden. Ihr Protest richtet sich gegen die selbstzerstörerischen Kräfte in der kapitalistischen Produktionsweise, die diese selbst hervorgebracht hat“. ¹¹⁰ Daß es zu einer Annäherung der mittelständischen Gruppen an die Arbeiterklasse nicht kam, habe daran gelegen, daß „der durch die Inflation ausgelöste Prozeß der Verarmung dieser Zwischenschichten . . . nach einer langen Zeit progressiv voranschreitender Saturierung erst jüngsten Datums [war], und diese Verarmung, die eben gerade nicht unbedingt und generell einer ‘Verproletarisierung’ gleichgesetzt werden kann, widersprach den Erfahrungen dieser Schichten durch Generationen mit dem Kapitalismus“. ¹¹¹

Fassen wir die Resultate der hier referierten Ansätze zusammen, so läßt sich sagen, daß die Nazifizierung des Mittelstandes keineswegs als das Ergebnis gezielter Manipulation durch reaktionäre Teile der Monopolbourgeoisie bezeichnet werden kann, wie noch vor kurzem ein sowjetmarxistischer Autor behauptete. ¹¹² Auch wenn dies keineswegs aufgrund einer konkreten und konsequenten Interessenvertretung geschah, wird davon auszugehen sein, daß die aus den Zwischenschichten rekrutierende faschistische Massenbewegung eine relative Autonomie besaß, bevor sie für relevante großkapitalistische Fraktionen als möglicher Bündnispartner gegen die organisierte Arbeiterbewegung interessant werden konnte. Die Bedingungen, unter denen sich diese Entwicklung vollzog, werfen die Frage nach dem Verhältnis der faschisierten Mittelschichten zu den beiden Klassen im eigentlichen Sinn, nämlich Bourgeoisie und Proletariat, am Ende der Weimarer Republik auf. Diese Problematik wird im folgenden Abschnitt zu behandeln sein.

B) Das veränderte gesamtgesellschaftliche Klassenverhältnis ab 1929/30

So unterschiedlich sie die Faschisierung der deutschen Gesellschaft am Vorabend des „Dritten Reiches“ im einzelnen auch beurteilten, so ist doch den Autoren, die Ende der 20er bzw. Anfang der 30er Jahre die Frage zu beantworten suchten, welche Auswirkung im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Klassenkonstellation die im Zeichen des Nationalsozialismus radikalisierten mittelständischen Schichten als einer „dritten Klasse“ auf die Konstitutionsvoraussetzungen des faschistischen Herrschaftssystems hatten, eines gemeinsam: Die Orientierung an der Marxschen Bonapartismus-Analyse. Um diesen Bezug auf das Marxsche Modell, das als eine Art theoretischer Vorentscheidung in die Ansätze von Thalheimer, Trotzki und Bauer eingegangen ist, stets mitdenken zu können, erscheint es mir notwendig, die Marxsche Analyse wenigstens in ihren Grundzügen zu skizzieren. Marx geht es bekanntlich im „Achtzehnten Brumaire“ darum, die Bedingungen des Staatsstreiches Louis Bonapartes am 2.7.1851 in einer spezifischen Klassenkonstellation der französischen Gesellschaft zu lokalisieren. Auf der einen Seite ist jene nach Marx dadurch charakterisiert,

¹¹⁰ A.a.O., S. 104 f.

¹¹¹ Helga Grebing, a.a.O., S. 105.

¹¹² Eberhard Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik*, Köln 1967, S. 14 ff.

daß das Pariser Proletariat während des berühmten Juni-Aufstandes eine entscheidende Niederlage durch „die Finanzaristokratie, die industrielle Bourgeoisie, [den] Mittelstand, die Kleinbürger, die Armee, das als Mobilgarde organisierte Lumpenproletariat, die geistigen Kapazitäten, die Pfaffen und Landbevölkerung“ 113 hinnehmen mußte, die im Namen der bürgerlichen Republik die proletarischen Forderungen bekämpften. Entscheidend nach Marx ist nun, daß mit dieser Niederlage „das Proletariat in den *Hintergrund* der revolutionären Bühne [tritt]. Es versucht sich jedesmal wieder vorzudrängen, sobald die Bewegung einen neuen Anlauf zu nehmen scheint, aber mit immer schwächerem Kraftaufwand und stets geringerem Resultat“. 114 Seiner bedeutenderen Führer, die von den Gerichten abgeurteilt wurden, beraubt, traten immer „zweideutigere Figuren . . . an seine Spitze“. 115 In dieser Weise geschwächt, war das Proletariat noch nicht in der Lage, selber die Macht zu erobern und die sozialistische Republik zu errichten. Auf der anderen Seite jedoch konnte aber auch die Bourgeoisie die Macht nicht behaupten. Der Hauptgrund ist nach Marx darin zu sehen, daß ein dauernder Ausgleich zwischen den „zwei Fraktionen der französischen Bourgeoisie, Legitimisten und Orleanisten, großes Grundeigentum und Industrie“, 116 nicht zustande kommen konnte, weil ein Arrangement ausgeschlossen erschien, „solange [sich] das Grundeigentum . . . nicht entschließt, selbst industriell zu werden“. 117 Die daraus resultierende Rivalität aber zwischen dem monarchischen Grundeigentum und dem modernen republikanischen Kapital paralyisierte die Bourgeoisie, die sich angesichts der wirklichen oder nur suggerierten Gefahr der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft im Rahmen des revolutionären Prozesses bereit zeigen mußte, ihre im Parlament organisierten politischen Interessen nicht mehr selbst durch ihre Repräsentanten vertreten zu lassen. Sie gesteht sich, nach einem berühmten Marxschen Diktum, ein, „daß ihr eigenes Interesse gebietet, sie der Gefahr des *Selbstregierens* zu überheben, daß, um die Ruhe im Lande herzustellen, vor allem ihr Bourgeoisiparlament zur Ruhe gebracht, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, ihre politische Macht gebrochen werden müsse; daß die Privatbourgeois nur fortfahren können, die andern Klassen zu exploitiern und sich ungetrübt des Eigentums, der Familie, der Religion und der Ordnung zu erfreuen, unter der Bedingung, daß ihre Klasse neben den andern Klassen zu gleicher politischer Nichtigkeit verdammt werde; daß, um ihren Beutel zu retten, die Krone ihr abgeschlagen und das Schwert, das sie beschützen solle, zugleich als Damoklesschwert über ihr eignes Haupt gehängt werden müsse“. 118

Eben diese politische Selbstentmachtung der Bourgeoisie fand Marx zufolge im Staatsstreich Louis Bonapartes seinen konkreten Ausdruck. Seine gesellschaftliche Voraussetzung bestand, wie wir sahen, in jenem Machtvakuum, das aus dem Gleichgewicht zwischen einem geschlagenen Proletariat und einer politisch resignierenden Bourgeoisie resultierte: unter dieser Voraussetzung gelang es Louis Bonparte als Chef des 10. Dezember, mit seinem lumpenproletarischen Anhang die Exekutive zu erobern und eine Terrorherrschaft über alle Klassen zu errichten. Gleichzeitig konstatierte Marx eine zunehmende Verselbständigung der Exekutive gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft. Zwar sei mit diesem Vorgang kein absolutes Novum

113 Karl Marx, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* (1852), in: MEW, Bd. 8, S. 111 - 207, hier S. 121.

114 A.a.O., S. 122.

115 Ebd.

116 Karl Marx, a.a.O., S. 177.

117 Karl Marx, a.a.O., S. 178.

118 Karl Marx, a.a.O., S. 154.

entstanden, zumal die Exekutivgewalt, bereits beim Verfall des Feudalismus in der absoluten Monarchie sich herausbildend, auch innerhalb der parlamentarisch verfaßten bürgerlichen Gesellschaft insofern „verselbständigt“ sei, als „jedes *gemeinsame* Interesse . . . sofort von der Gesellschaft losgelöst, als höheres, *allgemeines* Interesse ihr gegenübergestellt, der Selbsttätigkeit der Gesellschaftsglieder entrissen und zum Gegenstand der Regierungstätigkeit gemacht“ 119 wurde. Gleichwohl ist nach Marx dieser Prozeß unter dem dritten Napoleon in eine neue Phase getreten, weil sich jetzt der Staat völlig verselbständigt zu haben scheine. „Die Staatsmaschine hat sich der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber so befestigt, daß an ihrer Spitze der Chef vom 10. Dezember genügt, ein aus der Fremde herbeigelaufener Glücksritter, auf den Schild gehoben von einer trunkenen Soldateska“. 120 Freilich läßt Marx keinen Zweifel daran, daß dieses Regime der „verselbständigten“ Staatsgewalt „nicht in der Luft [schwebt]. Bonaparte vertritt eine Klasse, und zwar die zahlreichste Klasse der französischen Gesellschaft, die *Parzellenbauern*“. 121 Zur Massenbasis des bonapartistischen Regimes konnten sie Marx zufolge werden, weil, in ihrem Verhalten durch eine vorkapitalistische, am Eigenbedarf orientierte Produktionsweise geprägt, nur ein lokaler Zusammenhang zwischen ihnen besteht. Verstärkt durch die schlechten französischen Kommunikationsmittel lasse ihr Produktionsmittel, die Parzelle, „keine Teilung der Arbeit zu, keine Anwendung der Wissenschaft, also keine Mannigfaltigkeit der Entwicklung, keine Verschiedenheit der Talente, keinen Reichtum der gesellschaftlichen Verhältnisse“. 122 Die Parzellenbauern sind, so Marx, daher unfähig, „ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent, geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden. Ihr Vertreter muß zugleich als ihr Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die sie vor den anderen Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt. Der politische Einfluß der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, daß die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet“. 123 Man wird mithin sagen können, daß der gesellschaftliche Inhalt des bonapartistischen Regimes das Klasseninteresse der Parzellenbauern ist, das eben dieses mit den durchkapitalisierten Sektoren der Gesellschaft in Widerspruch steht und angesichts der unaufhaltsamen kapitalistischen Entwicklung keine Chance auf eine dauernde Durchsetzung auf staatlicher Ebene hat, ist die Prognose, die Marx dem bonapartistischen System in Frankreich stellt.

Ohne Frage hat sich von den Autoren, die die Faschisierung der deutschen Gesellschaft Ende der 20er bzw. Anfang der 30er Jahre unter dem Gesichtspunkt der Verschiebung der Klassenverhältnisse in der Weimarer Republik interpretierten, August Thalheimer am engsten an die hier grob skizzierte Marxsche Bonapartismus-Analyse angelehnt. Ausgehend vom italienischen Faschismus, beobachtete er in der „Verselbständigung der Exekutivgewalt“ eine wesentliche Übereinstimmung zwischen dem von Marx analysierten Bonapartismus und dem Faschismus. Die verselbständigte Exekutive impliziere „die politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Gleichzeitig will der Faschismus, wie der Bonapartismus, der allgemeine Wohltäter aller Klassen sein: daher ständige Ausspie-

119 Karl Marx, *a.a.O.*, S. 197.

120 *Ebd.*

121 Karl Marx, *a.a.O.*, S. 198.

122 *Ebd.*

123 Karl Marx, *a.a.O.*, S. 198 f.

lung einer Klasse gegen die andere, ständige Bewegung in Widersprüchen im Innern". 124 Auch die Träger des Herrschaftsapparates, die faschistische Partei, rekrutiere sich aus denselben sozialen Schichten: sie müsse, aufgrund ihres gleichartigen sozialen Bestandes, als das Gegenstück der Dezemberbande Napoleons gelten: „Deklassierte aller Klassen, des Adels, der Bourgeoisie, des städtischen Kleinbürgertums, der Bauernschaft, der Arbeiterschaft". 125 Eine ähnliche Übereinstimmung sei festzustellen zwischen der faschistischen Miliz und der bonapartistischen Armee. „Wie sie, ist sie die Existenzquelle für deklassierte Elemente". 126

Aber auch die Verschiebung des Klassenverhältnisses, die Louis Bonaparte den Aufstieg zur Macht ermöglichte, hatte, Thalheimer zufolge, ihre Entsprechung in der Situation des Klassenkampfes, aus dem die faschistische Form der Staatsmacht hervorging. „Im Falle des italienischen Faschismus, wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung in der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energielos, nach einem Retter ausschauend, der ihre soziale Macht befestigt. Übereinstimmung auch in der Ideologie: als Hauptmittel die 'nationale' Idee, der Scheinkampf gegen parlamentarische und bürokratische Korruption, Theaterdonner gegen das Kapital usw. Verwandte Züge schließlich bei den 'Helden' des Staatsstreiches". 127 Das der Herausbildung der „verselbständigten" Exekutive zugrundeliegende Gleichgewicht der Klassenkräfte ist also, Thalheimer zufolge, dadurch charakterisiert, daß auf der einen Seite die organisierte Arbeiterbewegung initiativlos und ohnmächtig geworden war, weil unter ihrer Führung der revolutionäre Durchbruch der Arbeiterschaft nicht gelang. Auf der anderen Seite ist aber auch die Bourgeoisie geschwächt: ihr gelingt es nicht mehr, ihre partikularen Interessen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. Die Folge dieser Klassenkonstellation bestehe nun darin, daß „der faschistische Staat als 'Vermittler' zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse" auftritt, „der sich als solcher ständig in praktischen Widersprüchen bewegen muß". 128 Endlich ist noch ein dritter Aspekt zu erwähnen, der der Bonapartismus-Analyse von Marx analog erscheint: „Die Aushöhlung des bürgerlich-parlamentarischen Regimes erfolgt schrittweise. Und die Bourgeoisie selbst ist der Hauptagent. Marx' 18. Brumaire schildert gerade diesen Aushöhlungsprozeß in seinen einzelnen Etappen". 129 Freilich stelle sich die offene Diktatur keineswegs prozeßhaft her. Vielmehr werde sie „nur durch einen Sprung, einen Putsch oder einen Staatsstreich erfolgen, bei dem die Bourgeoisie selber das passive Element ist. Ihre Sache ist es, die Bedingungen zu schaffen, damit sie sozial 'gerettet' und politisch vergewaltigt werden kann. Das Vergewaltigen selber aber besorgt der Held des Staatsstreiches oder Putsches. Das Individuum oder die Organisation findet sich dazu immer, wenn ein Bedürfnis dazu da ist. Die entsprechenden Organisationen fördert die Bourgeoisie selber aktiv oder passiv". 130

124 August Thalheimer, *Über den Faschismus* (1930), in: Wolfgang Abendroth (Hrsg.), *Faschismus und Kapitalismus*, S. 31.

125 A.a.O., S. 32.

126 Ebd.

127 Ebd.

128 August Thalheimer, a.a.O., S. 33.

129 August Thalheimer, a.a.O., S. 38.

130 Ebd.

Zweifelloos besteht die Stärke des Thalheimerschen Bonapartismus-Modells darin, „den Faschismus weder gradlinig-funktionell aus den Produktionsverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft“ abgeleitet „noch . . . ihn auf die Rolle eines Agenten der bürgerlichen Klasse [reduziert]“¹³¹ zu haben. Anstatt einer doktrinarischen marxistischen Scholastik zu verfallen, die dekretiert, der Faschismus sei Ausdruck eines irreversibel „niedergehenden“ Kapitalismus, dem „notwendig“ die Diktatur des Proletariats folgen müsse, ging er davon aus, daß „Formen der offenen Diktatur der Bourgeoisie . . . dem Wesen nach keine einmaligen Erscheinungen [sind]: sie sind“ vielmehr „an ein bestimmtes Gesamtverhältnis der Klassen [gebunden] und . . . kehren periodisch wieder, sobald dies Verhältnis wiederkehrt – solange nicht der Zusammenbruch der oder jener Form dieser kapitalistischen Diktatur die Herrschaft der Arbeiterklasse dauernd macht, wodurch dieser Zyklus, wenigstens für das betreffende Land, abgeschlossen wird“.¹³² Der Konsequenz, dem Faschismus einen simplen Agenturcharakter im Sinne der sowjetmarxistischen Doktrin zu unterstellen, entging er aber dadurch, daß er analog der Bonapartismus-Analyse von Marx zwischen der politischen und sozialen Macht der Kapitaleigner unterschied: ausdrücklich betont Thalheimer, daß mit der Verselbständigung der Exekutivgewalt auch die Bourgeoisie dieser politisch unterworfen ist. Gleichwohl sind die Schwächen der Thalheimerschen Parallelisierung von Bonapartismus und Faschismus nicht zu übersehen. Gegen sie ist vor allem eingewandt worden, Thalheimer hypostasiere „den gesellschaftlich gesetzten Zusammenhang der *politischen* Kategorien“, mit denen Marx unter den Verhältnissen des neunzehnten Jahrhunderts gearbeitet habe und übertrage ihn, „durch Analogieschlüsse vermittelt, auf die Faschisierungsprozesse der spätbürgerlichen Gesellschaft; ein Verfahren, das dem marxischen gesellschaftstheoretischen Ansatz durchaus zuwiderläuft“.¹³³ Freilich setzt Thalheimer Faschismus und Bonapartismus nicht umstandslos gleich, sondern sieht den Unterschied zwischen beiden Herrschaftsformen darin, daß jener zwar auch kein revolutionäres Prinzip mehr repräsentiert, gleichzeitig aber „mangels der geeigneten ökonomischen Basis“ das imperialistische Prinzip – im Gegensatz zum Faschismus – noch nicht vertreten kann. Auch sei „die ‘Dezemberbande’ von Louis Napoleon . . . das Gegenstück zu der kleinen revolutionären Geheimorganisation der damaligen französischen Arbeiterklasse“, während die faschistische Partei als das „konterrevolutionäre Gegenstück zur Kommunistischen Partei Sowjetrußlands“ angesehen werden müsse, die „im Unterschied von der Louis Napoleons, von vornherein eine breite Massenorganisation“¹³⁴ sei. Gleichwohl bleibt diese Differenzierung abstrakt, weil ein systematischer Vergleich zwischen der eigentlichen Massenbasis Napoleons II., nämlich den französischen Parzellenbauern im neunzehnten Jahrhundert, und der mittelständischen Massenbasis des Faschismus im zwanzigsten Jahrhundert für die inhaltliche Bestimmung des Unterschiedes zwischen beiden Herrschaftsformen nicht durchgeführt wird. Mit der Verselbständigung der Exekutive allein jedoch ist der Faschismus nur unzureichend charakterisiert, da er dadurch von autoritären Regimes und deren Herrschaftstechniken nicht abgegrenzt werden kann. Schließlich ist Thalheimers Beurteilung des Klassenkampfes am Ende der Weimarer Republik höchst fragwürdig.

131 Kurt Kliem, Jörg Kammler und Rüdiger Griepenburg, *Zur Theorie des Faschismus*, in: Wolfgang Abendroth (Hrsg.), *Faschismus und Kapitalismus*, S. 11.

132 August Thalheimer, *Über den Faschismus*, S. 31.

133 Rüdiger Griepenburg und K.H. Taden, *Faschismus und Bonapartismus*, in: *Das Argument*, Jg. 8 (1966), H. 6, S. 472.

134 August Thalheimer, *Über den Faschismus*, S. 35.

Er geht nämlich davon aus, daß der Faschismus dann eintritt, „wenn die bürgerliche Gesellschaft, eben am Rande des Grabes angelangt, tödlich bedroht war von der proletarischen Revolution“. ¹³⁵ Eine entscheidende Konstitutionsbedingung des Faschismus besteht also darin, daß ein „revolutionärer Ansturm von seiten des Proletariats“ abgeschlagen worden ist und die organisierte Arbeiterschaft sich demzufolge in einem Zustand der Schwäche befindet. Aber diese Annahme einer zurückgeschlagenen proletarischen Offensive trifft für das Ende der Weimarer Republik sicherlich nicht zu, weil die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland seit 1919 von einer proletarischen Revolution nicht mehr bedroht war, hatte sich doch, sehen wir einmal von regionalspezifischen Ausnahmen ab, die große Mehrzahl der Arbeiter den reformistischen Strömungen der Arbeiterbewegung zugewandt.

Dezidiert und für die Bewertung des Faschismus wesentlich folgenreicher ging Leo Trotzki in seiner Analyse von den radikalisierten mittelständischen Schichten als einer autonomen politischen Kraft aus, die keineswegs, wie die sowjetmarxistische Analyse unterstellte, den Interessen des Monopolkapitals umstandslos subsumiert werden könne. „Jede wirkliche Analyse der politischen Lage“, so faßte er prägnant das entscheidende Axiom seiner Faschismus-Theorie zusammen, „muß von den Beziehungen zwischen drei Klassen ausgehen: Bourgeoisie, Kleinbürgertum (samt Bauernschaft) und Proletariat“. ¹³⁶ Ausdrücklich warnte Trotzki vor der Konstruktion eines Idealtypus, der den realen faschistischen Systemen gegenüberzustellen sei. Nicht dessen formale Definition, wie dies die Dimitroff-Formel versucht, ist ihm zufolge entscheidend. Vielmehr hänge der Aufstieg des Faschismus zur Macht ab vom wirklichen Kräfteverhältnis, von der Dynamik der politischen Prozesse, die sich in den Massen abspielen, von der Strategie der „proletarischen Avantgarde“ und dem Gang der Ereignisse in Westeuropa. Für Trotzki's Ansatz ist entscheidend, daß er nicht, wie Thalheimer, Bonapartismus und Faschismus weitgehend parallelisiert, sondern den Schwerpunkt gerade auf ihre spezifische Differenz legt. Entspricht dem bonapartistischen Regime die Form der autoritären Machtausübung, die sich auf Bürokratie, Polizei und Armee stützt, so transzendiert der Faschismus eindeutig den Rahmen der traditionellen Diktatur: seine Funktion, nämlich die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung, kann er unter den Bedingungen des industriellen Monopolkapitalismus nur erfüllen, wenn er selber eine Massenbasis gegen die proletarischen Kräfte zu mobilisieren in der Lage ist. In dieser Perspektive kommt, Trotzki zufolge, der Transformation von der einen Herrschaftsform zur anderen eine erhöhte analytische und praktisch-politische Bedeutung zu. ¹³⁷ Zunächst erscheint es für die erste Phase dieses Prozesses wichtig, daß mit der Herausbildung des Bonapartismus zugleich eine Krise der parlamentarischen Demokratie verbunden ist. Solbald nämlich „die antagonistischen Kräfte ihre Kampfpositionen an den Polen der kapitalistischen Gesellschaft eingenommen hatten, wurde sehr rasch deutlich, daß die parlamentarische Rechenmaschine jede Bedeutung verliert“. ¹³⁸ Das Parlament danke in dieser Situation faktisch ab, weil ihm klar werde, daß im Falle des Widerstandes die Regierung auch ohne es auskomme. „Dank des relativen Gleichgewichts zwischen dem aggressiven Lager der Konterrevolution und dem defensiven Lager der Revolution, dank ihrer zeitweiligen, wechselseitigen Neutralisierung hat sich die Achse der Macht über die Klassen und ihre parlamentarische Repräsentanz erhoben“. ¹³⁹ In dieser

¹³⁵ A.a.O., S. 28.

¹³⁶ Leo Trotzki, *Schriften über Deutschland*, hrsg. von Helmut Dahmer, eingeleitet von Ernest Mandel, 2 Bde, Frankfurt/M. 1971, Bd. 1, S. 356.

¹³⁷ A.a.O., Bd. 2, S. 681.

¹³⁸ Leo Trotzki, A.a.O., S. 679.

¹³⁹ Ebd.

Situation werde es notwendig, „den Regierungschef 'außerhalb des Parlaments und außerhalb der Parteien' zu suchen". 140 Oder anders ausgedrückt: „Die Regierung erscheint nicht als Exekutivorgan der Parlamentsmehrheit, sondern als Schiedsrichter zwischen den beiden kämpfenden Lagern". 141 Auch wenn, Trotzki zufolge, das bonapartistische System „nicht in der Luft [hängt]", 142 sondern, nur notdürftig, „durch die Dekorationen des Parlamentarismus" verschleiert, auf Polizei, Bürokratie und Armee sich stützt, ist seine Stabilität, zumal unter spätkapitalistischen Bedingungen, fundamental bedroht: Abhängig von dem „zutiefst unbeständigen Gleichgewicht zwischen dem proletarischen und dem faschistischen Lager", 143 ändere sich dieses Kräfteverhältnis dann rasch, wenn sich einerseits der „Einfluß der wirtschaftlichen Konjunktur" und andererseits vor allem die „Art der Politik der proletarischen Avantgarde" 144 auswirke. Es komme dann zu einer bürgerkriegsartigen Konfrontation zwischen beiden Lagern, deren Ausgang offen sei.

Trotzki rechnete fest damit, daß im Vergleich zum Übergang von der parlamentarischen Demokratie zum Bonapartismus dessen Transformation in den Faschismus „noch viel bedrohlichere soziale Unruhen und entsprechende revolutionäre Möglichkeiten mit sich" 145 bringe. Diese Prognose gründete er bekanntlich darauf, „daß das Bündnis von Groß- und Kleinbourgeoisie nicht unauflöslich ist. Ist das Kleinbürgertum unfähig zu *selbständiger* Politik (weshalb sich insbesondere auch die kleinbürgerliche, 'demokratische Diktatur' nicht verwirklichen läßt), so bleibt ihm nur die Wahl zwischen Bourgeoisie und Proletariat". 146 Das Kleinbürgertum kommt für Trotzki also als potentieller Bündnispartner der organisierten Arbeiterschaft durchaus in Betracht. Voraussetzung ist freilich, daß sich das Proletariat als fähig erweist, „die Gesellschaft auf einen neuen Weg zu führen". 147 Dies aber sei nur möglich, wenn die Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus ihre Spaltung überwinde. Gelingt dies nicht, so wende sich das Kleinbürgertum enttäuscht dem Faschismus zu und leite den Übergang von der bonapartistischen zur faschistischen Herrschaftsform ein. Die Bourgeoisie aber sei aufgrund ihrer Unfähigkeit, „sich mit den Methoden und Mitteln des von ihr selbst geschaffenen parlamentarischen Staates an der Macht zu halten", 148 gezwungen, auf „den Faschismus als Waffe der Selbstverteidigung, zumindest in den kritischsten Augenblicken", zurückzugreifen, auch wenn sie „die 'plebejische' Lösung ihrer Aufgaben nicht [liebt]". 149 Die Wechselbeziehung zwischen dem Bürgertum und den mittelständischen Schichten beruhe dabei keineswegs auf einer einfachen Kongruenz ihrer Interessen. Indem sie sich, so Trotzki, des Faschismus bedient, fürchtet sie ihn zugleich, weil sie mutmaßt, er könnte die ihm „von oben gesetzten Schranken . . . überschreiten", während umgekehrt das Kleinbürgertum als „eine ausgebeutete und benachteiligte Klasse der Großbourgeoisie mit Neid und oft mit Haß gegenüber [steht]". 150

140 *Ebd.*141 *Ebd.*142 *Ebd.*143 Leo Trotzki, *a.a.O.*, Bd. 2, S. 680.144 *Ebd.*145 Leo Trotzki, *a.a.O.*, Bd. 2, S. 681.146 Leo Trotzki, *a.a.O.*, Bd. 1, S. 359.147 Leo Trotzki, *a.a.O.*, Bd. 1, S. 360.148 Leo Trotzki, *a.a.O.*, Bd. 1, S. 358.149 *Ebd.*150 Leo Trotzki, *a.a.O.*, Bd. 1, S. 356.

Auch wenn Trotzki insbesondere mit seiner Ablehnung des mechanistischen Agenturcharakters des Faschismus sowie komplementär dazu mit seiner Kritik der Sozialfaschismus-Theorie die Konzeption der Komintern abzulehnen schien, so teilte er doch, wie Nicos Poulantzas zeigen kann, zwei wesentliche Komponenten mit dieser. Auf der einen Seite näherte er sich ihr bereits mit der irrigen Einschätzung der Situation am Ende der Weimarer Republik, der „Faschismus entspreche einem offenen ‘Bürgerkrieg’ der Bourgeoisie gegen die ‘aufständische’ Arbeiterklasse, also einer revolutionären Offensive der Arbeiterklasse“. 151 Bestätigt wird diese kritische Anmerkung Poulantzas gleichfalls durch Trotzki's dogmatische Behauptung, die radikalisierten Zwischenschichten seien auch unter spätkapitalistischen Bedingungen grundsätzlich disponibel für beide „Hauptklassen“ der bürgerlichen Gesellschaft. Übereinstimmung herrscht aber auch zwischen seiner Analyse und der Faschismuskonzeption der Komintern in der These des „Perioden“-Charakters des Faschismus. Ausdrücklich betont nämlich auch Trotzki, daß „*Jakobinertum*, reformistische *Demokratie* (darunter auch: Sozialdemokratie) und *Faschismus*“ als „Programme kleinbürgerlicher Strömungen“ jeweils „drei historischen Etappen“ der bürgerlichen Gesellschaft zuzuordnen sind: nämlich dem „Anfang der kapitalistischen Entwicklung, als die Bourgeoisie zur Lösung ihrer Aufgaben revolutionäre Methoden benötigte; [der] Blüte- und Reifeperiode des kapitalistischen Regimes, wo die Bourgeoisie ihrer Herrschaft geordnete, friedliche, konservative, demokratische Form verlieh; endlich [dem] Niedergang des Kapitalismus, wo die Bourgeoisie gezwungen ist, zu Bürgerkriegsmethoden gegen das Proletariat zu greifen, um ihr Recht auf Ausbeutung zu wahren“. 152 Gleichwohl bleibt unbestritten, daß Trotzki wesentliche Elemente des Faschismus scharfsinnig analysierte. Abgesehen davon, daß er nicht nur zwischen den bonapartistischen autoritären Präsidialkabinetten und dem Faschismus als in ihrer gesellschaftlichen Auswirkung sehr unterschiedlichen Herrschaftsformen der kapitalistischen Gesellschaft unterschied, konnte er nicht nur „in erstaunlicher Klarheit den Ablauf des Prozesses in Deutschland“ vorhersehen, 153 sondern auch den dynamischen Charakter des Faschismus als einer mittelständischen Massenbewegung bis zur Machtübernahme realistisch einschätzen.

Sah Trotzki die entscheidende Konstitutionsbedingung des faschistischen Herrschaftssystems in der Konfrontation zwischen der kommunistischen Arbeiterbewegung und den in der NSDAP organisierten mittelständischen Gruppen, so gelangte Otto Bauer zu einer wesentlich anderen Einschätzung der Situation. Zwar beantwortete auch er die Frage nach den klassenspezifischen Voraussetzungen des Transfers der Staatsmacht an die Faschisten in Anlehnung an das Marx'sche Bonapartismus-Modell. Für ihn ist jedoch das „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ 154 nicht, wie bei Thalheimer und Trotzki, Ausdruck der revolutionären Ausnahme-situation der bürgerlichen Gesellschaft, vielmehr repräsentiert es deren Normalzustand, der eine ungestörte Reproduktion des organisierten Kapitalismus zur Voraussetzung hat. Zwar herrsche in der bürgerlichen Demokratie die Kapitalistenklasse. Gleichwohl stehe sie unter dem ständigen Druck der reformistischen Arbeiterschaft, die sie zwingt, „dieser immer wieder, immer weitere Zugeständnisse“ zu machen. Unter der Voraussetzung steigender wirtschaftlicher Zuwachsraten erschüttere der „ständige Kampf des reformistischen Sozialismus und der Gewerkschaften um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Ausbau der sozialen Gesetzgebung

151 Nicos Poulantzas, *Faschismus und Diktatur*, S. 63.

152 Leo Trotzki, *Schriften über Deutschland*, Bd. 1, S. 356.

153 Nicos Poulantzas, *Faschismus und Diktatur*, S. 63.

154 Bekanntlich entwickelte Otto Bauer sein Konzept des Gleichgewichts der Klassenkräfte bereits 1923. Vgl. hierzu Otto Bauer, *Die österreichische Revolution*, Wien 1923, S. 196 - 242 und ders., *Das Gleichgewicht der Klassenkämpfe*, in: *Der Kampf*, Jg. 17 (1924), S. 57 - 67.

und Verwaltung" nicht nur nicht den Kapitalismus, sondern hebe ihn „vielmehr auf ein höheres technisches, soziales und kulturelles Niveau". 155 Diese Situation ändere sich aber grundlegend „in den schweren Wirtschaftskrisen, die dem Weltkrieg gefolgt sind". 156 Die Ursache hierfür sieht Bauer nun aber nicht wie Thalheimer und Trotzki in einer vertanen oder gegenwärtigen revolutionären Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft, zumal das Proletariat längst geschwächt und die revolutionäre Flut bereits abgeebbt sei. Was demgegenüber das bestehende gesellschaftliche Gleichgewicht und seine Verankerung in der parlamentarischen Demokratie der Bourgeoisie als Bedrohung ihrer ökonomischen Existenz erscheinen mußte, sei vielmehr die durch die Weltwirtschaftskrise verursachte Senkung ihrer Profite gewesen.

Diese Störung der Kapitalverwertung vorausgesetzt, ergab sich nach Bauer am Ende der Weimarer Republik ein Dilemma, das konstitutiv für den Aufstieg des Faschismus zur Macht werden sollte. Auf dem einen Pol jenes „eigenartigen Gleichgewichts der Klassenkräfte" sei zwar die Bourgeoisie im Besitz der Produktions- und Zirkulationsmittel sowie der Staatsgewalt. Gleichzeitig konnte sie aber ihre durch die Weltwirtschaftskrise bedrohten bzw. vernichteten Profite nur in dem Maße wiederherstellen, wie es ihr gelang, die Konzessionen an die reformistische Arbeiterbewegung wieder rückgängig zu machen. Erweist sie sich nun einerseits auch als zu schwach, „ihren Willen noch mit jenen geistigen, ideologischen Mitteln, durch die sie in der bürgerlichen Demokratie die Wählermassen beherrscht, durchzusetzen" und das Proletariat mit gesetzlichen Mitteln ihren ökonomischen Interessen unterzuordnen, so ist sie doch, Bauer zufolge, andererseits stark genug, die „gesetzlose, gesetzwidrige Privatarmee" der Faschisten „zu besolden, auszurüsten, auf die Arbeiterklasse loszulassen". 157 Der andere Pol des Klassengleichgewichts wurde „von dem reformistischen Sozialismus und von der von den Gewerkschaften geführte[n] Arbeiterklasse" 158 okkupiert. Ihr Problem habe darin bestanden, daß sie zwar gegenüber der Bourgeoisie stark genug war, eine Hebung des Grades der Ausbeutung zu verhindern. Zugleich erwies sich aber der Reformismus als zu schwach, sich der Angriffe zu erwehren, die gerade wegen der Größe seiner Erfolge und der Kraft seines Widerstandes auf ihn durchgeführt wurden. „Auf dem Boden der bestehenden bürgerlichen Demokratie wirkend, an der Demokratie als seinem Kampfboden und seiner Kraftquelle festhaltend", erschien er als „Systempartei", die die revolutionierten Massen nicht an sich zu ziehen vermochte. 159 Das Resultat dieser Schwäche beider „Hauptklassen" aber sei der Sieg des Faschismus gewesen: durch ihn wurde der Gleichgewichtszustand aufgehoben und damit wurden auch die Gleichgewichte beseitigt, „die in der bürgerlichen Demokratie die Klassenherrschaft der Bourgeoisie beschränken". 160 Wenn so der Faschismus objektiv im Dienste der „Normalisierung" kapitalistischer Profite fungierte, so will auch Bauer diesen Agenturcharakter keineswegs im Sinne der sowjetmarxistischen Interpretation verstanden wissen. Abgesehen davon, daß die Bourgeoisie schwere, in ihrer Geschichte, Tradition und Ideologie verankerte Hemmungen zu überwinden habe, ehe sie sich für den Faschismus entschlöße, werde sie in dem Augenblick, wo „sie die faschistischen Banden auf das Proletariat losläßt, . . . selbst zur Gefangenen der faschistischen Banden". Indem sie diese gegen das Proletariat mobilisiere, könne sie sie nicht mehr niederwerfen, „ohne sich der

155 Otto Bauer, *Der Faschismus*, S. 154.

156 *Ebd.*

157 Otto Bauer, *a.a.O.*, S. 155.

158 *Ebd.*

159 Otto Bauer, *a.a.O.*, S. 155 f.

160 Otto Bauer, *a.a.O.*, S. 157.

Revanche des Proletariats auszusetzen. Sie muß daher sich selbst der Diktatur der faschistischen Banden unterwerfen, ihre eigenen Parteien und Organisationen der faschistischen Gewalt preisgeben". 161

Zweifellos entfernte sich Bauer am weitesten bei seiner Faschismus-Analyse vom Marxschen Bonapartismus-Modell. Gleichwohl wandte er, wie ich meine, das Klassengleichgewichtstheorem am überzeugendsten auf die Konstitutionsbedingungen des deutschen Faschismus an. Indem er einerseits allzu kurzschlüssige Analogien im Sinne Thalheimers genau so vermied wie die Fiktion einer revolutionären Offensive des Proletariats und eines nach beiden Seiten offenen Kleinbürgertums, wie sie für Trotzki und die Komintern charakteristisch war, kam er zu einer Konkretisierung der gesellschaftlichen Aufstiegsbedingungen des Faschismus, die im wesentlichen durch die neuere Forschung bestätigt wurde: 162 die Massenbasis der NSDAP rekrutierte sich „autonom“ einerseits aus den durch den Ersten Weltkrieg deklassierten Gruppen, die „an den im Kriege erworbenen Lebensformen und Ideologien hangend . . . , die faschistischen ‘Milizen’, die völkischen ‘Wehrverbände’ mit einer eigenartigen militaristischen, antidemokratischen, nationalistischen Ideologie“ 163 bildeten und andererseits aus den „breiten Massen von Kleinbürgern und Bauern“, die in den Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit verelendet waren. Der andere zentrale Aspekt des Gesamtprozesses aber bestand darin, daß die tonangebenden Fraktionen des Großkapitals, zunächst zögernd, dann deziert, mit Hitler koalierten, nachdem dessen Partei 1929 zu einer entscheidenden politischen Kraft dank ihrer mittelständischen Wähler geworden war, um die Errungenschaften der reformistischen Arbeiterbewegung mit terroristischen Mitteln rückgängig zu machen.

161 Otto Bauer, *a.a.O.*, S. 155.

162 Vgl. hierzu Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie . . .*, S. 178.

163 Otto Bauer, *Der Faschismus*, S. 143.

DIE GESCHICHTSMYTHOLOGEN DER 'ANDEREN' ARBEITERBEWEGUNG

Von Rudi Schmidt

I.

Aus dem Auflösungsprozeß der Studentenbewegung 1969/70 sind eine Reihe divergierender Gruppierungen hervorgegangen, deren Differenz sich hauptsächlich am Verhältnis von Theorie und Praxis festmachen läßt. ¹ Die eine Richtung betont die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Analyse der bürgerlichen Gesellschaft auf der Basis der Marxschen Theorie als zentraler Aufgabe vor aller dezidiert kommunistischen Politik. Hier wären vor allem das „Projekt Klassenanalyse“ in Berlin und die „Arbeitskonferenz-Fraktion“ (AK) in München mit ihren auswärtigen Gruppen zu nennen. ² Sie unterscheiden sich, abgesehen von bestimmten theoretischen Differenzen (z.B. über die Konstitutionsbedingungen von Klassenbewußtsein), vor allem auch darin, daß die erstere ihren konkreten Bezug aufs Proletariat durch kritisches Einwirken auf eine bereits bestehende proletarische Organisation mit breiterer Verankerung in der Arbeiterklasse meint gewährleisten zu können, während die zweite sich selbst als Kern einer künftigen kommunistischen Partei versteht und ihre Politik einstweilen auf das Rekrutierungsfeld Universität beschränkt.

Die andere Richtung ist durch ihren mehr oder weniger unmittelbaren Praxisbezug bestimmt. Während die Gruppen der ersten Richtung das Verhältnis von Wissenschaft und „wirklicher Bewegung“ bzw. eingeschränkter: von Wissenschaft und Proletariat gründlich reflektiert haben, um ihre Aufgabe in diesem Verhältnis zu bestimmen, besteht für die Gruppen der zweiten Richtung dieses Problem nicht, weil sie mit ihrer Entscheidung für einen unmittelbaren Bezug aufs Proletariat auf der Basis ihres jeweiligen Wissens auch die Differenz zwischen wissenschaftlichem Erkennen der realen Bewegung des Kapitals und dem bloßen Reagieren auf die Erscheinungsformen, in denen sie sich darstellt, verwischt haben. Sie betrachten sich als Revolutionäre qua Entscheidung durch das Einnehmen eines Standpunkts.

Dabei ist auch diese Richtung in vielfältige Lager gespalten. Das eine firmiert unter der fünf-köpfigen Flagge (Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao) eines „vorrevisionistischen“ Marxismus-Leninismus, kurz „ML-Gruppen“ genannt, deren wichtigste die KPD-ML und die sogenannte KPD sind, – nach ihrem Parteiorgan „Rote Fahne“ auch – richtiger – „Gruppe Rote Fahne“ (GRF) geheißen. Eine Sonderposition nimmt in diesem Lager der „Maoisten“ der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW) ein.

Das andere große Lager wird durch alle möglichen spontaneistischen und linkskommunistischen Gruppen bestimmt. Die Hauptdifferenz zwischen ihnen und dem ML-Lager besteht in einer

1 Diese einleitenden Bemerkungen dienen zur besseren politischen Standortbestimmung der hier vorrangig behandelten Texte; sie sind deshalb notwendig unvollständig.

2 Das „Projekt Klassenanalyse“ ist genau genommen neben der Studentenbewegung entstanden, seine Bedeutung hat es aber erst durch die Studentenbewegung und die weitere Entwicklung erhalten. Die Position der Gruppe ist am besten aus den Beiträgen in ihren „Diskussionsbänden“ zu entnehmen: Bd. 1: *Klassenbewußtsein und Partei*, Westberlin 1972; Bd. 2: *Oberfläche und Staat*, Westberlin 1974; Bd. 3: *Kleinbürgerlicher oder wissenschaftlicher Sozialismus*, Westberlin 1974. – Die Position der AK-Gruppen ist zusammengefaßt in ihrem theoretischen Organ *Resultate der Arbeitskonferenz* (München), Jg. 1 (1974), Nr. 1.

unterschiedlichen Beantwortung des Problems von Spontaneität und Organisation. Während die Maoisten die Schwächen ihrer Politik – die im wesentlichen schon in deren mangelhafter theoretischer Begründung zu suchen sind –, durch forcierte Selbstdarstellung unter Verwendung traditionsmächtiger Symbole (Parteinamen, bekannte Parteiführer etc.), propagandistischer Schlagworte, rigider Organisationsformen und anderer Beutestücke aus dem historischen Arsenal der deutschen Arbeiterbewegung wettmachen wollen,³ und in ihrer ganzen Hilflosigkeit mit der Dogmatisierung ihrer Theorie diese Schwäche nur noch verschärfen, lehnen die Gruppen des anderen Lagers jede vorgängige Fixierung auf eine bestimmte Organisationsform ab und suchen dies mehr oder weniger von ihrem politischen Entwicklungsprozeß bzw. dem des Proletariats abhängig zu machen. Dem Dogmatismus des einen Lagers steht hier das ebenso hilflose Kleben an den Erscheinungsformen der bürgerlichen Gesellschaft und die Flucht in den Eklektizismus bei deren Analyse gegenüber. Schließlich unterscheiden sie sich darin, daß die einen den Fortschritt in der politischen Bewegung hauptsächlich an der Stärke ihrer Avantgarde-Organisation ablesen wollen, die anderen aber vor allem auf die Spontaneität der Massen vertrauen. – Beiden gemeinsam ist die Instrumentalisierung der Geschichte der Arbeiterbewegung zur Legitimationstechnik, um jeweilige Theoriedefizite damit zu kompensieren.

Bestimmte empirisch registrierte Kapitalbewegungen und Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse werden – ohne genauere Analyse miteinander verknüpft – zur Grundlage eines Programms und zum Ausgangspunkt taktischer Überlegungen gemacht und, was ihnen zum Beweis der behaupteten Relevanz und bei der Formierung der Phänomene zur unterstellten Tendenz noch fehlt, wird durch ihre Verankerung bzw. Verlängerung in die Geschichte zu ergänzen versucht.

So etwa verfahren die linkskommunistische Hamburger Gruppe „Proletarische Front“ und ihr nahestehende Historiker.⁴ Weil die in ihrer Analyse verwendeten Begriffe und die theoretischen und empirischen Prämissen weitgehend identisch sind mit denen der beiden anderen um die gemeinsame Zeitschrift „Wir wollen alles“ (1973 ff.) gruppierten Zirkel „Revolutionärer Kampf“ in Frankfurt und „Arbeitersache“ in München, sollen bei der hier im Mittelpunkt stehenden Kritik der Publikationen der „Proletarischen Front“ deren zentrale Aussagen – soweit nötig – mit einbezogen werden. Wenn ich dabei auf das in der IWK bereits besprochene Buch von Karl-Heinz Roth⁵ noch einmal ausführlich eingehe, dann einmal deshalb, weil – trotz der bisher schon erfolgten Kritik – aufgrund Roths Prestige als ehe-

3 Exemplarisch gilt dies für die in Dortmund residierende Sekte „KPD“/GRF.“ Vgl. die Kritik von Niels Kadritzke an Alexander von Platons politischer Verwertung der Geschichte der Arbeiterbewegung für die „KPD“/GRF in: *Probleme des Klassenkampfes* (im folgenden zitiert: [PROKLA]), Jg. 4 (1974), Nr. 11/12, S. 59-89.

4 Proletarische Front, *Arbeiterkampf in Deutschland. Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter seit dem Nationalsozialismus*, München 1973; Proletarische Front, *Rationalisierung und Massenarbeiter. Die Kämpfe der norddeutschen Werftarbeiter seit 1945*, München 1973; Karl-Heinz Roth, *Die 'andere' Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland*, München 1974; Jürgen Klein, *Bürgerliche Demokraten oder christliche, sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschafter. Hand in Hand gegen die Arbeiter*, 2. Aufl., Hamburg 1974; Gruppe Arbeitersache München, *Was wir brauchen müssen wir uns nehmen. Multinationale Betriebs- und Regionsarbeit der Gruppe Arbeitersache München*, München 1973.

5 Vgl. die Rezensionen von Monika Kramme, in: *IWK*, Jg. 11 (1975), H. 1, S. 114 f. und Erhard Lucas, in: *Politikon*, Nr. 46 (1975), S. 17-21, deren Kritik ich teile.

maliger Hamburger Studentenführer und der für jüngere und unerfahrene Leser eindrucksvollen wissenschaftlichen Drapierung anzunehmen ist, daß es weiteren, größeren Einfluß haben könnte,⁶ zum anderen, weil es die Position der „Proletarischen Front“, die er lange Zeit stark beeinflusst hat, historisch ausführlicher abdecken hilft. Schließlich soll es zum Anlaß genommen werden, nicht nur in linken Gruppen weit verbreitete falsche Vorstellungen über Entwicklungen im kapitalistischen Produktionsprozeß, der Struktur der Arbeiterklasse und in der Politik der Gewerkschaften zu korrigieren. Schwerpunkt der Diskussion sind die teilweise von der linkskommunistischen Gruppe „Lotta Continua“ übernommenen Begriffe: (multinationaler) „Massenarbeiter“, „Arbeiterautonomie“ und die Gewerkschaftskritik.

II.

Die Auffassungen der oben genannten drei Gruppen – „Lotta Continua“ wäre hier auch weitgehend mit einzubeziehen – lassen sich etwa folgendermaßen zusammenfassen: Die durch den Kapitalverwertungszwang zunehmend stärker rationalisierte Produktion segmentiert und entleert die Arbeit auf das technisch mögliche und ökonomisch optimale Minimum, so daß der Arbeiter nur noch zum lebendigen Appendix des toten Kapitals degeneriert. Zugleich wird die durch Akkordverschärfungen, vermehrte Schichtarbeit und durch arbeitsorganisatorische Maßnahmen erreichte Arbeitsintensifikation, die Verdichtung der Arbeitsporen bis an die Grenze des physisch und psychisch Erträglichen getrieben. Die Folge ist eine „neuzusammengesetzte“ Arbeiterklasse, in der der Typus des Facharbeiters nahezu verschwunden ist oder in die Betriebshierarchie aufrückt, wo er als Aufseher des neuen Typs von „Massenarbeiter“ fungiert. Der „Massenarbeiter“ ist der un- und angelernte Arbeiter geringer Qualifikation, der – zunehmend multinational zusammengesetzt – die repetitive Teilarbeit und die Bandmontage beherrscht. Der verstärkte Arbeitsdruck kann nicht länger mit Lohnsteigerungen kompensiert werden – die klassische Lohnpolitik der Gewerkschaften –, deshalb richten sich die Aktionen der Massenarbeiter zunehmend gegen die Arbeitsorganisation und die Arbeitsbedingungen. Hiermit treffen sie auf den Nerv des kapitalistischen Verwertungsapparats, denn diese Forderung zielt tendenziell auf die Abschaffung des Lohnsystems als Ganzes. Unter der darin zum Ausdruck kommenden „Autonomie verstehen die Italiener die Fähigkeit der Proletarier, ihre eigenen Klasseninteressen im Kampf an die erste Stelle zu setzen, das heißt vor die Bedürfnisse der Produktion, der Technik, die Bedürfnisse der kapitalistischen Entwicklung“. Wichtig sei dabei, „daß die Arbeiter aus ihrer Objektrolle heraustreten, nicht mehr Ware Arbeitskraft, sondern bewußt handelnde Subjekte sind“. Es sind dies Subjekte, „die sich in diesen Schritten auch nicht primär von Parteien und Gewerkschaften vertreten lassen, sondern sie selbst einleiten und durchführen“. ⁷ Mit einem

6 Nach den bisherigen Erfahrungen mit der Wirkung von derartigen Texten auf die auch von Roth angezielten Leserschichten muß bezweifelt werden, ob sie so ohne weiteres seine bombastische Scharlatanerie durchschauen. Der von ihm reproduzierte sublimale akademische Terror, der von dem Fußnoten-Bombardement ausgeht, gerade auf die Anhänger seiner Thesen, – die wohl kaum in der akademischen Wissenschaft zu suchen sind, macht ihnen dies Buch entweder in blinder Weise verhasst oder – und das ist wahrscheinlicher – führt zu der gleichen unreflektiert affirmativen Identifikation wie das bei Erstsemestern vor der Studentenbewegung mit den vermeintlichen Dogmen ihrer Professoren geschah.

7 Gruppe Arbeitersache, *Was wir wollen* . . . , S. 82.

bei diesen Gruppen geflügelten Wort von „Lotta Continua“: „Wenn der Klassenkampf nicht mehr als Motor der kapitalistischen Entwicklung funktioniert – das ist Autonomie“. ⁸

Die neue Qualität der Forderungen und Kämpfe sei in den spontanen Streiks seit 1971 und besonders 1973 deutlich geworden: „Diese klare Tendenz zur Aufsässigkeit, die nichts mehr mit den traditionellen Kampfformen der Arbeiterbewegung zu tun hat, die nicht mehr die Kominternpartei braucht, um die ökonomischen Kämpfe in politische zu verwandeln, die in sich schon politisch ist, weil sie das kapitalistische Programm der Koppelung von Produktivität und Lohn und damit das faschistische Gesetz der Kapitalakkumulation und der staatlichen Akkumulationsgarantie offen verhöhnt und nur darauf wartet, zum umfassenden Angriff gegen den kapitalistischen Staat überzugehen; diese Tendenz zu einer permanenten, den gesamten Arbeitstag durchziehenden und bestimmenden proletarischen Autonomie wird von den meisten Arbeitern, die wir befragt haben, bestätigt“. ⁹ – Weil der „Planstaat“ als bloße Agentur des Kapitalinteresses dabei überall seine Hand im Spiel hat, ist die Kampfperspektive vorgezeichnet.

Die Bedeutung der Gewerkschaften als Interessenorganisationen der Arbeiter ist verschwindend gering geworden, weil sie a) an den Facharbeiter fixiert sind, der, wie wir wissen, im Aussterben begriffen ist, b) haben sie sich gemeinsam mit der SPD an den „Planstaat“ und an das Kapital verkauft. Der Reformismus, wozu meist noch die DKP gezählt wird, verrät somit die Interessen der revoltierenden Arbeiter. „Seit 1970 ist ein fast hundertjähriger Prozeß des Arbeiterkampfs abgeschlossen mit dem Ergebnis, daß die traditionellen Arbeiterorganisationen unwiderruflich und mit demonstrativer Offenheit auf der anderen Seite der Barrikade stehen“. ¹⁰

III.

Wie gelangt man nun zu solchen Auffassungen? Darauf gibt die „Proletarische Front“ eine klare Antwort: „Für alle, die auf den Klassenkampf als den entscheidenden Motor der Geschichte setzen [!] ist heute unumstößlich [warum erst heute? !] klar, daß in der Arbeiterklasse der Schlüssel für jede revolutionäre Umwälzung liegt“. ¹¹ Solche Weisheiten sind für

⁸ Adriano Sofri und Luciano della Mea, *Zur Strategie und Organisation von 'Lotta Continua'* (= Internationale Marxistische Diskussion, 18), Berlin 1971, S. 18. Vgl. auch Lotta Continua, *Arbeiterautonomie in Westdeutschland, Diskussionsbeitrag von Lotta Continua zu den Klassenkämpfen in der BRD*, Geiganz 1974, S. 81 ff.

⁹ Proletarische Front, *Rationalisierung . . .*, S. 43. Über die Form und einzelne Ergebnisse wird nichts weiter mitgeteilt, – einmal ganz abgesehen von den prinzipiell|problematischen Gültigkeitskriterien solcher Befragungen. Man kann jedenfalls die sicher berechtigten Zweifel an den herkömmlichen Methoden empirischer Sozialforschung nicht durch die völlige Mißachtung der Verallgemeinerungsfähigkeit der eigenen Resultate bewältigen.

Der „Proletarischen Front“ kam es wohl auch nur auf die Bestätigung längst kanonisierter Überzeugung an, denn ihre Weihe hatte die These von der nicht nur in den lombardischen Arbeitskämpfen sich ausdrückenden „Autonomie“ bereits durch „Lotta Continua“ erhalten. Dabei stellen M. Regini und E. Reyneri in: *Akkord, Lohn, Qualifikation als Kampfinhalte italienischer Arbeiter*, München 1973, S. 28, gerade gegenüber den von fast allen linken Gruppen in der BRD euphorisierten italienischen Arbeitskämpfen des Jahres 1969 fest: „Während der Tarifkämpfe im Herbst 1969 wurde die Verlangsamung der Rhythmen in sehr vielen metallverarbeitenden Betrieben angewendet, aber in den meisten Fällen handelte es sich nur um die Entdeckung einer viel wirkungsvolleren und billigeren Kampfform als bei den traditionellen Kämpfen. Ihre Anwendung war also nicht immer wirklich Ausdruck des Willens zur Macht in der Fabrik und einer größeren Bewußtheit, wie oft behauptet worden ist“.

¹⁰ Karl-Heinz Roth, *Die 'andere' Arbeiterbewegung . . .*, S. 255.

¹¹ Proletarische Front, *Arbeiterkampf . . .*, S. 5. Hervorhebungen von mir.

jenen, der sich einfach auf den „Arbeiterstandpunkt“ stellt, leicht zu formulieren: „Arbeiterstandpunkt: das bedeutet, auf jedes vorgegebene Interpretationsschema, auf jede griffige Floskel eines erstarrten Kapitalbegriffs zu verzichten. Der Arbeiterstandpunkt setzt voraus, anzuerkennen, daß für die historische Analyse des Kapitalismus die konkrete Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit entscheidend ist ” (S. 5 f.).

Wie man zu solchen Definitionen kommt, wer sie aufstellt, der Arbeiter oder der Intellektuelle, der sich auf den „Arbeiterstandpunkt“ gestellt hat, das wird nicht erläutert; wenn aber auf jedes „vorgegebene Interpretationsschema“ verzichtet werden soll, dann müßte doch erst einmal begründet werden, wie man zum „Arbeiterstandpunkt“ überhaupt gelangt. Wenn für die historische Analyse des Kapitalismus die „konkrete Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit entscheidend“ ist, dann muß zumindest dargestellt werden, welchen Begriff man vom Kapital und von der Arbeit besitzt; „erstarrte Kapitalbegriffe“ – vermutlich solche von Marx im „Kapital“ formulierte – dürfen es ja nicht sein. Es wundert dann nicht mehr, wenn die Frontkämpfer bekennen: „Es ist unglaublich schwierig, den Klassenkampf, so wie er in den letzten 40 Jahren *real* ablief, vom Arbeiterstandpunkt her auf den Begriff zu bringen” (S. 5). Ein Standpunkt liefert allemal noch keine Begriffe! Aber welche Bedeutung hat die Geschichte der Klassenkämpfe, daß solche Mühe auf ihre Analyse verwandt wird?

Alle hier behandelten Gruppen sind sich darin einig, daß das klassenkämpferische Bewußtsein der Arbeiter in der Bundesrepublik im allgemeinen noch gering entwickelt ist, obwohl sie seit den Septemberstreiks „keimhafte Kerne“ mit einer „qualitativ neuartigen proletarischen Aufsässigkeit“ meinen beobachten zu können.¹² Statt sich aber systematisch mit der Frage zu befassen, welche Bedingungen das Entstehen von Klassenbewußtsein fördern oder hemmen, wie sich die Verkehungen des Kapitalverhältnisses an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft durchsetzen, um von dort ausgehend den Punkt bestimmen zu können, von dem aus die Durchbrechung der verschleierte Gesellschaftsbeziehungen im Bewußtsein des Lohnarbeiters möglich wird, starren sie nur auf die empirischen Bewegungen.¹³

12 Proletarische Front, *Rationalisierung* . . . , S. 45.

13 Es ist klar, daß die Bestimmungen des „verkehrten Bewußtseins“ nicht aus einer noch so differenzierten Fetisch-Diskussion gewonnen werden können. Immerhin liefert aber die Entwicklung des allgemeinen Begriffs des Kapitals im 1. Bd. des *Kapital*, – eine theoretische Ebene, auf die sich die „Proletarische Front“ schon gelegentlich mal vorwagt, – genügend Hinweise für diesen Verkehrungszusammenhang, der dann im 3. Bd. (angedeutet in der „trinitarischen Formel“, 48. Kap.) die „Oberfläche“ der bürgerlichen Gesellschaft erreicht. Vgl. dazu *Circular 3* der „Marxistischen Gruppe“ Erlangen, 2. Aufl., Erlangen 1973 und die Kritik des „Projekts Klassenanalyse“ in: *Oberfläche und Staat* . . . , S. 9 - 69.

Im 1. Bd. des *Kapital* findet sich auch die bekannte Stelle, über die die Anhänger der „Proletarischen Front“ vielleicht doch noch einmal gründlich nachdenken sollten, wenn sie wieder einmal auf das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu sprechen kommen; es ist ziemlich das Gegenteil von dem, was die 'Frontkämpfer' sich so vorstellen: „Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Überbevölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit und daher den Arbeitslohn in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den 'Naturgesetzen der Produktion' überlassen bleiben, [. . .]”. Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, 3 Bde (im folgenden zitiert: *Kapital 1-3*) [= Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, 39 Bde (im folgenden zitiert: *MEW*), Berlin 1956 - 1968, Bd. 23 - 25], hier: *Kapital 1*, S. 765.

Das mangelnde Bewußtsein ist dann das Resultat der Ranküne der Kapitalisten, die sich die Arbeiterklasse nach Belieben „zusammensetzen“ (ein Lieblingsausdruck der „Proletarischen Front“) und wieder auseinandernehmen. Deshalb wird auch die repressive Funktion der Polizei und des Werkschutzes für die Arbeiter in den Betrieben über ihre faktische Stellung hinaus aufgeblasen.¹⁴ Deshalb flüchten sich die Vertreter des „Wir-wollen-alles“-Freundeskreises in die pauschalen Kennzeichnungen der antiautoritären Studentenbewegung mit ihrer eklektischen Herrschaftssoziologie: „Die bundesrepublikanische Klassengesellschaft lebt in einem permanenten Belagerungszustand. Schwerpunkt des Belagerungszustandes ist die Fabrik“. ¹⁵ Kein Wunder, daß sie noch immer glauben, „daß die ‘Verweigerungsrevolte’ der Studenten eine Antwort auf die zunehmende Vergesellschaftungstendenz der kapitalistischen Fabrik im allgemeinen und auf den kapitalistischen Angriff auf das Bildungswesen im besonderen gewesen ist“. ¹⁶ Von hier ist es nicht mehr weit bis zur Stellvertreter-These ¹⁷ und anderen Versatzstücken aus der Blütezeit der antiautoritären Bewegung.

Wenn man sich so des allgemeinen, überall sichtbaren Repressionszusammenhangs versichert hat, ist es an sich gleichgültig, an welcher Stelle der Kampf gegen das System begonnen wird. Nur weil die Arbeiter *besonders* unter der „Belagerung“ leiden, muß primär dort angesetzt werden. Nicht die gesellschaftliche Stellung der Arbeiter als unmittelbare Produzenten der Arbeitsprodukte: nicht Herr sondern Knecht ihrer Produktionsbedingungen zu sein, entscheidet über ihre politische Rolle im Konzept der „Proletarischen Front“, sondern die quantitative Bestimmung: ihr größeres Leiden unter den gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Perspektive des revolutionären Prozesses bereitet jetzt keine größere Schwierigkeit mehr. Es kann sich nur noch darum handeln, einen Dreh zu finden, wie die subjektiven Hemmungen abgebaut und das Leiden am System zur Aggression gegen es gewendet werden können.

14 In Roths Buch nimmt dieses Thema mehr als ein Viertel des ganzen Raumes ein. Allerdings sind die zahlreichen Dokumente darüber das einzig Nützliche an der Schrift.

15 Karl-Heinz Roth, *Die 'andere' Arbeiterbewegung ...*, S. 263.

16 Proletarische Front, *Arbeiterkampf ...*, S. 148.

17 Ihrzufolge führten die Studenten den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft und ihren repressiven Staat in exemplarischen Aktionen stellvertretend für die Arbeiterklasse. Sie hatte zeitweilig eine gewisse Bedeutung, besonders zur Zeit der sogenannten Schlacht am Tegeler Weg in Westberlin im November 1968. Damals wurde aus einer Demonstration heraus, die zur Unterstützung Horst Mahlers in einem Verfahren vor dem Landgericht durchgeführt wurde, zum ersten Mal „Gewalt gegen Personen“ (= Steine auf Polizisten) angewandt und zwar „erfolgreich“, wie einige damalige Studentenfürher in Westberlin meinten. Mit der gleichen Skrupellosigkeit, die man Springer und anderen wegen deren Instrumentalisierung von angeblich emanzipatorisch festgelegter Wissenschaft für ihre Profit- und Herrschaftsinteressen – naiverweise – vorhielt, berief man sich jetzt ebenso auf die Psychoanalyse und hoffte, der Mechanismus „Identifikation mit dem Aggressor“ werde wegen des „Erfolgs“ der militanten Aktion (eine halbe Stunde über gelang es den Demonstranten, die auf diese Attacke unzureichend vorbereitete Polizei mit Steinwürfen am Vorrücken zu hindern) sich diesmal zugunsten der Studenten auswirken: Man glaubte, Verständnis und Zustimmung dafür in der Arbeiterschaft zu finden, und sie zur Nachahmung bewegen zu können, zu Unrecht, wie sich bald herausstellte. Diese Stellvertreter-These ist putschistisch und daher ein zentrales Orientierungsmuster der westdeutschen Anarchisten. Karl-Heinz Roth ist ihr inzwischen gleichfalls erlegen und wurde nach einer wilden Schießerei im Mai 1975 verhaftet. Ich meine, daß dies die resignative Konsequenz aus den Positionen in seinem Buch ist. Es steht leider zu befürchten, daß sie noch andere aus dem Dunstkreis von „Wir wollen alles“ ziehen.

Roth weist den Weg: „Die Arbeiter werden diese Gewaltmaschine nur dann zu zerstören vermögen, wenn sie ihr mit den Erfahrungen ihrer eigenen Kampfgeschichte gegenübertreten; wenn sie lernen, historisch bewußt zu handeln; wenn sie die systematische Zerstörung ihrer eigenen Vergangenheit außerhalb des Kapitals, so, wie sie das kapitalistische Monstrum tagtäglich betreibt, verhindern; wenn sie bereit sind, ihre eigene Kampfgeschichte in ein Instrument der revolutionären Zerstörung des Ausbeutersystems umzuwandeln“ (S. 19). — Für die Instrumentalisierung der Geschichte zum Theorieersatz erklärt sich auch die „Proletarische Front“: „Wir brauchen die Geschichte der Arbeiterkämpfe, um über die aktuellen Ausgangspunkte hinaus die Perspektive einer weitergehenden Verallgemeinerung zu gewinnen“. 18 „Deshalb müssen wir alles daransetzen, um die antagonistische Autonomie, die die Arbeiter in den Streiks der fünfziger Jahre in Keimformen entwickelten, zu rekonstruieren“. 19 Die Aufarbeitung der Geschichte der Werftarbeiterkämpfe „stellt den Versuch dar [. . .] die Identität der Werftarbeiterklasse wiederherzustellen“, wobei betont wird, „daß wir jenseits einer fetischistischen Analyse des Kapitals, die vom Arbeiterstandpunkt abstrahiert, vorgehen müssen“ (S. 60).

IV.

Wie sieht nun die „Rekonstruktion der Klassenkämpfe“ aus? In der Schrift über die Kämpfe der norddeutschen Werftarbeiter seit 1945 wird eingeräumt, „daß diese ‘subversiven und militanten’ Aktionen durch Dokumente zu belegen . . . ein äußerst schwieriges Unterfangen“ sei. 20 Quellen waren Zeitungen und Gespräche mit Arbeitern. Der Aussagewert der daraus bezogenen Angaben ist problematisch, die Quellenbasis ist recht schmal. Zwar ist der Broschüre ein ausführlicher, mit differenzierenden Fragen versehener „Fragenkatalog für Werftarbeiter“ beigegeben, es wird aber nichts von den Erfahrungen bei seiner Anwendung berichtet. Immerhin sind eine ganze Reihe von Artikeln aus entlegenen Zeitschriften und Zeitungen abgedruckt, so daß man Teile der Schrift als Hilfsmittel bei eigenen Analysen benutzen kann. Nützlich als erste Hinweise sind solche Ansätze schon, weil Texte über die frühen Arbeitskämpfe in Westdeutschland nach 1945 immer noch recht selten sind. Allerdings sind Darstellung und Kommentar der geschichtlichen Ereignisse ungenügend, so daß es nicht lohnt, hier näher auf sie einzugehen. Die in diesem Text enthaltenen zentralen Theoreme, mit denen die Arbeiterkämpfe untersucht werden, finden sich auch in der Broschüre „Arbeiterkampf in Deutschland“ und bei Roth. Ihre Darstellung, historische Anwendung und Kritik soll anhand der umfangreicheren Ausführungen Roths vorgenommen werden.

Historische Leitfigur ist der „Massenarbeiter“. Roth verfolgt seinen Weg vom ersten Auftritt auf der historischen Bühne Ende des neunzehnten Jahrhunderts bis zu den spontanen Streiks 1973. Ohne sich groß mit Beweisen in Verlegenheit zu bringen, weist er dem Facharbeiter als Domäne bestimmte Branchen zu, dem Massenarbeiter andere. Bei seinen Schilderungen über die privilegierte Lage des einen und die miserable des anderen greift er weder auf frühe Untersuchungen des „Vereins für Sozialpolitik“ oder der „Gesellschaft für soziale Reform“, noch auf Statistiken oder anderes empirisches Material der Gewerkschaften, der Sozialdemokraten etc. zurück.

18 Proletarische Front, *Arbeiterkampf* . . . , S. 153.

19 Proletarische Front, *Rationalisierung* . . . , S. 27.

20 A.a.O., S. 70.

Ein beliebiges Beispiel für den auch schon von Lucas ²¹ festgestellten Mangel, mit einer Schilderung der wirklichen Arbeits- und Lebensbedingungen die materielle Basis für seine These vom „Massenarbeiter“ bereitzustellen: Eine Kerngruppe seines „Massenarbeiters“ sieht er in der „absolut rechtlosen Pariaschicht“ der Grubenarbeiter der schlesischen, mitteldeutschen und nordrhein-westfälischen Bergbau- und Hüttenindustrie. Hier verzichtet der Unternehmer „auf jeglichen status quo mit der Arbeitskraft“. Der Abbau der Kohle findet „nach wie vor unter rigider Ausbeutung von lebendiger Arbeit statt“. Als Beleg für die besonders schlechte Lage dieser Arbeiter führt er an: „Vor Ort halten es die Zechenherren für absolut überflüssig, jenseits von Hacke und Brecheisen irgendwelche technischen Verbesserungen einzuführen; sie beschränken sich auf solche Innovationen, die einen beschleunigten Abtransport vor Ort und das Tiefertreiben der Schächte gestatten“ (S. 27 f.).

Roth macht hier den Bergbau-Unternehmern implizit den Vorwurf, daß sie keine technischen Verbesserungen einführen, um die Arbeitsbedingungen der Grubenarbeiter möglichst schwer zu gestalten. Dies deshalb, — so könnte man den für Roth typischen Faden aufnehmen — damit sie nicht zur Besinnung kommen, sich wehren und gegen das Kapital organisieren. Im Gegensatz zu den Facharbeitern können die Unternehmer bei ihnen sogar auf den jene so korrumpierenden 'status quo' verzichten. Das ist natürlich Unsinn. Da wir mittlerweile wissen, daß Roths Kenntnisse von den Zusammenhängen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse über wohlfeiles Traktatwissen nicht hinausreichen, muß hier daran erinnert werden, was jeder Kapitalist, aber auch jeder Leser schon des ersten Bandes des „Kapital“ weiß, daß nur dann technische Verbesserungen vorgenommen werden, also Kapital investiert wird, wenn damit die Aussicht auf eine relevante Profitsteigerung verbunden ist. Es hängt von der jeweiligen organischen Zusammensetzung des Kapitals ab, wie weit es noch mit Methoden der absoluten Mehrwertabpressung, mit extensivem Arbeitseinsatz, seinen Durchschnittsprofit realisieren kann oder nicht. Das Kapitalverhältnis einer Branche ist wiederum abhängig von dem des Gesamtkapitals. Unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Branchen, die die Möglichkeit zum Extraprofit bieten, werden durch die Konkurrenz der Branchenkapitale tendenziell ausgeglichen.

In der Entscheidung eines Kapitalisten, ob, wieviel und wo er Kapital investiert, finden also nur Umstände Berücksichtigung, die eine angemessene und das heißt, der „Natur“ des Kapitals entsprechend, möglichst hohe Verwertung seines Kapitals gestatten. Daraus folgt, daß das Kapital gleichgültig ist gegenüber dem bestimmten Charakter der durch es angewandten Arbeit. Externe politische Faktoren sind fürs Einzel- bzw. Branchen-Kapital immer nur dann relevant — einmal abgesehen vom ständigen Interesse an der Sicherung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen des Kapitals —, wenn sie eine Verwertung konkret behindern. Und auch dann wird der Einzelkapitalist „politische“ Maßnahmen, die seine ökonomischen Interessen unmittelbar beeinträchtigen, nur treffen, wenn davon seine Konkurrenzfähigkeit nicht berührt wird. Es gibt also überhaupt keinen Grund für die Annahme, solche von Roth genannten Beschränkungen bei der Einführung technischer Verbesserungen seien anderen Gründen geschuldet, als denen des maximalen Verwertungsinteresses und dem jeweiligen technischen Entwicklungsstand.

21 In seiner oben, Anm. 5, angeführten Rezension.

Wie segensreich sich solche technischen Verbesserungen im übrigen auf die Arbeitsbedingungen ausgewirkt haben, mag an exemplarischen Schilderungen zweier Bergleute abgelesen werden, die Hendrik de Man im Rahmen seiner Mitte der 20er Jahre in der Frankfurter Akademie der Arbeit durchgeführten Untersuchung über die Arbeitsbeziehung befragt hat: 22

Fall 38: „Im allgemeinen ist die Bergarbeiterschaft in bezug auf die Arbeitsweise konservativ. Durch die Einführung der Maschinen und ihren ohrenbetäubenden Lärm wird es unmöglich, sich mit den Arbeitskollegen zu verständigen. Da diese Maschinen vom Arbeiter in der Hand gehalten werden müssen und die Stoßkraft der Maschine auf den Körper wirkt, erfordert diese Arbeit eine ungeheure Kraftanstrengung seelischer und physischer Art. Dazu kommt noch, daß man bei der Eigenart des Bergbaus das Ohr immer gebrauchen muß, um Bewegungen im Gebirge vernehmen zu können. Ebenfalls kann man die Kameraden bei Gefahr nicht verständigen“ (S. 55).

„Die Arbeitstechnik wird im Bergbau sehr wenig zur Hebung der Arbeitsfreude beitragen können, da durch die Technik die Gefahr im allgemeinen gesteigert wird. Zudem hat der Arbeiter keinen Vorteil, weder in der Arbeit, noch im Verdienst. Die älteste Organisationsform, die Kameradschaften, sichern wohl am besten die Arbeitsfreude, während der Schüttelrutschenbetrieb solange wie möglich gemieden wird, weil man stumpfsinnig von dem ewigen Geknarre wird und die Arbeitsleistung sowie die Arbeitsweise die Maschine bestimmt“ (S. 56).

Fall 39: „Die in neuerer Zeit eingeführten Maschinen sind verhaßt. In früherer Zeit bohrte man mit der Hand (mit Fäustel und Bohrer). Die Arbeit vollzog sich mit einem gewissen Rhythmus und in manchen Fällen mit Gesang. Die mit dieser Arbeit betrauten Arbeiter besaßen einen gewissen Berufsstolz und waren von den Unternehmern sehr begehrt. Heute hat die Maschine auch in diesen Arbeitsprozeß Eingang gefunden. Der Bohrhammer, mittels dessen heute das Bohren vorgenommen wird, ruiniert die Gesundheit der Bergarbeiter. Neben der großen Staubentwicklung, welche durch das Ausstoßen des verbrauchten Luftdruckes verursacht wird, rüttelt der Bohrhammer den Körper des Bergmannes derart, daß schon nach wenigen Jahren Arbeit mit dieser Maschine sich große nervöse Störungen bemerkbar machen; die bisher beliebte Arbeit wird nunmehr nur noch mit großer Abneigung verrichtet“ (S. 57). 23

Offenbar sind die Bergleute doch nicht so schlecht gefahren mit Hacke und Brecheisen, wie Roth es vermutet. Jedenfalls ist die Naivität Roths bemerkenswert, der nicht begreift, daß technische Verbesserungen nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern aus dem Verwertungszwang des Kapitals vorgenommen werden. Umgekehrt ist die Unterlassung solcher Maßnahmen nicht Schikane: Verweigerung des 'status quo', was immer der Facharbeiter daraus auch für Vorteile gezogen haben mag. Denn wenn solche Verbesserungen nebenher auch Erleichterungen für die Arbeiter bedeuten, dann ist dies entweder ein dem Kapital gleichgültiger Nebenaspekt oder sie werden ins Kalkül gleichzeitig höherer Arbeitsleistung einbezogen. Nur in Zeiten von Vollbeschäftigung oder sektorialem Arbeitskräftemangel werden vom Kapital bewußt Maßnahmen zur Arbeitserleichterung eingeführt, aber auch dann meist erst auf den

22 Hendrik de Man, *Der Kampf um die Arbeitsfreude. Eine Untersuchung auf Grund der Aussagen von 78 Industriearbeitern und Angestellten*, Jena 1927.

23 Hier wird geschildert, was ansonsten immer die These Roths ist: Verlust des Berufsstolzes, „Entprofessionalisierung“ durch Mechanisierung und Rationalisierung. Wie an den Beispielen deutlich wird, erfolgte sie in diesem Fall nicht durch Dequalifizierung, sondern durch vermehrte Arbeitsbelastung, – für Roth fällt das stets zusammen, was ja auch für die gegenwärtige Entwicklung keineswegs immer zutrifft. Jedenfalls verlaufen die Veränderungen in der Qualifikationsstruktur der Arbeit und in der Arbeitsbeziehung differenzierter, als es Roth in seiner stilisierten Genesis des „Massenarbeiters“ wahrhaben will.

Druck der Arbeiter und ihrer Organisationen. Das jüngste Beispiel von Bedeutung ist der Lohnrahmentarifvertrag II von Nordwürttemberg-Nordbaden 1973, der erst nach einem einwöchigen Schwerpunkstreik durchgesetzt werden konnte. Ohne auf die Problematik dieses Vertrages und seiner Realisierung in den Betrieben eingehen zu wollen, die Tatsache, daß der IG Metall so weitgehende Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen zugestanden wurden, ist bereits eine Kritik an vielen Thesen Roths und der „Wir-wollen-alles“-Gruppen über die Funktion der Gewerkschaft und ihre Politik.

Im Abschnitt über die Rationalisierungsmaßnahmen in der deutschen Industrie Mitte der 20er Jahre (S. 81 ff.) feiert Roths Agententheorie vom Kapital wieder wahre Orgien. Die vielfältigen ökonomischen Gründe: Verschärfung der Konkurrenz durch Veränderungen auf dem Weltmarkt, Kompensation für die Einführung des 8-Stunden-Tags in Deutschland etc. werden – wenn überhaupt – nur am Rande erwähnt. Im Mittelpunkt steht die Argumentation, die Rationalisierungsmaßnahmen seien expliziter Ausdruck eines Klassenkampfes, mit dem Ziel der „Neuzusammensetzung“ der Arbeiterklasse (S. 83). Die Beweggründe der Unternehmer im einzelnen: „Reorganisation ihres Kommandos auf Fabrikebene“ (S. 82), „das in der Klassenautonomie untergegangen war“ (S. 86), als Aufgabe, die nach der „Niederwalzung der proletarischen Insurrektionsbewegung“ anstand (S. 82).²⁴ „Hier half nur eines weiter: die Versachlichung der Peitsche des Meisters, die den Arbeitern die bisherigen Kristallisationspunkte im Kampf gegen eine verschärfte Mehrwertabpressung entzog und die Konfliktbasis kunstvoll verschleierte – eben in Gestalt des mechanisierten Produktionsflusses und der darauf begründeten neuen Arbeitsteilung“. (S. 87) Geschickt, geschickt. Wer hätte den Unternehmern solche Raffinesse zugetraut! Sie gehen aber noch weiter: „Die Ent-Intellektualisierung des Arbeiters, die Liquidierung seines Berufsstolzes durch eine verfeinerte und präzisierte Maschinerie . . .“ war notwendig, oder im Schwadronierstil Roths: „galt als bitter nötig“. Andererseits steckten die Unternehmer in dem Dilemma, „ihren Angriff“ nicht „ausschließlich auf den Facharbeiter“ konzentrieren zu können; sie schreckten vor „einer einseitigen Veränderung der Klassenzusammensetzung“ zurück (S. 83).

Dies Dilemma ist aber auch Roths eigenes. Widersprechen doch die Rationalisierungsmaßnahmen, wenn man sie nur oder überwiegend als politische, d.h. als bewußte Klassenkampfaktik gegen die Arbeiter versteht, der von Roth ansonsten mit großer Inbrunst vorgetragenen These von der entente cordiale zwischen Unternehmern und eben jenen Facharbeitern, denen doch in erster Linie diese Veränderungen im Produktionsprozeß galten. Während einerseits die Facharbeiter als „Unteroffiziere“ des Kapitals fungieren, werden sie andererseits kalten Herzens der Rationalisierungsbewegung geopfert. Roth macht allerhand feinsinnige heuristische Veranstaltungen, um der naheliegenden Auflösung des Dilemmas: absolute ökonomische Notwendigkeit jenseits jeden taktischen Kalküls nur irgend zu entgehen. „Die Neuzusammensetzung der Klasse mußte von Anfang an ausdifferenzierte Mechanismen der Klassenspaltung enthalten“ (S. 83). „Die Veränderung einer polarisierten Klassenzusammensetzung und damit die Beseitigung zweier polarisierter Kampfformen, so daß eine Homogenisierung auf einem neuen antagonistischen Niveau unterblieb: das war der tiefere Sinn der Rationalisierung in der sogenannten Weimarer Stabilisierungsperiode“ (S. 84). Das „historische Gewissen des

24 Roth meint mit „Klassenautonomie“ hier die Revolutionszeit 1918 und die sich anschließenden Kämpfe.

Kapitals" wird bemüht, mit Hilfe eines obskuren Gewährsmanns (F. v. Gottl-Ottilienfeld) wird den „Vorreitern einer weißen kapitalistischen Gegeninternationale" (S. 81) das ideologische Subversionsinstrument eines „weißen Sozialismus der reinen, tatfrohen Gesinnung" (Gottl-Ottilienfeld, hier S. 84) untergejubelt. Schließlich resumiert er das Resultat der Rationalisierungsbewegung: „Der professionelle Arbeiter war jetzt nicht mehr Zentralfigur des Produktionsakts [. . .] Er wurde vielmehr an den Rand des unmittelbaren Produktionsprozesses gedrängt; er fristete sein Dasein als Einrichter und Reparaturarbeiter außerhalb der Maschinenbedienung, die nur noch der bis ins letzte Detail kalkulierten Anwendung von angelernten Arbeitskräften bedurfte. Statisten des eigentlichen Produktionsakts, wurden die Facharbeiter zu neuen Zwischengliedern zwischen Arbeitsbüros und Werkhallen. Ihr Berufsstolz war dahin, [. . .]" (S. 89).

So gesehen waren die Unternehmer wider Willen nun doch zu einer „Homogenisierung" der Arbeiterklasse gekommen, womit sich ja auch der Widerspruch zwischen „professionellen" und „Massenarbeitern" wegen Irrelevanz der einen Gruppe aufgelöst haben mußte. Dann aber hätte Roth sein Buch mit der Darstellung der 20er Jahre beenden müssen. Weil er, wie wir wissen, ja außerdem davon ausgeht, daß dieser Widerspruch heute wie damals fortbesteht, muß er einen Dreh finden, wie der „homogenisierte" sich wieder in den fraktionierten Arbeiter verwandeln läßt. – Obwohl nun auch „tendenziell jeglicher Selbstbestimmung über Arbeitsmethoden und -inhalte beraubt" (S. 90), hatte nach Roth „die Lage der gelernten Arbeiter mit der Situation der spezialisierten Maschinenanhängsel in den Werkhallen wenig gemeinsam. Ihre Arbeitsleistung, die Fähigkeit also, die neuen Universalmaschinen auf die neuen Serien einzustellen und im Fall des Produktionsausfalls sachkundig zu reparieren, wurde zu einem äußeren, vom Arbeitsbüro sehr wohl regulierten Moment der Arbeitsqual des aller Arbeitsinhalte beraubten angelernten Produktionsarbeiters [. . .]" (S. 89). Alles in allem behauptet er: „Sie standen dem reorganisierten kapitalistischen Kommando trotzdem näher als den Qualen des entstehenden Massenarbeiters" (S. 90).

Mit diesen Sätzen beweist Roth, daß er von der Realität des Produktionsprozesses keine Kenntnis hat. Nur noch denunziatorisch ist jedoch die Behauptung, die residualen Fähigkeiten des Facharbeiters, die er gegenüber den angelernten Maschinenarbeitern über die normale Qualifikation für einen Maschinenplatz hinaus noch einbringen und anwenden könne, geriete zum „äußeren . . . Moment der Arbeitsqual" der angelernten Arbeiter. Dies Beispiel ist typisch für Roth; wenn er sich einmal in seinen diffus gewebten Netzen verfangen hat, vermag er sich nicht mehr mittels einer klaren Argumentation daraus zu lösen, sondern versucht durch allerlei Tricks von der unzulässigen Pauschalisierung von Einzelphänomenen angefangen bis hin zu nicht explizierten Begriffen und verklebter Syntax seine verfahrenere Lage zu vertuschen.

V.

Es soll nicht bestritten werden, daß die Bedeutung des „Massenarbeiters" für die Geschichte der Arbeiterkämpfe bisher sehr vernachlässigt worden ist. Aber das liegt keineswegs an der Manipulation durch die reformistischen Gewerkschaftskader, die kein Interesse daran haben könnten, daß die dominante Rolle des Facharbeiters in fast allen diesen Kämpfen geschmälert werden würde. Es hat bislang vielmehr niemanden sonderlich interessiert, weil es nach dem bisherigen Verlauf der Geschichte der Arbeiterbewegung als selbstverständlich gelten konnte, daß die Facharbeiter nicht nur in den Arbeiterorganisationen eine führende Stellung

innehatten. Und Roth hat keine überzeugenden Nachweise dafür liefern können, daß es vor den spontanen Streiks von 1973 relevante Arbeiterkämpfe in Deutschland gab, in denen nicht die Facharbeiter, sondern die „Massenarbeiter“ Initiative, Forderungen und Verlauf der Aktion bestimmten. Zwei Indizien werden nun seit geraumer Zeit immer wieder ins Feld geführt, die eine andere Entwicklung vermuten lassen: 1. ist es die Tendenz zur Dequalifikation der Arbeit durch die technischen und organisatorischen Veränderungen im Produktionsprozeß, wodurch die Relation zwischen Facharbeitern und den an- und ungelernten Arbeitern, den „Massenarbeitern“, zugunsten letzterer verschoben wird. 2. sind in den letzten Jahren, besonders in den spontanen Streiks von 1973, immer mehr „Massenarbeiter“ als tragende Schicht und als Streikführer hervorgetreten. ²⁵

Wenn die nicht nur an „Wir wollen alles“ orientierten Gruppen, die diese These zu einer Grundlage ihrer politischen Perspektive erklären, einmal in die einschlägigen Statistiken geschaut hätten, wären sie vielleicht vorsichtiger bei der Interpretation dieser Tendenz gewesen. Zwar hat sich der Anteil der Angestellten in den letzten zehn Jahren erheblich vergrößert – worauf diese Gruppen überhaupt nicht eingehen, aber der Anteil der Facharbeiter an der Gesamtarbeiterzahl ist in dieser Zeit nahezu konstant geblieben. Auch ihre Bedeutung hinsichtlich der absoluten Zahlen ist unverändert groß. Hier einige Hinweise:

	Investitionsgüter-Industrie		Maschinenbau		Straßenfahrzeugbau	
	1964	1972	1964	1972	1964	1972
Angestellte	22,8	27,1	25,3	30,8	17,2	19,5
Arbeiter	70,9	67,4	65,9	61,6	79,1	77,1
Facharbeiter	30,8	29,0	37,2	35,3	35,3	34,9
sonst. Arbeiter	40,1	38,3	28,2	26,3	43,8	42,2

(Zahlen in %. Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie D, Reihe 4)

Daraus geht hervor, daß selbst im Straßenfahrzeugbau die Bedeutung der Facharbeiter immer noch recht erheblich ist. Diese Branche ist das Hauptbetätigungsfeld von „Lotta Continua“ (FIAT, Turin, von dort werden jedenfalls die wichtigsten Erfahrungen bezogen), vom „Revolutionären Kampf“ (Opel, Rüsselsheim) und der Münchener Gruppe „Arbeitsache“ (BMW, München). ²⁶ Weil hier auch ein verhältnismäßig hoher Anteil von Ausländern beschäftigt ist, wird von ihnen die Meinung vertreten, es handele sich jetzt und künftig vor allem um den „multinationalen“ Massenarbeiter. Die These, die Facharbeiter seien auf die Funktion von Vorarbeitern, Einrichtern und Reparaturen beschränkt, und führten gegenüber den „Massenarbeitern“ nur eine parasitäre Aufseherexistenz, ist völlig haltlos. Zu solchen absurden Feststellungen gelangt man nur, wenn man die Situation an einigen PKW-Endmontagebändern 1. als typisch für die gesamte Automobilindustrie ausgibt und 2. diese wieder als typisch für die ganze Industrie – wenn man Zahlen manipuliert, wie die „Gruppe Arbeiter-

25 Es ist typisch für Roth, daß er die andernorts geführte Diskussion wie hier über den besonderen Inhalt der spontanen Streiks, z.B. Walter Müller-Jentsch und Rudolf Keßler, in: *Kritische Justiz*, Jg. 4 (1973), H. 4, S. 361 - 384, und Redaktionskollektiv Gewerkschaften in: *PROKLA*, Jg. 4 (1974), Nr. 10, S. 35 - 53, nicht zur Kenntnis nimmt.

26 Vgl. die Darstellung und Kritik der Betriebspolitik der Gruppe „Arbeitsache“ in: *PROKLA*, Jg. 3 (1973), Nr. 7, S. 1 - 35.

sache", die kurzerhand statt jeden siebenten jeden fünften deutschen Arbeitsplatz als von der Automobilindustrie abhängig bezeichnet. 27

Daß es schon im Nutzfahrzeugbereich der Autoindustrie erheblich anders aussieht, sollen zwei Beispiele zeigen: Im Werk Mannheim von Daimler-Benz (13 000 Beschäftigte, davon 11 000 Arbeiter – 1974) sind von den in der sogenannten direkten Produktion im Akkord beschäftigten Arbeitern immerhin zwischen 70 und 80% Facharbeiter, 28 im „indirekten“ Bereich (Werkzeugbau, Reparatur etc.) sind es 90%! Das Verhältnis der Arbeiter beider Bereiche zueinander betrug 1972 6,2 : 3,8. Das bedeutet, der gesamte Facharbeiteranteil im Werk liegt etwas über 80%! Von den Arbeitern sind nur 20% Ausländer. Aber selbst wenn man die traditionelle Sonderstellung des Mannheimer Werkes in Rechnung stellt, bei MAN-Nürnberg (7 000 Beschäftigte, 4 300 Arbeiter) sind 1974 66% der Akkordarbeiter und 75% der Zeitlöhner Facharbeiter, hier ist neben der stark mechanisierten und automatisierten Motorproduktion vor allem noch der qualifizierte Arbeit erfordernde Turbinenbau in den Zahlen mitenthalten; für den Motorbau allein liegen sie um ca. 10% niedriger.

Die objektiven Voraussetzungen für die Relevanz des Facharbeiters auch unter künftigen Produktionsbedingungen lassen sich entgegen den vorschnellen Verallgemeinerungen folgendermaßen zusammenfassen: Es „ist festzuhalten, daß sich in qualifikatorischer Hinsicht gewisse Verschiebungen von eher tätigkeits- bzw. prozeßspezifischen zu tätigkeits- bzw. prozeßspezifischen Fähigkeiten und Kenntnissen ergeben haben, sich aber als Gesamttendenz in bezug auf die Höhe des fachlich-intellektuellen Anforderungsniveaus eher eine Konstanz, partiell eine Dequalifizierung anzudeuten scheint“. 29

Die Rationalisierungsmaßnahmen und die Veränderungen der Arbeitsorganisation auf Kosten der Arbeiter sind natürlich weiterhin ständige Praxis in den Betrieben. Wenn die Gewerkschaften daraus die Konsequenz ziehen, auf die Bedingungen wie auf die Durchführung dieser Maßnahmen durch eine Beteiligung am Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft (RKW) und REFA Einfluß zu nehmen, dann ist dies für Roth bereits der Beweis von Klassenverrat. So wurden nach Roths Meinung, die „unteren und mittleren Verwaltungs-

27 Gruppe Arbeitersache, *Was wir brauchen* . . . , S. 15.

28 Die Angaben für Daimler-Benz und MAN beruhen auf eigenen Erhebungen. – Die Zahlen für Daimler-Benz sind branchenuntypisch. Ihre Verwendung in diesem Zusammenhang diene einerseits der Illustration des bereits statistisch geführten Nachweises, daß „der Facharbeiter“ auch aus der Kfz-Produktion nicht verschwunden ist. Sie dürfen andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie bei Daimler-Benz in Mannheim sich nicht auf einen entsprechenden Umfang qualifizierter Arbeit beziehen. Viele Facharbeiter verrichten dort Tätigkeiten, die an sich von Angelernten wahrgenommen werden könnten. Weil der Akkordlohn im Werk aber vielfach über dem Lohn für normale Facharbeitertätigkeiten in anderen Betrieben des Mannheimer Raumes liegt, bewirbt sich traditionell ein relativ höherer Prozentsatz von Facharbeitern um einen Maschinenplatz 'beim Benz' als anderswo. Bei der Auswahl wird – bei sonst gleichen Voraussetzungen – eher der qualifizierte Arbeiter genommen, obwohl die Differenzen hinsichtlich der subjektiven Qualifikation durch die dort praktizierte analytische Arbeitsbewertung an sich eine geringere Rolle spielen als in den Betrieben, in denen die Arbeit noch nach dem summarischen Lohngruppensystem bewertet wird. – Dies als Hinweis darauf, daß – trotz aller notwendigen Kritik an Roth u.a. – nun nicht in umgekehrter Vereinfachung aus der Relation von Facharbeitern zu den „Massenarbeitern“ auf das Verhältnis von komplexer, disponibler Arbeit zu einfacher, repetitiver Arbeit kurzgeschlossen werden kann.

29 Michael Schumann, *Bestandsaufnahme, Analyse und Entwicklungstrends im Produktionsbereich, in: Humanisierung der Arbeit als gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Aufgabe, Protokoll der DGB-Konferenz vom 16. und 17.5.1974 in München*, Hrsg. von Heinz Oskar Vetter, Frankfurt/M. und Köln 1974, S. 41 - 55, hier S. 45.

kader der Gewerkschaften in Einheiten zur Stimulierung der Arbeitsleistung umgewandelt. Die Zahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Ortsverwaltungsfunktionäre, die jährlich für die Teilnahme an der Arbeitsintensivierung geschult wurde, stieg bis 1956 auf immerhin 4 000 an" (S. 201).

Wer einigermaßen darüber informiert ist, wie die Unternehmer in einem täglichen Kleinkampf mit den Arbeitern versuchen, noch verbliebene Poren im Arbeitsprozeß zusammenzupressen durch Veränderungen im Materialzufluß, an den Maschinen, den Werkzeugen, an den Arbeitsgegenständen, in der gesamten Arbeitsorganisation, um zu verkürzten Taktzeiten und höheren Stückzahlen zu kommen, was sich zudem meist negativ auf die Einstufung des Arbeitsplatzes bei den zunehmend angewandten objektiven Arbeitsplatzbewertungssystemen auswirkt, der wird erlauben können, daß in diesen permanenten betrieblichen Auseinandersetzungen um die Anwendung immer komplizierter werdender Arbeitsbewertungs- und Lohnsysteme die Arbeiter auf verlorenem Posten stünden, hätten sie nicht eigene Experten zur Seite, die ihnen beim Kampf gegen Arbeitsintensivierung und Lohnabbau Unterstützung gäben. Die Ausbildung von Vertrauensleuten und Betriebsräten in solchen REFA-Lehrgängen ist eine notwendige Voraussetzung für die Gestaltung einer aktiven gewerkschaftlichen Politik in den Betrieben, sie ist genau das Gegenteil von dem, was Roth ihr unterstellt. Nur zwei Einwände sind hier zulässig; der erste lautet: warum führen die Gewerkschaften diese Kurse nicht allein durch? und zweitens: warum lassen sich die Betriebsräte und die Gewerkschaften überhaupt auf solche Veränderungen in den Arbeitsbewertungs- und Lohnsystemen ein?

Zu 1: Das gewerkschaftliche Schulungssystem ist noch immer sehr mangelhaft ausgebaut. Noch nicht einmal jeder Vertrauensmann der IG Metall z.B. hat nach ein oder zwei Jahren seiner Tätigkeit einen allgemeinen Schulungskurs besuchen können, geschweige denn einen themenspezifischen; Mitglieder haben überhaupt keine Chance, die ihnen jetzt durch verschiedene Landesgesetze eingeräumte Möglichkeit eines zweiwöchigen Bildungsurlaubs pro Jahr bei einer gewerkschaftlichen Institution wahrzunehmen. Hier muß scharfe Kritik an den Gewerkschaften geübt werden. Aber selbst wenn sie diese Aufgaben ernster nähmen, bei den immensen Kosten solcher Schulungskurse wäre etwa die Übernahme sämtlicher REFA-Lehrgänge in eigene Regie kaum möglich. RKW und REFA erhalten zudem als gemeinsam von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften betriebene Institutionen öffentliche Zuschüsse, die den Beteiligten als einzelnen Interessengruppen nicht zur Verfügung stünden.

Zu 2: Diese Frage ist schwieriger zu beantworten, weil sie an sich eine umfangreiche Erörterung des gegenwärtigen Stands rechtlicher Möglichkeiten und Schranken, der objektiven Tendenzen in der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung und der aktuellen Bedingungen der Mehrwertaneignung, aber auch der gewerkschaftlichen und betrieblichen Machtpositionen, letztlich die Analyse des objektiven Stands des gegenwärtigen Klassenverhältnisse erfordert.

Deshalb hier nur einige Andeutungen: Falsch, auch im Rahmen von Betrachtungen konkreter historischer Ereignisse, ist jede Isolierung und Verabsolutierung von Erklärungsansätzen wie materielle Korruption der Führungsgruppen in Form der Arbeiteraristokratie-These, organisationssoziologische Theorien, die von einer Verselbständigung der Bürokratien reden (R. Michels' Oligarchisierungs-These), subjektives Versagen der Gewerkschaftsführung und andere bloß moralische Argumentationen. Zur grundsätzlichen Erklärung des Reformismus taugen sie alle nicht. In die richtige Richtung weisen m.E. folgende, hier sehr verkürzt darge-

stellte Überlegungen: ³⁰ In den sich an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft durchsetzenden Formen des zugrundeliegenden Kapitalverhältnisses treten sich die Subjekte als Revenuequellenbesitzer gegenüber, die ihren Zweck nur durch den wechselweisen Bezug aufeinander realisieren können. In dieser Beziehung ist die Anerkennung des jeweils anderen eingeschlossen, denn sie bildet die Voraussetzung der Anwendung der Revenuequelle – was auch für jeden Privateigentümer gilt, der mit anderen Waren austauscht. Während aber der bloße Tauschakt nur die Anerkennung der allgemeinen Rechtsbeziehungen erfordert, ist im Bezug der Revenuequellenbesitzer aufeinander ein gemeinsames Interesse vorausgesetzt: die Gewährleistung der allgemeinen Bedingungen für die Revenuequellen produktiv zusammenzutreten. Das heißt nichts anderes, als daß möglichst viel Kapital zu günstigen Bedingungen produktiv eingesetzt werden kann und möglichst alle Arbeiter unter für sie günstigen Bedingungen Beschäftigung finden –, daß die Wirtschaft „floriert“. Ihre gegensätzlichen Interessen, die sich auf die Höhe und den konstanten Fluß der Revenue richten, setzen dieses gemeinsame Interesse voraus, sind ihm untergeordnet (die Sicherung des Arbeitsplatzes dominiert den Wunsch nach Reallohnsteigerung), daher sind ihre differierenden Interessen gegensätzlich, aber nicht antagonistisch.

Weil nun die sich gegenüberstehenden Revenuequellenbesitzer ihrer ökonomischen Formbestimmung nach Lohnarbeiter und Kapitalist sind, muß sich die spezifische Ungleichheit im antagonistischen Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital auch in der Form der Revenuequelle ausdrücken. Sie liegen für die Arbeiter zum einen in der Abhängigkeit ihrer Revenue von der Größe der Konkurrenz untereinander und zum anderen auch darin, daß ihre Quelle Lohnarbeit ist, d.h. eine Revenuequelle mit minderem Status: Ihre Bindung an die physische Existenz des Besitzers hat zur Folge, daß die Intensität ihrer Vernutzung zugleich seinen persönlichen Verschleiß bedeutet, „geringere Qualität des Lebens“, und darin, daß diese Bedingungen von der Revenuequelle Kapital gesetzt werden. Dem einen Mangel kann er durch die Aufhebung der Konkurrenz in der Koalition begegnen, dem anderen sucht er durch Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie etc. auszugleichen. Die Gewerkschaft ist die Organisation zur Wahrung der Interessen der Revenuequellenbesitzer Arbeit. Das schließt ein die Aufgabe, die Chancen ihrer Durchsetzung zu bessern, nicht aber wie auch immer geartete revolutionäre oder kommunistische Politik. – Inwieweit der einzelne Arbeiter über die Erfahrungen der Mängel seiner Revenuequelle zur Erkenntnis ihrer prinzipiellen Schranken als im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital liegend vordringen kann ³¹ oder nicht, ³² kann hier nicht diskutiert werden.

In diesem Zusammenhang seien auch wenige Bemerkungen zur Einschätzung der deutschen Gewerkschaften und ihrer Politik durch das Frankfurter „Institut für Sozialforschung“ gestattet, – das an dem z.Z. umfangreichsten Forschungsprojekt über die Gewerkschaften in

30 Vgl. dazu ausführlicher die Diskussion in den in Anm. 13 angegebenen Texten.

31 Hiervon geht das „Projekt Klassenanalyse“ in Berlin aus (vgl. die in Anm. 2 angegebenen Schriften), aber auch die linkskommunistischen und spontaneistischen Gruppen.

32 So die AK-Fraktion München, aber auch die DKP und die ML-Gruppen.

der BRD arbeitet.³³ Nach den oben angedeuteten Bestimmungen scheint es fragwürdig, ob der Handlungsspielraum der Gewerkschaften durch Kennzeichnungen wie 'kooperative' resp. 'konfliktorische' Gewerkschaftspolitik angemessen beschrieben ist, zumal wenn letztere kritisch gegen die als 'kooperativ' charakterisierte gegenwärtige Gewerkschaftspolitik gewandt wird. Selbst die begrenzte Kooperation mit dem Staat deckt sich voll mit der Funktion der Gewerkschaften, sofern der Staat maßgeblich auf die allgemeinen Bedingungen der Wirtschaft Einfluß nehmen kann und nimmt und diese Kooperation den Interessen der Mitglieder förderlich ist. Die Kritik an der Politik der Gewerkschaft kann sich nur im Rahmen des ihr objektiv möglichen Handlungsspielraums bewegen, wobei eingeräumt wird, daß dessen Abgrenzung in der konkreten Politik sicher einige Schwierigkeiten bereitet.

Mit Gewißheit aber ist das Modell einer Gewerkschaft, das die Forderung nach einer „autonomen Interessenorganisation“ zur Grundlage hat,³⁴ widersinnig. Ebenso unverständlich ist die Forderung nach „Wiedergewinnung der gewerkschaftlichen Autonomie“, die Bergmann, Jacobi, Müller-Jentsch und E. Teschner in ihren Einleitungsthesen zum Frankfurter Colloquium über „Probleme der Gewerkschaftsforschung“ im Oktober 1974 aufstellten. In der kapitalistischen Gesellschaft kann es keine 'autonomen' Gewerkschaften geben.³⁵ Daß der von den Vertretern des Instituts kritisierten „kooperativen“ Politik eine „konfliktorische“ gegenübergestellt wird, ist entweder banal, weil die gegensätzlichen Interessen zwischen den Revenuequellenbesitzern und ihren Organisationen immer Konflikte erzeugen oder – wenn es eine pragmatisch-politische Kategorie sein soll, müßte mit einer systematisch abgeleiteten Begründung angegeben werden, wo in einer gegebenen Situation die Kooperation aufhören und der Konflikt anfangen muß, aber auch, wo dessen systemimmanente Grenzen liegen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit Bergmann, Jacobi und Müller-Jentsch diesen, z.T. auf dem Frankfurter Colloquium vorgetragenen Einwänden in der Buchfassung ihrer Gewerkschaftsstudie Rechnung tragen werden.

Rekapitulieren wir die Grundlinie der Argumentation der voluntaristischen Gruppen um „Wir wollen alles“, besonders der „Proletarischen Front“. Ihr Rezept lautet: Die Rekonstruktion der Geschichte der Arbeiterbewegung ist die Voraussetzung zur Rekonstruktion des Bewußtseins („Identität“), dies die Voraussetzung für den revolutionären Kampf. Nicht die theoretische Analyse der gegenwärtigen Bewußtseinsformen aus den spezifischen Verkehren, denen die Lohnarbeiter in ihrem Verhältnis zum Kapital verhaftet sind, wird als Aufgabe der „Avantgarde“ formuliert, sondern die Rekonstruktion verschütteter Erfahrungen, die gegenüber den gegenwärtigen ihren „autonomen“, d.h. antikapitalistischen Charakter voraushaben sollen.

Es konnte hier nicht prinzipiell auf die historische Dimension aktuellen Bewußtseins und ihre zweifellos bedeutsame Funktion für die Interessenkonstitution eingegangen werden. Aber soviel läßt sich doch sagen: Erfahrungen von erfolgreichen Abwehrkämpfen, gelegentlich auch offensiver Interessendurchsetzungen sind relevant für die Arbeiterbewegung nur so lange, wie sie in ihrem kollektiven Bewußtsein verankert sind. Proletarische Avantgarde-Organisationen können diesen Sedimentierungsprozeß von Erfahrung nur unterstützen, nicht aber „kon-

33 Vgl. dazu den demnächst erscheinenden Bericht über die Frankfurter Gewerkschaftsstudie von Joachim Bergmann, Otto Jacobi und Walter Müller-Jentsch.

34 So Evelies Mayer, *Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften*, Frankfurt/M. 1973, S. 11.

35 Hier drängt sich die Vermutung auf, die räumliche Nähe zur Frankfurter Gruppe „Revolutionärer Kampf“ habe die Rezeption des italienischen „Autonomie“-Begriffs mindestens katalysatorisch begünstigt.

struieren" oder „rekonstruieren". Die Bedeutung solcher Kämpfe für das Bewußtsein ist wesentlich an die eigene Erfahrung gebunden. Aufklärung über ihren politischen Stellenwert kann nur an Vorhandenem anknüpfen; und da gilt, daß Niederlagen dauerhafter das Bewußtsein prägen als Erfolge. ³⁶ Schließlich: die Analyse der frühen Arbeitskämpfe in der BRD mag in verschiedener Hinsicht eine nützliche und notwendige Aufgabe darstellen, wenn die Erinnerung an sie aber erst einmal aus den Köpfen der Arbeiter getilgt ist, vermag ihre Aufzeichnung und die propagandistische Vermittlung auch durch wirklich proletarische Organisationen nichts oder nur wenig zu bewirken, geschweige denn, daß es mit ihrer Hilfe gelingen könnte, die „Identität" der Arbeiterklasse wiederherzustellen (s.o. Abschnitt III). Wenn es dann noch auf die hier dargestellte Weise geschieht, dann ist die Vergeblichkeit, aber auch die Überflüssigkeit solcher Versuche, die Geschichte kompensatorisch zu vereinnahmen, offenkundig.

VI.

Abschließend möchte ich noch einige Bemerkungen zur zweiten Auflage von Jürgen Kleins Buch über die Entstehung des Konzepts der Einheitsgewerkschaft machen, zumal er in seiner Antwort auf G. Beiers Besprechung in der *IWK* ³⁷ auf inzwischen entstandene „eigene gesellschaftskritische Vorbehalte gegenüber meiner Arbeit" hinweist, ³⁸ die er aber in der *IWK* aus Platzgründen nicht habe vortragen können. Auf sie sollte schon eingegangen werden, außerdem bietet sich dabei die Gelegenheit, das bei Beier zu wohlwollend geratene Bild der Arbeit Kleins zu korrigieren. — Aufrechterhalten bleibt die Einschätzung, daß die umfangreiche Quellenarbeit Kleins eine wertvolle Hilfe für weiterführende Analysen darstellt, und wenn er die Kritik Beiers, er habe bestimmte Aktenbände nicht herangezogen, mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten beantwortet, die man beim Zugang zu zeitgeschichtlichen Nachlässen und Archiven habe, so ist ihm insoweit zuzustimmen. Es mag für Hofhistoriographen des DGB ein Leichtes sein, an jedes gewünschte Dokument zu gelangen, ich wüßte aber einige Leute zu nennen, deren Dissertationspläne vor einigen Jahren daran scheiterten, daß ihnen die Archive der DGB-Gewerkschaften nicht geöffnet wurden —, und das waren keine Wissenschaftler, die jetzt unter den Radikalenbeschuß des DGB fallen würden. ³⁹ — Nun mag zwar sein, daß gerade die monierten Dokumente leicht zugänglich sind, aber eine Kritik, die sich auf die Vollständigkeit der Quellen und ihre kritische Gewichtung beschränkt, ist m.E. ungenügend. Klein darf erwarten, daß in einer Rezension auch auf die inhaltlichen Fragestellungen und ihre Antworten eingegangen wird. Immerhin verfolgt er im letzten Drittel seiner Arbeit einige interessante Thesen, die, wie nahezu alle vergleichbaren Veröffentlichungen der letzten Zeit, um die Frage kreisen, welcher Bewegungsspielraum nach 1945 objektiv für die sozialistischen und kommunistischen Kräfte in den Westzonen bestanden habe. Man hätte ein Eingehen darauf von Beier um so mehr erwarten dürfen, als seit geraumer Zeit bekannt ist, daß er sich schwerpunktmäßig mit der frühen Gewerkschaftsent-

36 Dazu ausführlicher in meiner demnächst abgeschlossenen Darstellung des bayerischen Metallarbeiterstreiks von 1954. Vgl. die Ankündigung in: *IWK*, Jg. 11 (1975), H. 1, S. 85.

37 In: *IWK*, Jg. 10 (1974), H. 2, S. 262 - 264.

38 Vgl. seinen Leserbrief in: *IWK*, Jg. 11 (1975), H. 1, S. 141 - 143, hier S. 141.

39 Um so merkwürdiger nimmt sich die Klage Beiers über „eine gewisse Ignoranz gegenüber gewerkschaftseigenen Quellen" aus. Vgl. Gerhard Beier, *Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12.11.1948 im Zusammenhang der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands*, Frankfurt/M. und Köln 1975, S. 69.

wicklung in der Bundesrepublik befaßt⁴⁰ und dabei inzwischen zu ganz anderen Ergebnissen gelangt ist als Klein.

Beier geht mit Werner Hansen davon aus, daß die Gewerkschaften „nach den Alliierten die stärkste Macht im Deutschland des ‘Interregnums’ ” gewesen seien,⁴¹ und er stellt ihnen trotz einiger Einwände gegenüber der mangelhaften Durchsetzung ihrer Interessen bei den Beratungen der parlamentarischen Gründungsgremien der BRD insgesamt ein positives Zeugnis über ihre Tätigkeit aus. Zu dieser Phase, an deren Ende Böckler 1949 die Forderung setzt, man müsse einen „unbedingte[n] Wille[n] zur Realität” aufbringen, schreibt Beier bestätigend: „Zu dem Realismus gehörte auch der unbeugsame Wille, jede reale Chance zur Verbesserung der mangelhaften Wirtschafts- und Sozialverfassung voll auszuschöpfen, und zwar bis an den Rand der Zerreißprobe”.⁴² Seine, wie er selbst sagt, „überspitzte” Feststellung: „In den demokratischen Neuordnungsplänen des Jahres 1945 waren die Gewerkschaften ‘alles’, im Grundgesetz des Jahres 1949 waren sie ‘nichts’ ” (S. 62), erklärt er vorwiegend mit einer objektiven Verschiebung des Machtgefälles bis 1949 zugunsten der Unternehmer und der konservativen Parteien; ein auch nach Meinung Beiers von den Alliierten stark geförderter Prozeß.

Klein dagegen weist nach, daß die Position der Unternehmer auch unmittelbar nach 1945 nicht so schwach war wie gemeinhin angenommen wird, z.B. ist ihm das bruchlose Fortbestehen der Industrie- und Handelskammern als wichtigstes Forum der Unternehmer ein exemplarisches Indiz dafür.⁴³ Trotzdem haben seiner Meinung nach Gewerkschaften und Sozialdemokraten bei der Durchsetzung gesellschaftlicher Alternativen „versagt” (S. 330). Es kann hier nicht auf die verschiedenen Punkte eingegangen werden, bei denen seine Belege für diese Interpretation ausreichend und plausibel wirken und wo nicht. Festzuhalten ist nur, daß er in der Einzelargumentation widersprüchlich bleibt, mal ist ihm „der Gehorsam” der Gewerkschaften „gegenüber der Besatzungsmacht” zu groß (S. 327), kritisiert er die „Konzeptionslosigkeit” der Vertreter der Arbeiterbewegung (S. 343) etc.; dann wieder anerkennt er deren Widerstand gegen die „unglaubliche Ausbeutungspolitik” der Franzosen (S. 328), muß zugeben, daß „sich den Gewerkschaften in der amerikanischen Zone schon im Sommer 1946 keine Möglichkeit mehr zeigte, ihre Forderungen [nach paritätischer Besetzung der Industrie- und Handelskammern] durchzusetzen” (S. 338) usw. Wenn er auch an seinem insgesamt negativen Urteil festhält, so führt Klein aber keinesfalls den Nachweis für das, was auf dem Buchdeckel der 2. Auflage – sicher doch mit seinem Einverständnis – versprochen wird: die Gewerkschaftsbürokratien hätten mit dem Konzept der Einheitsgewerkschaft „die Arbeiter noch zentraler reformistisch oder staatskapitalistisch an das Kapitalverhältnis zu binden” sich bemüht. Insgesamt kann man sagen, fällt Kleins Dissertation nicht aus dem Rahmen des normalen akademischen Wissenschaftsbetriebs, sie ist fakten- und belegreich, wie es der guten Fischer-Schule geziemt, aber bar aller Theorie und mit

40 Vgl. Gerhard Beier, *Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg. 13 (1973), S. 207 - 242; ders., *Zum Einfluß der Gewerkschaften auf die Verfassungs- und Gesellschaftsstruktur in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 5 (1974), H. 1, S. 40 - 57. (Vorform der schon genannten Schrift über den Streik vom 12.11.1948).

41 Gerhard Beier, *Der Demonstrations- und Generalstreik . . .*, S. 19.

42 A.a.O., S. 62 f. Hier auch das Böckler-Zitat.

43 Jürgen Klein, *Bürgerliche Demokraten . . .*, S. 373, Anm. 358.

einem auffallenden Mangel an Literatur-Diskussion. Mit dem Vorwort zur zweiten Auflage hat er diese Ebene verlassen. Er versucht hier, sich in eine Reihe mit seinen Freunden von der „Proletarischen Front“ zu stellen.

Abgesehen von seiner richtigen Bemerkung, daß die Faktenscheu vieler linker Publikationen und die Identifikation von Faktenreichtum mit bürgerlicher Wissenschaft durch breite Kreise der westdeutschen Linken kritisiert werden müsse (S. XVII), finden sich fast nur Ungereimtheiten in den Vorbemerkungen. Sein schwachbrüstiges Bekenntertum wird schon in der – aus der 1. Auflage offenbar unverändert übernommenen – Einleitung der Dissertation offenbar, wenn er folgendermaßen zu schwadronieren beginnt: „Die methodologischen Voraussetzungen für den marxistischen Historiker leiten sich unumstößlich aus dem ‘große[n] Bewegungsgesetz der Geschichte’ ab, wie Friedrich Engels es . . . formulierte . . .” (S. 2). Hier spreizt sich schon der Phraseur des späteren Vorworts zur 2. Auflage. Was er und seine Sekte (die „Proletarische Front“) zu Recht an den ML-Gruppierungen kritisieren, daß sie sich dogmatisch zur Geschichte und besonders zur Geschichte der Arbeiterbewegung verhalten, das trifft ihn ebenso. Statt zu beweisen, stellt er „unumstößlich“ fest und folgt damit seinen politischen Freunden von der „Proletarischen Front“ (vgl. oben Abschnitt III).

Hier muß noch ein Wort zum Wissenschaftsbegriff und zum Methodenverständnis Kleins – und anderer Historiker verloren werden. Klein – nachdem er sich mit einem Engels-Zitat als „marxistischer Historiker“, für den die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, zu erkennen gegeben hat –, erklärt schlankweg: „Für den, der diese Grundvoraussetzungen einmal erkannt und sich zu eigen gemacht hat, entfällt weitgehend die Problematik der methodologischen Abgrenzung zu anderen Fachwissenschaften innerhalb der Gesellschaftswissenschaft[. . .]” (S. 3), ohne dann an irgend einer Stelle seines Buches den Versuch zu machen, die Grenzen einer bornierten Historiographie zu überschreiten. Obwohl er wiederholt bekennt, daß er „sich weniger im [!] ‘bürgerlichen’, sondern mehr dem marxistischen Denken verbunden fühlt” (S. 3), weicht er ausgerechnet bei der – nicht weiter begründeten – Erörterung des „Phänomen[s] Revolution“ auf seine, eben noch zurückgewiesene fachspezifische Beschränkung aus. Die Definition des „Phänomens Revolution“ liegt nämlich „außerhalb des Anliegens eines Historikers“, denn „die Feststellung, wann es aufgrund einer vorher festgelegten Definition Revolutionen gegeben hat, . . . führt ihn zugleich in das Feld einer anderen Wissenschaft und somit zu einem nicht genügenden Forschungsergebnis seiner eigenen Wissenschaft” (S. 5). Die Bankrotterklärung des Marxisten Klein drapiert als wissenschaftliche Bescheidenheit.

Die Ängstlichkeit des Historikers Klein, sich von der bloßen Beschreibung eines Fakts zu lösen und zur kritischen Interpretation seines Zusammenhangs vorzudringen, ist aber noch immer typisch für die große Mehrzahl der Historiker, trotz jüngster Wendung zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Geschichte, wenn sie sich, wie in der Vergangenheit, zu 90% als bloß deskriptive Historiographie präsentiert, hat aber mit Wissenschaft mit engeren Sinne genausowenig zu tun wie die kombinierte Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse in der Humantechnik Medizin. Sie wird Wissenschaft erst in dem Maße, wie sie die Aspekthaftigkeit überwindet, Fakten und ihre Beziehungen auf die ihnen zugrundeliegenden allgemeinen Zusammenhänge hin begreift. So ist auch die von Gerhard Beier in der Rezension der Arbeit Kleins geäußerte Sorge völlig unberechtigt, das ‘Fach’ Geschichte der Arbeiterbewegung müsse „wissenschaftstheoretisch gefestigt“ werden.⁴⁴ Dessen bedarf es gar nicht. Sie ist

44 In: *IWK*, Jg. 10 (1974), H. 2, S. 264.

Wissenschaft nicht durch eine eigene „Wissenschaftstheorie“, was Beier hierunter auch immer verstehen mag, sondern als auf bestimmte Gegenstände gerichtete, gleichwohl deren inneren Zusammenhang aufsuchende Gesellschaftswissenschaft.

Jürgen Klein, der in seiner Dissertationseinleitung beteuert, daß er sich „mehr dem marxistischen Denken verbunden fühlt“(!), hat überhaupt keine Vorstellung von den Gewerkschaften. Gleichwohl schreibt er eine über 400 Seiten starke Dissertation „zur Entstehung einer neuen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland nach der Zerstörung der Gewerkschaften durch das Hitler-Regime im Jahre 1933“ (S. 7)! Der Gipfel der Dummheit ist die Begründung für die Widmung seiner Arbeit an das von Hamburger Polizisten erschossene, mutmaßliche Mitglied der Bader-Meinhof-Gruppe, Petra Schelm. In der Begründung heißt es: „Mit diesem Namen verbindet sich eine politische Konzeption, . . . die kommunistisch und revolutionär ist, und die kompromißlos die radikale Umgestaltung der Gesellschaft im Hinblick auf den Sozialismus beinhaltet“ (S. XXII).

Da Klein seit Abfassung des Manuskripts sein politisches Bewußtsein „erweitert und gefestigt“ hat (S. XVIII), muß er einige Kritik an seiner Arbeit anmelden, offenbar ohne auch nur den geringsten Versuch unternommen zu haben, einige ihrer zentralen Mängel zu beheben.⁴⁵ Er übt auch noch falsche Kritik: „Der entscheidende Kernpunkt der Arbeit handelt von der Politik der Funktionäre der deutschen Gewerkschaften, . . . ohne auch nur ansatzweise zu hinterfragen, inwieweit diese Funktionäre überhaupt noch etwas mit der Arbeiterklasse gemein haben“. „ . . . es unterbleibt eine Darstellung des Entfremdungsprozesses dieser ‘Führungskräfte’ von der Arbeiterklasse, von den wirklichen Bedürfnissen der Arbeiter und von ihren wirklichen Kämpfen“. Man müsse das anhand der realen Arbeiterkämpfe untersuchen und zwar daraufhin, „in welchem krassen Widerspruch diese Kämpfe sowie der in ihnen zum Ausdruck gekommene revolutionäre Wille zu der ‘Einheitsgewerkschaftspolitik’ der ‘beamteten’ Gewerkschaftsfunktionäre aller politischen Richtungen einschließlich der Kommunisten standen“ (S. XVIII). „Für die Funktionäre, die ‘Fürsprecher’ der Arbeiterklasse . . . war und blieb der Arbeiterstandpunkt etwas Fremdes, . . .“ (S. XIX). Schließlich, wenn sich die Gewerkschaften als das „erweisen . . . , was sie sind, nämlich als integrierter und integrierender Bestandteil der modernen bürgerlichen Gesellschaft und nicht als Instrument der revolutionären Arbeiterbewegung“ (S. XXII), dann ist schon gar nicht einzusehen, warum man ihren Führern noch vorwerfen kann, daß sie nichts mit revolutionären Aktionen zu tun haben wollen.

Da Klein nicht weiß, was die Gewerkschaften in einer bürgerlichen Gesellschaft sind, interpretiert er ihre Tätigkeit von irgendwelchen Maximalanforderungen aus, — die er meint von seinem eingenommenen Arbeiterstandpunkt aus formulieren zu dürfen: Gewerkschaften als revolutionäre Klassenkampforganisationen. Da ihre Politik nun diesem Anspruch nicht gerecht wird, sind sie dann nicht bloß integrierter, sondern auch integrierender Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft, d.h. sie kleistern eventuell vorhandene Widersprüche zu, stehen den Klassenkämpfen ‘fremd’ und vielleicht auch gar feindlich gegenüber. Das Nötige dazu ist schon in den vorstehenden Abschnitten ausgeführt. Es wundert aber nicht, daß Klein zu solch verdrehten Auffassungen gelangt, denn er räumt selbst ein, „eine theoretische und grundsätzliche Erörterung dieser Frage, [i.e. die ‘Gewerkschaftsfrage an sich’] unterblieb

45 Mir hat zwar nur die zweite Auflage vorgelegen, Klein weist aber darauf hin, daß sie „im wesentlichen“ unverändert sei (S. XVII).

weitestgehend, um die ursprüngliche Zweckbestimmung, die Promotion im Fach Geschichte, nicht zu gefährden. Eine solche ängstliche Einstellung ist falsch und politisch entschieden zu verurteilen; . . . ” (S. XIX) fügt er hinzu, – worin man ihm nur zustimmen kann.

Aber es scheint im Fall Klein weniger eine Frage der Moral oder des Mutes, sondern wohl eher des Vermögens zu sein. Niemand, auch wohl sein Gutachter Fischer nicht, hätten gegen eine theoretische Erörterung von Funktion und Rolle der Gewerkschaft in der bürgerlichen Gesellschaft etwas einzuwenden gehabt. Es gehört sogar zu den Traditionen bürgerlicher Wissenschaft, daß man sich erst des Gegenstands versichert (soweit man es jeweils vermag), bevor man sich seinen einzelnen Seiten genauer zuwendet. Insofern fällt Klein noch hinter die Normen bürgerlicher Wissenschaft zurück.⁴⁶ Der opportune Hinweis auf die Gefährlichkeit eines Bekenntnisses seiner wissenschaftlichen Orientierung, die in einer solchen „Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage an sich“ deutlich werden könnte, ist nur ein billiges Manöver, denn schon auf den Seiten 2 und 3 seiner Einleitung zur Dissertation gibt sich Klein kokett und ohne erkennbare Skrupel als sich dem „marxistischen Denken verbunden“ Fühlender zu erkennen, allerdings ohne den späteren Nachweis zu liefern, daß sein „Gefühl“ auch durch „Wissen“ bestätigt wird.

Wenn er sich einmal bei Marx versucht, erleidet er gleich hoffnungslos Schiffbruch. Exemplarisch soll hier sein totales Mißverständnis der Stelle aus dem zweiten Band des „Kapital“ angeführt werden, wo Marx zu der falschen Vorstellung von der Lohn-Preis-Spirale Stellung nimmt: In einem historischen Abriss über die Gewerkschaftsbewegung vor 1933 versucht Klein, auch die Auffassung von Marx über die Gewerkschaften zu referieren. Das sieht dann so aus: Marx habe gefordert, „daß die Gewerkschaften die breite und dauerhafte Organisation der sozialistischen revolutionären Arbeiterbewegung sein sollen und ‘ihrer im Programm’ der sozialistischen Partei daher ‘unbedingt’ gedacht werden müsse – es sei sogar notwendig, ‘ihr womöglich einen Platz in der Organisation der Partei offenzulassen’ “. Die Zitate in diesem Satz stammen nicht aus Marxens „Kritik des Gothaer Programms“, wie hier und in der Fußnote 16 behauptet, sondern stehen in dem ca. sechs Wochen vorher von Engels an Bebel gerichteten Brief, in dem auch zum kurz zuvor veröffentlichten Entwurf für das Programm der künftigen vereinigten sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands Stellung bezogen wird. In dem betreffenden Abschnitt steht, daß die ‘Gewerksgenossenschaft’ „die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats [ist], in der es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchficht, in der es sich schult und die heutzutage bei der schlimmsten Reaktion . . . nicht mehr kaputt zu machen ist”.⁴⁷ Von der Gewerkschaft als „Organisation der sozialistischen revolutionären Arbeiterbewegung“ steht im ganzen Brief nichts, auch nichts in der „Kritik des Gothaer Programms“. In Kleins Fußnote 16 (S. 45 f.) heißt es dann weiter: „– dabei waren sich Marx und Engels jedoch keineswegs im Unklaren darüber, welche Rolle die Gewerkschaften in der Strategie der Kapitalisten spielen würden; gerade deshalb sollten sie auch nicht als die Organisation der Arbeiterbewegung bestimmt oder benutzt werden, durch die die Revolution zu führen sei; denn ‘die Kapitalistenklasse würde sich nie den Trade-Unions widersetzen,

46 Als Gegenbeispiel sei auf Claus Noës Dissertation, *Gebändigter Klassenkampf. Tarifautonomie in der BRD. Der Konflikt zwischen Gesamtmetall und IG Metall vom Frühjahr 1963*, Berlin 1970, hingewiesen.

47 Friedrich Engels an August Bebel, Brief vom 18./28.3.1875, in: *MEW*, Bd. 19, S. 3 ff., hier S. 6.

da sie stets und unter allen Umständen tun könnte, was sie jetzt ausnahmsweise unter bestimmten, besonderen, sozusagen lokalen Umständen wirklich tut – nämlich jede Erhöhung des Arbeitslohns benutzen um die Warenpreise in viel höherem Grade zu erhöhen, also größeren Profit einzustecken' (vgl. „Kapital 2“, S. 341). Darum sollten die Gewerkschaften allein dazu dienen, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für die Arbeiter den Tageskampf zu führen“.

Wenn man einmal von der starken Verkürzung der Marxschen Auffassungen im letzten Satz absieht, so ist dies und der erste Teil der Fußnote noch eher in Übereinstimmung mit den verschiedenen Stellen zu bringen, an denen Marx Ausführungen zur Funktion der Gewerkschaft macht, als die oben angeführte, Marx unterstellte Ansicht, die Gewerkschaften seien „die breite und dauerhafte Organisation der sozialistischen revolutionären Arbeiterbewegung“. Mehr noch, dies steht im Widerspruch zu jenem, und beides soll Marx vertreten haben. Das eine führt Klein auf S. 25 an, das andere, entgegengesetzte, in der zu dieser Seite gehörenden Fußnote (S. 45 f.)! Aber es kommt noch ärger: Das angeführte Zitat aus dem „Kapital 2“ hat überhaupt nichts mit dem hier verhandelten Gegenstand zu tun. Klein hat es offenbar zufällig im Stichwortverzeichnis („Trade-Union“) gefunden und meinte wohl, es genüge, wenn da ein Satz von Marx stünde, gleich, was er auch bedeuten mag. Klein muß angenommen haben, es eigne sich zum Beleg für seine These (eine von vielen, die sich widersprechen, wie wir inzwischen wissen), daß Gewerkschaften und Kapitalisten gut miteinander auskommen.

Das Zitat ist Teil einer längeren Passage, in der Marx die These widerlegt, 'Steigt der Arbeitslohn, so erhöhen die Kapitalisten die Preise ihrer Ware'.⁴⁸ Seine Antwort darauf: „Wenn es in der Hand der kapitalistischen Produzenten stünde, beliebig die Preise ihrer Waren zu erhöhen, so könnten und würden sie das tun auch ohne Steigen des Arbeitslohns. Der Arbeitslohn würde nie steigen bei sinkenden Warenpreisen. Die Kapitalistenklasse würde sich nie den Trade-Unions widersetzen, [. . .]“ usw.⁴⁹ Nun geht aber Marx bekanntlich davon aus, daß der Preis der Ware gleich dem Wert der Ware ist, um den der Marktpreis oszilliert; der Wert der Ware hat seine objektive Bestimmung in der Masse, d.h. im Wert der in ihr vergegenständlichten lebendigen Arbeit. Folglich kann der kapitalistische Produzent auch nicht beliebig seine Preise erhöhen. Damit ist natürlich die in den Konjunktiv gesetzte Folgerung von Marx, daß sich die Kapitalisten den Trade-Unions nicht widersetzen würden, als bloße Konsequenz in *diesem Beweisgang* zu verstehen, aber nicht als positive Bestimmung über das Verhältnis zwischen Kapitalisten und Gewerkschaft. Daß eine solche Einschätzung auch im völligen Widerspruch stünde zur Marxschen Auffassung über den Charakter der Klassenkämpfe in der bürgerlichen Gesellschaft und der Rolle der Gewerkschaft in ihr (die immer in einem gegensätzlichen Interessenverhältnis zur Kapitalistenklasse stehen wird, ohne deshalb schon revolutionär zu sein), geht Klein nicht auf.

Die Dürftigkeit der theoretischen Begründungen steht in direktem Zusammenhang mit der Haltlosigkeit der formulierten Politik. Das ist bei Klein nicht anders als bei den Gruppen, denen er sich zurechnet. Die theoretische Kritik an ihnen muß sich an den Resten von Wissenschaft orientieren, die sie für ihre Politik reklamieren, mindestens so lange, wie von ihnen noch zu erklären beansprucht wird, warum die empirischen Ausdrucksformen des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital nicht mit ihrem ökonomischen Inhalt zusammenfallen.

48 *Kapital 2*, S. 340.

49 *A.a.O.*, S. 341.

**DIE 10. INTERNATIONALE TAGUNG DER HISTORIKER DER ARBEITER-
BEWEGUNG IN LINZ VOM 10. – 14. SEPTEMBER 1974:
ARBEITERBEWEGUNG UND FASCHISMUS
DER FEBRUAR 1934 IN ÖSTERREICH**

Von Walter Momper

Die Linzer Konferenz des Jahres 1974 war wieder von etwa 150 Historikern der Geschichte der Arbeiterbewegung besucht. Neben Forschern aus fast allen Ländern West- und Osteuropas nahmen an der Tagung Wissenschaftler aus Israel, Japan, Kanada und den USA teil. Hauptthemen waren diesmal „Arbeiterbewegung und Faschismus“ und „Der Februar 1934 in Österreich“. Vor der Behandlung und Diskussion der Fachreferate gedachte man des verstorbenen Kollegen **Georg Eckert**. Rudolf NECK zählte kurz die einzelnen Stationen des Lebensweges von Georg Eckert auf und verwies auf seinen Beitrag zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung. Nicht unerwähnt ließ er die Leistung Eckerts, die dieser zur internationalen Verständigung, insbesondere zwischen Polen und Deutschland, beigebracht hat, aber auch seine ausgleichende Rolle im innerdeutschen Gespräch in Sachen Geschichte der Arbeiterbewegung auf Linzer Konferenzen.

In einem **Rückblick** ging Rudolf NECK aus Anlaß der 10. Tagung auf die Entwicklung der Linzer Konferenz ein. Das Linzer Treffen ist nunmehr eine „etablierte“ Institution, zu warnen ist jedoch vor einer „Verflachung“ der Konferenz, vor einer Abnahme der Intensität des wissenschaftlichen Dialogs u.a. auch wegen des ständig größer werdenden Rahmens und der steigenden Teilnehmerzahlen. Zu warnen ist auch vor einer „Euphorie“ über die steigende Resonanz, langfristig muß es das Ziel der ITH sein, wieder zu dem – in jeder Weise – kleineren Rahmen des Tagungsortes Jägermaierhof* zurückzukehren. Nur diese Selbstbeschränkung bietet die Voraussetzungen für eine wissenschaftlich fruchtbare Tagung.

Zum Thema Arbeiterbewegung und Faschismus lagen zwei Hauptreferate vor. Das eine war in einer Gemeinschaftsarbeit von Kirill Schirinja (Moskau) und Horst Schumacher (Berlin/DDR) und das zweite von Hans Mommsen (Bochum) verfaßt worden.

SCHIRINJA/SCHUMACHER referierten über den **Kampf der internationalen Arbeiterbewegung gegen den Faschismus (bis Mitte der 30er Jahre)**. Gegenstand ihres Interesses ist die Frage, „wie das Wesen des Faschismus von der internationalen Arbeiterbewegung erkannt wurde, wie die Erfahrungen der Arbeiterklasse einzelner Länder im Kampf gegen den Faschismus . . . ausgewertet werden konnten und wie die theoretischen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen schließlich in einer allgemeingültigen Strategie und Taktik zusammenflossen, die der historischen Rolle der Arbeiterklasse als führende Kraft im Kampf gegen

* Da das traditionelle Tagungslokal, der Jägermaierhof, wegen Umbau geschlossen war, fand die Konferenz diesmal in der Linzer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften statt.

1 Das Referat ist inzwischen unter dem Titel *Der Kampf der internationalen Arbeiterbewegung gegen den Faschismus (bis Mitte der dreißiger Jahre)*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (BzG)*, Jg. 17 (1975); H. 1, S. 3 - 26, veröffentlicht.

Imperialismus, Faschismus und Krieg und ihrer weltgeschichtlichen Mission entsprach. Das war, wie die Geschichte gezeigt hat, nur auf der Basis der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, auf der Basis des Marxismus-Leninismus und insbesondere der Leninschen Imperialismustheorie möglich". Eine wissenschaftliche Faschismus-Analyse muß eine Reihe von methodologischen Prämissen erfüllen. Sie muß das Klassenwesen des Faschismus und seinen Platz in der Entwicklung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft enthüllen und den Charakter seiner Massenbasis, das System seiner Organisationen, die Grundzüge seiner Ideologie, die Methoden seines Kampfes, die Formen seiner staatlichen Machtausübung und mit seinen allgemeinen Zügen auch seine konkret-nationalen Besonderheiten aufzeigen.

Seine kleinbürgerliche Massenbasis, seine — in der ersten Etappe — antikapitalistische Demagogie dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Entwicklung des Faschismus „als organisierende und führende Kraft des Faschismus immer wirksamer das Monopolkapital hervortrat". Grundlage des antifaschistischen Kampfes der kommunistischen Bewegung wurde die klare Unterscheidung „zwischen dem Klassenwesen des Faschismus einerseits und der sozialen Zusammensetzung seiner Massenbasis andererseits". Die Massenorganisationen des Faschismus dienten zugleich der Kontrolle und terroristischen Unterdrückung breiter Kreise der Bevölkerung. Grundzüge der demagogischen Ideologie sind Antikommunismus, Antimarxismus, Antidemokratismus, Chauvinismus, Gewaltkult und Militarismus. „Große methodologische Bedeutung hat die Schlußfolgerung der kommunistischen Bewegung über das Klassenwesen der faschistischen Diktatur, des Faschismus an der Macht. Der Faschismus, erklärte das XIII. Plenum des EKKI im Dezember 1933, ist „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Diese Definition des Faschismus, „die von G.Dimitroff auf dem VII. Kongreß der KI 1935 wiederholt und bekräftigt wurde, bezieht sich zwar ausdrücklich auf das Klassenwesen der faschistischen Staatsmacht, charakterisiert aber zugleich auch den Faschismus dort, wo er erst um die Errichtung seiner Macht rang. . . ."

„Die marxistisch-leninistische Faschismusdefinition, die übrigens von den Kommunisten nie als starres Schema aufgefaßt wurde, ist somit eine wissenschaftlich präzise Verallgemeinerung der entscheidenden Wesenszüge des Faschismus und drückt exakt aus, wessen Klasseninteressen er verteidigt und wahrnimmt". Der antidemokratische Charakter des Faschismus wurde bereits in Dokumenten der KI zu Beginn der 20er Jahre betont, der VII. KI-Kongreß analysierte 1935 „besonders detailliert die Widersprüche des Faschismus zu allen demokratischen Schichten" und wies zugleich darauf hin, daß der Machtantritt des Faschismus „nicht die *einfache Ersetzung* einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die *Ablösung* einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offene terroristische Diktatur", ist (Hervorhebungen der Referenten).

Die reformistische Richtung der Arbeiterbewegung sah in den Faschisten lange Zeit politische Wirrköpfe und mithin ein reines Polizeiproblem. Langsam erst bahnte sich eine Erkenntnis vom Faschismus als Bewegung des Kleinbürgertums an, die allerdings den Zusammenhang von Faschismus und Großkapital negierte oder verniedlichte, eine Haltung, die dem sozialdemokratischen Opportunismus und der Fehleinschätzung des Imperialismus entsprang. Letzten Endes orientierte der Reformismus auf eine Ablehnung des revolutionären Klassen-

kampfes und eine Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, die die Integration der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staat zum Ziele hatte.

Die Methodologie der Erforschung des antifaschistischen Kampfes geht von den objektiven Interessen der Arbeiterklasse aus. Alle Richtungen der Arbeiterbewegung sind objektiv an der Überwindung des Faschismus interessiert. Das wird in der bürgerlichen Historiographie in Frage gestellt, die als Beweis anführt, daß Arbeiter selbst der faschistischen Bewegung angehörten. „Tatsächlich hat die soziale und nationale Demagogie der Faschisten auch bestimmt Teile der Arbeiter irregeführt. Dessenungeachtet gibt es keinerlei Begründung für die Behauptungen, daß der Faschismus schon vor der Errichtung seiner Diktatur einen bedeutenden Teil der Arbeiterklasse hätte auf seine Seite ziehen können“. Höchstens Randgruppen, so „Gruppen von Arbeitslosen“, wurden von der Demagogie der Nazis irregeführt. Festzuhalten ist jedoch der allgemeindemokratische Charakter des antifaschistischen Kampfes und die darauf begründeten breiten Klassenbündnisse unter Einschluß bürgerlich-demokratischer Kräfte, die zeitweilig oder dauernd gemeinsame Ziele unter Führung der Arbeiterklasse verfolgten.

In der ersten Etappe des antifaschistischen Kampfes zu Beginn der 20er Jahre verbanden die Kommunisten den antifaschistischen Kampf mit dem Kampf um den Sozialismus, eine Verbindung, die jedoch zuerst zu einseitig gesehen wurde. Zugleich begann aber schon die Orientierung auf die Einheitsfront der Arbeiterklasse auf nationaler und internationaler Ebene. Als Hauptaufgaben sah man – national – die Aufklärung der Arbeiter über die großkapitalistische Funktion des Faschismus und – international – die Bildung internationaler Organisationsformen für den antifaschistischen Kampf und zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung der nationalen Organisationen (RGI, IAH usw.). „Völlig unhaltbar sind daher solche Behauptungen, daß die Kommunisten dem Faschismus 'ratlos' gegenübergestanden hätten“. Ohne profunde Einschätzung, hingegen waren die Organisationen der Sozialistischen Internationale, die den Faschismus als kleinbürgerlichen Aufstand klassifizierten und als Reflex auf die „bolschewistische Gefahr“ interpretierten, was letzten Endes auf die Aufforderung zum Kampf gegen die Kommunisten hinauslief.

Schon der VI. KI-Kongreß 1928 hatte darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem Ende der relativen Stabilität die reaktionären Elemente des Monopolkapitals verstärkt die sozialen und demokratischen Rechte der Volksmassen einzuschränken versuchen würden. Dabei sei eine faschistische Angriffswelle die größte Gefahr, die allerdings auch als stufenweise Fasisierung des bürgerlichen Staatsapparates möglich sei. Die Weltwirtschaftskrise 1929 brachte die tiefe sozialökonomische und politische Erschütterung. In dieser Zeit stellte der Internationale Antifaschistentag 1929 „eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Aktionseinheit“ dar, an dem über 300 Delegierte – Vertreter der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz, des Bürgertums, Kommunisten, Christen und Angehörige anderer politischer Richtungen aus 18 europäischen Ländern – teilnahmen.

Trotz der Mobilisierung zeitweilig großer Massen von Arbeitern, z.B. in der von der KPD geleiteten Antifaschistischen Aktion 1932, gelang der Arbeiterklasse die Abwehr des Faschismus nicht. Die Spaltung der Arbeiterklasse durch den Opportunismus und Antikommunismus der rechten sozialdemokratischen Führer war das Haupthindernis. Die Tolerierungspolitik der SPD ist dafür das beste Beispiel. Ernst Thälmann interpretierte die Schleicher-Regierung als „Platzhalterkabinett einer Hitler-Koalition“ (5.12.1932), der SPD-Parteivorstand schrieb zur gleichen Zeit im „Vorwärts“: „Es wird für alle Zeit das geschichtliche Verdienst

der Sozialdemokratie bleiben, den deutschen Faschismus so lange von der Macht ferngehalten zu haben, bis sein Abstieg in der Volksgunst begann" (6.12.1932).

„Das beharrliche Ringen der kommunistischen Bewegung um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Faschismus und Kriegsvorbereitung wurde . . . zeitweilig durch einige Einschätzungen eingeengt, die nicht mit den konkreten Gegebenheiten des Klassenkampfes übereinstimmten. Das waren zum Teil Einschätzungen, die sich aus der großen Kompliziertheit der Probleme ergaben, die stets von und in relativ schnellem Ablauf vor der Arbeiterklasse entstanden und zu denen sie Stellung nehmen mußte, obwohl die theoretischen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen oft noch unzureichend waren. In wenigen Fällen waren das aber auch Einschätzungen, die auf einer falschen These beruhten. Das betraf insbesondere die These über den Sozialfaschismus. Diese These, die übrigens immer dann neue Nahrung fand, wenn rechte sozialdemokratische Führer in staatlichen Funktionen, wie beispielsweise Zörgiebel am 1. Mai 1929 in Berlin, unter rücksichtslosem Einsatz des bürgerlichen Machtapparates gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung vorgingen, beruhte vor allem auf der ungenügenden Differenzierung zwischen imperialistischen, bürgerlich-demokratischen Staaten – in denen die Sozialdemokratie objektiv eine systemerhaltende Funktion ausübte – und faschistischen Regimen. Die These vom Sozialfaschismus hinderte die Kommunisten zeitweilig, die von ihnen selbst entwickelte und konsequent angestrebte Einheitsfrontpolitik wirkungsvoll durchzusetzen. Sie gab zugleich den rechten sozialdemokratischen Führern einen Vorwand, ihren Antikommunismus weiter zu verschärfen und die Spaltung der Arbeiterklasse noch mehr zu vertiefen. Viele historische Beispiele zeugen zugleich davon, daß die kommunistischen Parteien schon seit Beginn der 30er Jahre in der Praxis des Klassenkampfes von dieser These abgingen und daß dieser Klärungsprozeß dann mit allen Konsequenzen auf dem VII. Kongreß der KI 1935 seinen Abschluß fand”.

Die Machtübernahme durch den Faschismus in Deutschland war eine schwere Niederlage der Arbeiterbewegung. Das EKKI reagierte auf diesen Vorgang am 5. März 1933 mit einem Aufruf an die Arbeiter zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf aller Organisationen der Arbeiterbewegung. Zugleich wurde ein konkretes Programm des antifaschistischen Kampfes vorgelegt. Ein neues Moment war in dem Aufruf die Aufforderung „zur Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen durch Vermittlung der sozialdemokratischen Parteien”. Die SAI lehnte das Angebot mit dem Argument ab, daß die Komintern angeblich nicht mit der SAI verhandeln wollte, ähnlich reagierten die einzelnen sozialdemokratischen Parteien.

Die erfolgreiche Abwehr des Faschismus in Frankreich 1934 durch die einheitlichen Aktionen der französischen Kommunisten (KPF) und Sozialisten (SFIO) führte im Juli 1934 zum Einheitsfront-Pakt beider Arbeiterparteien. Auch bei den Februarereignissen in Österreich zeigte sich die Kampfbereitschaft der Sozialdemokraten, den Faschismus abzuwehren. Ein Bündnis gingen auch die italienischen Kommunisten und Sozialisten im August 1934 ein, und „seit Herbst 1934 gelang es der KPD, mit einigen Organisationen und Leitungen der deutschen Sozialdemokratie Vereinbarungen über den gemeinsamen Kampf gegen die faschistische Diktatur zu treffen”. Der SPD-Parteivorstand hingegen lehnte weiterhin alle Angebote des ZK der KPD zur Zusammenarbeit ab, ebenso die SAI alle Angebote der Komintern. Innerhalb der Organisationen der SAI bildeten sich jedoch linke Gruppen mit eigenen programmatischen Plattformen heraus, die von der Politik der Parteiführungen enttäuscht

waren. „Der Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen den Faschismus 1933/1934 zeigte, daß objektiv wie subjektiv neue, günstigere Bedingungen und Möglichkeiten für die Verwirklichung einer antifaschistischen Einheitsfront entstanden waren“.

1934 bereitete das EKKI eine Erweiterung der Arbeiter-Einheitsfront durch das antifaschistische Bündnis mit nichtproletarischen Klassen und Schichten vor. Auf dem VII. KI-Kongreß 1935 wurde der Faschismus grundlegend analysiert. „Der Kongreß machte Schluß mit der Gleichsetzung der verschiedenen bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsformen mit dem Faschismus und legte eine wissenschaftliche Grundlage für das Verständnis der Widersprüche zwischen dem Faschismus und der bürgerlichen Demokratie. . . Die Arbeitereinheitsfront wurde als Kern und Zentrum des Zusammenschlusses aller antifaschistischen Kräfte bestimmt und auf der Grundlage der leninistischen Erkenntnisse weiter präzisiert. . . Der Kongreß schätzte . . . auch das Verhältnis der Kommunisten zur sozialdemokratischen Bewegung neu ein, analysierte die antifaschistischen Möglichkeiten dieser Bewegung und damit auch die realen Möglichkeiten für die Herstellung einer antifaschistischen Einheitsfront“. Die Schaffung von Einheitsgewerkschaften wurde als grundlegend beurteilt und die Mitarbeit von Kommunisten in den faschistischen Gewerkschafts- und Massenorganisationen im Sinne einer antifaschistischen Arbeit als „Trojanisches Pferd“ beschlossen.

Die Arbeitereinheitsfront wurde in einem unlösbaren Zusammenhang mit der antifaschistischen Volksfront gesehen, eine Sicht, die am besten in den Kongreßbeschlüssen über die Volksfrontregierung zum Ausdruck kam. Die Volksfrontregierung sollte die Maßnahmen gegen Faschismus und Reaktion durchführen, je nach den nationalen Besonderheiten, ohne die bürgerlichen Herrschaftsformen zu tangieren, oder aber zugleich zu einer revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern als Übergangsform zur proletarischen Staatsmacht weiterentwickelt zu werden. Damit ging der antifaschistische Kampf der internationalen Arbeiterklasse, aufbauend auf den Erfahrungen eines Jahrzehnts antifaschistischen Kampfes, in eine neue Qualität über, die gekennzeichnet war von der führenden Kraft der Arbeiterklasse bei der Durchsetzung allgemein-demokratischer Ziele, der theoretischen Begründung und praktischen Verwirklichung der demokratischen Einheits- und Volksfrontpolitik und der „entscheidenden Rolle der kommunistischen Bewegung als Initiator und konsequentester Kraft im Ringen um die antifaschistische Vereinigung aller politischen Richtungen“.

Die Diskussion über das Referat eröffnete Josef KOWALSKI (Warschau) mit drei Bemerkungen: 1. Die Erörterung der methodologischen Fragen hat Priorität. Zu erörtern sei, ob der Faschismus auch als „Herrschaftsform des Monopolkapitals“ in industriell unterentwickelten Ländern, zum Beispiel wie in Litauen, zu definieren ist. Unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Besonderheiten gab es auch Beispiele von Herrschaftsformen, die wir heute trotz einiger faschistischer Züge und eines relativ hohen industriellen Entwicklungsstandes als autoritär-nationalistisches Regime definieren, so z.B. das Pilsudski-Regime in Polen, das bis vor kurzem noch als „faschistisch“ definiert wurde. 2. In diesem Zusammenhang zeigt sich deutlich eine ungenügende Klärung der konkreten und besonderen sozio-ökonomischen Voraussetzungen des Faschismus. 3. Die einseitige kommunistische Einschätzung der bürgerlichen Demokratie und die Fehleinschätzung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ zu Beginn der 30er Jahre war keine vorübergehende Erscheinung. Es war ein längerfristiger Vorgang, der schließlich einige Jahre andauerte. Die Bewertung der bürgerlichen Demokratie als nur übergangsweiser Herrschaftsform des Kapitals war zu undifferenziert. Gerade die bürgerliche Demokratie ließ der Arbeiterbewegung breiten Raum für ihre Agitation und ihren Kampf. Der Kampf um die Verteidigung der Demokratie lenkte die Arbeiterbewegung keineswegs vom Kampf für den Sozialismus ab, eine Tatsache, die zeitweise in Ver-

gessenheit geraten war. Erst mit dem VII. KI-Kongreß wurde der Zusammenhang des Kampfes für Demokratie und Sozialismus wieder voll begriffen. Das erst schuf das notwendige Vertrauen als Grundlage antifaschistischer Bündnisse von Sozialisten, Kommunisten und bürgerlichen Demokraten.

France KLOPČIČ (Ljubljana) kritisierte am Referat die fehlende durchgreifende Analyse der faschistischen Ideologie und Massenpsychologie. Die grundlegende Massenwirkung, die der Faschismus hatte, wird nicht analysiert und nicht dargestellt. Deutschland und Italien waren auch kulturell keine unterentwickelten Länder, dennoch folgten die Bürger dem Faschismus. Der Versailler Vertrag war ein weiterer Faktor bei der Entstehung des Faschismus in den kleineren europäischen Ländern. Der Vertrag ist im Referat nicht erwähnt worden.

Außerdem darf die Bedeutung des nationalen Faktors bei der Entstehung des Faschismus nicht unterschätzt werden. In Deutschland und Italien hatte die Arbeiterklasse keine führende nationale Rolle gespielt, vielmehr hatte die Bourgeoisie das nationale Bewußtsein auch der arbeitenden Schichten okkupiert und konnte es erfolgreich gegen den Internationalismus der Arbeiterbewegung mobilisieren. Nationalismus wurde so in Chauvinismus übergeleitet. KPD und SPD haben den Internationalismus überbewertet, ein Fehler, den die Referenten weder erkannt noch analysiert haben. Ihrerseits haben die Referenten die Bedeutung des Internationalismus überbewertet und die Bedeutung des nationalen Gedankens unterschätzt. Die Kritik im Referat an der SAI und an der Sozialdemokratie ist „ungenügend, weil es nur eine Kritik an den Führern ist, aber die sozialdemokratischen Massen unberücksichtigt läßt“.

Hans MOMMSEN (Bochum) hielt eine abstrakte Diskussion der Faschismus-Theorie für wenig fruchtbar. Es kommt darauf an, die Leistungen und Versäumnisse der Arbeiterbewegung – ihre Praxis – zu diskutieren. Wir sind erst jetzt in der Lage, die soziale Rekrutierungsbasis des Faschismus näher zu analysieren. In Anlehnung an Kowalski drang er auf eine klare begriffliche Trennung zwischen faschistischen und autoritären Bewegungen.

Die zentrale Frage ist, warum es der Arbeiterbewegung nicht gelang, die Randgruppen der Arbeiterschaft gegen den Faschismus zu isolieren. In der NSDAP war ein gewisser und nicht irrelevanter Anteil von Arbeitern organisiert. Neuere Arbeiten zeigen, daß die NSDAP bis 1933 eine große Mitgliederfluktuation hatte. Mit Ausnahme der Industriearbeiterschaft waren an dieser Fluktuation *alle* Bevölkerungsschichten beteiligt. Zum Beispiel organisierte sie zuerst viele Bauern, die sie dann wieder verlor. Insofern ist eine schlichte Korrelation Kleinbürgertum/Faschismus so nicht zulässig. Daraus ergibt sich aber auch der Schluß, daß die NSDAP eine längere Periode ökonomischer und sozialer Stabilität und Ruhe nicht durchgehalten hätte. Angesichts der organisatorischen Instabilität der NS-Bewegung hätte eine große Koalition zu Anfang der 30er Jahre möglicherweise zu einer Spaltung der NS-Bewegung geführt.

Seppo HENTILÄ (Helsinki) faßte kurz das von Lauri Haataja, Jorma Kalela, Jussi Turtola und von ihm selbst vorgelegte Referat über die Kampfbedingungen der finnischen Arbeiterbewegung in den Jahren der Lapua-Bewegung (1929–1932) zusammen. Die faschistische Lapua-Bewegung verlor ihren Einfluß Ende 1932, als die größte bürgerliche Partei, die Agrarunion, aus dem Rechtsblock ausbrach, der das Land seit 1930 regiert hatte. Die Regierungskrise endete nicht in der faschistischen Alternative, sondern wurde gelöst, indem die parlamentarischen Vertretungen der Klein- und Mittelbourgeoisie mit Hilfe der mächtigen Papier-

und Zelluloseindustrie (die von der Wirtschaftskrise kaum tangiert war) und mit parlamentarischer Unterstützung durch die Sozialdemokratie die Regierung übernahm." Eine notwendige Voraussetzung der Realisierung dieser nicht-faschistischen Alternative war . . . , daß es möglich war, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die die Krise verursacht hatten, ohne Schwierigkeiten unter Vermittlung der Institutionen der bürgerlichen Demokratie zu lösen".

Jan TOMICKI (Warschau) ging auf einige Entwicklungen in der polnischen Arbeiterbewegung nach 1933 ein. Dort sind die Lehren aus der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gezogen worden; schon vor dem VII. Weltkongreß der KI wurden alte Vorurteile zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten überwunden und wuchs die Tendenz zur Einheitsfront gegen den Faschismus.

Karl LAMMERS (Köpenhagen) fragte nach dem Wert der Abstraktionen der Analyse des Klassencharakters des Faschismus im Referat von Schirinja/Schumacher: Wo ist (im Referat) die Vermittlung zwischen diesen Kategorien und den realen Phänomenen der Geschichte? Welche Aussagekraft haben die benutzten Kategorien, wie „Imperialismus“, „reaktionär“, „Diktatur“, „Terrorismus“, was bedeuten sie konkret? Sein Hauptvorwurf an das Referat: Faschismus, definiert als Herrschaftsform des Monopolkapitals, ist eine Deduktion aus der Imperialismustheorie, jedoch keine Kategorie, oder jedenfalls keine vermittelte Kategorie des historischen Befunds.

Hermann WEBER (Mannheim) kritisierte die „gewisse Einseitigkeit“ des Referates. Die Fehler der sozialdemokratischen Politik werden scharf kritisiert, die Strategie der KI jedoch faktisch als fehlerlos dargestellt. Es ist jedoch zu bestreiten, daß KI und KPD die faschistische Gefahr „rechtzeitig und richtig“ erkannt und in ihrer Gefährlichkeit zutreffend eingeschätzt haben. Die KPD hat nachweislich alles außerhalb ihrer Reihen als faschistisch eingeschätzt. So gab es neben dem „Sozialfaschismus“ den „Zentrumsfaschismus“, und die entsprechende Einschätzung der Regierungen ab 1930 ist auch bekannt. Zitate belegen, daß die KPD 1931 bereits die Herrschaft des Faschismus als gekommen ansah (so belegt mit Äußerungen von Ernst Thälmann) und 1933 noch die SPD als Hauptgegner und auf seiten der Bourgeoisie stehend interpretierte (so Fritz Heckert). Kleinere Gruppierungen der deutschen Linken hatten da vergleichsweise bei weitem zutreffendere Einschätzungen. Es ist eine hochinteressante Fragestellung, warum die großen Massenbewegungen SPD und KPD nicht zu dem Lernprozeß fähig waren, der ihnen zu einer realistischen Einschätzung des Faschismus verholfen hätte.

Eduard MÄRZ (Wien) unterstützte Weber darin, daß die Sozialfaschismus-These der Komintern eine für die deutsche Arbeiterbewegung verderbliche These war, die auch 1934 in der KI noch weithin Geltung hatte. Er widersprach Mommsen: Obwohl auch Teile der Arbeiterschaft in gewissen Grenzen für den Faschismus anfällig waren, waren und blieben das Kleinbürgertum und die Bauern quantitativ die soziale Massenbasis des Faschismus in Deutschland.

Tatsuo KAGE (Tokio) beleuchtete das Faschismus-Problem aus japanischer Sicht. In dem von ihm vorgelegten Referat ging er auf den japanischen Militär- oder Tenno-Faschismus ein. Der ideologische Vater des japanischen Faschismus, Ikki Kita (1883–1937), hatte in seinem 1919 verfaßten „Programm zur Reorganisation des Staates“, der Programmschrift des japanischen Faschismus, als Ausweg aus der nationalen Krise Japans die Neubegründung einer Gemeinschaft des ganzen Volkes angegeben. Das sollte die Basis für die führende Rolle Japans in Asien abgeben. Innenpolitisch schlug er vor, das Parlament aufzulösen, die Verfas-

sung für drei Jahre zu suspensieren und an deren Stelle die Prärogative des Tennos zu setzen. Der Wirtschaftsteil des Programms sah u.a. eine Beteiligung der Arbeiter am Profit (50%!) vor und eine Begrenzung des Land- und Kapitalbesitzes sowie eine Bekämpfung der Spekulation und des Großgrundbesitzes. Damit enthielt das Programm neben einer Reihe von sehr populären Forderungen eine Betonung der Stellung des Kaisers, wie sie den traditionellen Vorstellungen der japanischen breiten Massen entsprach.

Zu Beginn der 30er Jahre waren vor allem die Bauern, die besonders unter der ökonomischen Krise litten, und die jüngeren Offiziere, die überwiegend bäuerlichen Schichten entstammten und sich durch Abrüstungspläne existenziell bedroht fühlten, die treibenden Kräfte des japanischen Faschismus. Der Erfolg des von den vor allem in der Kwantung-Armee dienenden Offizieren provozierten Mandschurei-Zwischenfalls stimulierte die nationalistischen Sentiments der Öffentlichkeit und das Bewußtsein der eigenen nationalen Bedeutung. Unter dem Druck dieses Erfolgs und Terrorakten der Offiziere wurde im Mai 1932 die alte parlamentarisch gebildete Regierung durch ein „Kabinet der nationalen Konzentration“, vornehmlich zusammengesetzt aus hohen Offizieren, abgelöst.

Typisch am japanischen Faschismus war, daß die Massenbasis über die Akklamation zum Kaiser und seiner Politik vermittelt wurde. Die japanische faschistische Rechte war durchgehend elitär, ein Diktator fehlte, selbst die Politik des später praktisch omnipotenten General Tojo war nur Ausfluß der kaiserlichen Politik und wurde als solche gesehen, was angesichts der feudalen Tradition der japanischen Gesellschaft verständlich ist. Erst 1940 wird eine faschistische politische Einheitsbewegung gegründet, die jedoch nicht die Funktion der Massenpartei wie im deutschen oder italienischen Faschismus erfüllt.

Peretz MERCHAV (Bet-Zera/Israel) bezweifelte, ob es wissenschaftlich schon möglich sei, eine Faschismus-Theorie zu entwickeln. Weniger pretentiös soll man sich mit einer Charakteristik des Faschismus zufrieden geben.

Josef HINDELS (Wien) erläuterte einige Thesen aus dem von ihm vorgelegten Referat über Arbeiterbewegung und Faschismus. Er referierte die Faschismus-Theorie des Italieners Ignazio Silone und ging insbesondere auf die Unterschiede zwischen den einzelnen nationalen „Faschismen“ ein. Der Austrofaschismus war gekennzeichnet von der weithin fehlenden Massenbasis. Ansätze hat es nur in Form der Mobilisierung kleinbürgerlicher und bäuerlicher Schichten für die Heimwehrorganisation vor dem Februar 1934 gegeben. „Der Austrofaschismus war typisch für einen schwachen, zwischen dem Italien Mussolinis und dem Deutschland Hitlers manövrierenden Kleinstaats, dessen Bourgeoisie über geringe Kraft verfügte, zur äußeren Aggression nicht fähig war“.

Obgleich unter anderen auch Palmiro Togliatti schon zutreffend den Charakter und die kleinbürgerliche Basis des Faschismus beschrieben und analysiert hatte, enthielt das von Otto Bauer konzipierte Linzer Programm von 1926 keinen Hinweis auf die Gefahr des Faschismus. Zwar werden die imperialistischen Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus in Anlehnung an Hilferding analysiert, der Hinweis auf die politischen Konsequenzen ist jedoch eher beiläufig, es fehlt ein detailliertes Eingehen auf die konkreten Merkmale: „Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig ihre Machtstellung räumen. Findet sie sich mit der ihr von der Arbeiterklasse aufgezwungenen demokratischen Republik ab, solange sie die Republik zu beherrschen vermag, so wird sie versucht sein, die demokratische Republik zu stürzen, eine monarchistische oder faschistische Diktatur aufzurichten, sobald das allgemeine Wahl-

recht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu überantworten droht oder schon überantwortet haben wird" (Linzer Programm).

Auch die europäische Sozialdemokratie konnte sich zu keiner erkennbaren theoretischen Klarheit in Bezug auf den Faschismus durchringen. Die von 1926 bis 1928 unter Beteiligung führender Sozialdemokraten tagende „Internationale Kommission zur Abwehr des Faschismus" erkannte zwar, daß ein Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus bestand: „Nicht ein zufälliges Zusammentreffen bestimmter Umstände, sondern die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung führte die bürgerlich-kapitalistische Politik in vielen Ländern zu Methoden der Gewaltanwendung, die man unter dem Namen „Faschismus" zusammenzufassen pflegt". Auf eine Faschismustheorie oder -definition wird verzichtet, eben so auf eine Psychologie des Faschismus und der faschisierten Massen. Erst in der Emigration erkannte Otto Bauer wesentliche Züge des Faschismus und verarbeitete sie in seinem Buch „Zwischen zwei Weltkriegen?": „Hat schon die Bedrohung der Profite durch die Weltwirtschaftskrise genügt, die Bourgeoisie dem Faschismus in die Arme zu werfen, so wird die Bourgeoisie erst recht ihre Zuflucht in der Diktatur suchen, wenn erst ihr Eigentum selbst, ihre Gesellschaftsordnung bedroht sein wird. Diese Erfahrung zerstört die Illusionen des reformistischen Sozialismus, daß die Arbeiterklasse friedlich und allmählich, durch bloße Ausnützung der demokratischen Institutionen, ohne revolutionären Sprung, die Formen der Demokratie mit sozialistischem Inhalt erfüllen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen entwickeln könne".

Nachdem Nicolae COPOIU (Bukarest) die rumänische Entwicklung referiert hatte, ging Slavka PETROVA (Sofia) in ihrem Referat auf die bulgarische Entwicklung ein. Dem militär-faschistischen Putsch vom 9. Juni 1923, der das bürgerliche Kabinett Stambolijski ablöste, hatte die Bulgarische Kommunistische Partei (BKP) zuerst noch neutral gegenübergestanden. Im Juni 1923 gab die BKP diese falsche Haltung auf und bereitete den antifaschistischen Volksaufstand vor. Im Laufe dieser Vorbereitungen schrieb Georgi Dimitroff seinen berühmten Artikel über die Einheitsfront, in dem schon der Gedanke der Volksfront antizipiert war, aufbauend auf der Erkenntnis des IV. KI-Kongresses, daß der Faschismus der Feind aller demokratischen Kräfte war. Die Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Weitsozialisten) – BSAP (W) – beteiligte sich jedoch an dem faschistischen Kabinett, während die Bulgarische Bauernpartei an der Seite der BKP am antifaschistischen Aufstand vom September 1923 teilnahm, der vom Regime blutig niedergeschlagen wurde. Die Folge war eine Welle des Terrors und ein Verbot der BKP. Die Sozialistische Internationale verurteilte 1924 die Haltung der BSAP (W), und auf dem Parteitag 1925 schwenkte der linke Flügel der BSAP (W) auf einen antifaschistischen Kurs um, zumal die Faschisten inzwischen öffentliche Erwägungen über eine Bekämpfung der BSAP (W) angestellt hatten.

Bei den Wahlen 1931 erlitten die Faschisten eine schwere Niederlage. Die noch zugelassenen bürgerlichen Parteien übernahmen die Regierung. Dennoch hielten die Faschisten ihre Positionen im Militär, bei der Polizei und beim Geheimdienst. Der Putsch vom 19. Mai 1934 brachte dann die endgültige Machtübernahme durch die Faschisten und das Verbot aller Parteien. Auf die Niederlage der Faschisten von 1931 reagierte die BKP falsch. „Die Leitung der BKP, befangen in dem linken Sektierertum, schätzte die Sozialdemokratie und die an der Regierung teilhabende Rechte der Bulgarischen Bauernpartei fälschlicherweise als Träger des Faschismus ein. Anstatt ihre Schläge vor allem gegen die faschistischen Gruppierungen zu richten, die einen neuen Putsch vorbereiteten, eröffnete sie allen eine Front: den Faschisten, den Sozialdemokraten und der Rechten in der Bulgarischen Arbeiterpartei". Nach

dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale wurde die linkssektiererische Haltung überwunden. 1943 schlossen sich die antifaschistischen Parteien (BKP, BSAP (W) – Linke und Bauernpartei – Linke) zur Vaterländischen Front zusammen.

Das Spezifikum des bulgarischen Faschismus ist darin zu sehen, daß er keine Massenorganisationen und keine Massenbasis hatte. Es gelang den Faschisten nicht, unter der Bauernschaft und den Proletariern Anhänger zu finden. Eine widersprüchliche Ideologie mit allen wesentlichen faschistischen Merkmalen bildete sich erst langsam heraus. Eine besondere Rolle kam dem mit dem Militär und der Großbourgeoisie verbündeten König zu. Er war der wahre Anführer der faschistischen Bewegung. Seiner traditionellen Rolle in einem stark feudal geprägten Land entsprechend, band er die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte einschließlich, der BSAP (W), an sich – und damit an den Faschismus.

Im Zusammenhang mit den Referaten und der Diskussion stellte Felix KREISSLER (Montreuil s/Bois) zwei Punkte heraus, die ihm bislang zu kurz gekommen waren: 1. Der Faschismus war zutiefst antinational, er wandte sich gegen die nationalen Interessen der breiten Kreise des Volkes; er diente ausschließlich den Interessen des Großkapitals. Diese Frage gilt es auch unter Einbeziehung neuerer Beispiele wie Griechenland und Guatemala zu erörtern. 2. Das Verhältnis von Arbeiterklasse und Nation bedarf stärkerer Beachtung. Die Arbeiterklasse wird unter dem Faschismus zur wahren Verteidigerin der nationalen Interessen. Deshalb beruhen die nationalen Einigungsbestrebungen aller nichtmonopolistischen Kräfte gegen den Faschismus auf der Erkenntnis der wahren nationalen Interessen durch die demokratischen Kräfte.

Andre LASSERRE (Lausanne) problematisierte den Begriff „Einheit der Arbeiterbewegung“. Kommunisten und Sozialdemokraten meinten ganz unterschiedliche Dinge, wenn sie von „Einheit“ sprachen.

Leon ASLANOW (Sofia) konstatierte, daß die Arbeiterbewegung am Vorabend des Faschismus gespalten war. Beide Richtungen hatten sich scharf voneinander abgegrenzt. Auf diesem Problem lag verständlicherweise das Hauptaugenmerk der Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung. Erst unter den Bedingungen des Faschismus an der Macht verstärkten sich die Tendenzen zum Zusammenschluß wieder, der Faschismus und der Terror boten dafür den konkreten Anlaß.

Siegfried VIETZKE (Berlin/DDR) betonte, daß die Analyse des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale Ausgangspunkt der marxistisch-leninistischen Faschismusforschung ist. Die Definition des VII. Kongresses bezieht sich auf den Faschismus *an der Macht*. Auf dem Kongreß wurde analytisch zwischen der faschistischen Bewegung an sich und dem Faschismus an der Macht unterschieden. Neuere Forschungsarbeiten über die soziale Zusammensetzung der NSDAP bestätigen nur die in der Definition des VII. Kongresses getroffenen Aussagen. Zwischen den verschiedenen Fraktionen des Großkapitals ist sorgfältig zu differenzieren, keineswegs sind alle faschistisch gewesen, konnten es wegen ihrer Interessenlage auch nicht sein. Er sah die Definition des VII. KI-Kongresses nun in ihrer Richtigkeit bestätigt. Die Definition gibt durchaus Raum für die weitere Forschung. Eine Korrektur ist nicht notwendig.

Nachdem Janos JEMNITZ (Budapest) auf einige Fragen der Periodisierung in der Entwicklung des Faschismus eingegangen war, ging A. van WOERDEN (Amsterdam) auf einige Einzelheiten der Politik der niederländischen Arbeiterbewegung ein. Wie in dem von ihm ver-

faßten Referat über die niederländische Arbeiterbewegung und den Faschismus (1933–1935) ausgeführt, hatte sich die Kommunistische Partei der Niederlande (CPN) seit Jahren auf die Theorie des Sozialfaschismus festgelegt. Nach der Machtübernahme in Deutschland richtete sie an 8. März 1933 an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei (SDAP) der Unabhängigen Sozialdemokraten (OSP) und der trotzkistischen Revolutionär-Sozialistischen Partei (RSP) einen Aufruf zur Einheitsfront von unten, zugleich wurde in dem Aufruf an der Führung der drei Parteien heftige Kritik geübt.

Der Vorstand der SDAP lehnte aus prinzipiellen und politischen Gründen das Angebot ab: Der Kommunismus sei undemokratisch, jetzt gelte es die Demokratie als politisches System und Lebensform zu verteidigen, eine Zusammenarbeit würde auf die Ablehnung der Bevölkerung stoßen und dem Faschismus in Holland neuen Auftrieb geben. In der folgenden Zeit wurden Flugblätter der SDAP in einer Massenaktion verteilt, in denen Faschismus und Kommunismus als zwar nicht identische, aber doch sich gegenseitig bedingende und in gleichem Maße verwerfliche Größen als bekämpfungswert dargestellt wurden.

Obwohl sich die CPN am 20. Juli 1934 öffentlich um eine Einheitsfront von oben mit SDAP und OSP bemühte, erschien in der Juli-Nummer der theoretischen CPN-Zeitschrift „De Communist“ noch ein Artikel, in dem weiter die Sozialfaschismus-These vertreten wurde. Erst im Septemberheft wurde die neue Linie fundiert begründet. Auf die neuen Angebote der CPN ging die SDAP jedoch auch weiterhin nicht ein.

Auf das Verhältnis nationale Frage/Faschismus kam France KLOPČIČ zurück: „Man muß den Faschismus auf seinem eigenen nationalen Klassenboden schlagen“. Die nationale Frage ist kein isolierter „Ziegel“, der neben der Kommunalpolitik, der Sozialpolitik usw. steht, er muß integrierter Bestandteil der Politik sein. In diesem Sinne stand die deutsche Arbeiterklasse in der Zwischenkriegszeit nicht an der Spitze der deutschen Nation. Anders die jugoslawischen Kommunisten. Sie hatten schon 1923 ein nationales Programm für Jugoslawien, das sie dann 20 Jahre später auch als Föderation der Nationalitäten verwirklichten und damit seine andauernde Aktualität bewiesen.

Klaus MAMMACH (Berlin/DDR) bemerkte, daß es nichts nützt, die Fehler der SPD gegen die der KPD am Vorabend des Faschismus gegeneinander aufzurechnen. Die Frage, welche Politik zum Erfolg geführt hat, muß diskutiert werden. Im übrigen bleibt festzuhalten, daß die KPD der SPD mehrfach Nichtangriffspakte vorgeschlagen hat.

Josef SCHLEIFSTEIN (Frankfurt/M.) nahm zu drei Fragenkomplexen Stellung: 1. Zur Definitionsfrage: Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Definition des VII. KI-Kongresses „konkrete Forschung nicht ersetzen kann“. Das hat auch niemand behauptet. Die Frage ist aber, ob die Definition die Erforschung des Phänomens „Faschismus“ erleichtert. Und das ist der Fall. 2. Die Frage des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und Faschismus in der Epoche des heraufziehenden Faschismus ist ein wichtiges Problem. Dennoch war die Perspektive scharf unterdrückter kleiner Nationen wie der Serben, Kroaten u.a. nicht identisch mit der Lage Deutschlands nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg. 3. Wer das Wort „Sozialfaschismus“ liest, weiß nichts von der Praxis der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten im Wohnbereich und in den Fabriken. Er weiß nicht, wie Rotfrontkämpferbund und Reichsbanner sich gegenseitig halfen, wie sie sich gegenseitig Schutz gaben. Die Praxis war zu jener Zeit weiter als die Theorie (des Sozialfaschismus), sie gehorchte schon den neuen Gesetzen. Das ändert zwar nichts an der grundsätzlichen Kritik der Marxisten an der falschen Sozialfaschismus-Theorie, ist aber auch Teil der historischen Wahrheit und muß so gesehen werden.

Wolfgang ABENDROTH (Frankfurt/M.) konstatierte, daß die Arbeiterbewegung das Monopol des Widerstandes gegen den Faschismus nach dessen Sieg hatte. Der Ausgangspunkt für die Beurteilung des Verhältnisses von nationaler Frage und Arbeiterbewegung ist doch ein anderer, wenn vom Standpunkt der Arbeiterbewegung einer imperialistischen Macht, z.B. Deutschlands, auszugehen ist und nicht vom Standpunkt einer unterdrückten Nation. Selbstverständlich nahm die KPD, in Wahrnehmung der Interessen der breiten Massen, Stellung gegen den Vertrag von Versailles. Insofern war sie in einem anderen Sinne „national“ als die Opposition der Bourgeoisie gegen Versailles.

Zur Sozialfaschismus-Theorie berichtete er über seine eigenen Erfahrungen. Als Student wurde er aus der KPD ausgeschlossen, weil er gegen die Sozialfaschismus-Theorie opponiert hatte. Der Kampf innerhalb der KPD gegen diese schädliche These war mit dem 1. Mai 1929 verloren, als Zörgiebel die demonstrierende Berliner Arbeiterschaft zusammenschießen ließ. Bis dahin waren viele Kommunisten, auch Funktionäre der KPD, durchaus gegen diese These gewesen.

Die Diskussion über den Faschismus muß die Fehler und Irrtümer aller Richtungen aufarbeiten, sie darf nicht dem Kampf gegeneinander dienen, denn der Faschismus ist eine drohende Realität, auch wenn er heute nur noch mit Hilfe von CIA und internationalem Großkapital an die Macht kommen kann. Dabei gilt es, auch den Anfängen in der Bundesrepublik, so der Praxis der Berufsverbote, zu wehren.

Das zweite Hauptreferat zum Thema hielt Hans MOMMSEN über die **organisierte Arbeiterbewegung und den Aufstieg der faschistischen Bewegungen in der Zwischenkriegszeit**². Ziel der vergleichenden Faschismus-Forschung ist es, die bei aller nationalen Differenziertheit gleichartigen Faktoren herauszuarbeiten, die Voraussetzung für die Gewinnung breiter Wählerschichten durch den Faschismus waren. Die Mobilisierung eines breiten Wählerpotentials fand allerdings wesentlich nur in Deutschland und Italien statt. In allen anderen Ländern (Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Spanien) vermochten sich die faschistischen Bewegungen letzten Endes gegen die dominierenden konservativen Herrschaftseliten nicht durchzusetzen. Auch in Österreich ging die teilweise Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise schrittweise und langsam vor sich. Nach den Anfangserfolgen von 1918/1919 konnten sich in den drei genannten Ländern die sozialistischen Parteien keinen „dauernden dominanten Einfluß auf das politische System“ sichern, so wurden die faschistischen Gruppen schließlich zum eigentlichen Nutznießer der Krise des bürgerlichen Parlamentarismus.

Der unversöhnliche Gegensatz zur sozialistischen Arbeiterbewegung – die „Negation“ ihrer emanzipatorischen Zielsetzung – ist „konstitutiv“ für die faschistische Bewegung, wenngleich sie in „äußerst verfremdeter Form“ der sozialistischen Bewegung entlehnte antikapitalistische Inhalte und propagandistische Techniken von dieser übernahm. Im Gegensatz zu den konservativen Gruppen lag ihre Stärke darin, „daß sie die in einer starker sozialer Mobilität unterworfenen Gesellschaft vorhandenen sozialreaktionären Ressentiments für sich politisch zu mobilisieren vermochte, und zwar unter Anwendung spezifisch modernistischer Werbe- und Propagandatechniken“. Ihre Dynamik und Propaganda überdeckte die Eklektik

² Vgl. hierzu Hans Mommsen, *Die Sozialdemokratie in der Defensive. Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Faschismus*, in: ders. (Hrsg.), *Sozialdemokratie zwischen Massenbewegung und Volkspartei*, Frankfurt/M. 1974, S. 106–133.

und Unverbindlichkeit der Programmatik. Unter leidlich politisch stabilen Bedingungen, die auch die faschistischen Parteien gezwungen hätten, ihre beliebigen Interessengruppen gegenüber abgegebenen divergierenden Wahlversprechen wenigstens partiell einzulösen und damit ihre Unerfüllbarkeit darzutun, hätte die faschistische Mobilisierung keinerlei Erfolgsaussicht gehabt". Konsequenterweise konnte sie nur unter den Bedingungen der Krise die Staatsmacht erobern, um dann apparathaft zu erstarren.

„Für die vergleichende Faschismus-Forschung ist daher die Unterscheidung zwischen der Bewegungs- und der Regimephase des Faschismus konstitutiv. Eine Fülle von Mißverständnissen – auch in Bezug auf Divergenzen zwischen bürgerlichen und marxistischen Interpreten – leitet sich davon ab, daß die theoretischen Implikationen dieser Unterscheidung nicht hinreichend berücksichtigt werden". – Kennzeichen der faschistischen Regime war die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung und die Bindung nur marginaler Randgruppen der Arbeiterschaft. Die breite Masse der Arbeiterschaft verharrte in „innerer Opposition" und blieb immun.

Als Ursache der Niederlage der Arbeiterbewegung in der Abwehr des Faschismus wird die Spaltung in kommunistische Bewegung und demokratischen Sozialismus angeführt. „Aber die Spaltung ist in vieler Hinsicht auch wieder Symptom für eine tiefergehende strukturelle Krise der Arbeiterbewegung, die mit den seit der Phase des Imperialismus einsetzenden sozialökonomischen Veränderung zusammenhängt, welche wiederum die sozialistischen Kräfte mit neuartigen und unerwarteten politischen Konstellationen konfrontiert". Selbst die Beilegung strategischer und taktischer Gegensätze zwischen Kommunismus und Sozialismus hätte nichts daran geändert, daß die Arbeiterbewegung sich prinzipiell in der Defensive befand. Die kampfflose Aufgabe errungener Positionen lag vielmehr in der „vollständigen politischen Isolation" der sozialistischen Parteien zu einem Zeitpunkt begründet, in dem die Krise des parlamentarischen Systems dem „konservativ-faschistischen Interessenblock" die Möglichkeit gab, „durch eine Kombination von pseudolegalen und offen terroristischen Maßnahmen" die Arbeiterbewegung auszuschalten, „ohne es zu einer punktuellen gegenrevolutionären Situation kommen zu lassen". Das Gesetz des Handelns lag beim Gegner, alle Drohungen und Hinweise auf bevorstehende Massenkämpfe blieben bloß verbal.

Diese defensive Haltung muß vor dem Hintergrund der sozialökonomischen Situation der Nachkriegszeit gesehen werden: eine relative Stagnation verschärft die Verteilungsproblematik, Inflation infolge der Kriegverschuldung, Erschwerung der Reformpolitik infolge der internationalen Kreditabhängigkeit, die Tarifoheit der Gewerkschaften verliert wegen der Konzentrationsbewegung des Kapitals und durch die Rationalisierung an Wirksamkeit und der gewerkschaftliche Einfluß auf die Sozialpolitik und die Arbeitsverhältnisse wird durch den Strukturwandel des Kapitalismus kompensiert.

Die Zahl der Industriearbeiter, traditionell gewerkschaftlich und größtenteils auch politisch organisiert, stagnierte, die zunehmende Gruppe der im Dienstleistungsgewerbe arbeitenden Angestellten und Beamten neigte eher dem Mittelstand zu. Weder gelang es SPD noch KPD, diese Gruppe gegenüber dem Vorkriegsstand als Mitglieder und Wähler zu mobilisieren, ebenso wenig wie sie aus dem Agrarsektor Anhänger längerfristig an sich binden konnte. Bei den Gewerkschaften verhielt es sich ebenso. Der AfA-Bund hatte 1923 noch 658.000 Mitglieder, 1931 nur noch 203.000, die Mitgliederzahl der SPD sank auf 0,8 Millionen, die der KPD auf knapp über 300.000. „Die stagnierenden und schließlich leicht rückläufigen Wahlerfolge der sozialistischen Parteien sind vor allem darauf zurückzuführen, daß der Durchbruch zur

Volkspartei nicht gelang". Die Stagnation hatte bei der SPD die psychologische Wirkung, „sich zur Oppositionspartei der Vorkriegszeit zurückzuentwickeln. Die Annahme, daß die SPD durch eine konsequente Oppositionspolitik und ein radikaleres politisches Programm eine günstigere Situation erzielt haben würde, scheint in den erfolgreichen Reichstagswahlen von 1928 eine Bestätigung zu finden. Wahlpolitisch gesehen scheint es sich so verhalten zu haben, daß ein politischer Kurs, wie ihn die SPD notgedrungen mit der Tolerierung Brünnings einschlug, am erfolgreichsten war; programmatische Schwenkungen waren dagegen von untergeordneter Bedeutung".

Hinzu kam die „politische Inflexibilität" der Führung von SPD und Gewerkschaften, die Überalterung von Mitgliedschaft und Führung. Ähnlich war es in Österreich. Die Mitglieder der KPD waren insgesamt jünger, dementsprechend auch die stark fluktuierende Führung. Die SPD war der Parteijugend gegenüber ihrer radikaleren Haltung wegen mißtrauisch, dementsprechend konnte sie – anders als die KPD – Jugendliche nur schwer an sich binden. Die Innovationsfähigkeit der Partei wurde durch laufende antikommunistische Disziplinierungsmaßnahmen ständig gemindert. Das führte zur Entpolitisierung, zu organisatorischer, agitatorischer und bürokratischer Erstarrung, verbunden mit dem latenten Mißtrauen gegen die eignen Wehrverbände – Reichsbanner und Eiserner Front – und starker „Traditionalität" des innerparteilichen Führungsstils und der Willensbildungsmechanismen.

Dem stand die Attraktivität der faschistischen Bewegung gerade für die junge Generation gegenüber, so wandte sich denn auch die Kritik der innerparteilichen Opposition in der SPD – bei unterschiedlichen theoretischen Ansätzen – einheitlich gegen die bürokratische Erstarrung, mangelnde innerparteiliche Demokratie, schwunglose Agitation und initiativlose Politik. „Die Überlagerung der Gegensätze zwischen Reformsozialismus und revolutionärem Marxismus durch die gemeinsame Erfahrung, dem Faschismus mit neuen politischen Methoden und zündenden Parolen entgegentreten zu müssen, und zugleich die Massen der Arbeiterschaft politisch zu aktivieren, war ein Indikator für die latente Krise der Arbeiterbewegung, die in der Preisgabe des ursprünglichen *Bewegungscharakters* bestand". Damit im Zusammenhang stand der Verlust der Zukunftsperspektive nach dem Scheitern der reformistischen Illusionen, was langfristig auch nicht mit der verbalen Beschwörung der künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung überdeckt werden konnte. Obwohl das italienische Beispiel bekannt war, wurden konkrete Strategien für die Abwehr des Faschismus nicht entwickelt, die Komintern sah die Herrschaft des Faschismus als kurzfristige Übergangsphase zur proletarischen Revolution an. Die Führung der SPD reagierte angesichts der sich abzeichnenden autoritär-konservativen Verformung der Weimarer Republik „mit der Forderung nach politischer Abstinenz, mit einer Politik des Abwartens und der Eskamotierung der Verantwortung". Alternativen zur Politik Brünnings wurden nicht entwickelt, der WTB-Plan setzte sich schließlich nur schleppend und in der SPD widerwillig akzeptiert durch. „Das Arbeitsbeschaffungsprogramm, rechtzeitig und mit politischem Druck auf das angeschlagene Kabinett durchgesetzt, hätte der Partei neues Profil bei den Massen geben können".

Die Hilflosigkeit der SPD-Führung drückte sich aus in dem auf Reichsbanner-Demonstrationen oft beschworenen „Recht auf Diktatur". Insbesondere nach dem Papen-Putsch in Preußen wurde diese Drohung ersichtlich hohl. Ähnlich verhielt es sich mit der Diktaturdrohung des Linzer Programms bezogen auf Österreich. „Es ist allzu einfach, diese Hilflosigkeit, die sich auch im Verhalten von Gewerkschaftsführung und preußischer Regierung unmittelbar vor dem Papen-Putsch niederschlug, einfach auf den „Opportunismus" rechter sozialdemokratischer Führer zurückzuführen. Die Drohung mit der „Diktatur des Proletariats", ob

sie paradoxerweise von demokratischen Sozialisten oder von Kommunisten ausgesprochen wurde, entbehrte angesichts der innenpolitischen Konstellation der beginnenden 30er Jahre jeder Realität".

Das Dilemma lag darin, daß alle diese Erwägungen dem faschistischen Gegner das Gesetz des Handelns überließen, d.h. „bis dieser offen die Legalität verletzte, war die Chance eines erfolgreichen sozialistischen Gegenschlags bereits verspielt". Da im übrigen das italienische Beispiel schon gezeigt hatte, daß dieser unter Ausnutzung der Legalität oder einer Scheinlegalität vorging, offenbarten diese Rezepte nur die eigene Schwäche und waren Rückgriffe auf die Konzeption der Vorkriegszeit, wie sie 1890 in dem Vorwort zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich" von Engels entwickelt worden war. Dessen auf eine Wahrung der Legalität abzielende Strategie ging jedoch, angesichts der damals akuten Staatsstreichpläne Bismarcks, von einer demokratischen Machteroberung durch das Proletariat, d.h. von sozialistischen Mehrheiten in Bevölkerung und auch Militär, aus. Eine den Bedingungen der 20er Jahre angepaßte politische Strategie hatte die Arbeiterbewegung nicht, auch nicht die Kommunisten, deren Überlegungen „ursprünglich von der Annahme ausgingen, daß die faschistische Diktatur die demokratischen Illusionen der Massen zerstören, die Politik der Reformisten widerlegen und damit die Voraussetzungen zur revolutionären Machteroberung des Proletariats schaffen werde". „Es war eine Illusion, revolutionäre Zielsetzung und Bewahrung der Legalität gleichzeitig anzustreben". Angesichts der Einstellung der Armee war auch der militante Abwehrkampf zum Scheitern verurteilt und unter den Bedingungen der Arbeitslosigkeit war der Generalstreik eine stumpfe Waffe. Eine Einheitsfront hätte an den faktischen Machtverhältnissen nichts geändert. „Vom Blickpunkt der späteren Entwicklung aus erweist sich die Politik der Tolerierung des semi-autoritären Kabinetts Brüning bei gleichzeitiger Verteidigung der preußischen Machtposition prinzipiell als richtig, aber in der Ausführung als falsch, da die SPD wesentlich früher und mit größerem Nachdruck eine positive Politik der Krisenüberwindung hätte fordern müssen. Es ist jedoch bezeichnend, daß man an eine pragmatische Krisenbekämpfung mittels des deficit spending auch innerhalb der Sozialdemokratie nur zögernd und halbherzig heranging. Hier wirkte selbst bei den reformistischen Gewerkschaftlern die marxistische Krisentheorie nach, die den kapitalistischen Krisen gesetzlichen Charakter und damit im vulgären Marxverständnis Unabänderlichkeit zumaß".

Tatsächlich waren die strategischen Fehler und Versäumnisse der Arbeiterbewegung eher gemacht worden. Durch Kautskys Entscheidung gegen das Agrarprogramm 1894 verzichtete man auf die Beeinflussung agrarischer Kreise von vornherein; die Agitation und Politisierung des hauptsächlich kleinstädtischen Mittelstandes – das von den Faschisten den bürgerlichen Parteien abgenommene Wählerpotential – fand nicht statt. Der Faschismus konnte so die bis dahin unpolitischen und sozial „rückständigen Sektoren der Gesellschaft" für sich mobilisieren. „Aus jenen, der Marxschen Theorie zufolge, untergehenden Klassenfragmenten, die die sozialistische Bewegung glaubte vernachlässigen zu können, rekrutierten sich beträchtliche Teile der faschistischen Parteien".

In der Diskussion ging Hans-Josef STEINBERG (Bremen) zuerst auf die Diskussionsbeiträge von Abendroth und Schleifstein kritisch ein. Gegenüber der unzureichenden Erarbeitung von historischen Phänomenen aus den Akten ist empfohlen worden, die persönliche Erlebnissituation zu berücksichtigen. Das ist die Spitze des Historismus! Die Notwendigkeit des Miterlebens als Grundlage hinreichender Bewertung wurde bislang immer nur „von der anderen Seite" erhoben. Das sollte zu denken geben.

Susanne MILLER (Bonn) machte einige Anmerkungen zum Referat von Mommsen. Die Unfähigkeit der Arbeiterbewegung, den Faschismus zu begreifen, ging auf in der SPD im 19. Jahrhundert verbreitete Einstellungen zurück. Bebel zum Beispiel meinte, daß die durch den Antisemitismus mobilisierten Schichten schließlich politisch bei der SPD landen würden. Das hat man in der SPD bis in die 20er Jahre hinein noch geglaubt.

Die Einheit der Arbeiterbewegung und die Einheitsfront sind kein quantitatives Problem. An den realen Machtverhältnissen hätten sie nichts geändert. Vielmehr hätte eine mobilere Strategie der großen Parteien auch immobile Schichten und Randschichten mobilisiert, die bei dieser Politik enttäuscht wurden. Die Wurzeln des Versagens der Arbeiterbewegung lagen lange vor 1930. Die entscheidenden Fehler sind 1918/1919 und mehr noch 1920 – beim Kapp-Putsch – und in der Folgezeit gemacht worden.

Zu Abendroths Diskussionsbeitrag ist zu bemerken: Die aufgestellten Parallelen zwischen Weimarer Zeit und der Situation in der Bundesrepublik gehen fehl; wir befinden uns heute in der Bundesrepublik in einer anderen historischen Situation.

Kurt GOSSWEILER (Berlin/DDR) sah eine Reihe von „bemerkenswerten Mängeln“ im Mommsen-Referat. Natürlich sind die Hauptversäumnisse von der Arbeiterbewegung schon 1918 gemacht worden. Dort liegen die Wurzeln der Niederlage der 30er Jahre. Das muß ganz sicher analysiert werden.

Der Fatalismus von Mommsen in bezug auf die 30er Jahre ist zu sehr eine rechtfertigende ex-post-Analyse. Der Übergang zum Monopolkapitalismus gab der Arbeiterbewegung die Chance, die von der Monopolisierung des Kapitals ebenso betroffenen Mittelschichten zu gewinnen. Zu diesem Zweck hätte man 1918 eine Agrarreform durchführen müssen. Das hätte diesen Schichten gezeigt, wer tatsächlich die nationalen Interessen des deutschen Volkes vertritt. Die Demagogie der Faschisten konnte deshalb so wirksam werden, weil der Beweis auf der Hand lag, „daß alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD, versagt hatten“. Auch 1930 wäre durch eine Einheitsfront die Demokratie noch zu retten gewesen. Der Beweis für diese These ist die erfolgreiche Abwehr des Kapp-Putsches. Als sich aber am 20. Juli 1932 offenbarte, daß alle vorher gesprochenen starken Worte nur „tönende Phrasen“ waren, hinter denen eine konkrete Absicht nicht stand, „mußte das die Reaktion ermuntern, den letzten Schritt zu wagen“.

Erich MATTHIAS (Mannheim) ging auf die prinzipielle Grundlage der Diskussion ein: „Was uns hier vereint, ist ein gemeinsames Interesse am Erkenntnisgegenstand“. Dabei „werden wir jedoch von unterschiedlichen Motivationen bestimmt“. Die einen treiben Historiographie, um Handlungsanweisungen für die Gegenwart und Zukunft davon abzuleiten, die anderen wollen die Vergangenheit erhellen und erkennen. Dabei ist vor der Gefahr voreiliger und vordergründiger Aktualisierungen zu warnen, die nur einem bestimmten „Legitimationsinteresse“ dienen. „Lernen aus der Geschichte ist ein sehr komplexer, vielschichtiger und komplizierter Vorgang“. Berücksichtigt man das nicht, so kann „ein Historismus neuer Art“ herauskommen, der „die Schlachten der Vergangenheit noch einmal schlägt“.

Er warnte davor, voreilig abschließende Urteile zu fällen, zum Beispiel die Tolerierungspolitik ohne weiteres zu billigen. Die Diskussion um den 20. Juli 1932 darf nicht vorschnell erledigt werden. Die Reichswehr hatte große Angst vor einem Bürgerkrieg. Vielleicht wäre es noch möglich gewesen, die Situation weiterhin offenzuhalten. Was die Frage der Gewinnung der Mittelschichten angeht, so war in den 20er Jahren diese durchaus Gegenstand der innerparteilichen Diskussion in der SPD.

Leopold HORNIK (Wien) unterstrich die Bedeutung der von Mommsen angeführten sozial-ökonomischen Aspekte. Grundsätzlich geht es bei dem hier zur Diskussion stehenden Thema um die Frage: revolutionärer Marxismus oder Reformismus? Mommsen hat hier bezweifelt, daß eine Einheitsfront den Faschismus verhindert hätte. Die Beispiele der Gegenwart – Portugal, Spanien, Frankreich, Italien – zeigen die Aktualität dieses Problems, die man in die Diskussion einbeziehen muß.

Hermann WEBER (Mannheim) schien es ein „mechanistisches Herangehen“ an historische Tatbestände zu sein, wenn man bestimmen will, wo der „Einschnitt des Versagens“ lag. 1930 waren durchaus noch Möglichkeiten gegeben, den Faschismus zu verhindern, nur das Zusammengehen der Parteien der Arbeiterbewegung war nach Lage der Dinge eben nicht möglich.

Die Diskussion zum Schirinja/Schumacher-Papier stellte sich für ihn so dar: Die Komintern hatte alle Einsichten, der anderen – der reformistischen – Seite fehlte es daran völlig. Das ist reine Rechtfertigung, keine Wissenschaft. Tatsache ist aber doch, daß die Gesamtstrategie der KPD 1930 eben *nicht* auf eine Einheitsfront hinauslief. Es gab ZK-Rundschreiben, die eine Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten auf der unteren Ebene ausdrücklich untersagten. Natürlich wollte die SPD ebensowenig, das ist unbestritten.

Nachdem Iwan LUNJOW (Moskau) die Ablehnung der Totalitarismus-Theorie und die Bedeutung der Aktionseinheit aller demokratischen Kräfte gegen Faschismus und Neofaschismus auch in der Gegenwart begründet hatte, ging Wolfgang ABENDROTH auf die Stellung der Mittelschichten in der Zwischenkriegszeit ein. 1918/19 waren die Mittelschichten noch auf seiten der Parteien der Arbeiterbewegung, ebenso bei den Wahlen zur Nationalversammlung und als es um die Fürstenenteignung ging. Erst danach orientierten sie sich um, weil sie auch nicht mehr mobilisiert wurden. Sie wären aber gegen den Faschismus zu mobilisieren gewesen, wenn „aus dem Negativum der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie heraus eine Front für fortschrittliche Inhalte aufgebaut worden wäre“. Das aber geschah nicht. Auch die KPD blieb „in der Verharrung auf ihrem linksradikalen Sozialfaschismus-Debakel“ und löste sich nur lokal und partiell daraus.

Die Parallele, die er zur Lage in der Bundesrepublik sah, besteht darin, daß Administration und yudikative durch postfaschistische Kräfte bestimmt wurden. Da ähnliche Kräfte in der Bundesrepublik in diesen Bereichen heute stark sind, liegt darin die Gefahr der Politik der Berufsverbote. Nur durch eine strikte Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit kann den latent faschistischen Kräften in einer Gesellschaft begegnet werden, die monopolkapitalistisch bestimmt ist.

Josef SCHLEIFSTEIN kritisierte an Susanne Millers Diskussionsbeitrag, daß, wer erst 1930 mit der Analyse einsetzt, den Blick unzulässig verengt. Man muß schon 1918 beginnen und die Frage nach der Praxis von SPD und bürgerlichen Parteien von Anfang an stellen, d.h. konkret die Frage nach der Zusammenarbeit von SPD und Bourgeoisie. Wenn es so war, wie Wels 1934 sagte – „wir waren nur Objekt der Entwicklung“ –, obwohl man 1918 die Macht hatte, dann stellt sich doch die Frage nach den Ergebnissen der reformistischen Strategie auch in ihren welthistorischen Auswirkungen: Zweiter Weltkrieg und Millionen von Toten. Das Zusammengehen der Parteien der Arbeiterbewegung hätte Folgen gehabt, Beispiele wie Frankreich und Spanien zeigen das in aller Deutlichkeit.

Ernesto RAGIONIERI (Florenz) wies darauf hin, daß die Faschismustheorie durch die konkrete Analyse der faschistischen Bewegungen ausgefüllt werden muß. Italien war in einer tiefen ökonomischen Krise. Großgrundbesitz und Kapital begünstigten durch ihre Haltung den Faschismus. In Italien laufen zur Zeit Forschungsprojekte über die Massenbasis des Faschismus. Der Faschismus war für die Arbeiterbewegung ein ganz neues Phänomen, man war unsicher in der Einschätzung über Natur und Dauer des Faschismus. Die Sozialdemokraten betrachteten ihn als vorübergehende Erscheinung, die KPD hingegen war zu konsequentem Kampf entschlossen.

Christian RIECHERS (Hannover) ging in seinem Referat auf die Praxis des Kampfs der italienischen Kommunisten gegen den Faschismus ein. Das von der Linie der Komintern abweichende Verhalten Bordigas und der italienischen Kommunisten ist seinerzeit wiederholt von Radek bis Bucharin kritisiert und als „realitätsfremder Doktrinarismus“ eingeschätzt worden. Andere – wie Trotzki 1932 – stellten die Ablehnung der Einheitsfront auf die gleiche Stufe mit der Haltung der deutschen Kommunisten. In Wirklichkeit handelte es sich bei der Konstanz der Haltung der italienischen Kommunisten um den Versuch, „die Konsequenz ihres gemeinsamen Handelns allen mittelbar und unmittelbar Beteiligten klar und einsichtig zu machen“. Oder wie Bordiga es 1919 auf dem PSI-Kongreß ausdrückte: „Soweit wir beitragen können zur Bildung des revolutionären Bewußtseins der Massen, werden wir es durch die Kraft unseres Standpunktes und unseres Verhaltens in jeder Phase der Entwicklung der Ereignisse tun. Darum darf dieses Verhalten nicht im Gegensatz stehen zu unserer Stellung zum Endkampf, d.h. dem Zweck, für den unsere Partei speziell gebildet worden ist.“

Bei der Gründung war die KPI eine nach Mitgliedschaft und Führung junge Partei, die sich sofort im Kampf gegen den Faschismus bewähren mußte. „Die auf die Gewinnung des Proletariats zielende Einheitsfronttaktik der italienischen Kommunisten setzte an den ökonomischen Kämpfen an. Nach der Bildung kommunistischer Fraktionen in der von den traditionellen Reformisten dominierten CGL, aber auch in autonomen Fachgewerkschaften und zum Teil in anarchistischen und revolutionär-syndikalistischen Verbänden, macht das zentrale Gewerkschaftskomitee der KP den Vorschlag, daß diese den Klassenkampf in ihren Statuten betonenden Gewerkschaften zur besseren Verteidigung der unmittelbaren Lebensbedingungen des Proletariats sich zu einem gemeinsamen Kampfkartell zusammenschließen, das durch den Druck der Arbeiterbasis als *alleanza del lavoro* zustandekommt“.

Nachdem den Kommunisten von der Leitung empfohlen wurde, sich an örtlichen bewaffneten Widerstandsaktionen zu beteiligen, wird wenige Monate später, nachdem viele schon in den überparteilichen militanten Verteidigungsorganisationen „*Arditi del popolo*“ mitarbeiten, die Bildung eigener national koordinierter bewaffneter Gruppen beschlossen. In dem diesen Schritt im „*Il Comunista*“ begründenden Artikel, unter dem bezeichnenden Titel „Der Wert der Isolierung“, heißt es: Die Führer der „*Arditi del popolo*“, wollen eine bewaffnete Organisation, um die Ordnung wiederherzustellen, und schlagen vor, danach wieder nach Hause zu gehen. Für uns liegt darin vielleicht noch schlimmerer Defätismus als der der Sozialdemokratie, deren Parole Friedenspakt und Verzicht lautet, und die sowohl die mit Gewalt erfolgende Defensive wie Offensive desavouieren. Es gibt in Wirklichkeit keinen Unterschied zwischen Defensive und Offensive in der augenblicklichen Situation; gerade deshalb... ist der Klassenkampf zu einem Krieg im wahrsten Sinne des Wortes geworden. Nun ist es im Krieg so... daß man sich verteidigt, indem man angreift und angreift, indem man sich verteidigt“.

Die Berichte Bordigas über die Faschismus-Analyse der italienischen Kommunisten auf den KI-Kongressen 1922 und 1924 wurden nicht diskutiert oder wirklich verarbeitet. Die Komintern bewies sich als „bloßes Agglomerat disparater Parteien. . . , mit einem Internationalismus, der über das Stadium einer regulativen Idee nicht hinauskam und sich dem Inhalt nach mehr aus einer Mythologie der russischen Revolution zusammensetzte. . . “. Bordiga trat 1923 aus der Leitung der italienischen KP zurück, weil er die Linie der Komintern nicht mehr vertreten konnte.

Kirill SCHIRINJA stellte fest, daß Marxisten-Leninisten den Zusammenhang von Staatsmonopolismus und Faschismus nicht mechanistisch begreifen. Die Kommunisten haben den Faschismus nie nur als Übergangsstadium gesehen. Der VI. KI-Kongreß schon hat die Bedingungen richtig konstatiert, unter denen der Faschismus entstehen konnte. Wie und warum der Faschismus eine soziale Basis unter den Massen gewinnen kann, ist eine wichtige Frage. Die bürgerliche Historiographie reduziert die Analyse des Faschismus jedoch auf die Frage nach der Massenbasis. In einigen Ländern hatte der Faschismus keine Massenbasis. Dort wurde der Faschismus von Machteliten oder fremden Mächten gestützt, eine Einschätzung, die angesichts der Entwicklung in Chile von großer Aktualität ist. Das Faschismus-Problem muß mit der Frage nach der Verteidigung der nationalen Interessen verknüpft werden. Das konnte das Referat aufgrund der Themenstellung nicht leisten. Bei der Analyse der zweiten Hälfte der 30er Jahre wird dieses Thema stärker in den Mittelpunkt rücken. Die Komintern hat nie alle Sozialdemokraten als Sozialfaschisten abgestempelt. Im Gegenteil, solchen falschen Auffassungen ist die Komintern scharf entgegengetreten. Die analytische Definition des VII. KI-Kongresses ist abschließend und umfassend, sie bedarf keiner Revision.

Hans MOMMSEN ging in seinem Schlußwort auf die Grundschwäche der Definition des VII. KI-Kongresses ein, die darin besteht, daß sie konservative antifaschistische Kräfte nicht berücksichtigt und so in der Praxis gerade eine breite antifaschistische Bewegung verhindert. Brüning und Hitler sind nicht in einem Atemzuge zu nennen! Ab 1930 konnte – seiner Meinung nach – auch eine Einheitsfront angesichts der realen Machtverhältnisse nichts mehr am Gang der Dinge ändern. Demnach ist ganz sicher die Frage der Einheit der Arbeiterbewegung keine untergeordnete Frage, aber eine Strategie, die die Arbeitereinheit als Haupt- und Grundvoraussetzung der Abwehr des Faschismus statuiert, ist die wirklich fatalistische Strategie, zumal die konkurrierende Vielfalt in der Arbeiterbewegung doch den internationalen Normalfall darstellt und nicht die Arbeitereinheit, die zu den seltenen Ausnahmen zählt.³

3 Der Konferenz lagen zum Faschismus-Thema noch weitere Referate schriftlich vor, die wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht diskutiert werden konnten. Es waren dies: Klaus Mammach, *Die KPD im antifaschistischen Kampf*; Werner Kowalski, *Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Kampf gegen den Faschismus*; Rudolf de Jong, *Die Internationale Arbeiter-Assoziation (Anarcho-Syndikalistin) und der Faschismus*.

Zum zweiten Hauptthema der Tagung – **Der Februar 1934 in Österreich** – hatte Rudolf NECK (Wien) das Hauptreferat vorgelegt. Er bewertete die Februarereignisse in Österreich als einzigartiges „Fanal des Widerstandes gegen den vordringenden Faschismus“ und hob den „Heroismus und das Einmalige des Kampfes der österreichischen Arbeiterschaft“ hervor.

Schon lange vor 1934 hatte sich die österreichische Regierung mit Staatsstreichplänen beschäftigt. Schon im Herbst 1930 waren den Sozialdemokraten Hinweise auf einen geplanten „Marsch auf Wien“ bekannt geworden. In der Führung der regierenden Christlichsozialen Partei drängten die autoritären Tendenzen in zunehmendem Maße die demokratischen Strömungen zurück. Über den einzuschlagenden Weg waren sich die an der Regierung beteiligten Gruppen allerdings nicht einig. Wenn auch insbesondere der Landbund in scharfem Gegensatz zur Heimwehr stand, so bildete doch der Antimarxismus die gemeinsame Basis des Regierungslagers.

In der wirtschaftlichen Krisensituation provozierte die Regierung den Streik der österreichischen Bundesbahner, um aus der Kraftprobe mit den Gewerkschaften gestärkt hervorzugehen. Sie hatte damit Erfolg. Die erste Phase des Abbaus der Demokratie wurde durch den Rücktritt der drei Präsidenten des Nationalrats eingeleitet, danach regierte das Kabinett auf dem Wege des Notverordnungsrechtes. Es folgte, nach einer Reihe von klaren Rechtsbrüchen, die Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit und – insbesondere im Hinblick auf den Rundfunk – die Errichtung eines offiziellen Propagandadienstes. Die Regierungspolitik zielte jetzt eindeutig auf die Diktatur ab. Nach einer Phase der Unentschiedenheit stützte Bundespräsident Miklas den Kurs der Regierung. Schließlich wurden die Vorzensur für die oppositionelle Presse eingeführt und erste Maßnahmen gegen die Gerichtsfreiheit getroffen. Diese Phase wurde durch die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes Ende März abgeschlossen, dessen Mitglieder allerdings rechtzeitig für einen reibungslosen Übergang in die Illegalität Vorsorge getroffen hatten.

In der Folgezeit wurden die staatsbürgerlichen Grundrechte durch eine Flut von Verordnungen schrittweise abgebaut. „Unter Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes richteten sich die Regierungsmaßnahmen vor allem gegen die rechtsstaatlichen Sicherungen auf dem Gebiet des Gerichtswesens, aus dem nicht nur das Laienelement allmählich eliminiert wurde, sondern auch die Richter in ihrer Unabhängigkeit eingeschränkt wurden. Das Ziel war eine möglichst weitgehende Ausdehnung der Gerichtsbarkeit durch die Organe der Verwaltung“. Zugleich wurde das Streikrecht eingeschränkt und, unter Hinweis auf die drohende NS-Gefahr, die Wahlen zu Kommunal- und Landesparlamenten verboten.

Nach der ersten großen NS-Terrorwelle erfolgte das Verbot der NSDAP, nachdem Dollfuß diese Maßnahme mehrfach aufgeschoben hatte. Die Arbeitslosenversicherung wurde gekürzt, der Schuletat verringert, die Ausgaben für Sicherheits- und Wehrzwecke jedoch erhöht. Die Aufstellung des Schutzkorps verschärfte die tiefen Gegensätze im Regierungslager zwischen Landbund und Heimwehr, die schließlich zur Ausbootung des Landbundes führten, womit „die letzte Fiktion einer parlamentarischen Mehrheit der Regierung verlorengegangen“ war. Die Diktatur wurde in dieser Phase durch die Errichtung des Konzentrationslagers Wöllersdorf und die Einführung der Todesstrafe im Standrechtsverfahren ausgebaut.

Der „Weihnachtsfriede“ der Jahreswende 1933/34 bedeutete für Regierung und Opposition die Vorbereitung auf die entscheidende Auseinandersetzung. Während die Regierung die Diktatur anstrebte, „war die sozialdemokratische Opposition in ihrer Zielsetzung völlig unsicher, was zu einer widerspruchsvollen Politik führte. Offiziell ging es dem Parteivorstand um die

Erhaltung der Errungenschaften sowohl auf sozialem wie auf demokratischem Gebiet und der Stellung der Arbeiterbewegung im Staat, vor der gewerkschaftlichen Organisation, besonders aber in der Gemeinde Wien. . . . In dem Maße, in dem es der Regierung gelang, die demokratischen Institutionen zu zersetzen, wurden die Zielsetzungen des Parteivorstandes immer unrealistischer. Man gewann die bedrückende Erkenntnis, gleich zu Beginn der Krise die entscheidende Gelegenheit versäumt zu haben". Nach der ursprünglich falschen Beurteilung des Nationalsozialismus als Übergangserscheinung fürchtete man, durch eigene Aktionen den Nazis in die Hände zu arbeiten. Die Parteilinke entwickelte Revolutionspläne, die Parteirechte drängte auf eine Verständigung mit der Regierung. Der Parteivorstand schwankte zwischen beiden Richtungen, er war zu Beginn des Jahres 1934 völlig ratlos und „verfügte über kein realistisches politisches Ziel“.

Zunächst setzte Anfang 1934 eine neue Terrorwelle der Nationalsozialisten ein, auch die Heimwehr terrorisierte offen selbst Mitglieder des Landbundes und Christlichsoziale und trieb so, insbesondere Bauern und Kleingewerbetreibende, auf die Seite der Sozialdemokraten. Durch verschiedene willkürliche Aktionen wurde im Februar schließlich der bewaffnete Widerstand der österreichischen Arbeiterbewegung provoziert. Obwohl die zentrale Leitung ausgefallen war, muß man die Bewegung im Hinblick auf die vorangegangene Repression „als gewaltig“ bezeichnen, auf dem Höhepunkt der Kämpfe, am 13. Februar, war die Situation für die Regierung „sehr gefährlich“. „Für das Scheitern der Aufstandsbewegung waren nicht so sehr die militärischen Führungsmängel, sondern die politischen Fehler verantwortlich. Die Schutzbündler kämpften gegen die Unterdrückung ohne ein konkretes politisches Ziel, man war sich nicht im klaren über Form und Inhalt der Demokratie, für die man stritt“.

Der Sieg der Regierung war eindeutig, sie bemächtigte sich sofort der Gemeindeverwaltungen, ließ massenhaft – auch unbedeutendere – sozialdemokratische Funktionäre verhaften; die Blutjustiz des Regimes Dollfuß wütete unter der Arbeiterbewegung. „Die Februarereignisse besiegelten das Ende der Demokratie in Österreich, in einem Europa, in dem der allgemeine Trend zum Faschismus ging. Daß die Regierung Dollfuß ein relativ leichtes Spiel hatte, ist auf den verbreiteten Mangel an demokratischem Bewußtsein zurückzuführen; dies wird aus der Geschichte vor allem des österreichischen Bürgertums her verständlich. Der Antimarxismus war ein unüberwindliches Hindernis für eine Koalition, dem allerdings gewisse ideologische Momente im Austromarxismus entgegenkamen. . . . Die Schwäche der Führung der österreichischen Arbeiterklasse 1933/34 ist offenkundig, bei Erhellung der Motive aber verständlich. Die eigentliche Ursache der Niederlage saß tiefer und lag weiter zurück, in den ideologischen Mängeln, die vor allem im Linzer Programm 1926 ihren Ausdruck fanden. Das Dilemma in der politischen Führung war das Resultat eines schizoiden gesellschaftlichen Bewußtseins. . . . Das geistige Debakel wird am deutlichsten, wenn man sich die Frage nach den unmittelbaren politischen Zielen der Februarkämpfer stellt: hier finden wir wenig klare Vorstellungen. Die Bandbreite reicht von der restaurativen Seite (eine Wiederherstellung des status quo der parlamentarischen Demokratie nach dem Stand vor dem 4. März 1933) bis zum radikalsten politisch-gesellschaftlichen Umsturz. Eine realistische Einschätzung des Möglichen ist kaum zu bemerken“.

Speziell auf die soziale Basis der verschiedenen faschistischen Organisationen ging Gerhard BOTZ (Linz) in seinem Referat über Faschismus und Lohnabhängige in Österreich (1918–1938) ein. In Anlehnung an Otto Bauers Typisierung von 1933 unterschied er zwischen dem Faschismus nationalsozialistischer Prägung und dem Heimwehr-Faschismus. Innenpolitisch

strebte die nationalsozialistische Richtung mehr einen deutschen Faschismus an, die Heimwehr-Richtung orientierte sich am italienischen Vorbild, außenpolitisch vertrat die NS-Bewegung den Anschlußgedanken, die Heimwehr-Organisation die Selbständigkeit Österreichs. „Soziologisch ist die proitalienische Richtung des Faschismus als aristokratisch-bäuerlich, die prodeutsche Richtung als städtisch-mittelständisch . . . zu charakterisieren. Dem entspricht in einem Fall eine mehr katholisch-konservative Orientierung, im anderen Fall ein eher pseudorevolutionäres, „soziales“ und antiklerikales Auftreten“.

Der agrarisch-katholische Faschismus war bis 1926 durch eine starke organisatorische Zersplitterung gekennzeichnet, erst danach gelang es der Heimwehrbewegung, die kleineren Splittergruppen aufzusaugen. Dementsprechend dominierte in den Heimwehren das bäuerliche Element (nach Schätzungen von 1928 kamen die Mitglieder zu 70% aus dem bäuerlichen Bereich), zu dem der klein- und mittelstädtische Mittelstand hinzukam. Die Führung lag bei „Provinz-Akademikern“, ehemaligen Offizieren und kleinstädtischen Politikern. Finanziell und politisch wurden die Heimwehren vom Kapital, dem Großgrundbesitz, vielen katholischen Geistlichen, unzufriedenen Offizieren, politischen Abenteurern, großen bäuerlichen Gruppen, Kleingewerbetreibenden und kleinen Geschäftsleuten unterstützt. Nennenswerten Einfluß auf die Arbeiterschaft hatten die Heimwehren nicht.

Im Vordergrund der Programmatik der Heimwehren stand die Gemeinschaftsideologie, die Berufung auf das Eigentum, Militarismus, Antisemitismus und Antimarxismus. „Die rechten Flügel aller bürgerlichen Parteien waren zeitweise oder dauernd ideologisch, organisatorisch und soziologisch eng mit den Heimwehren verbunden, die sich als außerparlamentarischer, bewaffneter Arm der besitzenden Klassen betrachteten“. Antikapitalistische Tendenzen gab es kaum.

Die Frontkämpfervereinigung hatte ihren politischen Schwerpunkt in Wien. Die Mitgliedschaft bestand etwa zur Hälfte aus ehemaligen Offizieren. Programmatisch stand sie den Heimwehren nahe, war jedoch militaristischer, monarchistisch und betonte ab 1927 besonders stark die Führerideologie. Wenn Lohnabhängige in dieser Vereinigung organisiert waren, so handelte es sich meist um Arbeitslose oder Vorbestrafte.

Die Organisation des städtisch-deutschen Faschismus ging aus der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) hervor, einer ursprünglich nichtfaschistischen, sozialreformerischen Partei. Ihre Anhänger- und Wählerschaft rekrutierte sich vornehmlich aus öffentlich Bediensteten, insbesondere Eisenbahnern, zum geringeren Teil aus Arbeitern, Kleineigentümern und Freiberuflern. Programmatisch bekannte sich die DNSAP zur „Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des gesamten deutschen Volkes“, war antisemitisch, wandte sich nicht generell gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, hatte aber starke sozialreformerische Tendenzen (8-Stunden-Tag, Arbeiterkammern, Ausbau der Sozialversicherung). Erst 1922/23, nachdem die Partei zunehmend unter den Einfluß der bayrischen Nationalsozialisten geraten war, kristallisierte sich eine faschistische politische Praxis heraus.

Die soziale Basis des österreichischen Nationalsozialismus war hauptsächlich in den Klein- und Mittelstädten unter den öffentlichen Beamten und Angestellten zu finden. „Eisenbahner, Beamte der allgemeinen staatlichen Verwaltung, in geringerem Ausmaß auch Lehrer und Postbedienstete, waren die Hauptträger des Nationalsozialismus auch noch, als er schon lange über seine Frühphase hinaus war. Industriearbeiter konnte der Nationalsozialismus weder in seiner Frühphase noch als Massenpartei gewinnen, wenn man von der obersteirischen Schwerindustrie (Alpine Montangesellschaft) absieht“. Die NS-Kandidaten der Wahlen 1931 und

1932 waren zu 37 bis 48% Staatsbedienstete, zu 10 bis 28% Angestellte und zu 8 bis 17% Arbeiter aus der privaten Wirtschaft. Gewerbliche Kleinbürger und freiberuflich Tätige waren zwar beträchtlich, aber nicht in dem Ausmaß wie bei den bürgerlichen Parteien vertreten. Erst 1932 gingen, vor allem auf Kosten des Heimwehrfaschismus, größere Teile des städtischen Kleinbürgertums zu den Nationalsozialisten über, es gelangen auch stärkere Einbrüche in die bäuerliche Bevölkerung.

Eine Besonderheit des österreichischen Nationalsozialismus war die enge personelle und organisatorische Verflechtung mit den deutschnationalen und völkischen Gewerkschaften des „Deutschen Gewerkschaftsbundes für Österreich“, der in den 20er und 30er Jahren rund 50.000 Mitglieder (5% aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer) zählte. Die stärkste Einzelgewerkschaft bildeten mit rund 25.000 Mitgliedern die Eisenbahner der „Deutschen Verkehrsgewerkschaften“: zu den relevanteren Gruppen in der Gewerkschaft zählte noch der Handlungs- und Industrieangestelltenverband mit rund 10.000 Mitgliedern.

Die Anfälligkeit der Verkehrs- und Handelsberufe für den „nationalen Sozialismus“ lag vor allem in der sozialen Bedrohung begründet, die im Vielvölkerstaat der Doppelmonarchie zu- meist auch als nationale Bedrohung durch die aufstrebenden Slawen empfunden wurde. Zudem „waren gerade jene Berufe, die in der österreichisch-ungarischen Monarchie eine den nicht-deutschen Nationalitäten gegenüber privilegierte Stellung eingenommen hatten, durch den Zerfall des Vielvölkerreiches am stärksten wirtschaftlich und sozial betroffen. Dies waren neben den Staatsbeamten vor allem die Sektoren Handel und Verkehr“.

1934 erlangte „der Nationalsozialismus vorübergehend eine relativ stärkere Anziehungskraft auf desorientierte ehemalige sozialdemokratische Arbeiter und Angestellte. Dieser zahlenmäßig derzeit nicht genau angebbare Abbröckelungsprozeß vom marxistischen Lager war wahrscheinlich nicht sehr umfangreich und betraf kaum die industriellen Kernschichten und solche Gebiete, wo die Sozialdemokratie, wie in Wien, organisatorisch stark gewesen war und eine proletarische Subkultur auch nach dem 12. Februar 1934 weiterbestand. Aber dort, wo in der Provinz die marxistische Arbeiterbewegung seit jeher schwächer gewesen war, muß das Ausmaß des Überwechsels von ehemaligen Sozialdemokraten und Schutzbündlern zur NSDAP (besonders zur SA) stärker gewesen sein“.

Das Programm der österreichischen Nationalsozialisten enthielt in den 20er Jahren noch starke berufsständische Elemente. Starke antimonopolistische Tendenzen im Programm wirkten sich in der Praxis nicht aus und wurden schließlich eliminiert. Der militaristische Nationalismus und Imperialismus, der rassistische Antisemitismus, der Antimarxismus und ein putschistischer Antiparlamentarismus bestimmten das Auftreten der Nationalsozialisten. Erst mit der Verschärfung der ökonomischen Krise wurde der Antikapitalismus stärker herausgestellt, worauf die beschränkten Erfolge unter den nicht gewerkschaftlich oder politisch organisierten und arbeitslosen Arbeitnehmern zurückzuführen sein dürften. Insgesamt war das antikapitalistische Element im österreichischen Nationalsozialismus stärker als im deutschen oder im Heimwehr-Faschismus. Erst der Anschluß Österreichs führte zur entscheidenden Schwächung des antikapitalistischen Flügels.

Norbert LESER (Wien) legte ein Referat vor, das auf seiner Studie über den Austromarxismus⁴ basierte und die Ergebnisse in Thesen zusammenfaßte:

4 Norbert Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, Wien 1968.

1. Der Februar 1934 stellte von seiten der Schutzbündler eine „Abwehrmaßnahme zur Verteidigung der ernstlich bedrohten Demokratie und Freiheit dar“. Der „Verzweiflungsakt“ richtete sich zugleich gegen „die abwartende Taktik des Parteivorstandes“.
2. Die Februarereignisse waren ein „vom Regierungslager provoziertes Verbrechen, das nicht nur der österreichischen Arbeiterbewegung, sondern auch der österreichischen Demokratie einen unheilbar schweren Schaden zufügte“.
3. Die von der Regierung und von SPÖ-Parteivorstandskreisen vertretene These vom Aufstand gab „der Regierung das moralische und juristische Fundament für ihre Verfolgungshandlungen“, Otto Bauer diene sie dazu, „das Versagen des Parteivorstandes und der von ihm betriebenen Politik zuzudecken“.
4. „Der 12. Februar war auch der Schlußpunkt einer verfehlten politischen Strategie und Taktik des sozialdemokratischen Parteivorstandes und das Resultat einer unglücklichen Militärpolitik“.
5. Der Hinweis auf die Verbrechen der Regierung „macht eine Erörterung der spezifischen Fehlerquellen der Politik des Parteivorstandes nicht überflüssig, sondern erst recht notwendig“.
6. Die Politik der Parteiführung „beruhte auf ungeklärten und mangelhaft reflektierten theoretischen Voraussetzungen und war überdies durch einen fundamentalen Mangel an Konsequenz in bezug auf das als richtig Erkannte charakterisiert“.
7. Die wichtigsten theoretischen Mängel des Austromarxismus lagen in der „Überschätzung der Automatik der zur Mehrheit führenden Entwicklung“, die „für die Gefahren der Situation blind machte und über das reale Machtdefizit, das mit dem Gang in die Opposition 1920 eingeleitet worden war, hinwegtäuschte“.
8. Die konsequente Oppositionspolitik seit 1920 verzichtete bewußt auf jede Koalition, zumal Otto Bauer bis 1932 der Meinung war, eine Koalition diene nur dazu, „die Geschäfte des zusammenbrechenden Kapitalismus zu administrieren“. Erst als es zu spät war, „klammerte er sich verzweifelt an die Reste der bürgerlichen Demokratie und glaubte sie durch extreme Nachgiebigkeit gegenüber den Verstößen der Gegenseite retten und erhalten zu können. . . .Die Politik des Ausverkaufs und des Zurückweichens . . . war der neuen Phase der Entwicklung nicht angemessen und beschleunigte die befürchtete Entwicklung statt sie aufzuhalten“.
9. Mit der „Inkonsequenz der politischen Strategie und Taktik“ korrespondierte ein ungenügendes militärpolitisches Konzept, das für die Situation nach der Verhaftung der Schutzbundführer und dem Auffinden der Waffen keine Vorsorge traf.
10. „Entscheidender und verhängnisvoller als diese mangelhaft durchdachten und organisierten Elemente des Schutzbundkonzeptes war jedoch das Fehlen eines konsequenten Wollens, der Mangel an Bereitschaft, mit den vorhandenen Plänen und angedrohten Sanktionen ernst zu machen“. Letzten Endes wurde schon frühzeitig offenbar, daß „es sich bei der sozialdemokratischen Wehrpolitik um einen Bluff handelte, der die eigenen Anhänger in Sicherheit wiegen und die Gegner abschrecken sollte“.
11. „Die Parteiführung wälzte die Verantwortung auf die Massenstimmung und auf die Bereitschaft der Massen ab, diese wiederum verließen sich auf den Schutzbund und auf die Par-

teiführung. Der Schutzbund seinerseits war dem Parteivorstand unterstellt und wartete auf sein Einsatzzeichen. Alle warteten aufeinander, ohne daß die Führung die ihr zustehende und zukommende Rolle der Verantwortung und der Auslösung des Geschehens auch tatsächlich spielen wollte."

12. „Der 12. Februar war demnach auch der Schlußpunkt einer verfehlten allgemeinen und Militärpolitik, der wahrscheinlich auch unter günstigeren äußeren Umständen kein Erfolg beschieden gewesen wäre. Der Austromarxismus ist nicht nur an äußeren Gewalten, sondern auch an seinen inneren Widersprüchen gescheitert".

Nachdem Petra RADENKOVA (Sofia) eine Zusammenfassung ihres Referates über die Reaktion der bulgarischen Arbeiterbewegung auf die Februarereignisse vorgetragen hatte, eröffnete Arnold REISBERG (Berlin/DDR) die Diskussion. Er kam auf die Einheitsfront-Diskussion zurück. Er beharrte darauf, daß die Kommunisten „von Anfang an" den festen Willen und das feste Ziel hatten, die Arbeiterklasse neu zu einigen. Dabei gaben sie Fehler und Mängel ihrer politischen Theorie und Praxis zu und korrigierten sie. Er verwies auf die Ergebnisse seiner Forschungen über die Februarereignisse ⁵ in Österreich, die aufzeigen, daß die Arbeiterklasse aus den Februarkämpfen hätte siegreich hervorgehen können, wenn nicht die „verderbliche Ideologie vom Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus" gewesen wäre, eine hinter Phraseologie verborgene Politik der Klassenzusammenarbeit.

Der Übertritt von Schutzbündlern zum Nationalsozialismus sollte nicht überbewertet werden, die Arbeitermassen „strömten" vielmehr in die KPÖ. Der Kampf der KPÖ, so klein und schwach sie auch war, hat wesentlich zur Bildung eines demokratischen österreichischen Nationalbewußtseins beigetragen.

Nachdem Otakar KÁŇA (Opava) den Protest und die Aktionen der tschechischen Arbeiterbewegung gegen die Unterdrückung der österreichischen Arbeiterbewegung dargestellt hatte, ging Siegfried VIETZKE noch einmal auf die vorangegangene Diskussion ein und kritisierte die Einseitigkeit einer „gewissen Geschichtsschreibung", die punktuell einzelne Irrtümer und Fehler in der Politik der Kommunisten aufbauscht, ohne den Gesamtzusammenhang darzustellen und zu bewerten. Er hingegen sieht seine Aufgabe darin, die neuen Elemente in der Politik der KPD und der KI herauszuarbeiten und darzustellen. Was die Beziehungen zwischen SPD und KPD anbetraf, so war dieses Verhältnis auch von der sozialdemokratischen Fehleinschätzung der KPD belastet. Auf die Februarkämpfe eingehend führte er aus, daß das Beispiel der Arbeiter Österreichs auch ein Umdenken in den Reihen der illegal arbeitenden Sozialdemokraten bewirkt hätte, was er an einem Dokument aus der illegalen sozialdemokratischen Arbeit exemplifizierte.

Viktor KLEINER (Linz) ging auf die Frage der Einheitsfront in Österreich ein. Er selbst war Sozialdemokrat. Eine Einheitsfront von SPÖ und KPÖ war in den 30er Jahren nicht möglich. Nach 1918 war die KPÖ im österreichischen Proletariat „praktisch nicht bekannt". Möglich wäre nur „eine Integrierung" der kleinen KPÖ in die sozialistische Bewegung gewesen.

5 Arnold Reisberg: *Februar 1934. Hintergründe und Folgen*, Wien 1974.

Der Ausbau des Schutzbundes in den 20er Jahren von einer Ordnertruppe zu einer bewaffneten Organisation diente der Sicherung der Republik. 1934 wurden dann die politischen Fehler gemacht. Otto Bauer selbst hat eine Reihe dieser Fehler bekannt. Der Zeitpunkt der Erhebung war zu spät, die Organisation war nicht mehr intakt. Außerdem hätte man die Einvernahme der Eisenbahner in die Vaterländische Front im September 1933 nicht kampflos hinnehmen dürfen. Die Eisenbahner waren insofern ein wichtiges Element im Klassenkampf, als ohne sie ein Generalstreik praktisch unwirksam bleiben mußte.

Nachdem Friedrich VOGL (Wien) aus seinem unmittelbaren Miterleben die Lage bei den österreichischen Eisenbahnern 1933/1934 geschildert hatte, ging Viktor KLEINER noch einmal auf die Einvernahme der Eisenbahner durch die Vaterländische Front ein. Das war der letzte Zeitpunkt um loszuschlagen, danach breiteten sich unter den Schutzbündlern immer rascher Kleinmut und Verzagen aus. Die Führung war zu schwach, jeder merkte das, die Mitgliedschaft des Schutzbundes wurde zunehmend demoralisiert.

Gerhard BOTZ kritisierte die österreichischen Kommunisten, die sich nicht an die Spitze der Bewegung gestellt haben. Die Analyse von Arnold Reisinger berücksichtigt nicht die tatsächlichen sozioökonomischen Umstände, mit denen es die österreichische Sozialdemokratie zu tun hatte: Die Arbeiterschaft war durch die Weltwirtschaftskrise demoralisiert und in einer sehr schwachen Position. Durch steigende Arbeitslosenzahlen nahm die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ab, die Streikneigung sank rapide.

Die politischen Fehler der SPÖ-Führung sind offenkundig; dennoch ist bei der Bewertung der Entstehungsgeschichte des 12. Februar 1934 auch die außenpolitische Konstellation zu berücksichtigen. Während der 30er Jahre stand die österreichische Regierung in laufenden Verhandlungen mit dem westeuropäischen Finanzkapital über größere Staatsanleihen. Aus dieser Situation heraus waren diese auswärtigen Kräfte an einem Heimwehrputsch mit anschließendem Bürgerkrieg nicht interessiert, wohl aber an der Niederhaltung der Sozialdemokratie. Erst nach Hitlers Machtübernahme legte man Wert auf eine Eindämmung des Nationalsozialismus in Österreich und auf eine unabhängige Regierung. Damit war Dollfuß die Möglichkeit gegeben, ohne fremde Intervention die Sozialdemokratie auszuschalten.

Zur Nachgeschichte der Februarkämpfe und zur Illustration der Attraktivität des Nationalsozialismus auch für die Sozialdemokraten angesichts der Heimwehr-Diktatur ist zu bemerken, daß – nach Umfragen – etwa ein Drittel der Schutzbündler zur SA übergetreten sind. Die Übertritte verteilen sich fast gleichmäßig über alle Regionen Österreichs. Die übrigen Schutzbündler sind keineswegs zur KPÖ gegangen!

Jan TONICKI schilderte die Solidaritätsbewegung der polnischen Arbeiterklasse für die Februarkämpfer und die Hilfe für österreichische Emigranten.

Herbert STEINER (Wien) ging auf die Faschismus-Debatte in der SPÖ in den 20er Jahren ein. Allgemein betrachtete man den Faschismus als Übergangserscheinung, danach werde der Sozialismus zwangsläufig kommen. An den Februarkämpfen hat sich mangels notwendiger Mobilisierung nur ein kleiner Teil der österreichischen Arbeiter beteiligt. Nach dem Scheitern des Kampfes wurde die politische Niederlage des Reformismus manifest, als Folge der Erkenntnis dieser Niederlage gingen viele Sozialdemokraten zu den Kommunisten über. Als Konsequenz begann die KPÖ – erstmalig in Österreich – eine Einheitsgewerkschaftsbewegung aufzubauen.

Henryk SKRZYPCZAK (Berlin-West) kritisierte Reisberg. Es gilt, die österreichischen Vorgänge in einem politischen Zusammenhang mit der Lage in Westeuropa zu analysieren und die Fehlerquellen in der Politik der SPÖ aufzudecken, um daraus praktische Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Nachdem Leopold HORNIK darauf hingewiesen hatte, daß die KPÖ unter den Bedingungen der Illegalität zwangsläufig keine Massenpartei werden konnte, ging Wolfgang ABENDROTH noch einmal auf die Sozialfaschismus-These ein. Nach dem Versagen der reformistischen Gewerkschaftsführung und der SPD-Führung 1933 halfen die Februarkämpfe bei der deutschen Arbeiterklasse „Illusionen zu überwinden“. Durch ihren Untergang haben die österreichischen Arbeiter eine Basis für die neue Entwicklung (auch in Deutschland) gelegt“.

Theodor PINKUS (Zürich) verwies auf die Bedeutung der Februarkämpfe für die Arbeiterbewegung in der Schweiz. Die Kämpfe fanden einen großen Widerhall und mobilisierten die Arbeiterbewegung verstärkt für den antifaschistischen Kampf. Im Zusammenhang mit der Diskussion, ob sich ähnliche Vorgänge auch in der Schweiz wiederholen könnten, schwenkten die Kommunisten stärker auf einen Einheitsfrontkurs ein, während die Sozialdemokraten sich – zur Abwehr des Faschismus – bis 1937 der Politik der bürgerlichen Regierung anpaßten.

Felix KREISSLER (Montreuil s/Bois) wandte sich dagegen, ein historisches „Sündenregister“ aufzumachen und betonte im Zusammenhang mit einigen Aspekten der erfolgreichen Abwehr des Faschismus in Frankreich durch die Volksfront die Notwendigkeit komperativer Forschung.

Helmut KONRAD (Linz) bestritt, daß von den ca. 20 000 Schutzbündlern, die aktiv an den Februarkämpfen teilgenommen haben, sehr viele zur SA übergetreten sind. Im Gegenteil, die Februarereignisse stärkten die Tendenz zur Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten. Es sind etwa 2 000 Übertritte zur KPÖ zu verzeichnen gewesen.

L. JORDACKI (Bukarest) skizzierte kurz das Echo auf die Februarereignisse in Rumänien. Die Tendenzen zur Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wurden durch die Vorgänge in Österreich gestärkt.

Nachdem Bernard CHAMBAZ (Vitry) noch einmal auf einige Fragen der Volksfront in Frankreich eingegangen war, betonte Friedrich VOGL den Wert „erlebter Geschichte“. Die österreichischen Kommunisten hatten Schwierigkeiten, ihren Willen zur Arbeitereinheit nach außen hin deutlich zum Ausdruck zu bringen. Die Führung der SPÖ sah in der KPÖ eine Gefahr für den Bestand der eigenen Partei, es gab Beispiele administrativer Einschränkung von SPÖ – KPÖ-Kontakten auf der unteren Ebene. Er bestritt, daß – wie von Botz behauptet – Eisenbahner in nennenswerter Zahl zu den Nationalsozialisten übergegangen sind.

Peter KAMMERSTÄDTER (Linz) ging auf die Situation der SPÖ in Oberösterreich ein und verwies noch einmal auf die konstituierende Bedeutung der ökonomischen Situation und den dadurch bedingten Mitgliederverlust der SPÖ. Vor dem Hintergrund der Bewertung einiger konkreter Fakten des bewaffneten Kampfes arbeitete er heraus, daß dem Schutzbund die offensive Absicht von vornherein gefehlt hatte. Zum Streit über die Mitgliederzahlen der KPÖ bemerkte er, daß seiner Kenntnis nach sich die Mitgliedschaft nach den Februarereignissen etwa verzehnfacht hat, allein etwa 2 000 Sozialdemokraten gingen zur KPÖ.

Rudolf NECK behandelte einige methodologische Fragen, u.a. stufte er den Wert von Befragungsergebnissen von Augenzeugen als sehr gering ein. Er bestätigte die Bedeutung des ausländischen Einflusses auf Österreich. Der finanzielle Druck der potentiellen Gläubigerländer, insbesondere der tschechischen Regierung, die die Regierung Österreichs als gegen Hitler gerichtet stärken wollte, hat sich beschleunigend auf die Faschisierung Österreichs ausgewirkt. Das militärpolitische Konzept des Schutzbundes war für die Lage im Februar unzureichend und ungeeignet, wie sich im Kampf dann auch gezeigt hat.

Susanne MILLER forderte Bernhard Botz auf, zu den Einwänden Vogls gegen die behaupteten zahlreichen Übertritte zu den Nationalsozialisten Stellung zu nehmen. In diesem Zusammenhang diskutierten Susanne MILLER, Hans-Josef STEINBERG, Gerhard BOTZ und Leopold HORNIK zum Abschluß der Debatte eine Reihe von speziellen methodologischen Problemen quantifizierender Historiographie. Die Diskussionsteilnehmer äußerten sich insbesondere kritisch über den Zahlenangaben im Referat von Gerhard Botz zugrunde liegenden methodischen Ansatz und stellten mithin auch die daraus gewonnenen Erkenntnisse in Frage.⁶

Die Generalversammlung der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (ITH)⁷ beschloß, daß die XI. Linzer Tagung vom 9. – 13. September 1975 stattfindet. Als erstes Hauptthema ist die **Einheits- und Volksfrontpolitik im antifaschistischen Kampf der Arbeiterbewegung bis 1939** vorgesehen, als zweites Hauptthema wird das Problem von **Klassenkampf und nationaler Frage in der Zeit der Zweiten Internationale** behandelt werden.

6 Der Konferenz lagen noch weitere Referate zum Thema Februarkämpfe vor, die nicht mehr diskutiert werden konnten. Es waren dies: Leopold Hornik, *Zur Faschismustheorie Otto Bauers. Otto Bauer über die Ursachen und Lehren des Februar 1934*; Winfried R. Garscha, *Zur Einheitsfront der KPÖ bis zu ihrem Verbot 1933*; Martti Julkunen, *Die Ereignisse in Österreich in den Augen der Finnen im Jahre 1934*; Ibrahim Karabegovic und Ahmed Hadzirovic, *Das Echo des Aufstandes der österreichischen Arbeiter in der sozialistischen und kommunistischen Presse in Jugoslawien*; Peretz Merchav, *Der 12. Februar und die Arbeiterschaft in Israel*.

7 Anschrift der Geschäftsstelle: A 1010 Wien, Wipplingerstraße 8, Altes Rathaus.

QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM STAATSARCHIV WÜRZBURG

Von Hermann Hoffmann

Das Staatsarchiv Würzburg * ist archivarisches zuständig für den Regierungsbezirk Unterfranken. Die folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick des Archivguts der Regierung von Unterfranken, das der Brandkatastrophe vom 16.3.1945 entging.¹ Eine Gesamtübersicht über die Bestände des Staatsarchivs Würzburg ist im Druck bisher nicht erschienen, da nach dem Brand von 1945 und dem Wiederaufbau eine Generalübersicht des erhaltenen Archivgutes durchzuführen war. Außerdem fehlen seit 1945 einige Repertorien. Eine gedrängte Übersicht des Gesamtbestandes enthält das soeben erschienene Minerva-Handbuch, *Archive. Archive im deutschsprachigen Raum*, 2 Bde, Berlin - New York 1974, 2. Aufl., Bd. 2, S. 1120 – 1123. Dort befindet sich am Schluß die gesamte bisher veröffentlichte Literatur über die hiesigen Bestände.

Nicht aufgeführt werden in der Übersicht die an das Archiv gelangten Akten der Landratsämter, da noch nicht alle Landratsämter ihre Akten abgegeben haben. Sobald das Material im Archiv geordnet ist, wird über diese Bestände gesondert berichtet werden.

In der Übersicht werden die Betreffende chronologisch aufgeführt, um den Werdegang und die angefallenen Akten erkennen zu lassen. In den Beständen selbst entspricht die Nummernfolge nicht der Chronologie, da die Verzeichnung seinerzeit wegen des Krieges sehr überhastet erfolgte. Aus diesem Grunde ist auch auf die Angabe der Titel von Aktengruppen verzichtet worden.

Literatur

Lenk, Leonhard: *Revolutionär-kommunistische Umtriebe im Königreich Bayern. Ein Beitrag zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft 1848 – 1864*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte*, Bd. 28 (1965), S. 555 ff.

Stahler: *Aus den Jugendtagen der katholischen Arbeiterbewegung in Unterfranken*, in: *Würzburger katholisches Sonntagsblatt*, Jg. 81 (1930), Nr. 18, S. 343 f.

Weber, Ulrich: *Würzburg, vom Novemberumsturz zur Räterepublik*, in: *Mainfränkisches Jahrbuch*, Bd. 25 (1973), S. 18 – 134.

* Anschrift: 87 Würzburg, Residenz-Nordflügel.

1 Vgl. *Probleme der Würzburger Archive*, in: *Der Archivar*, Jg. 26 (1973), H. 3, Sp. 557 – 562.

Übersicht

Regierungsbezirk Unterfranken

Bezirksbehörden

1. Regierung von Unterfranken

2. Regierung von Unterfranken,
Präsidialakten

Bestände

BEZIRKSBEHÖRDEN

1. Regierung von Unterfranken

- | | | | |
|-----------|---|------------|---|
| 1147 | Presse und Zensur; Flugschriften
1825 — 1838 | 1060 | Errichtung von Beschäftigungs-
anstalten für arbeitsfähige, er-
werbslose Arme 1852-1855 |
| 1148 | Karikatur-Zeichnungen und unge-
eignete bildliche Darstellungen
1832-1865 | 1414 | Industrielle Verhältnisse in der
Rhön 1858-1862 |
| 487, 488 | Öffentliche Gesellschaften; poli-
tische und gesellige Vereine
1830-1881 | 1430 | Industrielle Verhältnisse in der
Rhön 1862-1866 |
| 1129 | Öffentliche, politische Gesellschaf-
ten und gesellige Vereine im Land-
gericht Kitzingen 1837-1862 | 13737 | Arbeiter-Assoziationen und So-
zialdemokraten 1863 |
| 1059 | Beschäftigung arbeitsloser Personen
und Empfehlung sich ergebender
Arbeitsgelegenheiten 1840 | 150 | Gründung einer Krankenunter-
stützungskasse für die Arbeiter
in der Zuckerfabrik Rottendorf
1863 |
| 167 | Unterstützungsvereine 1840-1863 | 525 | Öffentliche Gesellschaften, poli-
tische und gesellige Vereine im
Bezirksamt Volkach 1863-1873 |
| 509 - 511 | Öffentliche Gesellschaften und
politische Vereine Stadt Würzburg
1844-1875 | 166 | Arbeitersparkasse für die Maschi-
nenfabrik König und Bauer in
Zell a. Main 1865 |
| 320 | Polizeiliche Überwachung der Ei-
senbahnarbeiter 1846-1863 | 154 | Arbeiter- und Unterstützungsver-
ein in Würzburg 1865-1878 |
| 149 | Unterstützungsverein für die Buch-
druckergehilfen 1846-1905 | 5990, 5991 | Unterstützungen der Gewerbe
und Industrie 1867 - 1896 |
| 1102 | Verhältnisse der Arbeiter bei der
Glasfabrik Schleichach 1847 | 2086 | Vereinswesen; Arbeiterversamm-
lungen zu Würzburg 1868 |
| 1755 | Allgemeine Volksstimmung; geheime
Verbindung, politische Umtriebe
1848 | 506 | Internationale Gewerksgenossen-
schaft der Schuhmacher und ver-
wandter Gewerbe in Stuttgart;
Bildung einer Mitgliedschaft in
Schweinfurt 1872-1877 |
| 5992 | Fürsorge für die Gewerbs- und Ar-
beiterklassen 1848-1867 | 489 | Notizen über Arbeitseinstellungen
und Arbeitsentlassungen
1872-1903 |
| 531 - 533 | Presse, Buchhandel und Zensur
1848-1897 | 1141 | Sozialdemokratische Arbeiterpar-
tei 1873 - 1878 |
| 1749 | Politische Überwachung der Eisen-
bahnarbeiter 1851-1865 | 1237 | Protokolle über Arbeitsverhält-
nisse 1875 |
| 1743 | Sicherheit; Überwachung der Eisen-
bahnarbeiter 1851 | 485 | Versammlungen und Vereine
1877 - 1901 |
| 1744 | Unruhe unter den Eisenbahnarbeitern
in Kahl 1852 | 73 | Politische und gesellige Vereine
der Stadt Würzburg; Evangelische |

- rische Eisenbahnlokomotivheizer 1880-1900
- 164 Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle 1881
- 13732-13734 Sozialdemokratische Agitatoren 1881, 1884, 1892
- 486 Politische und gesellige Vereine, Versammlungen 1881-1929
- 493 Sozialdemokratische Bestrebungen in Lohr a. Main 1884
- 66, 67 Vollzug des Reichsgesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter 1884, 1886-1901
- 5907 Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Feiertagen 1885
- 490 Vereinswesen; Vollzug des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten 1886-1912
- 5888-5890 Gewerbewesen und Arbeiterschutz 1887-1901
- 494 Öffentliche Versammlungen 1889
- 12729 Anhänger und Förderer der sozialdemokratischen Partei; Eintritt in die Armee 1890
- 13730 Verzeichnis der Sozialdemokraten 1890
- 492 Verzeichnis der seit dem 1.10. 1890 beschlagnahmten sozialdemokratischen Druckschriften 1891
- 427 Notlage im Bauern-, Handwerker- und Arbeiterstand 1893
- 13738 Arbeiter-Assoziationen und Sozialdemokraten 1893
- 322 Die anarchistische Bewegung 1895-1914
- 5987 Arbeiter- und Wohnungsverhältnisse der Korbmacher in Sand 1896-1919
- 499 Fürsorge für Lehrlinge 1897
- 69 Baukrankenkasse für den Bahnbau Kahl-Alzenau-Schöllkrippen 1897

- 13540 Streik der Bauarbeiter in Bad Kissingen 1897
- 13735 Sozialdemokratische Agitatoren und Anarchisten 1896
- 158 Lokalverein des Lokomotivheizers in Würzburg 1898
- 74 Unfallverhütung bei Bauten und Beseitigung von Mißständen im Baugewerbe 1898-1899
- 13736 Sozialdemokratische Agitatoren und Anarchisten 1904
- 13598 Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte 1918
- 13739 Revolutionärer Zentralrat; Vorgänge vom 7.4.1919
- 13740 Republikanischer Schutzband; Republikanische Partei Deutschlands; Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold; Republikanische Beschwerdestelle 1925

Findmittel: Findbuch Reg. v. Ufr. 1943/45 – Nummernverzeichnis
Findbuch Reg. v. Ufr. 1943/45 – Sachen (alphabetisch)
Findbuch Reg. v. Ufr. 1943/45 – Personen (alphabetisch)
Findbuch Reg. v. Ufr. 1943/45 – Orte (alphabetisch)

2. Regierung von Unterfranken, Präsidialakten

- 479-487 Umtriebe, revolutionäre (Aufsicht auf Reisende) 1833-1857
- 419 Presse und Zensur: Der Gätschenberger'sche Kalender für Franken 1852 und Verbreitung von Kalendern sozialdemokratischen Inhalts 1851-1853

Findmittel: Findbuch Reg. v. Ufr. 1943/45 – Präsidialakten

DIE QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG IM LEO BAECK INSTITUT, NEW YORK

Von Sybil Milton

Das Leo Baeck Institut (LBI) ¹ ist 1954 zum Zwecke wissenschaftlicher Erforschung der Geschichte des deutschsprachigen Judentums von der Zeit der Aufklärung bis zur Hitler-Zeit gegründet worden. Das LBI besteht aus drei Schwesterinstituten: Jerusalem, London und New York. Das New Yorker Institut, das Dokumentationszentrum aller drei Institute, enthält eine Fachbibliothek von über 40.000 Bänden und 700 Zeitungen und Zeitschriften, die Memoirensammlung und das Archiv. ² In diesen Beständen sind wichtige, aber bruchstückhafte Materialien zur Geschichte der deutschen, österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts zu finden.

Der Hauptbestandteil der Sammlungen betrifft die Geschichte des deutschsprachigen Judentums; es werden aber auch wertvolle Unterlagen zur allgemeinen deutschen und europäischen Geschichte verwahrt, z.B. Briefe und Autographen von Walther Rathenau, Maximilian Harden, Sigmund Freud, Ernst Toller, Exilkarikaturen Th. Th. Heines, Teilnachlässe von Eduard Lasker, Staatssekretär Hans Schaeffer, Julius Bab, Fritz Mauthner, Ernst Feder, Kurt Grossmann, Emil Gumbel und Leopold Schwarzschild u.a. ³ Die Quellen zur Arbeiterbewegung zeigen ebenso ein recht buntscheckiges Bild: Briefe Bruno Schoenlanks sen., Kurt Eisners und Wilhelm Liebknechts sowie der sehr umfangreiche Nachlaß Julie Braun-Vogelsteins (einschl. Akten Heinrich und Lily Braun und deren Sohn Otto Braun). Natürlich sind die Archivbestände nicht nach den Gesichtspunkten gegliedert, die für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wesentlich sind. Deshalb ist bei der nachfolgenden Bestandsübersicht zu beachten, daß die Gliederung der Bestände nach historischen Epochen zugunsten eines leichter zu handhabenden durchgehenden alphabetischen Verzeichnisses aufgegeben wurde.

1 Leo Baeck Institute, 129 East 73rd Street, New York, N.Y. 10021 USA. Der Lesesaal ist montags bis freitags von 9,30 bis 16,30 Uhr geöffnet.

2 Vgl. Max Kreutzberger, unter Mitarbeit von Irmgard Foerg, (Hrsg.), *Leo Baeck Institut New York. Bibliothek und Archiv*, Katalog Band 1, Tübingen 1970, S. XXX f. Bd. 1 enthält das Inventar für deutschsprachige jüdische Gemeinden, Zeitungen, Zeitschriften, Jahrbücher, Almanache, Kalender, unveröffentlichte Memoiren und Erinnerungsschriften. Zukünftige Bände des Katalogs werden andere Bestände der Bibliothek und des Archivs, Nachlässe, Autographen u.a. aufführen. Margarete Edelheim-Mühsam; *Das Archiv des Leo Baeck Instituts, New York* (= Bulletin des Leo Baeck Instituts, Bd. 1), Tel - Aviv 1960, S. 34 - 45; Ernest Hamburger, *Das Leo Baeck Institut, Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Jg. 21 (1970), H. 3, S. 137 ff.; Max Kreutzberger, *The Library and Archives of the Leo Baeck Institute in New York* (= Jewish Book Annual, Vol. 29), 5732/1971-72, pp. 47-54; H.G. Reissner, *Veröffentlichungen des Leo Baeck Instituts* (= Historische Zeitschrift, Bd. 202), 1966, S. 518 - 528; Hans Tramer, *Die geschichtliche Aufgabe* (= Bulletin des Leo Baeck Instituts, Bd. 1), Tel-Aviv 1957/58, S. 1 - 6.

3 Leo Baeck Institute, *Inventory List of Archival Collections*, New York 1971, (photo-offset brochure). Number I. U.S. Library of Congress, *The National Union Catalogue of Manuscript Collections* (= The Library of Congress, Bd. 1 ff.), Washington 1959 ff.

Weitere Materialien zur Geschichte der deutschen, deutsch-amerikanischen, jüdischen und internationalen Arbeiterbewegung sind in drei Spezialbibliotheken und Archiven in New York City vorhanden:

New York University Library, Tamiment Collection (ehemalige Tamiment Institute and Library), 70 Washington Square South, New York City: Nachlässe von August Claessens, Eugene Debs, Morris Hillquit, Algernon Lee, Meyer London u.a. sind vorhanden, Atran Center for Jewish Culture, 25 East 78th Street, New York, N.Y. Die Sammlung besteht aus den Bund Archiven der jüdischen Arbeiterbewegung 1850 bis heute. Die Kollektion enthält archivalische und gedruckte Quellen zur russischen, jüdischen und amerikanischen Arbeiterbewegung,

YIVO, Archives and Library, 1048 Fifth Avenue, New York, N.Y.

Literatur

Adler-Rudel, S.: *East European Jewish Workers in Germany*, in: *LBI Year Book*, Bd. 2, London 1957, pp. 136 - 166.

Angröss, Werner T.: *Juden im politischen Leben der Revolutionszeit*, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916 - 1923*, Tübingen 1971, S. 137 - 315.

Auerbach, S.M.: *The Jewish Background of Victor and Friedrich Adler. Selected biographical Notes*, in: *LBI Year Book*, Bd. 10 (1965), pp. 266 - 276.

Ders.: *Jews in the German Metal Trade*, in: *LBI Year Book*, Bd. 10 (1965), pp. 188 - 203.

Bein, Alex: *Lassalle als Verteidiger Geigers und der Jüdische Lehr- und Leseverein in Breslau. Zwei Jugendarbeiten Ferdinand Lassalles. Vorbemerkung*, in: *Bulletin des LBI* (Tel Aviv), Jg. 9 (1966), Nr. 36, S. 330 - 341.

Breines, Paul: *The Jew as Revolutionary - The Case of Gustav Landauer*, in: *LBI Year Book*, Bd. 12 (1967), pp. 75 - 84.

Hamburger, Ernest: *Jews, Democracy and Weimar Germany*, in: *LBI Memorial Lecture*, Bd. 16, New York 1973.

Ders.: *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit, 1848 - 1918*, Tübingen 1968.

Harmelin, Wilhelm: *Jews in the Leipzig Fur Industry*, in: *LBI Year Book*, Bd. 9 (1964), pp. 239 - 266.

Knütter, Hans-Helmuth: *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918 - 1933*, Düsseldorf 1971.

Michael, Reuwen: *Vier unveröffentlichte Manuskripte von Moses Hess*, in: *Bulletin des LBI* (Tel Aviv), Jg. 7 (1964), Nr. 28, S. 312 - 344.

Mosse, Georg L.: *German Socialists and the Jewish Question in the Weimar Republic*, in: *Year Book LBI*, Bd. 16, London 1971, pp. 123 - 151.

Niewyk, Donald L.: *Socialist, Anti-Semite and Jew; German Social Democracy confronts the Problem of anti-Semitism 1918 - 1933*, Baton Rouge 1971.

Oelsner, Toni: *The Place of Jews in Economic History as viewed by German Scholars*, in: *LBI Year Book*, Bd. 7 (1962), pp. 183 - 212.

- Prinz, Arthur: *New Perspectives on Marx as a Jew*, in: *LBI Year Book*, Bd. 15 (1970), pp. 107 - 124,
- Rosenbaum, Eduard: *Friedrich Lassalle, a historiographical Meditation*, in: *LBI Year Book*, Bd. 9 (1964), pp. 122 - 130.
- Rosenthal, Heinz: *Jews in the Solingen Steel Industry – Records of a Rhineland City*, in: *LBI Year Book*, Bd. 17 (1972), pp. 205 - 223.
- Silberner, Edmund: *Sozialisten zur Judenfrage, ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus, von Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914*, Berlin 1962.
- Simon, Walter B.: *The Jewish Vote in Austria*, in: *LBI Year Book*, Bd. 16 (1971), pp. 97 - 121.
- Toury, Jacob: *The Jewish Manual Labour and Emigration – Records from some Bavarian Districts (1830 – 1857)*, in: *LBI Year Book*, Bd. 16 (1971), pp. 45 - 62.
- Ders.: *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar*, Tübingen 1966.
- Ders.: *Ostjüdische Handarbeiter in Deutschland vor 1914*, in: *Bulletin des LBI* (Tel-Aviv), Jg. 6 (1963), Nr. 21, S. 81 - 91.
- Tramer, Hans: *Lebenszeugnisse* [Hermann Cohen, Kurt Eisner, Friedrich Stampfer u.a.], in: *Bulletin des LBI* (Tel Aviv), Jg. 2 (1958/59), Nr. 8, S. 173 - 179.
- Turnowsky-Pinner, Margarete: *A Student's Friendship with Ernst Toller*, in: *LBI Year Book*, Bd. 15 (1970), pp. 211 - 222.
- Weltsch, Felix: *Rom and Jerusalem – nach 100 Jahren* [Moses Hess], in: *Bulletin des LBI* (Tel Aviv), Jg. 5 (1962), Nr. 20, S. 225 - 266.

Übersicht

- I. Archiv
- II. Memoirensammlung
- III. Bibliothek

Bestände

I. ARCHIV

1. Adler, Friedrich (1879 - 1960)

Photo Friedrich Adler.

AR-C. 1028/2758

1 Brief F. Adler an Mauthner
5.7.1907.

AR-B. 356/3393

(Nachlaß Mauthner)

[Vgl. Nachlässe Victor und Friedrich Adler, in: IISG Amsterdam und Wiener Verein für Arbeiterbewegungsgeschichte.]

2. Adler, Victor (1852 - 1918)

3 Photos Victor Adler.

AR-C. 1029/2759

[Vgl. auch Nr. 8, Julie Braun-Vogelstein Nachlaß und Nachlässe Victor und Friedrich Adler, in: IISG Amsterdam und Wiener Verein für Arbeiterbewegungsgeschichte.]

3. Altmaier, Jakob (1889 - 1963)

SPD, 1918-1921 politischer Redakteur bei der Frankfurter Volksstimme, ab 1926 Auslandskorrespondent des Sozialdemokratischen Pressedienstes (Belgrad, Paris, London), 1933 - 1946

Emigration (Paris, London, Athen, Madrid und Kairo), seit 1949 MdB.
18 Briefe Altmaier an Kersten 1953 - 1961.

AR-C. 1617/4061
(Nachlaß Kurt Kersten)

4. **Aufhäuser, Siegfried (1884 - 1970)**
SPD, MdR 1920 - 1933.
Briefe, Zeitungsausschnitte, Nachruf im Mitteilungsblatt, Wochenzeitung des Irgun Olej Merkas Europas, Tel-Aviv.
Manuskript mit Darstellung der gewerkschaftlichen und politischen Laufbahn und Bibliographie.
nicht katalogisiert
5. **Bernstein, Eduard (1850 - 1932)**
Bernstein an Ungenannten, Berlin 2.10.1904 betr. die Veröffentlichung von Lassalle Briefen im Neuen Montagsblatt.
Bernstein an Ungenannten, Berlin 24.1.1902, ausführlicher Brief an einen Mitarbeiter der von Bernstein seit 1901 redigierten Monatsschrift Dokumente des Sozialismus.
AR-B. 12/832
Bernstein an Julius Bab, Luzern 17.3.1910.
AR-C.A. 86/196
(Nachlaß Bab, No. 5)
[Vgl. Nachlaß E. Bernstein, in IISG Amsterdam.]
6. **Blos, Wilhelm (1849 - 1927)**
10 Briefe Wilhelm Blos an Mauthner 1904 - 1909.
AR-B. 356/3393
(Nachlaß Mauthner)
7. **Braun, Heinrich (1854 - 1927)**
8 Briefe H. Braun an Mauthner 1894 - 1918.
AR-B. 356/3393
(Nachlaß Mauthner)
[Vgl. auch Nr. 8: Julie Braun-Vogelstein Nachlaß und Otto Braun Nachlaß, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Siehe hierzu: Werner Krause und Scheila Ochová, „Archiv der sozialen

Demokratie: Übersicht über Archivbestände“, Stand vom 1.3.1974, Bonn 1973, S. 15 - 16. Teilnachlaß in: IISG Amsterdam.]

8. **Braun-Vogelstein, Julie (1883 - 1971)**
18 Zeitungsausschnitte: Nachrufe, Buchbesprechungen und Aufsätze über Julie Braun-Vogelstein.
AR-C. 741/2096
Briefwechsel Heinrich an Lily Braun 1895 - 1927.
Zu Heinrich Brauns Briefpartnern gehörten u.a. Victor und Emma Adler 1894 - 1908, Friedrich Adler, Ignaz Auer, August Bebel 1891 - 1912, Eduard Bernstein, Rudolf Borchardt, Ed. David, Henryk de Man, Kurt Eisner, Ernst Engel, Friedrich Engels 1888 - 1895, Paul Göhre, Georg Gradnauer, Konrad Haenisch, Eduard Heimann, Hugo Heimann, Wolfgang Heine, Lucien Herr, Camille Huysmans, Karl Kautsky, Wilhelm Liebknecht, Friedrich Meinecke, Paul Natorp, Max Quarck, Gustav Radbruch, Walther Rathenau, Paul Singer, Werner Sombart, Friedrich Stampfer, Leon Trotzky.
Wichtige Dokumente betr. SPD Parteigeschichte 1850 - 1926, z.B. Verhandlungen des Parteitags in St. Gallen 2. - 6.10.1887, bei dem H. Braun Schriftführer war, Schiedsgerichte in Sachen H. Braun-Mehring-Harden 1903 - 1904, Zeitungsausschnitte zum St. Galler Parteitag 1887, Dokumente betr. Dresdener Parteitag 1903.
AR Umfang: 22 m, nicht katalogisiert, Inventar in Vorbereitung, Nachlaß J. Braun-Vogelstein, einschließlich Akten Heinrich, Lily und ihr Sohn Otto Braun.
9. **Braun, Otto (1872 - 1956)**
Einladung zur Gedenkfeier in New York, New School for Social Research, 21.3.1956. Manuskript der

Ansprache Ernest Hamburger. Ausschnitt aus Aufbau (NY) mit Zusammenfassung anderer Ansprachen: Generalkonsul Adolph Reifferscheidt, Hans Simons, Hans Staudinger, Hedwig Wachenheim.

nicht katalogisiert

10. Breitner, Hugo (1873 - 1946)

SPÖ, 1918 Stadtrat und Finanzreferent der Gemeinde Wien, 1919 - 1933 Stadtrat für das Finanzwesen Wien.

Nos. 2-7: darunter 4 Briefe 1940 - 1941 aus Claremont, Calif., betr. Flüchtlinge.

AR-C 1314/3319

(Breitner Familie, Wien)

11. Breitscheid, Rudolf (1874 - 1944)

Briefwechsel mit Ernest Hamburger 1940 - 1941. Tony Breitscheid, Briefwechsel mit Ernest und Charlotte Hamburger. Gerhard Breitscheid, Briefwechsel mit Ernest Hamburger.

nicht katalogisiert

[Vgl. auch Nr. 27, Hilferding.]

12. Caspari, Johann (1888)

Briefwechsel 1970 - 1974 mit Ernest Hamburger betr. Lebenslauf, amtliches Wirken als Bürgermeister in Brandenburg und Landeshauptmann der Provinz Grenzmark Posen-Westpreussen, Otto Wels, Probleme der Weimarer Republik, der Bundesrepublik und den USA, Rede im Preussischen Staatsrat 1931, Glückwunschartikel in Aufbau (N.Y. 1973) zum 85. Geburtstag.

nicht katalogisiert

13. Cohn, Oskar (1869 - 1934)

MdR, der Nationalversammlung und des Preussischen Landtags. Landtagsrede über Ostjudenfrage. Briefliche Informationen Dr. Reinhold Cohns über seines Vaters politisches und jüdisches Wirken. Briefe Oskar Cohns an Reinhold Cohn: seine Bemühungen bei den jüdischen Arbeitern in USA um Hilfe für Juden in der Sowjetunion 1925,

Interviews mit jüdischen Zeitungen in New York, über das Schicksal der Weltbühne nach Siegfried Jacobsohns Tode 1926, Begegnungen mit Außenkommissar der Sowjetunion Tschitscherin 1926, u.a. über jüdische Siedlungen in der Krim und Sprachenfrage der Juden in Rußland und Palästina. Brief an früheren Leiter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin, Boris Stomonikoff, über Handelsbeziehungen zwischen Sowjetunion und Palästina.

nicht katalogisiert

14. Davidsohn, Georg (1872 - 1942)

MdR und der Nationalversammlung. Biographische Angaben.

nicht katalogisiert

15. Deutsch, Julius (1884 - 1968)
SPÖ.

4 Briefe J. Deutsch an Kersten 1942 - 1954.

AR-C 1617/4061

(Nachlaß Kurt Kersten)

16. Drucker, Erich (1905)

Korrespondenz zwischen Brehme Siegel-Arnstadt, Thüringen, und Firma Drucker & Gotthelf, Berlin, 17.7.1933 - 14.11.1933, dass. zwischen C.F. Lohs, Einsiedel bei Chemnitz, und Drucker & Gotthelf, Berlin, 27.1.1933 - 21.11.1933. Brief vom 23.8.1933 betr. NSDAP und nicht arische Kunden. E. Drucker, „Mein Verhältnis zum Judentum. Eine Streitschrift“, Berlin 1926 - 1933.

Briefe Erich Drucker an LBI Juli - September 1967.

AR-C 868/3176

[Vgl. Erich Drucker, Erinnerungen 1933 - 1941, Memoirensammlung des LBI.]

17. Eisner, Kurt (1867 - 1919)

Briefentwurf Eisners an den Herausgeber der Gesellschaft (Michael Georg Conrad oder K. Bleibtreu), Eberswalde ohne Datum.

Briefkarte Eisners an Bertha Badt (die spätere B. Badt- Strauss), München 16.12.1912. Einladung. 2 Briefe an Abraham Strauss (genannt 'Pelikan'), München 1912 und 1916.

2 Gehaltsquittungen Eisners an Verein zur Abwehr des Antisemitismus, Marburg 1893.

AR-B 293/2616

Mappe Kurt Eisner: Photos, Flugblätter und Polizeiakten. Die Polizeiakten (418 S.) sind Photokopien aus der Rehse Collection, in: Library of Congress, Manuscript Div., Washington, D.C.

AR-C 659/1812

Nos. 2 - 5: 4 Zeitungen und Flugblätter nach Eisners Ermordung Februar 1919.

AR-C 1597/4014

(Nachlaß Efraim Frisch)

2 Briefe Eisners an Mauthner 1904.

AR-B 365/3393

(Nachlaß Fritz Mauthner)

Nachrichtenblatt des Zentralrats, hrsg. vom Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, No. 1, München 22.2.1919.

AR-Z 149/551

(Zeitungen: Eisner)

[Vgl.: Eisner Nachlaß, in: IISG Amsterdam und Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. II, Geh. Staatsarchiv München. Weitere Angaben in: Wolfgang Mommsen, „Deutsche Nachlässe in Archiven“, I., Boppard 1971, S. 116.]

18. Fechenbach, Felix (1894 - 1933)

Darunter: 10 Briefe Felix Fechenbach an seinen Bruder Siegbert 1914 - 1929, Zeitungsausschnitte, Fotos, 1 Postkarte von Ernst Heilmann 22.10.1917 betr. SPD-Parteitag Würzburg.

AR-C 622/1709

[Vgl. Fechenbach Nachlaß, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Siehe hierzu: Krause und Ochova, „Archiv der sozialen Demokratie“,

S. 21 und Jürgen Jensen, „Das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung“, *IWK*, H. 11/12 (1971), S. 53 f.]

19. Frank, Ludwig (1874 - 1914)

28 Briefe und Postkarten von Frank an Pfälzer 1896 - 1912.

AR-C. 1602/4021

(Nachlaß Moritz Pfälzer)

Photo Ludwig Frank und mehrere Nachrufe.

AR-C. 991/2717

(L. Frank)

Photo Ludwig Frank.

AR-C. 903/2562

(Karl Darmstädter Collection)

[Vgl. L. Frank, „Kleine Erwerbungen“, in: Stadtarchiv Mannheim.]

20. Hamburger, Ernest (1890)

Reden im Preussischen Landtag 1925 - 1933. Bibliographie. Briefe an und von deutschen Politikern, Gelehrten, Doktoranden u.a. betr. Allgemeines, deutsche Geschichte, Weimarer Republik, Bundesrepublik und Judenfrage. Briefwechsel mit leitenden Personen des LBI, Robert Weltsch, Siegfried Moses, Max Kreutzberger u.a. Zeitungs- und Zeitschriftenartikel und Broschüren aus der Weimarer Zeit. Professor, Ecole Libre des Hautes Etudes, New York, Direktor, Institut des Hautes Etudes Internationales, New York. Schriftwechsel und Artikel aus Paris und New York über nationalsozialistische Zeit in Schweizer Zeitungen und über United Nations in Süddeutscher Zeitung und Schweizer Zeitungen. Briefwechsel über Verjährung der Kriegsverbrechen, über Entschädigung der in Deutschland ansässig gewesenen Ostjuden und andere Fragen. Zeitungsausschnitte und Artikel im Aufbau, New York.

nicht katalogisiert

[Im Besitz Ernest Hamburger.]

21. **Haase, Hugo (1863 - 1919)**
 Photos Haase. Photokopie: Auftrag, den Reichstagsabgeordneten H. Haase von Kiel nach Berlin zu holen, 9. November 1918, Unterschrift K. Liebknecht und Scheidemann. Brief Gustav Hoch an Haase, Hanau 29.1.1917, Photokopie. Hierzu Notizen Ernest Hamburger, LBI.
 AR-C. 981/2707
 [Original im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.]
22. **Haenisch, Konrad (1876 - 1925)**
 1 Brief und 1 Karte von Haenisch an Mauthner 1922.
 AR-B. 356/3393
 (Nachlaß Fritz Mauthner)
23. **Heilmann, Ernst (1881 - 1941)**
 Würdigung seines Wirkens im SPD-Pressedienst 1971 von Alex Moeller. Photo, Lebenslauf und Veröffentlichungen.
 nicht katalogisiert
 [Vgl. Heilmann Nachlaß, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Krause und Ochová, „Archiv der sozialen Demokratie“, S. 23.]
24. **Heimann, Hugo (1859 - 1951)**
 Photos und Nachrufe.
 AR-C.A. 95/208
25. **Herrnstadt, Rudolf (KPD).**
 Zeitungsaufsätze von Herrnstadt 1924 - 1933, hauptsächlich aus Berliner Tageblatt.
 AR-B. 47/880
 (Johanna Meyer Collection)
26. **Hertz, Paul (1888 - 1961)**
 39 Zeitungsausschnitte von und über P. Hertz 1950 - 1968, 14 Photos.
 AR-C. 855/2453
 (Anna Hertz, Familie, Nachlaß)
- Nos. 2 - 21: 14 Briefe von Hertz an Gustav und Toni Stolper 1938 - 1947.
 No. 22: 5 Seiten Broschüre: P. Hertz, „Nicht Zersplitterung, sondern Einheit. Kritische Betrachtungen zur Lage der deutschen Sozialdemokratie“ (ca. 1938).
 3 Briefe H. Brüning an Stolper 1940 - 1947 (Photokopien).
 AR-C. 1105/2896
 (Gustav und Toni Stolper Sammlung)
 [Vgl. Paul Hertz Nachlaß, in: IISG Amsterdam, Mikrofilme vom Nachlaß in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, und Hoover Library, Stanford, Calif., Nachlaß G. Stolper, in: Bundesarchiv Koblenz, siehe: Wolfgang Mommsen, „Deutsche Nachlässe in Archiven“, Bd. 1, S. 507.]
27. **Hilferding, Rudolf (1877 - 1941)**
 Photo Hilferding.
 AR-C. 984/2710
 Manuskript Kerstens, „Das Ende Rudolf Breitscheids und Rudolf Hilferdings“ (1957), 22 Seiten mit Korrekturen von Tony Breitscheid und Brief vom 6.12.1957. 37 Briefe Tony Breitscheid an Kersten 1947 - 1959. 2 Briefe Rose Hilferding an Kersten 1957 - 1958.
 AR-C. 1617/4061
 (Kurt Kersten Nachlaß, III.3)
 Verschiedene Korrespondenz 1951 - 1959, darunter Bericht Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris 1957, „L'extradition de Rudolf Breitscheid & de Rudolf Hilferding (en 1941)“.
 5 Zeitungsausschnitte 1944 - 1957.
 AR-C. 1617/4061
28. **Hirsch, Helmut**
 Auszüge und Dokumentenanhang aus Hirschs Buchmanuskript „Die andere Bahn. Marx zur Judenfrage“ (1842 - 1845).
 AR-Z. 546/2266

Enthält u.a. Briefwechsel mit Boris Nicolaevsky, N.Y. 1942 - 1964 betr. Veröffentlichungen des American Labor Research Institute. Briefe mit Paul und Rosi Fröhlich (geb. Rosi Wolfstein) 1941 - 1956, teilweise betr. Hirschs „Rosa Luxemburg“ Buch. Photokopien von Engels-Bernstein Briefwechsel 1884 - 1895 aus Marx-Engels-Lenin Institut Moskau und IISG Amsterdam.

AR-A. 858/3150
(Hirsch, H. Collection)
teilweise nicht katalogisiert, teilweise nicht zugänglich

[Helmut Hirsch Collection, teilweise in: State University of New York, Albany, teilweise in: LBI New York. Dr. Hirsch, Düsseldorf, entscheidet über Erlaubnis und Einsicht in diese Desposita.]

29. Hirsch, Paul (1868 - 1940)

35 Stücke, darunter 1 Brief von Gustav Noske an Hirsch 30.12.1930, Photos Hirsch, 22 Zeitungsausschnitte betr. Paul Hirsch, Brief Ernest Hamburger an Eva Hirsch 1966.

AR-C. 1342/3382

30. Hoch, Gustav (1862 - 1942)

Brief von Dr. Fritz Hoch mit Angaben über Leben und Wirken seines Vaters.

nicht katalogisiert

31. Jacoby, Johann (1805 - 1877)

Photo Jacoby.

AR-C. 986/2712

Brief an A. Bernstein, Königsberg 22.12.1860. Darlegungen über die Grundpfeiler jeden geordneten Rechtsstaates für eine Petition an den Preuss. Landtag. Plädiert für Denkmal für Heinrich Simon. Photo und Zeitungsausschnitt. Zweizeiler, Berlin 1849, „Der Sturm bricht los! Der Sieg ist uns gewiß!

Auf Wiedersehn in einem freien Lande!“
AR-B.C. 275/734

32. Jourdan, Berta (1892)

Lehrerin in Frankfurt a.M., Mitglied des Preussischen Landtags 1928 - 1933.

Briefe mit Darstellung ihres Lebensgangs und ihrer Tätigkeit.

nicht katalogisiert

33. Kautsky, Benedikt

VII. No. 1: Nachruf für B. Kautsky.

AR-A. 645/2147

(Erich Kahler Nachlaß)

34. Kautsky, Luise

Brief L. Kautsky an Bab, Wien

31.1.1928.

AR-C.A. 86/196

(Julius Bab Nachlaß)

35. Landauer, Gustav (1870 - 1919)

Photos, Programm der Gedächtnisfeier Berlin 1.6.1919. Photokopien von Polizeiakten (92 Seiten).

AR-C. 1003/2732

G. Landauers an Julius Bab, Hermsdorf bei Berlin 29.5.1915.

G. Landauer an Alfred R. Meyer, Krumbach/Schwaben 22.1.1919.

G. Landauer an J. Bab, Hermsdorf (Mark) 15.10.1906 betr. Richard Dehmels Drama „Der Mitmensch“.

AR-B. 28/848

(Landauer)

74 Briefe und 101 Karten Landauer an Bab 1902 - 1918.

AR-C.A. 86/196

(Julius Bab Nachlaß)

10 Briefe, 12 Karten von Landauer an Mauthner 1895 - 1915. Drucksachen.

AR-B. 356/3393

(Frith Mauthner Nachlaß)

F.II.b. Nos. 2 - 7: „Vorträge über Mauthner“ von Gustav Landauer. Zeitungsausschnitte.

AR-Z. 800/3764

(Mauthner)

- No. 5: Brief Martin Buber an Frank Loewenberg 1946 betr. Gustav Landauer.
AR-B.C. 2/9
(Martin Buber Autograph)
- Brief Gustav Landauer an Ludwig Berndl. (Maschschr. Abschriften).
AR-A. 1164/3914
(Margarete Susman Nachlaß)
36. **Landsberg, Otto (1869 - 1957)**
Brief an Reichsjustizminister Curt Joel anlässlich seines Ausscheidens aus dem Amt 1932 (Photokopie). Schriftwechsel Ernest Hamburger mit Auswärtigen Amt (Archiv). Zeitungsausschnitte aus Berliner Tageblatt, Berliner Volkszeitung, Vorwärts, Artikel mit Glückwünschen zum 60. Geburtstag (1929).
nicht katalogisiert
37. **Lassalle, Ferdinand (1825 - 1864)**
Photos, Zeitungsausschnitte, z.B. „Stammtafel F. Lassalle“, Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt, 2. Jg., No. 3, vom 27.3.1925 und „Die französischen Nationalwerkstätten von 1848“, eine historische Rückschau von Ferdinand Lassalle, Berlin 24.4.1863 (2 Seiten Flugblatt).
AR-C.Z. 211/984
Brief Lassalle an „Lieber Mützelberg“ (Schriftsteller Adolf M.) ohne Datum, betr. Einladung. Beilegend ein beschrifteter Umschlag von Moses Hess mit Haaren Lassalles und Blumen von seinem Grab.
AR-B. 11/831
No. 5: Brief Lassalle an Siegfried Marck sen., Berlin 13.1.1863 betr. Auskunft über Erbschaftsakten.
AR-C. 657/1786
(Marck Familie)
38. **Lieb knecht, Wilhelm (1826 - 1900)**
Address of the Berlin Branch of the Allgemeiner Deutscher Arbeiter Verein an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika,
- Mr. Johnson, Berlin 11.5.1865 betr. Ermordung Lincolns (Handschrift, 2 Seiten).
AR-B. 5/778
39. **Loewenfeld, Philipp (1887 - 1963)**
Ausgewählte juristische, sozialpolitische und kulturpolitische Aufsätze und Vorträge von P. Loewenfeld 1911 - 1932 (über 700 Seiten) aus: Arbeitsrecht, Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands, Sozialistische Monatshefte, Münchener Post, Justiz u.a.
1 Bd. Zeitungsausschnitte 1910 - 1928.
AR-C. 228/789
AR-Loewenfeld Nachlaß, teilweise nicht katalogisiert
[Vgl. auch Loewenfeld Memoiren.]
40. **Luxemburg, Rosa (1870 - 1919)**
Photos, Zeitungsausschnitte 1918 - 1919, Photokopien von Polizeiakten 1913 - 1919 (16 Seiten).
AR-C. 621/1708
41. **Moses, Julius (1968 - 1942)**
Biographische Daten. Broschüre „Das Handwerk unter den Juden“ (1902), (Photokopien). Generalanzeiger der gesamten Interessen des Judentums. Briefwechsel Kurt Nemitz mit Ernest Hamburger. Erinnerungsartikel von Nemitz in Aufbau, New York 1968. Manuskript Kurt Nemitz, „Volks-gesundheit als Aufgabe der Politik“. Der Beitrag Julius Moses zur deutschen Gesundheitspolitik 1912 - 1933.
nicht katalogisiert
[Vgl. Kurt Nemitz, „Julius Moses – Nachlaß und Bibliographie“, IWK Jg. 10 (1974), H. 2, S. 219 - 247.]
42. **Schoenlank sen., Bruno (1857 - 1901) und Bruno Schoenlank jun.**
Nos. 3 - 7: 5 Briefe von Alexander Helphand (Parvus) an B. Schoen-

lank jun. 1919 - 1920.

AR-A. 595/2014

(Schoenlank Familie)

[Schoenlank Nachlaß, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.]

43. Schreiber-Krieger, Adele (1872 - 1957)

SPD, MdR Juni 1920 - Mai 1924, Mai 1928 - November 1932. Emigrierte 1933 in die Schweiz. Vorkämpferin für Frauenrechte.

Nachruf in: Informationen für die Frau, Bonn, 6. Jg., No. 3.

nicht katalogisiert

44. Singer, Paul (1844 - 1911)

2 Karten, 1907 - 1908.

AR-B.C. 84/337

45. Suessheim, Max (1876 - 1933)

SPD. Stadtrat in Nürnberg, Mitglied des Bayerischen Landtags.

Biographische Angaben des Stadtarchivs Nürnberg. Nachruf in Fränkische Tagespost 2.3.1933 mit Photo.

nicht katalogisiert

46. Toller, Ernst (1893 - 1939)

Ludwig Marcuse Aufsatz über Toller, Steckbrief für Toller, Sonderblatt, Bayerisches Polizeiblatt München 15.5.1919. Photos E. Toller. Polizeiakten über Toller (1038 Seiten Photokopien).

AR-C.Z. 380/1641

Nos. 1 - 3: Briefe Toller an Fritz Joss, Santa Monica, Calif., 1937 und New York 1939.

Nos. 4 - 5: 2 Briefe an Eugen Roth 1917.

AR-B. 157/1734

Convolut von Zeitungsausschnitten, ca. 30 Seiten.

AR-A. 326/881

(Johanna Meyer Sammlung)

Toller Brief an Joseph Roth ohne Datum.

AR

J. Bornstein Collection

[Vgl. Ernst Toller Sammlung, in: Berliner Akademie der Künste.]

47. Wachenheim, Hedwig (1891 - 1969)

Stammbaum der Familie Wachenheim. Schriftwechsel bei der Vorbereitung der Memoiren. Glückwunsch zum 50. Geburtstag. Nachrufe von Ernst Fraenkel, Lotte Lemke, E.G. Lowenthal und Ernest Hamburger in Aufbau, New York, und E.G. Lowenthal in Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland. Bericht über Wachenheim Vortrag im LBI über jüdische Frauen in Arbeiterbewegung und als Kämpferinnen für Frauenemanzipation, LBI News, vol. 10-No. 1, spring 1969.

nicht katalogisiert

[Krause und Ochová, „Archiv der sozialen Demokratie“, S. 41. Hedwig Wachenheim, „Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie“, IWK Beiheft 1, Berlin 1973.]

48. Flugblätter 1848/49

Nos. 1 - 7: „Tante Voss“, Prospekte und 6 Hefte, 25.6. - 28.7.1848, Zeitung.

Nos. 8 - 22: Berliner Krakehler, 15 Hefte, 28.5.1848 - 1849.

Nos. 23 - 40: 18 Flugblätter allgemeinen Inhalts, 1848 - 1849.

Nos. 41 - 44: 4 Flugblätter, jüdischer Dialekt, 1848.

No. 45: Drucksache 1848.

Weiterhin enthält das Archiv Materialien über Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Erich Mühsam u.a.

II. MEMOIRENSAMMLUNG

1. **Drucker, Erich (geb. 1905)**

Mitglied der SPD, Leiter einer Berliner Ortsgruppe. Illegale Arbeit gegen das nationalsozialistische Regime, wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet, Gestapogefängnis Berlin-Tempelhof und Konzentrationslager Oranienburg, traf dort mit Erich Mühsam zusammen. Entlassung nach 2 1/2-jähriger Haft. 1938 Flucht nach Prag, dann Frankreich, 1941 „Prestataire“, Auswanderung nach den USA.

Erinnerungen 1933 - 1941. Paris und Lissabon 1938 - 1941. 255 Manuskriptseiten.

[Kreutzberger, LBI Katalog Bd. I, S. 399, Nr. 79. Zusätzliches Material in Archiv vorhanden, siehe No. 16, Archiv Erich Drucker.]

2. **Höllriegel, Arnold (1883 - 1939)**

Wächst in Prag auf, studierte Philologie in Wien. Einflußnahme Viktor Adlers, Sigmund Freuds und Peter Altenbergs auf ihn. Mitarbeit an der von Friedrich Hertz geleiteten literarisch-politischen Wochenschrift *Der Weg*. Nach dem Examen Stelle als Erzieher, Erster Roman „Der Hofmeister“. Geht nach Berlin, Journalist beim Berliner Lokalanzeiger. Glossen für andere Zeitungen unter verschiedenen Decknamen. Seine Romane und Reiseschilderungen erscheinen seit 1910 unter dem Namen Arnold Höllriegel. Berichterstatter im Ersten Weltkrieg.

D.i. Richard Arnold Bermann, *Die Fahrt auf dem Katarakt. Autobiographie ohne einen Helden*, o.O. u. J. 245 Manuskriptseiten.

[Kreutzberger, LBI Katalog Bd. I, S. 422 - 23, Nr. 191.]

3. **Loewenfeld, Philipp (1887 - 1963)**

Rechtsanwalt in München. Spielte in der SPD als Rechtsanwalt in vielen politischen Prozessen und als Journalist im Kampf gegen die Rechtsradikalen und die Nationalsozialisten eine bedeutende Rolle. Die Memoiren enden März 1933. Flucht in die Schweiz.

Memoiren, o.O. u. J. 953 Manuskriptseiten.

[Kreutzberger, LBI Katalog Bd. I, S. 435 - 36, Nr. 246. Zusätzliches Material im Archiv vorhanden, siehe No. 39, Archiv Philipp Loewenfeld.]

4. **Rosenberg, Curt (1876)**

Rechtsanwalt in Berlin. Beziehungen zu der SPD und Gewerkschaften. Die persönlichen Erinnerungen enden 1904 (Niederlassung des Verfassers in Berlin).

Jugenderinnerungen. 1876 - 1904. Glasgow 1947. 139 Manuskriptseiten.

[Kreutzberger, LIB Katalog, Bd. 1, S. 452, Nr. 325.]

5. **Salomon, Albert (1891 - 1966)**

Albert Salomon studierte Soziologie und Philosophie in Berlin und Heidelberg u.a. bei Adolf von Harnack, Georg Simmel und Max Weber. Als Student befreundet mit Ernst Bloch, Emil Lederer, Georg Lukacs und Walter Benjamin. 1926 als Professor für politische Soziologie an die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin berufen. Mitglied der SPD. Befreundet mit Finanzminister Rudolf Hilferding, Theodor Heuss u.a. Von 1928 bis 1931 in Vertretung Hilferdings Herausgeber der Zeitschrift *Die Gesellschaft*, Berlin. 1931 - 1933 Professor der Soziologie am Berufspädagogischen Institut in Köln. 1935 Emigration nach den USA, Professor, Graduate Faculty, New School for Social Research in New York.

Im Schatten einer endlosen großen Zeit. Erinnerungen aus einem langen

Leben für meine Kinder, jungen
Freunde und Studenten" [Entwurf],

New York 1962. 13 Manuskript-
seiten.
[Kreutzberger, LBI Katalog, Bd. 1,
S. 456, Nr. 341.]

III. BIBLIOTHEK

Obwohl die Bibliothek nicht auf die Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterorganisationen spezialisiert ist, sind die folgenden Zeitschriften vorhanden:
[Kreutzberger, LBI Katalog, Bd. 1, S. 301 f.]

Die Arbeit. Organ der zionistischen volks-
sozialistischen Partei Hapod-Hazair,
Bd. 1 - 5, hrsg. vom Zentralen Waad
des deutschen Landesverbands. Red.
Georg Landauer. Berlin 1919 - 24,
1928.
LBI: fast komplett.

Der jüdische Arbeiter. Monatsschrift,
hrsg. von der jüdischen sozialdemokra-
tischen Arbeiterpartei Poale-Zion in
Deutschösterreich. Red. A. Sonnen-
blum. Wien 1920 - 22.
LBI: Nur H. 5 (1922).

Der jüdische Arbeiter. Organ der sozialde-
mokratischen Poale Zion Deutschlands,
Österreichs und der Tschechoslowakei,
hrsg. von Markus Lachs, Wien 1924 -
29 (?).
LBI: 3 H. (1928).

Arbeiter Literatur. Wien.
LBI: März-September 1924.

*Archiv für die Geschichte des Sozialismus
und der Arbeiterbewegung,* hrsg. von
Carl Grünberg u.a., 1911 - 30.
LBI: Vollständig.

Borochow-Blätter der Organisation Linke
Poale-Zion in Deutschland, Nos. 1 - 6,
Berlin 1930.
LBI: 1930.

Deutsch-Französische Jahrbücher. Liefe-
rung 1 - 2, hrsg. von Arnold Ruge und
Karl Marx, Paris 1844. Nachdruck,
Amsterdam 1965.

Das Forum, hrsg. von Wilh. Herzog.
LBI: 1914 - 15, 1918 - 22, 1928/29.

Die Gesellschaft. Internationale Revue
für Sozialismus und Politik, hrsg. von

Rudolf Hilferding, Berlin 1924 - 33.
Sonderheft: Karl Kautskys 70. Ge-
burtstag (1924).
LBI: 1924 - 1930, 1932 und Sonder-
heft 1924.

Gesellschaftsspiegel. Organ zur Vertretung
der besitzlosen Volksklassen und zur
Beleuchtung der gesellschaftlichen Zu-
stände der Gegenwart. Red. Moses
Hess. Elberfeld 1945 - 46.
LBI: komplett.

Die Internationale. Eine Monatsschrift
für Praxis und Theorie des Marxismus,
H. 1, hrsg. von Rosa Luxemburg und
Franz Mehring, Düsseldorf 1915.
LBI: besitzt Nachdruck mit Einfüh-
rung von Heinz Wohlgemuth, Berlin
1965.

*Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokra-
tie,* Bd. 1 - 6, hrsg. vom Vorstand der
SPD, Berlin 1926 - 31.
LBI: vollständig, mit Ausnahme von
Bd. 6.

Kain. Zeitschrift für Menschlichkeit,
H. 1 - 5, hrsg. von Erich Mühsam,
München 1911 - 14, 1918/19.
LBI: H. 1 - 4 (1911 - 14).

Der Klassenkampf. Sozialistische Politik
und Wirtschaft, Bd. 1 - 5, hrsg. von
Max Adler, Paul Levi, Kurt Rosenfeld,
Max Seydewitz und Heinrich Ströbel,
Berlin 1927 - 31.
LBI: Bd. 2 u. 3 (1928 - 29).

Neue Blätter für den Sozialismus. Zeit-
schrift für geistige und politische Ge-
staltung, hrsg. von Eduard Heimann
und Paul Tillich, Potsdam 1930 - 33.
LBI: 1930 - 32.

Die Neue Gesellschaft. Sozialistische Wochenschrift, hrsg. von Heinrich Braun und Lily Braun, Berlin 1903, N.F. 1905 - Okt. 1907.

LBI: Neue Folge, Bd. 2 - 3 (1905 - März 1907).

Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue, No. 1 - 6, hrsg. von Karl Marx und Friedrich Engels, London 1850.

LBI: Nachdruck, Berlin 1955.

Die Revolution. Unabhängiges sozialdemokratisches Jahrbuch für Politik und proletarische Kultur, hrsg. von Felix Stössinger, Berlin 1920.

LBI: vollständig.

Der Sozialist. Organ des sozialistischen Bundes, Jg. 1 - 7, hrsg. von Gustav Landauer, Berlin 1909 - 1915.

LBI: fast komplett, Lücken in Jg. 7.

Sozialistische Monatshefte, Jg. 1 - 39.

Red. Joseph Bloch. Berlin 1895 - 1933.

LBI: 1901, 1904 - 23, 1925 - 33.

Zeitschrift für Religion und Sozialismus, Bd. 1 - 5, hrsg. von Georg Wünsch, im Auftrag des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands, Mannheim 1929 - 33.

LBI: Bd. 4 (1932).

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE (24).

Bearbeitet von Ursel Fadle

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In dieser Rubrik werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen von der Redaktion übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Rücksprache mit dem Bearbeiter erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Titelverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationalen und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmengeschichte und Unternehmerbiographie befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Eine dringende Bitte an unsere Leser!

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie die Rückseite des Projekt-Fragebogens am Schluß dieses Heftes.

Die Redaktion dankt für freundliche Beachtung und Unterstützung.

Titelverzeichnis

- Newsletter = Newsletter, European Labor and Working Class History
 ZfG = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

- 2499 WELTER, Peter (Berlin): **(Kommentierte) Bibliografie der Periodika und Publikationen der internationalen 'rechten' kommunistischen Opposition 1928 – ca. 1945.** – In Bearbeitung.
- 2500 MERGNER, Gottfried und Richard PIPPERT (Universität Oldenburg): **Erziehungsstrategien und Lerngrenzen. Zur Funktion von Erziehung in der Sozialgeschichte.** – (Sozialgeschichte als praktischer Lernprozeß und als Lerntheorie; Grundbegriffe der bürgerlichen Revolutionspädagogik bis 1848; Erziehungsstrategien der deutschen Arbeiterbewegung 1914 - 1933; kritische Bibliographie.) – Buchvorhaben. – Ms. abgeschlossen. – Soll im Herbst 1975 veröffentlicht werden.

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

- 2501 RÖDER, Werner (Institut für Zeitgeschichte München): **Fahndungsbuch der deutschen Einsatzgruppen in der Sowjetunion.** – (Zahlreiche Ausschreibungen deutscher Emigranten in der UdSSR.) – Kommentierte Faksimile-Edition. – Abgeschlossen. – Erscheint im Herbst 1975 im Verlag D + C Erlangen.
- 2502 RÖDER, Werner (Institut für Zeitgeschichte München): **Quellen zur deutschsprachigen Emigration 1933 - 1945 im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München.** – (Übersicht über die im IfZ vorhandenen ungedruckten Quellen und Exilperiodika unter inhaltsanalytischer Berücksichtigung von

Exilliteratur und -publizistik. Mit einer Einführung in die Entstehungsgeschichte der Sammlungen und ihre archivische Erschließung.) – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Erscheint im Jahrbuch für Internationale Germanistik.

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER/ BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

- 2503 MÜLLER, Ulrich (Universität Heidelberg): **Form und Geschichte. Studien zu zentralen methodischen Aspekten der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie.** – (Anhand der These einer methodisch zentralen Stellung des „Form“begriffs soll das Marx'sche Kapital auf die Eigentümlichkeit seines wissenschaftlichen Verfahrens hin überprüft werden.) – Diss. (bei Prof. M. Theunissen). – Ms.-Abschluß voraussichtlich August 75.
- 2504 NELSON, D. Harold (East Lansing, Michigan): **State Capitalism and the Persistence of 'Value': Marx's Analysis of the Role of 'Value' in the Transition to Socialism.** – Ms. abgeschlossen. – Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 30.
- 2505 MOLNÁR, Miklós (Institut universitaire de hautes études internationales, Genf): **Karl Marx, Friedrich Engels et la politique internationale.** – (Nationale Bewegung; europäisches Gleichgewicht; Kolonialfrage und die asiatische Produktionsweise. Texte von Marx, Engels und anderen zeitgenössischen Autoren.) – Abgeschlossen. – Soll im Herbst 1975 im Verlag Gallimard, Paris, erscheinen.

- 2506 BERGER, Martin (Youngstown State University): **War and Revolution in Classical Marxist Thought**. — Eingereicht bei der Seventh Annual History Conference, Bloomsburgh State College. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 30.
- 2507 BERGER, Martin (Youngstown State University): **Engels, Armies and Revolution: The Military Theory of Classical Marxism**. — Ms. abgeschlossen. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 30.
- 2508 BECKER, Gerhard (Inst. f. Gesellschaftswiss. beim ZK der SED, Berlin): **Beiträge zur Marx-Engels-Forschung und zur Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49**. — Diss. — Abgeschlossen Oktober 1974. — Hinweis in ZfG 23 (1975), H. 1, S. 93.
- 2509 HIRSCH, Helmut (Gesamthochschule Duisburg): **Karl Ludwig Bernays' Werk „Die Ermordung der Herzogin von Praslin, ein Beitrag zur Geschichte des Kampfes der Leidenschaften mit den modernen Gesellschafts-Elementen als Spiegel sozialökonomischer und kulturpolitischer Vorstellungen im Umkreis von Karl Marx und Friedrich Engels am Vorabend der Revolution von 1848“**. — (30 Seiten Dokumentation aus dem neu aufgefundenen Werk, 20 Seiten Analyse.) — Monographie. — In Bearbeitung. — Soll in der Reihe „Schriften aus dem Karl-Marx-Haus“ erscheinen.
- 2510 BOTZ, Gerhard (Johannes-Kepler-Hochschule Linz): **Austromarxismus und Faschismus**. — (Entwicklung der Faschismustheorien Otto Bauers, Julius Deutschs, Wilhelm Ellenbogens, Karl Renners, Otto Leichters und anderer österreichischer Sozialdemokraten in der Zeit 1920 bis etwa 1945.) — Monographie. — In Bearbeitung. —

Eine auf Otto Bauer beschränkte Fassung ist 1974 in „International Review of Social History“, vol. 19, Part 1, erschienen.

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

- 2511 WELTER, Peter (Berlin): **Bibliografie der Schriften Heinrich Brandlers 1910 - 1967**. — Ms.-Abschluß Herbst 1975.
- 2512 BENS, Wolfgang und Hermann GRAML (Hrsg.) Robert F. WHEELER (Einleitung) (Institut für Zeitgeschichte München): **Curt Geyer: Erinnerungen 1891 - 1922**. — (Kommentierte Edition der Erinnerungen, die vor allem Ideologie und Praxis des linken Flügels der USPD behandeln.) — Edition. — Ms.-Abschluß Herbst 1975. — Soll als Bd. 32 der Schriftenreihe Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte veröffentlicht werden (DVA Stuttgart).
- 2513 WILBOIS, Eric (Universität Münster): **Wilhelm Häusgen, Sozialdemokratischer Publizist**. — (Biographie, Bibliographie. Frage der Kulturrezeption bei als Publizisten tätigem ehemaligem Arbeiter.) — Magisterarbeit (bei Prof. Lerg). — In Bearbeitung. — Soll 1976 veröffentlicht werden.
- 2514 MARX, Michael (Ruhr-Universität Bochum): **Haubach, Mierendorff, Reichwein. Drei Frontkämpfer in der Weimarer Sozialdemokratie**. — (Quellen: Ihre Publikationen und Nachlässe.) — Diss. (bei Prof. Hans Mommsen). — Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2515 BECK, Dorothea (Ruhr-Universität Bochum): **Julius Leber. Eine politische Biographie**. (Arbeitstitel). — (Innerparteiliche Reformbemühungen L.s in der Weimarer Sozialdemokratie. Quellen: Zeitungsartikel, Reden,

- Schriften und Briefe.) – Diss.
(bei Prof. Hans Mommsen). – Endstadium der Bearbeitung.
- 2516 BECK, Dorothea (Ruhr-Universität Bochum): **Julius Leber. Reden, Schriften, Briefe.** – Edition. – Soll 1975 im Verlag Annedore Leber, München, erscheinen.
- 2517 OSCHILEWSKI, Walther G. (Berlin): **Im Strom der Zeit. Über Richard Timm.** – (Frühe Arbeiterjugendorganisationen 1904); Gewerkschaftsbewegung (1919 - 1933), gewerkschaftliche Jugendarbeit; gewerkschaftlicher Widerstand (1933 - 1945), Leuschner-Kreis.) – Ms.-Abschluß Juni 1975. – Soll im Herbst 1975 im Verlag Westkreuz-Druckerei und Verlag, Berlin, erscheinen.
- 2518 SCHÜTZE, Karl-Robert (TU Berlin): **Heinrich Vogeler und die Kleinbahn Bremervörde - Osterholz. Heinrich Vogelers Tätigkeit als Architekt in Niedersachsen. Voraussetzungen und Beispiele.** – (Die Architektur als ein besonderer Wert in der Veränderung der politischen Anschauungen Vogelers. Geschichte der Vereine, deren Mitglied V. war.) – Hausarbeit zur Magisterprüfung. – Abgeschlossen. – (Ein vollständiger wissenschaftlicher Katalog ist als Diss. geplant.)
- 2519 KNAPP, Thomas A. (Loyola University, Chicago): **Joseph Wirth and the Crisis of Political Catholicism in the Weimar Republic.** – Monographie. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 34.
- E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG**
- I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume**
- 2520 SCHRÖDER, Ernst (Essen): **Forschungen zur Industriegeschichte des 19. Jahrhunderts.** – In Bearbeitung.
- 2521 RÜDEN, Peter von (Hrsg.): **Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung.** (Arbeitstitel). – (Dokumente aus Theorie und Praxis, Analysen zu Einzelthemen. 2 Bde, Bd. 1: 1848 - 1918; Bd. 2: 1918 - 1933.) – Im Planungsstadium.
- 2522 KLUCSARITS, Richard (Hrsg.) (Wien): **Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht.** – (Autobiographische Texte entrechteter Frauen des 18. und 19. Jahrhunderts in Österreich, Deutschland und in der Schweiz.) – Edition. – Ms. abgeschlossen. – Soll im Herbst 1975 im Verlag Hammer, Wuppertal, erscheinen.
- 2523 TASCHKE, Eva (Universität Münster): **Entwicklung der Frauenarbeit und Arbeiterbewegung 1870 - 1930.** – Diplomarbeit (bei Prof. R. H. Tilly). – In Bearbeitung.
- 2524 HULSE, James W. (University of Toronto): **The Christian Social Reform Tradition in the 19th Century.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 30.
- 2525 SCHNEIDER, Michael (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung): **Geschichte der christlichen Gewerkschaften 1890 - 1933.** – (Entwicklung von Organisation, Programmatik und Praxis christlicher Gewerkschaften vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Situation. Quellen: Tagungs- und Kongreßprotokolle, Geschäftsberichte und programmatische Schriften aus DGB-Archiv, Bücherei des Volksvereins und Stegerwald-Nachlaß.) – Monographie. – Im Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2526 FOCKE, Franz (Ruhr-Universität Bochum): **Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU.** – (Christliche Gewerkschaften und

katholische Arbeitervereine nach dem ersten Weltkrieg und die CDU 1945 - 1947. Quellen: Archive Koblenz, Bonn, Köln, Düsseldorf, Würzburg, Berlin) – Diss. (bei Prof. Hans Mommsen). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1975. – Teile der Arbeit erscheinen in der Schriftenreihe Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.

- 2527 OSCHILEWSKI, Walther G. (Berlin): **Zeitungen in Berlin (350 Jahre)**. – (Erste Arbeiterzeitungen, sozialdemokratische, kommunistische Presse.) – Edition. Monographie. – In Bearbeitung. – Soll im Herbst 1975 im Verlag Haude & Spener, Berlin, erscheinen.
- 2528 SCHÖNE, Manfred (Düsseldorf): **Werksgeschichte der Firma Henkel: Industriegeschichte allgemein. „Henkel 100 Jahre“**. (Arbeitstitel). – (Standortfrage, Markenartikel, chemisch-technisches Geschäft, Personal- und Sozialwesen, Unternehmerfamilie. Quellen: vorwiegend Firmenarchivalien.) – Monographie. – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Soll im Sommer 1976 veröffentlicht werden.

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

- 2529 RENZSCH, Wolfgang (Universität Göttingen): **Zur Auseinandersetzung um Strategie und Taktik des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands**. – (Eine Analyse auf der Grundlage von Reichstags- und Parteiprotokollen, [1871 - 1878].) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Peter Lösche). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Juli 1975.
- 2530 PLATEN, Heinz-Peter (Universität Münster): **Die Ausbreitung der sozialistischen Arbeiterbewegung und Probleme ihrer Organisation auf lokaler Ebene während des Sozialistengesetzes**. – (Kontinuität und Umstrukturierung der Organisationen der Arbeiterbewegung. Quellen: „Sozialdemokrat“, Protokolle, Memoiren, Briefwechsel, staatliche Akten, Regional- und Lokalstudien zur Arbeiterbewegung, Verbandsgeschichten der Gewerkschaften, Reichstagswahlen, Krankenversicherungs- und Kriminalstatistik.) – Staatsexamensarbeit. – Ms. abgeschlossen.
- 2531 MÜLLER, Hermann (Universität Münster): **Sozialdemokratische Gewerkschaften während des Sozialistengesetzes**. – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Gerhard A. Ritter). – Ms. abgeschlossen.
- b) 1890 – 1914
- 2532 HELMERICH, Odilo-Bertram (Universität Würzburg): **Studien zum Problem der Organisation in der deutschen Sozialdemokratie (1890 bis 1914)**. – (Organisationsreform von 1905, innerparteiliche Strukturveränderungen und ihre Auswirkungen.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Eberhard Kolb). – Ms. abgeschlossen.
- 2533 FINKE, Bruno (Universität Münster): **Bergarbeiterausschüsse 1905 - 1920**. – Examensarbeit (bei Prof. Gerhard A. Ritter). – In Bearbeitung.
- 2534 CHAMBERLIN, Brewster S. (University of Maryland-Europe): **The SPD Central Party School 1906 - 1914**. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 33.
- c) Weltkrieg und Revolution
- 2535 HÖGL, Günther (Universität München): **Die USPD und die Gewerkschaften 1916 - 1922**. – (Revolutionäre Strö-

- mungen in den Einzelgewerkschaften.) – Diss. (bei Prof. G.A. Ritter). – Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2536 KREBS, Gerhard (PH Münster): **Entstehung und Entwicklung der Arbeiter-, Betriebs- und Soldatenräte in der Novemberrevolution 1918/19.** – Wiss. Betreuer: Prof. Erich Kosthorst. – In Bearbeitung.
- d) Weimarer Republik**
- 2537 WULF, Peter (Universität Kiel): **Hugo Stinnes – Wirtschaft und Politik 1918 - 1924.** – (Zusammenhang von Wirtschaft und Politik. Rolle des historischen Individuums und Einflußmöglichkeiten auf bzw. Bestimmtheit durch das politische und ökonomische System.) – Habilitation (bei Prof. K.D. Erdmann). – Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2538 EMIG, Dieter (TH Darmstadt): **Die politische Konzeption der Mehrheitssozialdemokratie in den Anfängen der Weimarer Republik.** – Diss. (bei Prof. A.R.L. Gurland). – In Bearbeitung.
- 2539 BREITMANN, Richard (Harvard University): **Weimar Democracy and the Political Strategy of the Social Democratic Party.** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 33.
- 2540 MARTINY, Martin ((Ruhr-Universität Bochum): **Integration oder Konfrontation. Studien zur sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik in der Weimarer Republik.** – (Verfassungs-, Straf- und Arbeitsrecht. Bedeutung der rechtspolitischen Bemühungen der SPD, integrative Verankerung im System bürgerlichen Rechts, Ausbau von Ansätzen autonomer Gegenmacht.) – Diss. (bei Prof. Rudolf Vierhaus, Göttingen). – Abgeschlossen. – Erscheint im Frühjahr 1976 im Verlag Neue Gesellschaft.
- 2541 BÜSSOW, Anne (Universität Frankfurt/M.): **Bildungsarbeit der freien Gewerkschaften von ca. 1919 - 1925, insbesondere Betriebsräteschulung.** – (Einrichtungen und Veranstaltungen; politische und gewerkschaftliche Bedingungen der Bildungsarbeit; Abgrenzung gewerkschaftlicher Bildung gegen die Arbeit der Volkshochschulen; Bedeutung und Struktur wichtiger Unterrichtsgebiete; Arbeitsweisen, Methoden, Ziele.) – Dipl.-Arbeit (bei Hildegard Feidel-Mertz). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende Juli 1975.
- 2542 RECKE, Dietrich (Universität Freiburg): **Reichswehrminister Geßler und die SPD 1920 - 1928.** – (Arbeitstitel). – (Republikanisierung der Reichswehr. Quellen: Nachlässe Geßler, Seeckt, Schleicher, sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer, RW-Akten des BA/MA, Protokolle, Berichte, Periodika.) – Diss. (bei Prof. H.A. Winkler). – Anfangsstadium der Bearbeitung. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1977.
- 2543 KATER, Michael H. (York University Toronto): **Die 'Technische Nothilfe' als Ausdruck antidemokratischer Gesinnung in der Weimarer Republik.** – Aufsatz. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1975. – Veröffentlichung in deutscher wissenschaftlicher Zeitschrift geplant.
- 2544 PIES, Eberhard (Ruhr-Universität Bochum): **Die Sozialpolitik des Zentrums 1924 bis 1928.** – (Selbstverständnis, Parteistruktur und innerparteiliche Willensbildung, Sozialpolitik und Integrations-/Desintegrationsfunktion, Volksgemeinschaftsideologie, politische Ordnungsmodelle, sozialpolitische Theorie und soziale Praxis, katholische Soziallehre, Weltanschauung und sozialpolitische Interessen.) – Diss. (bei Prof. Hans Mommsen). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1975.

2545 MOMMSEN, Hans (Ruhr-Universität Bochum): **Bürokratie und Staat in der Ära Brüning.** – (Die Beamtenpolitik der Regierung Brüning wird in den weiteren Kontext der krisenbedingten sozial- und innenpolitischen Fernziele Lohnstabilisierung auf niedrigem Niveau bzw. Reichsreform gestellt.) – Aufsatz. – Ms. abgeschlossen. – Soll im Rahmen der Besson-Gedenkschrift erscheinen.

e) 1933 – 1945

2546 ARETZ, Jürgen (Ruhr-Universität Bochum): **Katholische Arbeiterbewegung 1933 - 1939.** – Diss. (bei Prof. K. Repgen). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1975/Anfang 1976.

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

2547 REHTMEYER, Peter (Humboldt-Universität zu Berlin): **Ausgewählte Probleme der Einwirkung der anti-faschistisch-demokratischen Umwälzung im Osten Deutschlands auf die Politik der Klassenkämpfe in den Westzonen (1945 - 1947).** – Promotion A. – Hinweis in ZfG 23 (1975), H. 3, S. 316.

2548 RIESENBERG, Klaus: **Die KPD im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag.** – (Verhältnis zu anderen Fraktionen, Abstimmungsverhalten. Fragen der Parlamentsarbeit. Quellen: Sitzungsprotokolle, offizielle Verlautbarungen der Partei etc.) – Aufsatz. – Im Planungsstadium.

2549 REINHARDT, Helga (Universität Freiburg): **Die Auseinandersetzungen zwischen CDU und SPD. Über die Problematik direkter Demokratie bei der Verfassungsarbeit im Parlamentarischen Rat 1948/49.** – (Volksouveränität, repräsentative parlamentarische Demo-

kratie, direkte Demokratie.) – Staatsexamensarbeit (bei Prof. H.A. Winkler). – Ms.-Abschluß voraussichtlich August 1975.

2550 OTTMER, Hans-Martin (Universität Freiburg): **Die Innenpolitik Konrad Adenauers aus dem Blickwinkel des DGB in der ersten Legislaturperiode.** – (Verfassungspolitische Probleme des Grundsatzprogramms des DGB, Entscheidungsstrukturen im DGB und im Kanzleramt zu gewerkschaftspolitischen Fragen. Quellen: DGB-Archiv.) – Diss. (bei Prof. W. Jäger). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2551 THUM, Horst (TU Hannover): **Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1952.** – (Paritätische Mitbestimmung in den aus den Konzernen ausgegliederten Gesellschaften, Kontrolle bzw. Treuhandverwaltung, Forderung der Gewerkschaften und der Parteien nach Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum, Paritätische Mitbestimmung, Wiederherstellung der alten Eigentumsverhältnisse. Quellen: Drucksachen, Broschüren. Bisher unveröffentlichte Archivalien.) – Diss. (bei Prof. Jürgen Seifert). – Anfangsstadium der Bearbeitung.

2552 LATURNER, Sybille (TH Darmstadt): **Gewerkschaften als Gegenmacht.** – Literaturbericht über neuere Theorien zu einer möglichen Funktion der Gewerkschaften im Spätkapitalismus. – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Hans Gerd Schumann). – Ms.-Abschluß Dezember 1974.

2553 LATURNER, Sybille (TH Darmstadt): **Die Tarifpolitik der IG Chemie Papier Keramik vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung der chemischen Industrie nach 1945,**

- unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen Einkommenspolitik. (Arbeitstitel). – (Entwicklung der chemischen Industrie, staatliche Einkommenspolitik, Tarifpolitik bei fortschreitender Konzentration und Verselbständigung der betrieblichen Lohn- und Sozialpolitik, Fallstudie: Der Chemie-Streik 1971 unter dem Druck staatlicher Einkommenspolitik. Die Rolle der Großkonzerne und die Auseinandersetzungen im Bezirk Hessen.) – Diss. (bei Prof. Hans-Gerd Schumann). – Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2554 GIESE, Irmgard und Werner MÜLLER (PH Bielefeld): **Organisation und Argumentation der „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“ (VUS)**. – Staatsexamensarbeit (bei Prof. Arno Klönne). – Ms. abgeschlossen.
- 2555 SCHULMEISTER, Karl-Heinz (Humboldt-Universität zu Berlin): **Die Entwicklung des Kulturbundes in den Jahren 1945 bis Ende 1947. Ein Beitrag zur kulturellen Umwälzung in der ersten Epoche der volksdemokratischen Revolution**. – Promotion A. – Abgeschlossen Dezember 1974. – Hinweis in ZfG 23 (1975), H. 4, S. 442.
- 2556 KIRCHNER, Jürgen (Pädagogische Hochschule Leipzig): **Zur Teilnahme der Frauen am sozialistischen Aufbau und an der Verwirklichung ihrer Gleichberechtigung. Ein Beitrag zur Frauenpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1949 - 1955**. – Promotion A. – Abgeschlossen Dezember 1974. – Hinweis in ZfG 23 (1975), H. 4, S. 442.
- 2557 SACHENBACHER, Peter (Humboldt-Universität zu Berlin): **Die historisch-materialistische Auffassung des Verhältnisses von revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse, ihren historischen Vorbildern und dem sozialistischen**
- Perspektivbewußtsein und ihre Anwendung in der marxistisch-leninistischen Geschichtspraganda der Freien Deutschen Jugend**. – Promotion A. – Hinweis in ZfG 23 (1975), H. 3, S. 316.
- III. Regionale und lokale Darstellungen
- a) Regional
- 2558 ELSÄSSER, Konrad und Rolf MAIER (Universität Heidelberg): **Die „Marx-Klubs“ in Baden 1910/11**. – (Entstehungsgeschichte, politische Haltung, Aktivitäten, Quellen: GLA Karlsruhe, Vorwärts, LVZ, badische Parteiblätter, Protokolle). – Aufsatz. – In Bearbeitung.
- 2559 DENK, Hans-Dieter (Universität Regensburg): **Die Christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ende des Ersten Weltkriegs**. – (Entstehung und Entwicklung der katholischen Gesellenvereine, der katholischen und evangelischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften in Bayern bis 1918, ihr Verhältnis zur sozialistischen Arbeiterbewegung, zu den Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden und zur Kirche. Quellen: Staatliche, kirchliche und Wirtschaftsarchive, Publizistik.) – Diss. (bei Prof. Dieter Albrecht). – Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 2560 KUBAN, Wolfgang (Universität Münster): **Arbeiterbewegung und sozialer Protest im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet**. – Diplomarbeit (bei Prof. R. Tilly). – In Bearbeitung.
- 2561 SELTMANN, Thomas (Universität Münster): **Arbeiterbewegung und Protest 1914 - 1918 im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet**. – Diplomarbeit (beim Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte.) – In Bearbeitung.

- 2562 SCHOLLE, Dietrich (Universität Münster): **R u h r bergarbeiterstreik 1812.** – Staatsexamensarbeit (bei Prof. G.A. Ritter). – In Bearbeitung.
- 2563 HICKINBOTHAM, S. (St. Antony's College Oxford): **Arbeiterbewegung im R u h r g e b i e t 1889 - 1914.** – Wiss. Betreuer: A. T. Nicholls. – In Bearbeitung.
- 2564 KASTORFF-VIEHMANN, Renate (TH Aachen): **Die Verelendung der Arbeiterwohnsiedlungen im R u h r g e b i e t seit dem mittleren 19. Jahrhundert.** – (Entwicklung der Siedlungsstruktur, Wohnungsproduktion, Umfang und Erscheinungsbild des Werkwohnungsbaus. Ursachen der Verelendung und der Verfall von Siedlungsteilen. Quellen: Verwaltungsberichte, Material von Stadtarchiven, Bau- und Siedlungspläne.) – Diss. (bei Prof. A. Mann). – In Bearbeitung.
- 2565 TSCHIRBS, Rudolf (Ruhr-Universität Bochum): **Tarifpolitik im R u h r - bergbau 1918 - 1933.** – (Modus procedendi im collectiv bargaining von Zechenverband und Bergarbeiterverbänden. Lohnstruktur und Arbeitszeit. Staatsintervention.) – Diss. (bei Prof. Hans Mommsen). – Im Anfangsstadium der Bearbeitung.

b) Lokal

- 2566 ISOM, Warren R. (z.Zt. Wuppertal): **Kaufleute in E l b e r f e l d und B a r m e n 1780 - 1860.** – In Bearbeitung.
- 2567 SUMMA, Rudolf (Philipps-Universität Marburg): **Zur Sozialgeschichte der Stadt K a s s e l von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg.** – (Wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftlicher Wandel, soziale Frage, soziale Bestrebungen und Konflikte, politische Willensbildung.

Quellen: Akten des Staatsarchivs Marburg u.a.) – Diss. – Ms.-Abschluß voraussichtlich 1976.

- 2568 FRANKE, Bernhard (PH Köln): **Die K ö l n e r SPD im ersten Jahr der deutschen Republik (1918/19), dargestellt vermittle der Berichterstattung der „Rheinischen Zeitung“.** – (Organisatorische Entwicklung, Arbeiter- und Soldatenrat, Wahlen zur Nationalversammlung, Sozialisierung, Rheinische Republik, Wahlkämpfe.) – Staatsexamensarbeit (bei Dr. Günter Bers). – Ms.-Abschluß voraussichtlich Mai 1975.

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

E n g l a n d

- 2569 FAHERTY, Raymond (University of North Carolina): **Feergus O'Connor and the Chartist Movement.** – Diss. – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 34.
- 2570 KATZNELSON, Ira (Columbia University): **Shifting Patterns of Class Behavior in the British Labor Movement.** – Monographie. – Abgeschlossen 1974. – Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 35.
- 2571 GRANGER, Daniel (Indiana University): **John Stuart Mill and John Ruskin on the English Working Class,** – Diss. – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 34.
- 2572 HOLTON, Robert (University of Glasgow): **Syndicalism in Britain 1906 - 1914, Myth and Reality.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 35.
- 2573 GARSIDE, W.R. (University of Birmingham): **Unemployment in Britain 1919 - 1939.** – In Bearbeitung. – Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 34.

2574 ROSENZWEIG, Roy (Harvard University): **Organizations of the Unemployed in Britain and America during the Great Depression.** — Diss. — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 30.

2575 SATRE, Lowell J. (Youngstown State University): **Parliamentary Control of Leisure Activities.** — Im Anfangsstadium der Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 35.

2576 BAYLEN, J.O. (Georgia State University): **Dictionary of Modern British Radicals.** — Bd. 1. — Erscheint 1975. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 34.

Frankreich

2577 NEWMAN, Edgar L. (New Mexico State University): **Une Histoire de desamour: The Breakup of the Alliance between the French Working Classes and the Liberal Bourgeois Leaders after the French Revolution of 1830.** — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 32.

2578 JOUGHIN, Jean T. (American University): **The Life and Death of a Company Town: Montceau-les-Mines and the Third Republic, 1870 - 1914.** — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 32.

2579 WALDMAN, Martin R. (City College of New York): **The Repression of the Communards.** — In Bearbeitung. — (Als Aufsatz bereits 1973 in Canadian Journal of History, Vol. VIII, No. 3, erschienen.) — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 33.

2580 WALDMAN, Martin R. (City College of New York): **Administration and Administrators during the Paris Commune.** — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6, S. 33.

2581 HANAGAN, Michael P. (University of Michigan): **Artisans and Strike Waves in France 1884 - 1914.** — Diss. — Abgeschlossen 1974. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 31.

2582 BOXER, Marilyn (San Diego State University): **Socialism and Feminism in late 19th and early 20th Century France.** — Diss. — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 31.

2583 OFFEN, Karen M. (Woodside, California): **The „Woman” Question as a Social Issue in Republican France before 1914.** — Monographie. — Abgeschlossen. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 32.

2584 McBRIDE, Theresa, M. (College of the Holy Cross): **Labor Migration in France and Occupational Choice: Household Services as an Alternative to Industrial Employment.** — Abgeschlossen. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 32.

2585 HAINSWORTH, Raymond E. (London School of Economics): **Strikes in the Mining Industry of France between the World Wars.** — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 31.

2586 KOLBOOM, Ingo (TU Berlin): **Der französische Patronat zwischen Volksfront und Vichy. Zur Unternehmerpolitik in Frankreich 1936 - 1940.** — (Interne und externe Reaktion der Unternehmerverbände auf die Massenstreikbewegung von 1936 und deren Folgen, zugleich verstanden als Vorgeschichte von Vichy. Fallstudien anhand einiger patronaler Verbände. Quellen: Verbandszeitschriften u.a.) — Diss. — Im Anfangsstadium der Bearbeitung.

Italien

- 2587 BELL, Donald (Massachusetts Institute of Technology): **Sesto San Giovanni. Industry and Society in an Italian Suburb, 1860 - 1922.** — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 35.
- 2588 GONZALES, Manuel G. (Diablo Valley College): **Andrea Costa and the Rise of Socialism in the Romagna, 1871 - 1892.** — Book length manuscript. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 35.
- 2589 BELL, Donald (Massachusetts Institute of Technology): **Worker's Culture in the Milan Hinterland.** — Abgeschlossen 1974. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 35.

Niederlande

- 2590 SUMMEREN, H. J. M. van (Kath. Universität Nijmegen): **De houding van de overheid ten aanzien van de revolutionaire socialistische beweging, 1918 - 1923.** [Die Haltung der Obrigkeit gegenüber der revolutionären sozialistischen Bewegung, 1918 - 1923.] — Doctoraal scriptie (bei Prof. A.F. Manning). — Abgeschlossen.
- 2591 WOLF, H.R. (Kath. Universität Nijmegen): **De R.S.A.P. en het kommunisme.** [Die RSAP (Revolutionär-sozialistische Arbeiterpartei) und der Kommunismus.] — Kandidaatsscriptie (bei Prof. A.F. Manning). — Abgeschlossen.
- 2592 ZANDE, H.J.J. van de (Kath. Universität Nijmegen): **„Kommunisme in een keurslijf.” De geschiedenis van de C.P.N. van 1939 - 1941 en een overzicht van de geschiedschrijving van leden en ex-leden sindsdien.** [„Kommunismus in einem Schnürleib”. Die Geschichte der CPN (Niederl. Kommunist. Partei) 1939 - 1941

und ein Überblick über die Geschichtsschreibung durch Mitglieder und ehemalige Mitglieder seitdem.] — Kandidaatsscriptie (bei Prof. A.F. Manning). — Abgeschlossen.

- 2593 KLAASSEN, W. (Kath. Universität Nijmegen): **De mijnwerkersbonden in bevrijd Zuid - Limburg, september 1944 - midden 1945.** [Die Bergarbeitervereine im befreiten Süd-Limburg, September 1944 bis Mitte 1945.] — Doctoraal scriptie (bei Prof. A.F. Manning). — Abgeschlossen.
- 2594 d'HAENS, F.P.M. (Kath. Universität Nijmegen): **De katholieke werkge-meenschap in de Partij van de Arbeid.** [Die katholische Arbeitsgemeinschaft in der „Partij van de Arbeid”.] — (Tätigkeiten der katholischen Minderheit in der Partei der Arbeit.) — Doctoraal scriptie (bei Prof. A.F. Manning). — Abgeschlossen.

Österreich

- 2595 WEIDENHOLZER, Josef (Joh. Kepler-Hochschule Linz): **Entwicklung der Schulungstätigkeit in der österreichischen Sozialdemokratie.** — (Bedeutung der Schulung, Schulung und Kulturbewegung, Veränderung der Inhalte und Bedeutung 1919 bis Anfang der 60er Jahre. Quellen: Berichte, Aufsätze, Vortragsdispositionen, Interviews.) — Diss. — Ms.-Abschluß voraussichtlich Mitte 1976.
- 2596 SEIBERT, Franz (Hochschule Linz): **Zur Geschichte der österreichischen Konsumgenossenschaften von den Anfängen bis zur Gegenwart.** — (Beziehungen zur österreichischen Sozialdemokratie, Wandlung der Funktionen der Konsumgenossenschaften, zukünftige Probleme.) — Diss. (bei

Prof. Karl R. Stadler). — Ms.-Abschluß voraussichtlich Sommer 1975.

- 2597 HOLTSMANN, Everhard (Ruhr-Universität Bochum): **Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933 bis 1938.** — (Probleme der Einstellung der illegal operierenden Arbeiterbewegung auf repressive Herrschaftspraxis. Quellen: Wiener Staats- und Parteiarchive.) — Diss. (bei Prof. Hans Mommsen). — Ms.-Abschluß Frühjahr 1975.
- 2598 SARCLETTI, Mario (Universität Salzburg): **Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime — kommunistischer Widerstand im Raum Salzburg.** — („Links“ gegen „rechts“, Österreichischer Widerstand 1938, Kommunistische Partei bis Hitler-Stalin-Pakt. Verschärfung, Verfolgung. Quellen: Flugblätter, Schriften des Volksgerichtshofes u.a.) — Diss. (bei Prof. Erika Weinzierl). — Quellensammlung beendet. Ms.-Abschluß voraussichtlich 1976.

U d S S R

- 2599 MILLER, Martin A. (Duke University): **Social Origins of Russian Revolutionaries during the 1870's.** — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 36.
- 2600 MILLER, Martin A. (Duke University): **The Russian Revolutionary emigre Community before 1917.** — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 36.

U n g a r n

- 2601 MOLNÁR, Miklós (Institut universitaire de hautes études internationales, Genf): **La politique étrangère de la République des conseils de Hongrie, 1919.** — (Bruch und Kontinuität. Quellenbasis: politische, diplomatische und militärische Dokumente, gedruckte Quellen.) — Aufsatz. — In Bearbeitung.

U S A

- 2602 McLEOD, Richard (Shippensburg State College): **The Social and Economic Organization of the Philadelphia Artisans 1790 - 1850.** — Monographie. — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 37.
- 2603 DUBLIN, Thomas (Columbia University): **Woman at Work: Transformation of Work and Community in Lowell, Massachusetts 1826 - 1860.** — Diss. — Abgeschlossen 1974. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 36.
- 2604 CAMPISI, Liborio (New York University): **The Transformation of the Brooklyn Working Class.** — Diss. — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 36.
- 2605 JENSEN, Richard und Charles STEPHENSON (The Newberry Library, Chicago): **Social Predictors of American Mobility, 1875 - 1915.** — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 37.
- 2606 BRIER, Steve und Jon AMSDEN (University of California, Los Angeles): **Strike Trends in the U.S. Coal Industry 1881 - 1894.** — In Bearbeitung. — Hinweis in Newsletter Nr. 6 (1974), S. 36.

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

- 2607 MOLNÁR, Miklós (Institut universitaire de hautes études internationales, Genf): **Histoire de la Première Internationale.** — (Organisation, Aktion, Ideologie. Quellen: Archivalien und gedruckte Quellen.) — Monographie. — In Bearbeitung.

- 2608 WITZIG, Carole (Institut universitaire de hautes études internationales, Genf): **Der Dreikaiserbund und die I. Internationale, 1870 - 1873.** — (Quellen: Archive der Außen- und Innenministerien Deutschlands und Österreich-Ungarns.) — Diss. (bei Prof. Miklós Molnár). — Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1975.

*Berichtigungen und Ergänzungen
zum Titelverzeichnis*

- 996 H. 8 (1969)
SCHNEIDER, Michael: **Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933.** — Erscheint 1975 im Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg.
- 1685 H. 15 (1972)
SCHNEIDER, Michael: **Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik.** — Erscheint 1975 im Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg.
- 2346 H. 3 (1974)
SCHNEIDER, Michael: **Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29.** — Ist 1974 im Verlag Einhorn-Press, Wentorf bei Hamburg, erschienen.
- 2382 H. 4 (1974)
Der Nachname der Autorin (Monika Turck) ist zu ändern in *G e d i c k e*.
- 2408 H. 4 (1974)
BERS, Günter: **Der Arbeiter- und Soldatenrat in Jülich im November 1918.** — Ist 1974 in „Jülicher Geschichte“, H. 41 (1974) erschienen. Zu beziehen durch: Jülicher Geschichtsverein, 5170 Jülich 1, Adolf-Fischer-Str. 42 (H. Plum).

DIE SCHWEDISCHE ZEITSCHRIFT "ARKIV FÖR STUDIER I ARBETARRÖRELSENS HISTORIA"

Von Einhart Lorenz

Der schwedische Wohlfahrtsstaat, Resultat vierzigjähriger sozialdemokratischer Regierungspolitik, galt lange als Musterbeispiel für eine Entwicklung, die auch von den sozialdemokratischen Parteien anderer Länder angestrebt wurde. Dabei waren die Kenntnisse der sozio-ökonomischen Entwicklung Schwedens oft oberflächlich, die der Geschichte der schwedischen Arbeiterbewegung unvollkommen und einseitig. Auch die Publikationen, die in der letzten Zeit erschienen sind, sind entweder schönfärberisch und für den Historiker nur von begrenztem Wert, wie etwa die Memoiren des ehemaligen Ministerpräsidenten Tage Erlander, oder in ihrer Kritik oberflächlich und nicht in der Lage, den akuten Mangel einer Geschichte der schwedischen Arbeiterbewegung zu beheben.

Diesem Mangel kann auch die schwedische Zeitschrift „ARKIV FÖR STUDIER I ARBETARRÖRELSENS HISTORIA“, deren erstes Heft 1971 erschien, nicht abhelfen. Inzwischen liegen 6 Hefte vor und außerdem 2 Monographien, nämlich die Habilitationsschriften von Sune Sunesson¹ und Bernt Kennerström.² Für den ausländischen Leser ist es natürlich bedauerlich, daß die Artikel in „Arkiv“ keine fremdsprachliche Zusammenfassung haben und damit auch nicht dazu beitragen können, die vorgelegten Forschungsergebnisse über Skandinavien hinaus bekannt zu machen. Bei den beiden Habilitationsschriften hat man dem zum Glück abgeholfen. Kennerströms Arbeit hat eine deutsche Zusammenfassung, die allerdings sprachlich nicht immer sehr glücklich ist, Sunessons eine englische.

Eine weitere Begrenzung der Zeitschrift liegt meines Erachtens darin, daß „Arkiv“ nicht ausreichend die Tendenzen in der Forschung zur schwedischen Arbeiterbewegung widerspiegelt.³ Von den 29 bisher veröffentlichten Artikeln beschäftigen sich nicht weniger als 10, d.h. über ein Drittel, mit Schwedens kommunistischer Partei. 11 Artikel befassen sich mit verschiedenen Aspekten sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschaftspolitik und anderen Fragen, die mit der Gewerkschaftsbewegung in Beziehung stehen. Die übrigen Artikel verteilen sich auf verschiedene Themen, wie etwa die sozialdemokratische Krisenpolitik in den 30ziger Jahren (3 Artikel), die sozialdemokratische Agrarpolitik, den sozialdemokratischen Jugendverband, den Durchbruch des Reformismus in der schwedischen Sozialdemokratie, Theorien über Reformismus und Arbeiteraristokratie bei Engels und Lenin,

* *Arkiv för studier i arbetarrörelsens historia* (im folgenden zitiert: *Arkiv*), hrsg. von der Sällskapet för studier i arbetarrörelsens historia, Stockholm.
Redaktion: Bernt Kennerström, Claes-Göran Jönsson, Hartmut Apitzsch und Gunnar Olofsson, Vertriebsanschrift: *Arkiv*, Fack 22101, S-Lund 1.

- 1 Sune Sunesson, *Politik och organisation. Staten och arbetarklassens organisationer* [Politik und Organisation. Der Staat und die Organisationen der Arbeiterklasse (= *Arkiv* avhandlingsserie 1)], Lund 1974.
- 2 Bernt Kennerström, *Mellan två internationaler. Socialistiska Partiet 1929 - 1937* [Zwischen zwei Internationalen. Die Sozialistische Partei 1929 - 1937 (= *Arkiv* avhandlingsserie 2)], Lund 1974.
- 3 Vgl. hierzu die von Christer Bogefeldt im März zusammengestellte Übersicht über Forschungsvorhaben zur Geschichte der Arbeiterbewegung an schwedischen Universitäten, in: *Forskningsläget inom arbetarrörelsens historia i Norden*, Helsingfors: Institute of Political History 1974. Hier nimmt die kommunistische Partei mit nur 4 Vorhaben einen relativ bescheidenen Platz ein, während über die Sozialdemokratie 13 Studien in Bearbeitung waren.

Aspekten sozialistischer Kulturpolitik u.a. Das Interesse für die Entwicklung der Kommunistischen Partei ist zwar verständlich, wenn man bedenkt, daß die Geschichtsschreibung in Schweden, wie übrigens auch in Norwegen und Dänemark, jahrelang von der Sozialdemokratie dominiert und die Darstellungen der kommunistischen Arbeiterbewegung deutlich vom Kalten Krieg geprägt waren oder Legitimationsliteratur darstellen. Eine stärkere Konzentration auch auf die sozialdemokratische Partei wäre auch insofern wünschenswert, als auf diese Weise die erforderliche Neubewertung der Politik der Partei vorgenommen werden könnte.

Bei der Fülle der verschiedenen theoretischen Ansätze und dem unterschiedlichen Niveau der einzelnen Aufsätze, das sich zwischen Seminararbeiten und Auszügen aus Dissertationen bewegt, einen vollständigen Überblick über die bisher publizierten Arbeiten zu geben, scheint in diesem Rahmen unmöglich – ganz abgesehen davon, daß nicht alle Aufsätze das gleiche Interesse für ein deutsches Publikum haben. Hingewiesen werden soll auf die Diskussion zwischen Otto Steiger und Karl-Gustav Landgren über die Hintergründe der sozialdemokratischen Krisenpolitik in den 30ziger Jahren, die mit einer Zusammenfassung des Teils B aus Steigers Dissertation begann ⁴ (Otto Steiger, „Till frågan om den nya ekonomiska politikens tillkomst i Sverige“, in: „Arkiv“, Nr. 1). In seiner Kritik „Bakgrunden till 1930 - talets krispolitik. Ett genmäle till Otto Steiger“, in: „Arkiv“, Nr. 2) kommt Landgren auf die Resultate seiner Dissertation zurück, ⁵ in der er die schwedische Krisenpolitik als ein Resultat der Keynes'schen Wirtschaftstheorie analysiert hat, während Steiger die Krisenpolitik auf den Minority Report von Beatrice und Sidney Webb von 1909 zurückführt. Die Diskussion über die Ursprünge der Krisenpolitik dürfte kaum mit Steigers Erwiderung auf Landgrens Kritik („Bakgrunden till 1930 - talets socialdemokratiska krispolitik“, in: „Arkiv“, Nr. 4) abgeschlossen sein.

Einen ausgezeichneten Überblick über die Politik der Kommunistischen Partei zwischen 1943 und 1950 gibt Tom Olsson („SKP: s politiska utveckling 1943 - 1950“, in: „Arkiv“, Nr. 2 und 3). Von besonderem Interesse ist hier m.E. die Periode zwischen 1944 und 1946. Auf ihrem Parteitag 1944 hatte die Partei in einem neuen Grundsatzprogramm eine neue Politik eingeleitet, die dazu führte, daß ein Jahr später von einem „friedlichen“ und „schwedischen“ Weg zum Sozialismus die Rede war. Gleichzeitig wurde das Nachkriegsprogramm der Sozialdemokratie zum Handlungsprogramm der KP. Zusammen mit Artikeln von Lennart Berntson („Sveriges kommunistiska parti och leninismen 1919 - 1929“, in: „Arkiv“, Nr. 3) und Bernt Kennerström („Kommunistik facklig politik 1929 - 1932“, in: „Arkiv“, Nr. 1) bekommt man einen guten Überblick über wichtige Perioden in der Entwicklung der KP. Zur Konkretisierung von Kennerströms Aufsatz über die Gewerkschaftspolitik der KP können noch zwei Arbeiten herangezogen werden, nämlich die von Hartmut Apitzsch über den Bauarbeiterstreik 1933/34 („Socialdemokrater och kommunister i byggnadsstrejken“, in: „Arkiv“, Nr. 2) und von Bengt und Elisabeth Svensson über den Streik der Seeleute im Jahre 1933 („Sjömanstrejken 1933“, in: „Arkiv“, Nr. 2). Beide Aufsätze, die Teile einer größeren Grup-

Forskningsläget inom arbetarrörelsens historia i Norden publiziert das Material des ersten nordischen Seminars zur Geschichte der Arbeiterbewegung, des im April 1974 in Helsinki und Lammi stattfand. Der Band bietet einen relativ vollständigen Überblick über die wesentlichsten Forschungsvorhaben und Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.

4 Otto Steiger, *Studien zur Entstehung der Neuen Wirtschaftslehre in Schweden. Eine Anti-Kritik* (= Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, H. 28), Berlin 1971.

5 Karl-Gustav Landgren, *Den „nya ekonomin“ i Sverige. J.M. Keynes, E. Wigforss, B. Ohlin och utvecklingen 1927 - 39*, Stockholm 1960.

penarbeit am Soziologischen Institut in Lund sind, dokumentieren die Politik der Roten Gewerkschaftsopposition in Schweden.

Zwei Arbeiten befassen sich mit der Haltung der schwedischen Arbeiterparteien zum Spanischen Bürgerkrieg. Der Aufsatz von Claes-Göran Jönsson über die KP und die schwedische Solidaritätsbewegung für Spanien – auch dieser Aufsatz ist Teil einer Gruppenarbeit des Soziologischen Instituts in Lund – leidet allerdings darunter, daß der Verfasser nicht klar genug zwischen Einheitsfront und Volksfront zu unterscheiden weiß („SKP och den svenska spanienrörelsen“, in: „Arkiv“, Nr. 4). Während das aktive Engagement der KP in der Solidaritätsbewegung dazu führte, daß die KP aus ihrer Isolation herauskam, in die sie sich in ihrer ultralinken Periode hineinmanövriert hatte, und sich durch den Einsatz vieler Parteimitglieder als Freiwillige wieder Respekt verschaffen konnte, war die Situation für die Sozialistische Partei genau umgekehrt (vgl. Bernt Kennerström, „Socialistiska partiet och spanska inbördeskriget – den problematiska principfastheten“, in: „Arkiv“, Nr. 6). Die Sozialistische Partei, die ursprünglich eine „rechte“ kommunistische Partei war, die nach Mitglieder- und Stimmenzahl stärker als die KP war, war nach dem Beginn der Volksfrontpolitik der Komintern in eine schwierige Lage gekommen und versuchte nun, die Politik der Komintern von links zu kritisieren. Die skeptische Haltung der Partei zu den Geldsammlungen zur Unterstützung des freien Spanien und zur Werbung von Freiwilligen führte zusammen mit der Neutralitätspolitik der Partei zu ständig zunehmender Isolation und starken Spannungen innerhalb der Sozialistischen Partei, die sich im Mai 1937 spaltete.

Der Geschichte der Sozialistischen Partei geht Bernt Kennerström in seiner Habilitationsschrift nach. Interessant an dieser Partei ist vor allem, daß es ihr noch 1929 gelang, die Majorität der KP-Mitglieder für sich zu gewinnen und über viele Jahre auch zu behalten. Ausgangspunkt für die Spaltung der KP im Jahre 1929 war die ultralinke Politik der Komintern, der sich Kilbom und die Mehrheit der Parteiführung widersetzten. Als die Komintern ihre Volksfrontpolitik entwickelte, begann dann allerdings der Niedergang der Sozialistischen Partei. Für sie war die Volksfrontpolitik ein „Betrug an den revolutionären Prinzipien“. Der antifaschistische Kampf wurde nur auf der Grundlage des revolutionären Sozialismus und nicht der bürgerlichen Demokratie anerkannt (vgl. hierzu die Haltung der Partei zum Spanischen Bürgerkrieg). Den Niedergang der Partei führt Kennerström schließlich darauf zurück, daß sie ihren Aktionsraum verlor, als die Komintern und damit auch die KP ihre Politik änderten. Für ein internationales Publikum dürfte wahrscheinlich das 6. Kapitel von größtem Interesse sein, das die internationalen Kontakte der Partei behandelt. Das gilt besonders für das Verhältnis zur KPD[O] und zur IVKO. Diese Abschnitte in Kennerströms Buch sind ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der rechten kommunistischen Opposition.

Abschließend sei noch erwähnt, daß „Arkiv“ sich selbst als interdisziplinäre Zeitschrift auffaßt, d.h., daß hier nicht nur Historiker zu Worte kommen, sondern auch Soziologen, Politologen und Literaturwissenschaftler. Laut Editorial des ersten Heftes ist es die Zielsetzung der Zeitschrift, ein Zentrum für die Forschung zur Geschichte und aktuellen Stellung der schwedischen Arbeiterbewegung und deren ideologischer, politischer und gewerkschaftlicher Traditionen zu sein. Weiter faßt „Arkiv“ sich als eine wissenschaftliche, aber nicht unbedingt akademische Zeitschrift auf. In der Praxis bedeutet das, daß Probleme behandelt werden sollen, die mehr als rein akademisches Interesse beanspruchen und daß eine allgemeinverständliche Sprachform gewählt werden soll.

Nachdem die ersten 6 Hefte erschienen sind, kann durchaus gesagt werden, daß „Arkiv“ eine Reihe seiner Zielsetzungen erreicht hat und es der Zeitschrift gelungen ist, Forschungsergebnisse einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Es wäre allerdings wünschenswert, wenn die Resultate auch in Form von fremdsprachlichen Zusammenfassungen einem außerskandinavischen Leserkreis zur Kenntnis gebracht werden könnten. Auf diese Weise könnte „Arkiv“ dazu beitragen, ein besseres Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Skandinavien zu wecken.

NEUE LITERATUR

ASENDORF, Manfred (Hrsg.): **Aus der Aufklärung in die permanente Restauration. Geschichtswissenschaft in Deutschland.** — Hamburg: Hoffmann und Campe 1974. 438 S.

Versehen mit einer instruktiv-kritischen Einleitung legt Manfred Asendorf einen Reader zur Geschichtswissenschaft in Deutschland vor. Er verfolgt die fachhistorische Tradition von der zweiten Hälfte des 18. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Mit der Historiographiegeschichte will er zugleich „ein Stück Sozialgeschichte des bürgerlichen historisch-politischen Denkens in Deutschland erschließen“.

Die Textbeispiele beginnen mit dem seit der Romantik als unhistorisch disqualifizierten aufklärerischen Universalismus August Ludwig Schlözers und Arnold Hermann Ludwig Heerens; als deren hervorragende Leistung wird zum einen die Lösung aus der Umklammerung der klassischen Wissenschaften Rechtswissenschaft und Theologie, Philosophie und klassischer Philologie herausgestrichen. Schlözer, der „Chefideologe“ der Göttinger Schule, hat hier eine universalhistorische Forschungsperspektive entwickelt, einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte zum erstenmal eine systematische Begründung geliefert und so die bloße Kompilation historischer Daten überwunden. Der um eine Generation jüngere Heeren hatte die historisch-wissenschaftliche Methode der Quellenkritik be-

reits sehr verfeinert. Beide — und dies wird von Asendorf als weiteres Verdienst der Göttinger hervorgehoben — haben neben der wissenschaftsimmanenten Problematik die politische und soziale Nützlichkeit ihrer Wissenschaft betont. Dem aufklärerischen Erziehungsideal ist die didaktisch-pädagogische Vermittlung des durch die Fachliteratur aufbereiteten Materials gewidmet. Schlözers Fortschrittsglaube, der sich in der These von der unaufhaltsamen Entwicklung der Menschheitsgeschichte vom Niederen zum Höheren niederschlägt, entspricht dem Klasseninteresse des Standes, dem er sich verpflichtet weiß: dem deutschen Besitz- und Bildungsbürgertum.

Französische Revolution, militärische Niederlagen und napoleonische Fremdherrschaft haben zu einer Erschütterung auch der deutschen Geschichtswissenschaft geführt, durch die die Aufklärungshistoriographie in Mißkredit geriet. Lediglich die Liberalen aus dem deutschen Südwesten haben sich gegen das „deutsche historische Denken“ gewehrt, an die Ideen von 1789 angeknüpft und im politischen Spannungsfeld von Freiheit und Einheit gegen die preußische Dominanz für das Primat bürgerlicher Freiheiten votiert. Dies alles freilich vor den Wirtschaftskrisen der 40er Jahre, die bei dem überwiegenden Teil der zugleich als politische Publizisten und Abgeordnete wirkenden Historiker eine größere Kompromißbereitschaft in einem Bündnis mit Monarchie — und später auch nach der Reichsgrün-

dungszeit, mit dem preußischen Junkertum — zeigten.

Methodischer Konterpart war den Liberalen der deutschen Kleinstaaterei Ranke, der der „feigen Intelligenz“ (Droysen) und „politischen Leisetreterei“ (Treitschke) bezichtigt wurde. Sollte die Historiographie in ihrem oben beschriebenen Loslösungsprozeß fortschreiten, „sich gegenüber der Philosophie als autonome wissenschaftliche Disziplin behaupten und doch nicht zur Bedeutungslosigkeit eines positivistischen Empirismus herabsinken“ (Berding), so muß sie sich als hermeneutische Wissenschaft begreifen. Das Kernproblem des historischen Erkennens fiel jedoch aus der Geschichtsmethodologie heraus; was blieb, war die historisch-kritische Überprüfung der Fakten; der apriorischen Vernunft der Aufklärungshistoriographie wurde die historische Individualität entgegengesetzt und damit das Interesse auf diejenigen Ereignisse gelenkt, die sich in Auseinandersetzung mit anderen behauptet, die sich durchgesetzt hatten — eine Historiographie der „herrschenden Mächte“ also.

In seiner kritischen Würdigung der methodischen Position Rankes und ihrer Weichenstellung für die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft streicht Asendorf heraus, daß in der Kategorie des Verstehens, ausgerichtet an individuellen Handlungsmotivationen, zwar Prinzipien des empirischen Forschens entwickelt werden können, nicht aber zu den objektiven Entwicklungstendenzen der Geschichte selbst vorgedrungen werden kann. Deutlich wird diese Problematik im Kapitel „Rankerenaisance und Methodenstreit“; nach Meinung Asendorfs gelangte auch Lamprecht „nicht wesentlich über Gervinus hinaus, wenn er nach nationalen kollektiven psychogenetischen Gesetzmäßigkeiten fahndete . . .“. Die Reaktion der Zunft in dem sogenannten Methodenstreit aber „offenbarte das ganze Ausmaß der methodologischen und philosophischen Immobilität der Geschichtswissenschaft“.

Beispielhaft für eine gewisse Kontinuität dieses Verhaltens soll hier über die wissen-

schaftliche Diskussion und die wissenschaftspolitische Reaktion in der Debatte zur Weltmachtspolitik und Kriegsschuldfrage des Hamburger Historikers Fritz Fischer und seines Schülers Immanuel Geiss referiert werden. Bereits in der Weimarer Republik wurde das Thema Kriegsschuld tabuisiert und mit dem „Schleier nationalistischer Apologetik“ überzogen. Den ökonomischen Sanktionen gegen Fischer — das Auswärtige Amt sperrte Mittel für eine Vortragsreise in die USA — folgte die Isolierung unter den Kollegen, weil Fischer „zum ersten Mal einen entscheidenden und erfolgreichen Einbruch in die Selbstgefälligkeit des deutschen Geschichtsbildes erzwungen“ hatte. Was Fischer, bei aller Kritik an seinem methodischen Verfahren (so vor allem durch Berthold, Lozek, Meier, Schmidt), gelang, ist in der Ermutigung der jüngeren Wissenschaftlergeneration zu sehen, sich nicht mit einer Revision des Geschichtsbildes zufriedenzugeben, sondern Geschichtsauffassung und historische Methodologie durch Untersuchungen bisher vernachlässigter Themen kritisch zu überprüfen.

In diesem Zusammenhang ist wohl auch ein Mangel des Readers zur Geschichtswissenschaft zu sehen, daß die „scheinbare akademische Revision des nach dem Kriege in höchstem Maße umstrittenen Geschichtsbildes“ und die „kaum weniger fragwürdige Anpassung der Methodologie an die veränderte weltpolitische Situation des Ost-West-Gegensatzes“ in der Einleitung zwar kurz erwähnt, an Textbeispielen aber nicht demonstriert wird. In den vom Herausgeber gezogenen „herrschenden Kontinuitätsstrang der Fachhistorie“ gehören jene konservativen Rettungsversuche historischer Kontinuität und des Individualitätsprinzips durch Schieders Typologie oder Conzes strukturgeschichtliche Ansätze, die konservativer Standortsicherheit der Fachwissenschaftler eher dienen als dem von Asendorf aufgestelltem Postulat, nach dem der Historiker „der politisch-ethischen Aufgabe verpflichtet [ist], die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu enthüllen und dadurch beenden zu helfen“.

Gewiß gehören in einen solchen Reader auch Hinweise und Beispiele zu der Diskussion über die neuere deutsche Sozialgeschichte, die mit der Schülergeneration jener konservativen Neuansätze nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Einzug auch in die an den Hochschulen etablierte Geschichtswissenschaft gefunden hat.

Der dritten Auslassung, nämlich der Entwicklung marxistischer Geschichtswissenschaft seit dem 19. Jahrhundert, will der Herausgeber einen zweiten Band widmen. Unter Berücksichtigung der Auslassungen und der angekündigten Ergänzungen wird umfassend eingelöst werden können, was Asendorf gewissermaßen programmatisch zur Geschichtswissenschaft erklärt: „Es gibt in Deutschland wohl keine Wissenschaft, die in ihrer ideologischen Funktion so sehr durch die historisch-gesellschaftliche Entwicklung ausgezehrt worden wäre wie die Geschichtswissenschaft. Geschichte als Wissenschaft ist immer Gesellschaftswissenschaft, auch wenn das mancher deutsche Historiker mit Beschwörungsformeln wie 'Objektivität' und 'Unparteilichkeit' wegzaubern wollte. Sie ist es in dem Maße, als sie sich gesellschaftlichen Entwicklungen und Klassenverhältnissen ideologisch verfügt . . .“

Dorothea Fitterling

Die Fabrikordnung der Firma F. Brandts zu Mönchengladbach.

Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1885. Mit einer Einleitung, Erläuterungen und ergänzenden Quellen versehen von Wolfgang Löhr (= Beiträge zur Geschichte von Stadt und Abtei Mönchengladbach, 6). – Mönchengladbach: 1974. XVII, 75, XXXIV S.

Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890 – 1933.

Bearbeitet von Georg Schoelen. Mit einer Einleitung von Rudolf Morsey und einem Nachlaßverzeichnis von Wolfgang Löhr. – Mönchengladbach: Stadtbibliothek 1974. 110 S.

Der eigentlichen Fabrik-Ordnung, die in vier Abschnitte gegliedert die „Sittlichen Bestimmungen“, die Bestimmungen über „Organisation: Kassen, Arbeitervorstand“, die Angaben über „Arbeitszeit, Löhnung, Kündigungen“ und die „Technischen Bestimmungen“, sowie den Katalog der „Strafen“ enthält, sind die Reglements bzw. Statuten für den „Arbeitervorstand“, die „Krankenkasse“, die „Arbeiterkasse“, die „Sparkasse“, den „Sparverein“, die „Kinder-Bewahrschule“, die „Nähschule“, die „Badeeinrichtung“, die „Wasch- und Umkleideräume“, die „Bibliothek“, den „Gesangs- und Instrumentalverein“, den „Mittagstisch“ und andere Hinweise angefügt.

Ebenso umfassend wie dieser Katalog waren die moralischen Anforderungen an die Arbeiter innerhalb und außerhalb der Fabrik von F. Brandts, die massive Eingriffe in ihr Privatleben einschlossen: Meister und leitende Angestellte sollten durch „Erfüllung ihrer sittlichen und religiösen Pflichten mit gutem Beispiel“ vorangehen, die Arbeiter sollten „in Kleidung und Benehmen anständig erscheinen [!]“ und „keine ungeziemenden Lieder“ singen. Verließ ein unverheirateter Arbeiter gegen den Willen seiner Eltern die elterliche Wohnung, so wurde ihm gekündigt (S. 5), ebenso wie der Arbeiterin, die heiratete (S. 11). Auch waren „liederlicher Lebenswandel, leichtsinniges [!] Großschuldenmachen, wiederholte Trunkenheit (. . .) sowie jeder leichtsinnige, der christlichen Sitte widerstrebende Verkehr der jungen [!] Leute beiderlei [!] Geschlechts, auch außerhalb der Fabrik“ verboten (S. 6).

Die Fabrik-Ordnung der mechanischen Weberei von F. Brandts handelte jedoch nicht nur von der erwünschten Moral. Sie enthielt auch Vorschriften über Verspätungen (S. 7), das Verbot von Ansammlungen (S. 10) und gab bisweilen Verbote – ausgesprochen vom Fabrikherrn – als eigenen Willen der Arbeiter aus: „Die Arbeiter, die auf Zutheilung neuer Arbeit warten müssen und anderweitig nicht beschäftigt werden können, wollen sich im Garten erholen

oder bei ungünstiger Witterung das Speisezimmer benutzen" (S. 12). Von gleichem Geist ist auch das Demokratie-Verständnis F. Brandts: Über die Einhaltung seiner eigenmächtig erlassenen Anordnungen wachte der von den Arbeitern gewählte „Arbeitervorstand" (S. 15), dem bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern – auch solchen privater Art – Entscheidungs- und Strafbefugnis eingeräumt wurde. Der patriarchalische Fabrikherr war nicht nur streng, er war auch gütig: Schon zehn Jahre vor der gesetzlichen Einführung von Arbeiterkrankenkassen schuf F. Brandts eine Fabrik-Krankenkasse (S. VII), und auch die übrigen Einrichtungen – Sparkasse, Kindergarten, Nähshule – brachten Erleichterungen für die Arbeiter. Äußerlich waren die einschränkenden bzw. zwingenden und die vorteilhaften Bestimmungen parallel konstruiert.

Diese Konstruktion gründete auf der unausgesprochenen Ansicht von F. Brandts, das materielle Elend der Arbeiter sei durch ihre moralischen Schwächen verursacht, die Kosten der Abhilfe müßten folglich von ihnen selbst getragen werden, während er nur diese Einsicht zu vermitteln und den institutionellen Rahmen zu stiften habe: So war jeder Arbeiter zwangsweise Mitglied der „Arbeiterkasse", in die er einen festen Anteil seines Lohnes einzahlen mußte. Mit diesem Geld und den ebenfalls in diese Kasse eingezahlten Strafgebern, die für die verschiedensten Vergehen entrichtet werden mußten, finanzierte der „Arbeitervorstand" – unter Beachtung strenger moralischer Richtlinien – Kredite oder Schenkungen für in Not geratene Arbeiter, Anschaffung von Lebensmitteln oder Brennmaterialien zu engros Preisen, bzw. die Anschaffung von Büchern für die Bibliothek. Jeder Arbeiter hatte das Recht, diese von seinem zwangsweise eingetribenen Gelde angekauften Bücher auszuleihen, allerdings bestimmte der vom „Arbeitervorstand" ernannte Bibliothekar, welches Buch entliehen werden konnte (S. 38 ff. u. S. 57).

Allein die göttliche Ordnung, als deren Ver-

walter F. Brandts sich aufschwang, war bereits so stark ins Wanken geraten, daß F. Brandts den Warencharakter der Moral offen zugestehen und ihr obendrein einen fixen Preis diktieren mußte. So setzte er eine Pünktlichkeits- und Enthaltsamkeits-Gratifikation aus. Diejenigen Arbeiter, die innerhalb eines Monats nicht einmal sich verspäteten, bzw. die schriftlich, aber geheim versicherten, während der vergangenen vier Wochen keinen Schnaps getrunken zu haben, erhielten je 1 Mark. Mit diesem Geld konnten die Arbeiter die aufgezwungenen Kosten des aufgezwungenen Sittensystems in etwa abdecken.

Daß die Fabrik-Ordnung von F. Brandts keinesfalls stellvertretend für alle vergleichbaren Anordnungen jener Zeit stehen kann, geht aus der im Anhang abgedruckten Fabrik-Ordnung der Spinnerei M. May und dem Statut der Kranken- und Unterstützungskasse der Firma Böhmer, Ercklentz und Prinzen hervor. Beide Reglements sind sachlich, beschränken sich auf die wichtigsten, von den Unternehmern zum Zwecke einer rationalen Produktion für notwendig erachteten Maßregeln und berühren nicht das Privatleben der Arbeiter. Die Unterschiede liegen in der politischen Stellung von F. Brandts begründet. Er war von 1880 bis 1914 Vorsitzender des Verbandes „Arbeiterwohl" in Mönchengladbach, sowie Gründungsmitglied und Vorsitzender des „Volksverein für das katholische Deutschland". Diesen Hinweis hätte der Herausgeber geben müssen, zumal er diese Fabrik-Ordnung zum „Dokument für die Entwicklung der industriellen Mitbestimmung in Deutschland" deklariert (S. VII).

Wir meinen, daß diese für den Seminarbetrieb äußerst instruktive Quelle allenfalls zur Charakterisierung der in der jüngsten Forschung vernachlässigten katholisch-sozialen Bewegung dienen kann. (Der „Volksverein für das katholische Deutschland" hatte 1914 immerhin 800 000 Mitglieder).

Auf diese Lücke weist eine Bibliographie hin, die anlässlich des 84. Deutschen Katholikentages, der vom 11. - 15. September 1974

in Mönchengladbach stattfand, veröffentlicht wurde: Sie enthält die wichtigste wissenschaftliche Literatur über den „Volksverein . . .“, sowie Lebensdaten und Schriften von den bzw. über die hervorragendsten Mitglieder dieses Vereins, als da sind: Franz Brandts, Heinrich Brauns, Johannes Giesberts, Anton Heinen, Franz Hitze, Wilhelm Hohn, Joseph Joos, Otto Müller, August Pieper, Carl Sonnenschein, Carl Trimborn. Nachlaßverzeichnisse sowie Personenregister machen diese Bibliographie zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für den Historiker.

Dirk H. Müller

DEIST, Wilhelm (Bearb.): **Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914 - 1918** (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 2, Militär und Politik, Bd. 1, T. 1 und 2). – Düsseldorf: Droste 1970. CLXXIII, 1530 S.

Es muß schon ein besonderer Grund vorliegen, wenn eine der wichtigsten Publikationen der letzten Jahre über die innenpolitische Entwicklung Deutschlands während des Ersten Weltkrieges mit erheblicher zeitlicher Verzögerung kritisch gewürdigt wird. Der Hauptgrund liegt darin, daß die umfassende Quellenedition des Freiburger Historikers Wilhelm Deist (Militärgeschichtliches Forschungsamt) hohe Anforderungen an den Rezensenten stellt, denen erst nach intensiver Einarbeitung in die komplizierte Materie entsprochen werden kann. Aber der Zeitaufwand lohnt sich, vor allem für denjenigen, der die innenpolitische Entwicklung der Weltkriegszeit als Periode eines tiefen gesellschaftlichen und politischen Wandels begreift, an deren Ende die Revolution von 1918/19 stand.

Die bisherige Literatur über die deutsche Innenpolitik 1914 bis 1918 ist nicht gerade reichhaltig an differenzierten Studien. Seit einiger Zeit liegen Untersuchungen über gouvernementale Prozesse vor, ferner über Parlamentarisierungsprobleme und die organisatorische und ideologische Entwick-

lung bürgerlicher Parteien. Zur neueren Literatur zählen Darstellungen zum Verhältnis von organisierter Arbeiterschaft und wilhelminischer Gesellschaft, und zwar in einer handbuchartigen Zusammenfassung aus marxistisch-leninistischer Sicht der DDR-Geschichtsschreibung,¹ ferner zum Verhältnis von Industriearbeiterschaft und bestimmten Militärbehörden,² zur organisatorischen und ideologischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie unter den Bedingungen des Krieges,³ schließlich zwei sozialgeschichtliche Studien, wenngleich mit stark unterschiedlicher thematischer Akzentuierung.⁴ In dieser Reihe nimmt die Quellenpublikation von Deist einen besonderen Platz ein, weil sie das Material für eine ganze Anzahl weiterführender Studien bereithält. Thematischer Schwerpunkt des Quellenwerkes liegt auf den „Voraussetzungen des innenpolitischen Handelns des Militärs“ (S. XIII). Innenpolitisches Handeln bedeutet im vorliegenden Zusammenhang mancherlei, u.a. die Politik der militärischen Instanzen (preußisches Kriegsministerium, Admiralstab und stellvertretende Generalkommandos) bei der Lenkung und Überwachung gesellschaftlich relevanter Gruppen.

- 1 *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, hrsg. von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Institut für Geschichte, Arbeitsgruppe Erster Weltkrieg, Leitung: Fritz Klein, 3 Bde, Berlin 1968/69.
- 2 Gerald D. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany 1914 - 1918*, Princeton N.J. 1966.
- 3 Susanne Miller, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die Deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974.
- 4 Auf einen engeren Zeitraum bezogen, jedoch alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigend: Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 - 1918*, Göttingen 1973; einen weiteren Zeitraum berücksichtigend, doch lokal eingeschränkt und auf eine spezielle soziale Gruppe gerichtet: Adelheid von Saldern, *Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890 bis 1920. Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung*, Berlin 1973.

Im vorliegenden Zusammenhang stellt die Hauptattraktion das kommentierte Quellenmaterial zum Verhältnis der organisierten linken Arbeiterbewegung zu den regionalen Militärbefehlshabern (stellvertretende Generalkommandos) dar.⁵ Hierfür und für andere Problembereiche zog Deist aus allen für ihn erreichbaren Archiven informatives Material gouvernementaler Provenienz heran, z.B. aus dem Marinearchiv (Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg i.Br.), aus den großen regionalen Militärarchiven (in München und Stuttgart), aus anderen staatlichen Archiven (z.B. Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe) sowie eine Vielzahl bekannter und unbekannter privater Nachlässe hoher Offiziere und Politiker. Materialien aus DDR-Archiven waren Deist nicht zugänglich, doch spürt man deswegen an keiner Stelle des Quellenwerkes empfindliche Informationslücken. Stattdessen gewinnt man sehr schnell den Eindruck, daß eine erfreuliche Breite an primärer Information und an Kommentaren vorliegt, und wer Deist aus seinen bisherigen Arbeiten zum Zeitraum 1914 - 1918 kennt, besitzt die Gewißheit, daß hier ein Sachkenner präzise gearbeitet hat, und zwar ohne Rücksicht auf einen speziellen, parteilichen Standpunkt (der bei einem Mitglied des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes sehr leicht vermutet werden könnte).

- 5 Hierzu liegt von mir bereits eine umfassende Untersuchung vor, die in absehbarer Zeit publiziert wird. Diese Untersuchung geht u.a. von der Fragestellung aus, ob es zwischen Teilen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und militärischen Instanzen vornehmlich unter dem Einfluß des „Hilfsdienstgesetzes“ einen partiellen Interessenausgleich gegeben hat, oder ob die immer stärker werdenden Repressionen, vor allem nach dem Januarstreik 1918, hauptsächlich durch die stellvertretenden Generalkommandos in den industriellen Ballungsgebieten, weite Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für den Staatsumsturz vom November 1918 „reif“ gemacht haben. Bei der Beantwortung dieser Fragen, die sowohl von gouvernementaler Seite wie von Parteiseite unternommen wird, fällt auch ein Licht auf das unterschiedliche Verhältnis einzelner militärischer Instanzen zur Sozialdemokratie.

Die beiden Bände umfassen insgesamt zehn Kapitel: 1. Formen des Kriegszustandes (April 1912 bis Oktober 1918); 2. Aufbau und Entwicklung des Zensurwesens (August 1914 bis Oktober 1918); 3. Im Zeichen des Burgfriedens (April 1914 bis Februar 1916); 4. Anfänge der amtlichen Propaganda (September 1915 bis März 1917); 5. Übergang zu innenpolitischer Aktivität (Januar 1916 bis November 1916); 6. Planung und Durchführung des Hilfsdienstgesetzes (Juni 1915 bis September 1918); 7. Gegen Bethmann Hollweg und die Neuorientierung (Dezember 1916 bis August 1917); 8. Die Propaganda im Zeichen des „Vaterländischen Unterrichts“ (April 1917 bis Oktober 1918); 9. Gegen die Mehrheitsparteien des Reichstages (Juli 1917 bis März 1918); 10. Zerfall und Zusammenbruch der politischen Machtposition (März 1918 bis November 1918).

In der ausführlichen Einleitung legt Deist die Voraussetzungen der innenpolitischen Tätigkeit des Militärs (u.a. die Aufgaben und die Kompetenzbreite der regionalen Militärbefehlshaber) dar; in die Kriegszeit hinein geht seine Skizzierung der innenpolitischen Tätigkeit der Obersten Heeresleitung, hier zugespitzt auf die Frage nach den Diktaturgelüsten des Generalstabs.

Den Abschluß der Edition bildet ein vorzügliches Register, gestaltet von dem Freiburger Militärhistoriker Hans Umbreit; dank dieses breit aufgefächerten Registers und dank der sinnvollen Anordnung der einzelnen Dokumente gelingt der Einstieg in den großen Informationsbestand relativ schnell. Kritik an Form und Inhalt des reichhaltigen Anmerkungsapparates gibt es im allgemeinen nicht. Wenn beim Überblick leicht der Eindruck entstehen könnte, es handle sich hierbei um einen Fall von „Überkommentierung“, so stimmt das nicht. Für die Analyse des komplizierten Verhältnisses von Militär und Gesellschaft 1914 bis 1918 ist der Anmerkungsapparat richtig bemessen.

Dem hier hauptsächlich interessierenden Verhältnis von militärischen Behörden zur sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist kein Kapitel ausschließlich gewidmet; das Material zu diesem Problembereich ist über beide Bde mehr oder weniger stark verteilt. Das Register ist auch hierfür ein ausgezeichneter Wegweiser durch die zahlreichen Akten. An dieser Stelle seien nur ein paar bemerkenswerte Stichwörter genannt: SPD im Urteil des Militärs; Behandlung der SPD und freien Gewerkschaften durch die Militärbehörden; Zusammenarbeit mit den Militärbehörden; Überwachung von USPD-Versammlungen. Schließlich findet man zahlreiche Hinweise auf sozialistische Politiker, u.a. auf Karl Liebknecht im Zusammenhang mit dem militärgerichtlichen Verfahren gegen ihn.

Was sich schon jetzt überschauend über das Verhältnis von Militär und organisierter linker Arbeiterschaft sagen läßt, ist zum Teil neu, zum Teil bisher nicht deutlich genug von der historischen Forschung hervorgehoben worden.⁶ Da entsteht zunächst die Notwendigkeit (die bei Feldman bereits deutlich geworden ist), innerhalb des Militärs zwischen der relativ positiven Politik des Kriegsamtes (z.B. unter Groener) und des Kriegspresseamtes (z.B. unter Deuttmoser) gegenüber Mehrheitssozialdemokraten und freien Gewerkschaften einerseits, der unternehmerfreundlichen Politik der Obersten Heeresleitung und der meisten der stellvertretenden Kommandierenden Generale andererseits, unterscheiden zu müssen. Ferner wird man eine verhältnismäßig starke Annäherung vor allem des Kriegsamtes an die Gewerkschaften⁷ konstatieren müs-

6 Die Untersuchung von S. Miller z.B. berücksichtigt hauptsächlich innerparteiliche Entscheidungsprozesse.

7 Ergänzend zu diesem Problembereich: Klaus Mattheier, *Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik*, Düsseldorf 1973, ferner die interessante Untersuchung von Hermann Schäfer, *Die „Gelben Gewerkschaften“ am Beispiel des Unterstützungsvereins der Siemens-Werke*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 59 (1972), S. 41 - 76, die den vorliegenden Problembereich nur indirekt berührt.

sen, ferner entsprechende Bemühungen dieser Behörde um die Entschärfung des Gegensatzes zwischen Sozialdemokratie und Oberster Heeresleitung. bzw. regionalen Militärbefehlshabern. (Späteren Untersuchungen bleibt vorbehalten, zu klären, inwieweit hierbei Taktik oder echte Konzessionsbereitschaft bestimmend war, ob – wie Wolfgang J. Mommsen es einmal ausdrückte – es „in der preußisch-deutschen konservativischen Tradition stets einen starken Einschlag sozialen Denkens gegeben“⁸ habe, der sich in Teilen des preußisch-deutschen Offizierkorps feststellen läßt). Deutlich scheint bereits jetzt schon zu sein, daß die Politik aller Militärbehörden darauf ausgerichtet war, die politische und organisatorische Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in den überkommenen Grenzen zu halten und nur da temporäre Zugeständnisse zu machen, wo es – zumal in der Rüstungsindustrie – der erhöhten Arbeitsleistung förderlich war. Vieles deutet daraufhin, daß die regionalen Militärbefehlshaber mit ihren Unterdrückungsmaßnahmen, die die USPD und die Spartakusgruppe am härtesten trafen, zu einem erheblichen Teil die Voraussetzungen für die Revolutionsbewegung vom November 1918 schufen.

Die Quellenedition von W. Deist ist eine interessante Herausforderung für jeden, der sich der Weltkriegsproblematik unter den allzulang vernachlässigten innenpolitischen und sozialgeschichtlichen Fragestellungen widmen möchte.⁹ Das Material dafür liegt glänzend aufbereitet vor.

Ulrich Kluge

8 In seiner Rezension von Feldmans *Army, Industry and Labor* . . . , in: *HZ*, Bd. 207 (1968), S. 139 - 144, hier S. 142.

9 Der erste – erfolgreiche – Versuch liegt bereits vor: Gerlind Mai, *Die innenpolitische Stellung und Bedeutung der Militärsbefehlshaber in den Anfangsjahren des Ersten Weltkrieges (1914 - 1916). Unter besonderer Berücksichtigung des X. Armee Korps (Hannover)*, ungedr. Staatsexamensarbeit (Ms.), Marburg a.d.Lahn 1975.

KLOTZBACH, Kurt (Hrsg.): **Drei Schriften aus dem Exil** [Miles, *Neu Beginnen!*; Otto Bauer, *Die illegale Partei*; Curt Geyer *Die Partei der Freiheit* (= Internationale Bibliothek 76)]. – Berlin und Bonn-Bad Godesberg: Dietz Nachf. 1974, 358 S.

Klotzbach hat drei Schriften neu ediert, mit einer kurzen Einleitung und einem knappen Literaturverzeichnis versehen, Schriften, die trotz ihrer Bedeutung für die innerparteiliche Diskussion um die Aufgaben und Probleme der Sozialdemokratie bislang nur schwer zugänglich waren.

Miles (d.i. Walter Löwenheim, Begründer der Gruppe „Neu Beginnen“) wollte mit seiner 1933 erschienenen Schrift die „deutschen kämpferischen Sozialisten neu ... orientieren“ (S. 8). Er sieht den Ersten Weltkrieg als Schicksalswende des kapitalistischen Systems an, als Eintritt in dessen Niedergangsperiode. Aus der kapitalistischen Krise resultiere die Krise der Demokratie. Dieser Zusammenhang erscheine jedoch den breiten Massen umgekehrt, die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage sei scheinbar der politischen Demokratie geschuldet, und aus dieser Verkehrung resultiere die Sehnsucht der Massen nach einem „Führer“. Als Folge der Krise des kapitalistischen Systems herrsche eine allgemeine Tendenz zum Faschismus in den kapitalistischen Ländern. Habe sich die faschistische Partei infolge einer durch die bürgerliche Ideologie ins Reaktionäre umgebogenen (proletarischen) Revolution der Staatsgewalt bemächtigt, so verweigere sie den Massen alle organisatorischen Freiheiten der bürgerlichen Demokratie. Die Unzufriedenheit dieser Massen mit der faschistischen Herrschaft, ihre antifaschistische, aus Enttäuschung entspringende Spontaneität, könne wegen der organisatorischen Einschränkungen nicht wirksam werden; daher könne man nicht mehr auf eine revolutionäre, nur aus der Klassenlage hervorgehenden Spontaneität des Proletariats hoffen, wie dies noch Marx, Engels und auch Lenin aufgrund ihrer Erfahrungen aus der bürgerlichen Revolution getan hätten; die

bürgerlichen Revolutionen hätten jedoch eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung abgeschlossen, während die sozialistische Revolution diese erst eröffnen müsse. Daher könne der faschistisch-profitwirtschaftliche Zentralismus nur von einer sozialistischen, mit dem Rüstzeug des wissenschaftlichen Sozialismus, wie er z.B. im „Anti-Dühring“ dargelegt werde, versehenen Kaderpartei gestürzt werden, die im Verantwortungsbewußtsein für das Schicksal des Volkes handle. Dann könne eine sozialistische Wirtschaft, etwa in Analogie zur russischen der NEP-Periode, auf der Konkurrenz zwischen staatlichem und privatem Sektor und dem Rentabilitätsprinzip beruhend, aufgebaut werden. Dieses Ziel erfordere unter derzeitigen Bedingungen die Auflösung der KI und die Überführung der Arbeiterparteien in eine neue einheitliche Internationale in den noch nicht faschistischen sowie den Aufbau einer entsprechenden Kaderorganisation in den faschistischen Staaten.

Otto Bauers bereits zur Zeit der Schuschnigg-Diktatur abgeschlossenes Manuskript reflektiert die Situation der Sozialistischen Partei Österreichs nach dem Parteiverbot 1934. Bauer versucht, aus der Geschichte illegaler sozialistischer Bewegungen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts Lehren zu ziehen. Er unterscheidet zwischen einer revolutionär-idealistischen und einer revolutionär-materialistischen Richtung sozialistischer Gruppierungen und Parteien. Erste exemplifiziert er an der putschistischen, streng konspirativen Verschwörungsgesellschaft Blanquis, die durch einen kühnen Handstreich die Initialzündung zu einem allgemeinen Aufstand habe geben wollen. Hingegen hätten Marx und Engels versucht, den „Bund der Kommunisten“ zur demokratisch organisierten Interessenvertretung des Proletariats und zum Zentrum dessen wirklicher Kämpfe zu gestalten. So betrachtet, habe die ökonomistische Richtung der russischen Sozialdemokratie erst einmal die intellektuellen überhaupt mit den Kämpfen der Arbeiterklasse in Verbindung gebracht, und Lenin habe seine eher idealistisch-voluntaristische Schrift „Was tun?“

später nicht als allgemeingültig, sondern als spezifische historische Kritik des nicht-revolutionären Ökonomismus bezeichnet. Insofern sind für Bauer Marx, Engels und auch Lenin Vertreter der materialistisch-revolutionären Position.

Unter faschistischer Herrschaft stünden die idealistische und die materialistische Richtung des Sozialismus einander erneut gegenüber. Miles z.B. habe in idealistischer Manier den subjektiven Faktor wieder in den Vordergrund gerückt. Seine Kritik der sozialdemokratischen Führung sei jedoch nicht etwa unberechtigt: „Die ‘alte Garde’ des Bolschewismus, den Erfordernissen des revolutionären Kampfes glänzend angepaßt, hat versagt und mußte ausgemerzt werden, als es galt, von dem revolutionären Kampfe zum sozialistischen Aufbau überzugehen. Die sozialdemokratischen Führung, die sich bewährt haben, solange der Kampf auf dem ihnen vertrauten demokratischen Boden zu führen war, schreckten 1918, 1932, 1933, 1934 vor revolutionären Entscheidungen, die eine plötzlich veränderte Lage erheischte, zurück. Jede radikale Veränderung der Daseins- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse erfordert eine Änderung der Organisationsstruktur der Partei und die Auslese eines neuen, den neuen Kampfbedingungen angepaßten Führerstabes“ (S. 131).

Dementsprechend habe das Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokratie nicht den Fehler des Vorstands der deutschen Partei wiederholt, die Führung der Partei zu beanspruchen, sondern habe seine Arbeit in den Dienst des neuen ZK der illegal in Österreich tätigen Revolutionären Sozialisten gestellt. In Deutschland, Österreich und Italien zeichne sich eine positive Wende in der illegalen Arbeit ab: „Der illegale Parteikader ist der Träger des neuen, durch das Erlebnis des Sieges des Faschismus und des illegalen politischen Kampfes geformten politischen Bewußtseins der geistig vorgeschrittensten Schicht der Arbeiterklasse; aber die Funktion, die Klasse zu führen, kann ihre vorgeschrittenste Schicht nur erfüllen, wenn sie sich eng mit jenem alten Vertrauensmännerstabe

zu verbinden und ihn zu beeinflussen versteht, dessen Ansehen in der Arbeiterklasse, dessen Führerstellung in den Betrieben das Erbe der alten Arbeiterbewegung ist“ (S. 180).

Darin erblickt Bauer die Verbindung des revolutionären mit dem materialistischen Prinzip der Arbeiterbewegung. So könnten die illegalen Revolutionäre über ihre Verbindung zu bewährten Arbeitervertretern, die jetzt Funktionen innerhalb der austrofaschistischen Einheitsgewerkschaft bekleideten, in die Massen wirken – solange sich jedenfalls der österreichische Kleriko – gegenüber dem deutschen Nationalfaschismus behaupten könne und Ansätze zur Bildung einer legalen Arbeiterbewegung nicht unterdrücke. In Deutschland sieht Bauer Ansätze einer solchen Verbindung der alten und der neuen Arbeiterbewegung durch beginnende Kooperation etwa zwischen Gruppen von „Neu Beginnen“ und gewerkschaftlichen Oppositionsgruppen als gegeben.

Curt Geyer, 1920 - 22 Reichstags-Abgeordneter der KPD, 1924 in die SPD zurückgekehrt, Mitverfasser des „Prager Manifest“, 1938 in den Parteivorstand der SPD kooperiert, antwortete 1939, noch im Erscheinungsjahr der „Illegalen Partei“ Bauers, mit einer kleinen Schrift „Die Partei der Freiheit“. Er wendet sich gegen Miles' und Bauers („Diese Sekte und Otto Bauer gehören zur gleichen Fraktion der Arbeiterbewegung“: S. 324) marxistische Theoreme und gegen den Marxismus überhaupt, als dessen orthodoxe Form er den Stalinismus bezeichnet (S. 308). Nach dem Sturz des Hitlersystems werde es in Deutschland keinen Raum mehr für eine totalitäre Partei geben, auch nicht für eine Diktatur des Proletariats. Vielmehr werde die Sozialdemokratie Teil eines politischen Parteiensystems in einem demokratisch-freiheitlichen Rechtsstaat sein. Scharf kritisiert Geyer das Theorem Bauers von der Notwendigkeit des Führungswechsels in veränderten gesamtgesellschaftlichen Situationen. Er nennt Bauers Anschauung mechanisch-teleologisch, rückt sie sogar des Wortes „ausmerzen“ we-

gen in die Nähe der stalinistischen Schau- prozesse. Die Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung während der Weltwirtschaftskrise begreift Geyer als Folge ihres Massenschwergewichtscharakters (S. 325). Als positives Moment setzt er den Bauerschen Thesen vor allem eine neokantianische „Idee der Freiheit“ entgegen. „Wer die Entmenschlichung des Menschen aufheben will, muß ein festes Verhältnis zur Idee der Freiheit haben“ (S. 340); insofern sei die sozialistische mit den liberalen und humanitären Ideen eng verbunden. Aufgabe der Stunde sei nicht die Konstruktion einer proletarischen Diktaturpartei, „sondern die Aufrechterhaltung des freiheitlichen Wesens der sozialdemokratischen Partei und die Sammlung der deutschen Opposition zum Kampfe für die Wiederherstellung der Grundlagen der europäischen Zivilisation in Deutschland“ (S. 355). „Es gibt keine Staats- und Wirtschaftsorganisation, die die Freiheit sichert, wenn sie nicht im Herzen und im Willen eines Volkes selbst lebt“ (S. 356).

Die hier kurz vorgestellten Schriften Löwenheims, Bauers und Geyers markieren, darauf verweist Klotzbach, bedeutsame ideengeschichtliche Entwicklungen und Wendepunkte. Daß ihre Inhalte auch heute noch aktuell sind, zeigen die Diskussionen z.B. um Chile, Griechenland, Portugal, zeigen auf anderer Ebene die Auseinandersetzungen innerhalb der Jungsozialisten. Interessant sind auch die unterschiedlichen theoretischen Ansätze und die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Autoren: Löwenheim sieht in der Tradition der KPD, aber auch Sternbergs den Faschismus als Resultat der Niedergangskrise des Kapitalismus; die sowjetische NEP-Politik betrachtet er nicht als Übergangslösung, sondern als Sozialismus oder als sozialistische Wirtschaftsform, und er kann aufgrund einer solchen Rezeption der zeitgenössischen Diskussionen in der Sowjetunion zu der Auffassung gelangen, daß der Sozialismus nur unter Anleitung des Proletariats durch eine Führungselite errichtet werden kann. Bauer versucht, die Aktionsformen auch der illegalen Partei aus der jeweiligen Situation der Arbeiterklasse insgesamt abzuleiten. Eine Trennung der Kader von den Massen

zu vermeiden oder aufzuheben, ist sein Hauptziel. Bauer ist bemüht, die Aussagen von Marx, Engels und insbesondere Lenin zum Problem der illegalen Arbeit in ihren jeweiligen historischen Kontext zu stellen, statt ihre Gültigkeit für die Gegenwart pauschal zu behaupten oder zu bestreiten. Geyer vermag jedoch hinter Bauers Argumentation nur die Fratze des Stalinismus zu erkennen. Seine Position ist betont idealistisch, seine Propagierung der Idee der Freiheit büßt viel von ihrer Kraft ein, weil Geyer, wie Klotzbach zurecht analysiert (S. XXI), nur auf die politische Form der postfaschistischen Gesellschaft, nicht aber ihre wirtschaftliche und soziale Gestalt abhebt.

Gunnar Stollberg

FETSCHER, Iring (Hrsg.): **Marxisten gegen Antisemitismus** (= Reihe Standpunkt). – Hamburg: Hoffmann und Campe 1974. 229 S.

Die unter diesem Titel erschienene Sammlung enthält Äußerungen einer Reihe von Führern und Theoretikern der Arbeiterbewegung, die sich auf die jüdische Frage und die Probleme des Antisemitismus beziehen. Der Titel des Buches bildet eine Art Klammer, die diese Äußerungen verbindet und ist zugleich die Hauptthese des Herausgebers. Die Stellungnahmen sollen den zeitgenössischen Linken, der „alten“, „neuen“ und der „neuesten“ veranschaulichen und ihr vielleicht auch in Erinnerung bringen, daß der „theoretische und praktische Kampf von Marxisten gegen den Antisemitismus“ schon fast genau hundert Jahre hinter sich hat“ (Vorwort). Die Notwendigkeit einer solchen Erinnerung ist schon in sich selbst eine Ironie. Ironisch ist auch, daß die in dem Buch gesammelten Artikel, Essays, Briefe und Reden größtenteils aus der Zeit von 1890 - 1914, dem Vierteljahrhundert der Blüte der Zweiten Internationale, stammen. Dazu gehört der Brief Friedrichs Engels' (1890), Bebels Rede zur Resolution über Antisemitismus auf dem Parteitag von 1893, Karl Kautskys Artikel über den Pogrom von Kischniew aus dem

Jahre 1903 und seine berühmte Broschüre „Rasse und Judentum“ von 1914; ein Artikel über Antisemitismus in Rußland von Vladimir Medem, der etwa 1910 oder 1911 publiziert wurde, drei kleine, streng polemische Artikel Rosa Luxemburgs, verfaßt im Oktober/November 1910 und drei Artikel von Lenin aus den Jahren 1903 und 1914. Aus späterer Zeit stammt Lenins Text über „die Pogromhetze gegen die Juden“, (1919) der auf eine Schallplatte aufgenommen wurde und Maxim Gorkis „Antwort auf eine Umfrage über das Problem des Antisemitismus (1916? 1917). Aber nach diesem zweifellos wichtigen und interessanten Zeitabschnitt kam eine neue, kritische und entscheidende Zwischenkriegsepoche, in welcher der Versuch einer Lösung der jüdischen Frage und der Ausmerzung des Antisemitismus sowie aller Arten des Nationalitätenhasses in dem ersten, auf marxistischen Grundlagen errichteten Staat, aktualisiert wurde; in der in einem anderen Staat eine Bewegung siegte, die sich „national-sozialistisch“ nannte und die die „Ausrottung des Judentums“ versprach und dieses Versprechen bis zum Maximum ihrer riesigen Möglichkeiten zu realisieren begann; und in welcher der mit dem Marxismus konkurrierende Zionismus (obwohl auch er sich in seiner äußersten Linken auf Marx berief) sein Ziel zu erreichen versuchte – „die Heimstätte der jüdischen Nation“. Nachher kam die Zeit des Zweiten Weltkrieges und die Durchführung „der Endlösung“. Jetzt haben wir dreißig Nachkriegsjahre hinter uns, in denen die Marxisten – die nun nicht in einem, sondern in mehreren Staaten regieren, unter anderem auch auf Gebieten, in denen früher die Judenfrage äußerst kritisch war – die Möglichkeit gehabt haben, ihre Thesen in der Praxis zu erproben. Diese ungemein reichhaltigen und in ihrer Dramatik komplizierten Zeiten der letzten 50 bis 60 Jahre finden nur ihre Widerspiegelung in drei Schriften Trotzki: „Brief an jüdische Linksintellektuelle“ (Oktober 1934); „Thermidor und der Antisemitismus“ (Februar 1937) und ein Auszug aus dem Manifest

der „Vierten Internationale“ (Mai 1940). Darauf folgt ein längerer Auszug aus dem Buch Abraham Léons „Die Judenfrage und der Kapitalismus“, das noch 1942 verfaßt wurde.

Der Nutzen einer solchen Sammlung ist zweifelhaft. Beim Fehlen des Grundsatzartikels von Marx „Zur Judenfrage“, bei Umgehung des riesigen Stoffes der letzten Jahrzehnte, kann das Buch nicht den Charakter einer Quellensammlung beanspruchen. Fußnoten und Einleitung können nicht den kritisch-wissenschaftlichen Apparat ersetzen, der mindestens die Umstände der Entstehung einzelner Texte, die um sie entstandenen Kontroversen und ihre Rezeption erklären würde. Es fehlt auch eine kritische Beurteilung der vorgestellten Anschauungen sowohl aus der Perspektive der Vergangenheit als auch – angesichts der dauernden Revision des Wissensstandes über den Hauptgegenstand des Werkes aus der Gegenwart. Z.B. wurden die Hauptthesen Léons, die die Geschichte der Juden betreffen und deren Charakter als Handels- und Wuchererkaste zu beweisen versuchen (um so eine der Grundthesen Marx' zu verteidigen), durch viele Untersuchungen – insbesondere der Geschichte des frühen Mittelalters – widerlegt, was übrigens nachdrücklich von Maxime Rodinson, dem Autor einer kritischen Einleitung zu der französischen Übersetzung dieses Buches, unterstrichen wurde.¹

Die vorliegende Sammlung ist eher eine Anthologie ideologischer Relikte und ein trauriger Friedhof mehr oder weniger falscher Beurteilungen und Prognosen. Die „marxistische“ Betrachtung der jüdischen Frage und des Antisemitismus wird in erster Linie zu der Überzeugung heruntergespielt, die Marx selbst initiiert hat, wonach die Juden nicht eine der vielen kultur-ethnischen Gemeinschaften sind, die durch ihre geschichtliche Entwicklung auch in ihrer ökonomisch-sozialen Struktur spezifisch gestaltet sind, sondern eine „Kaste“ seien (in der Sprache Léons:

„peuple-classe“ „Volksklasse“); daß die Existenz des Judentums eine Funktion des Privateigentums und des Kapitalismus ist; daß der zeitgenössische Antisemitismus „eine Ideologie ist, die die Interessen verschiedener Schichten, besonders des Kleinbürgertums, in ihrem ‘falschen Bewußtsein’ widerspiegelt“; daß der soziale Fortschritt das Ende der Judentragödie durch die Assimilation und Verschmelzung mit anderen Nationen mit sich bringt, und daß deren endgültige Befreiung ein Ergebnis einer sozialistischen Revolution im internationalen Maßstab sein wird.

Die Einleitung von Ilse Jago-Yung setzt die optimistische Existenz einer „marxistischen Analyse des Marxismus“ voraus, die ihre Wahrhaftigkeit und Aktualität nicht verloren hat. Hier wird auch der junge Marx berücksichtigt, dessen Apologetik die Autorin unternimmt. Der „jüdische Schacher“, der laut Marx die irdische Grundlage der jüdischen Religion war, ist „mehr eine Metapher für das Wesen des allgemeinen Geistes des Kapitalismus als eine historisch gemeinte These. Marx schrieb eine Abhandlung ‘Zur Judenfrage’ acht Jahre vor dem Staatsstreich des Louis Bonaparte (2.12.1851) und sechs Jahre bevor im Sundgau im Elsaß ein Pogrom der Bauern gegen die dort ansässigen Juden ausbrach. Er schrieb die Abhandlung bevor sich die ersten Machtkämpfe innerhalb des auf dem Privateigentum beruhenden Staates zeigten und daher auch, bevor die Funktion des Antisemitismus innerhalb dieses bürgerlichen Staates offensichtlich werden konnte“ (S. 16).

Es ist also für eine „Marxistin“ scheinbar unakzeptabel, daß Marx in der Judenfrage irren könnte sowie z.B. in der Frage einiger „nichthistorischer“ Völker Ost- und Mitteleuropas. Sie überlegt nicht, daß auch Metaphern todbringend sein können. Sollte sie wirklich glauben, daß die „Machtkämpfe innerhalb des auf Privateigentum beruhenden Staates“ und die Judenpogrome in der Geschichte erst einige Jahre nach der Niederschaffung des Artikels „Zur Judenfrage“ begannen? Hier wetteifern Naivität und

Ignoranz miteinander. 2

Dagegen besitzt der zweite einleitende Artikel von Iring Fetscher unter dem Titel „Zur Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland“ eine gewisse Tiefe und wissenschaftlichen Wert. Der Verfasser untersucht das Thema hauptsächlich in historisch-soziologischer Dimension und betont vor allem die ökonomischen Aspekte des Antisemitismus, berücksichtigt aber auch seine sozial-psychologischen wie auch theologischen Prämissen. Im Lichte einer solchen Betrachtung erscheinen die „ökonomischen Grundlagen“ als Mythen und Illusionen. Die antisemitische Bewegung in einigen ländlichen Gegenden Süddeutschlands während der Revolution von 1848 und in den darauffolgenden Jahren hatte ihre Basis unter den Bauern „die als Kredit-schuldner in finanzieller Abhängigkeit von, wie sie meinten, jüdischen Händlern geraten waren“ (S. 34). Die durch die Krise von 1823 runtergekommenen Kleinbürger suchten die Schuld „bei den Börsen und Banken und sehr häufig dann auch bei den Juden, die man fälschlich mit dem Bank- und Börsenwesen identifizierte“ (S. 36). Bei einer anderen Gelegenheit unterstreicht Fetscher die Rolle, die „das imaginierte Gegenbild des jüdischen Volkes bei einer Herausarbeitung des deutschen nationalen Selbstbewußtseins“ spielte (S. 43; Hervorhebungen

1 Abraham Léon, *La conception materialiste de la question juive*, Paris, 1968, S. V-XLVII.

2 Es ist eine wohlbekannte Tatsache, daß sich in der überaus bürgerlichen Juli-Monarchie, die der Zweiten Republik und dem Zweiten Kaiserreich vorausging, der Antisemitismus entwickelte, propagiert sowohl durch die Reaktion wie auch durch einige Vertreter des Sozialismus: u.a. Fourier, Proudhon und Toussenel, dem Verfasser des 1845 herausgegebenen Werkes *Les Juifs, rois de l'époque*. Auch der letztere betrachtete die Juden „metaphorisch“. Er schreibt in seinem Vorwort: „Je previens de lecteur, que ce mot est généralement pris ici dans son acception populaire: juifs, banquier, marchand d'espèces“. Die Propaganda in der Presse und der Literatur dieser „acception populaire“ hat dieses Klima mitgeschaffen, in dem es zu antijüdischen Ausschreitungen kam. Die Epoche des Zweiten Kaiserreiches unterschied sich diesbezüglich vorteilhaft.

Es müßte untersucht werden, inwieweit diese Mythen und Illusionen ihren Nährboden auch in den politischen Bewegungen und Systemen finden, die ihre Inspiration aus dem Marxismus schöpfen, auf welche Art und Weise sie sich mit den gut oder schlecht verstandenen Interessen – im weitesten Sinne des Wortes – und gleichzeitig mit der Kultur, dem Wertkodex und der Ethik einzelner Schichten – vor allem der elitären Gruppen – innerhalb dieser Systeme verbinden; darüberhinaus: welchen Einfluß diese Faktoren auf die Innen- und die internationale Politik ausüben.

Das Gebiet der sozialistischen Welt von der Elbe bis zum Stillen Ozean ist voll ungewöhnlich starker Spannungen und scharfer Konflikte nationaler Art und staatlichen Großmachtdenkens. Die jüdische Frage und der Antisemitismus sind dabei nur ein kleiner, obwohl symptomatischer Teil. Die so stark in dieser Sammlung als Schlüssel zum Verständnis aller negativen Eigenschaften dieser sich als sozialistisch bekennenden Systeme von Trotzki vertretene Konzeption des „Bürokratismus“ nimmt Züge von Dogma und Magie an. Eine wirksame Untersuchung dieser schwierigen Probleme erfordern einen intellektuellen Ernst und Mut, die bis jetzt so selten unter den zahlreichen Sekten, die sich marxistisch nennen, auftreten. Erinnern wir uns, was Marx, Dante zitierend, sagte: „Bei dem Eingang in die Wissenschaft wie beim Eingang in die Hölle muß die Forderung gestellt werden: 'Hier muß allen Zweifelmüt ertönen. Hier ziemt sich keine Zagheit fürderhin' (Göttliche Komödie)“.

Henryk Katz

BEYME, Klaus von (Hrsg.): **Empirische Revolutionsforschung** (= Uni Taschenbücher, Bd. 246). – Köln: Westdeutscher Verlag 1973, 320 S.

Die vor allem in den 1960er Jahren, besonders in den USA entstandenen Revolutionstheorien, die unter den Aspekten der innergesellschaftlichen Aggression, der kollekti-

ven Gewalt oder der Systeminstabilität konzipiert wurden, liegen nun in Auszügen und Übersetzung in einem Reader vor, zu dem Beyme eine, die Forschungsentwicklung zusammenfassende und Probleme der Revolutionstheorie anreißende Einleitung geschrieben hat. Die kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Ansätzen hat eine doppelte Bedeutung. Einmal führt sie heraus aus der Diskussion über den revolutionären Charakter von historischen Situationen, die insofern steril geblieben ist, als sie – wie am Beispiel von Forschungen zu 1918/19 in Deutschland unschwer nachzuweisen ist – zwar unterschiedliche Werthaltungen zum Gegenstand hatte, aber durchweg eines expliziten kategorialen Rahmens entbehrte. Zum anderen kann sie frühzeitig den analytischen Wert von Aufsätzen bestimmen und den naiv-eklektizistischen Umgang mit sozialwissenschaftlichen Theorien vermeiden, der in der deutschen Sozialgeschichte noch gang und gäbe ist.

Die von Beyme vorgelegten, auf empirische Forschung abzielenden Theorien sind durchweg dadurch charakterisiert, daß Revolutionen als Sonderfall der Gewaltproblematik verstanden werden. Sieht man von Rittbergers Artikel über den Forschungsstand ab, so lassen sie sich in zwei Gruppen zusammenfassen: Die erste fragt nach den Ursachen innerstaatlicher Gewaltanwendung, denen sie mit Hilfe der operationalen Isolierung einzelner Variablen und deren Korrelation nachgeht (Davies; Tanter/ Midlarsky; Calvert). Die zweite legt den Akzent bei der Erklärung von Revolution auf Erwartungen und Dispositionen in der Bevölkerung, mithin auf den subjektiven Faktor (Gurr; Schwartz). Nahezu alle Ansätze besitzen nicht Trennschärfe genug, um Revolutionen von anderen Formen der Gewaltanwendung zu unterscheiden. Während der erste Ansatz die Reichweite der Variablen und der festgestellten Korrelationen mangels eines stringenten theoretischen Bezugsrahmens undefiniert läßt, blendet der zweite die strukturellen Bedingungen von Revolutionen weitgehend aus. Überdies liegt bei den meisten Ansätzen,

in einer Kehrtwendung gegen die Verlaufsmodelle von Revolutionen, die die Diskussion in der Zwischenkriegszeit beherrschten, nunmehr der Akzent auf der Erklärung des Ausbruchs der Revolution. Damit dominiert – wie auch die Krisenforschung zeigt – die Revolution als punktuelles, gewalttätiges Ereignis in der Diskussion. Ausgeblendet aber bleibt die nicht minder zentrale Frage, wie und mit welcher Zielsetzung gesellschaftliche und politische Strukturen in einem revolutionären Prozeß verändert werden. Diese eingengegte theoretische Sicht hat ihr strategisches Interesse darin, daß mit der Angabe von Bedingungen für Revolutionen Maßnahmen für Konterrevolutionen entwickelt werden können. Die häufig auf den Ausbruch und die unmittelbare Vorgeschichte bezogene Konzeption trägt hingegen wenig zur Analyse von historischen Revolutionen bei. Revolutionstheorien können erst dann für historische Analysen brauchbar sein, wenn sie:

1. genügend Trennschärfe besitzen, um Revolutionen von anderen Formen der Gewaltanwendung, sozialem Protest, nicht legalem Regimewechsel zu unterscheiden;
2. die Beziehung zwischen Gesellschaftsformation und Revolution epochenspezifisch definieren und ein lineares Ursache-Wirkung-Schema vermeiden;
3. Entstehung, Verlauf, Ziele und Durchsetzungsfähigkeit von Revolution erklären, ohne daß diese Erklärung aus einer beliebigen Addition von Phänomen besteht;
4. mit Hilfe hierarchisch geordneter und ausgewiesener Indikatoren Kosten und Nutzen von Revolutionen kalkulieren.

Läßt man vor dem Hintergrund dieser Kriterien die von Beyme vorgestellten Revolutionstheorien Revue passieren, so wird man selbst dann, wenn man nicht erwartet, daß eine Theorie gleichzeitig alle Kriterien optimal erfüllt, skeptisch, ob es derzeit überhaupt lohnend und möglich ist, mit den verfügbaren sozialwissenschaftlichen Revolutionstheorien die historische Wissenschaft anzureichern.

Heinz-Gerhard Haupt und Karin Hausen

PERELS, Joachim: **Kapitalismus und politische Demokratie. Privatrechtssystem und Gesellschaftsstruktur in der Weimarer Republik** (Reihe Basis). – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1973. 88 S.

Perels, Redakteur der „Kritischen Justiz“, will, indem er eine Spezialstudie zum allgemeinen Problem der Beziehung zwischen Sozialstruktur und politischer Herrschaftsform der bürgerlichen Gesellschaft vorlegt, zur Erarbeitung einer materialistischen Staatstheorie beitragen. Er erörtert auf knappem Raum das kategoriale Verhältnis von Warenproduktion und Privatrecht und verfolgt ebenso knapp dieses Verhältnis historisch bis an die Schwelle der Weimarer Republik. Näher werden die „Verfassungsstruktur von Weimar“ (S. 24 f.; übrigens beinhaltet der Untertitel des Buches offenbar einen Druckfehler: es ist von Anbeginn an von „Privatrechtssystem und Verfassungsstruktur“ die Rede: S. 5 et passim) hinsichtlich ihres Charakters als Klassenkompromiß und einer möglichen Räteverfassung als Alternative sowie die zunehmende Bedeutung des Justizapparates gegenüber der abnehmenden des Parlaments (festgemacht an der Frage der Eigentumsgarantie, S. 45) untersucht. Ferner habe die restriktive Auslegung des Arbeitsrechts den illusionären Charakter sozialdemokratischer Rechts- und Sozialpolitik unter unangetasteten kapitalistischen Besitzverhältnissen offenbar werden lassen. Folge der wirtschaftlichen Monopolisierung sei eine „Refeudalisierung“ (S. 60, im Sinne von Privilegierung der Monopolisten) der Privatrechtsordnung z.B. beim Kartellwesen und bei den „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ gewesen. Abschließend verfolgt Perels die Bedrohung und Niederlage der formaldemokratischen Verfassungsstruktur durch das Privatrechtssystem, die er ebenfalls als Folge der Monopolisierung und der durch diese verursachten Weltwirtschaftskrise deutet.

Perels diskutiert fast ausschließlich die vorhandene Literatur zum Thema, die zum Großteil aus der Spätphase der Weimarer Republik datiert (Fraenkel, Kahn-Freund,

Kirchheimer, Franz Neumann, Sinzheimer, Carl Schmitt u.a.). Als Einführung in und Überblick über diese Arbeiten ist Perels' Buch insofern sehr gut geeignet. Dennoch wird deutlich, daß die Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen auch und gerade bei marxistischen Autoren negative Folgen zeitigen kann: der vorwiegend juristisch ausgebildete und in juristischen Diskussionen begriffene Perels sieht die Verbindung zwischen der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie, zwischen der Theorie des Kapitals im allgemeinen, und spezifischen historischen Rechtsentwicklungen zu eng. Wenn er in Anlehnung an Neumanns „Behemoth“ die politische Diktatur als – allerdings nicht mechanisch notwendiges – Resultat der wirtschaftlichen Monopolisierung betrachtet (S. 65 ff.), so muß man fragen, warum in der Bundesrepublik mit ihrer noch weit mehr monopolistischen Wirtschaftsstruktur keine blutrünstige Diktatur herrscht.

Allzu unkritisch übernimmt Perels das Kapitalfraktionen-Theorem der DDR-Forschung (S. 65 f. etc.; dazu seit 1970 die Kritik Eike Hennigs u.a.m.); spricht er vom Staat als tendenziell realem Gesamtkapitalisten (S. 23; dagegen z.B. Altvater bereits 1972); übernimmt er Sohn-Rethels Thesen vom Ende der Anarchie der Marktgesetzmäßigkeit im Monopolkapitalismus (S. 59 f.; wirkt dann nicht mehr das Wertgesetz?). Die westdeutschen Bemühungen um die Rekonstruktion der Marxschen Theorie, insbesondere der Marxschen Staatstheorie, außerhalb des juristischen Bereichs – sie waren 1972/73 durchaus im Gange – sind für Perels' Arbeit noch nicht fruchtbar geworden. An diesen Fragen würde eine marxistische Diskussion über den juristischen „Überbau“ interessant. Perels konstruiert jedoch unterschiedslos aus den Werken verschiedener Autoren (Marx, Engels, Radbruch, Renner, Franz Neumann, Hegel, Habermas, Carl Schmitt u.a. auf den S. 1 - 19) einen Zusammenhang zwischen Warenproduktion, Privat- und Verfassungsrecht, der dann als Basis seiner Analyse der Weimarer Republik dient.

Neben eingehenderer, den historischen Stellenwert und damit das Problem der möglichen Zeitbedingtheit der benutzten Literatur stärker berücksichtigender Reflexion schiene auch eine Explikation der sich anbietenden Parallelen – und der Differenzen – zwischen dem Sozialisierungsproblem, der arbeitsrechtlichen Entwicklung usw. in der Weimarer und der Bundesrepublik wünschenswert (die über S. 55 Anm. 41a hinausgehen müßte).

Zusammenfassend: eine gute *Einführung* in die Beschäftigung mit der juristischen Entwicklung während der Weimarer Republik.

Gunnar Stollberg

KAMMLER, Jörg: **Politische Theorie von Georg Lukacs, Struktur und historischer Praxisbezug bis 1929** (= Soziologische Texte, Bd. 94). – Darmstadt und Neuwied: Luchterhand 1974. 382 S.

Eine kritische Vorbemerkung: Es ist dem Verfasser keineswegs gelungen, die Theorie als „dialektisches Moment eines bestimmten politisch-sozialen Prozesses einsichtig zu machen und ihre Struktur und Funktion im Zusammenhang dieses Prozesses zu bestimmen“ (Einleitung S. 9). Es ist problematisch, daß Kammler begrifflich Sozialgeschichte auf Ideenentwicklungsgeschichte hin verkürzt. Gerade er entwickelt doch in seiner Kritik an Lukács eine Kritik der Reduzierung von Sozialgeschichte auf das vom Theoretiker Erfassbare.

Die Arbeit zeigt, daß es wichtig für die Weiterentwicklung der Theorie ist, die Entwicklungsstruktur eines Theoretikers der Arbeiterbewegung nachzuzeichnen. Doch der politisch-soziale Prozeß der Arbeiterbewegung ist eben mehr und etwas anderes als seine gedankliche Verarbeitung durch die Intellektuellen. So ist es Kammler kaum gelungen, den konkreten Zusammenhang von realer Arbeiterbewegung und den Reflexionen Lukács' herzustellen. Besonders deutlich wird dies im Kapitel über „Lukács' politische Theorie in der Phase vom An-

schluß an die Arbeiterbewegung bis zum Ende der ungarischen Räterepublik" (S. 66 ff.). Daher ist dieser Teil der Arbeit über die Zeit der realen Integration des Intellektuellen Lukács in das kämpfende Proletariat der schwächste Teil.

Das aber, was Kammler geleistet hat, ist wichtig und interessant genug. Er hat präzise die Entwicklung, die Motivationen und die gedanklich-strukturellen Grenzen der theoretischen Reflektionen Lukács' nachgezeichnet und mit Hilfe der marxistischen Theorie analysiert.

Es läßt sich – ich möchte betonen, exemplarisch, für den in der Arbeiterbewegung engagierten Intellektuellen – die Entwicklung eines ideologischen Lernprozesses in seiner theoretischen Widersprüchlichkeit und in seinen Lerngrenzen nachvollziehen. Kammler beginnt mit der Analyse des Widerspruchs von individuellem, abstraktem Handlungsvermögen und konkreter gesellschaftlicher Handlungsbegrenzung für den Intellektuellen im Zeitraum des imperialistischen Kapitalismus. Er zeigt auf, wie dieser Widerspruch entweder zu einem „Weltanschauungsbedürfnis" (bei Lukács ist es zunächst mal die Orientierung auf den lebensphilosophischen Subjektivismus), oder zur Parteinahme für das eigentliche geschichtliche Subjekt, zur Parteinahme für die organisierte Arbeiterbewegung führt.

Er zeigt weiter die Entwicklung vom weltanschaulichen Irrationalismus zur voluntaristischen proletarischen Parteilichkeit bei Lukács. Lukács habe sich nach seiner Entscheidung (bedingt durch den Weltkrieg und durch die ungarische Revolution) bemüht, das „historische Subjekt" in seinen Handlungen und Motivationen im Sinne seiner „ästhetischen Frühschriften" zu beeinflussen. Der abstrakt kreative, aber gesellschaftlich „entmündigte" Intellektuelle versucht im Proletariat geschichtliches Handeln zu provozieren, um seine Philosophie zu realisieren. Von der realen Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung muß er daher notwendig abstrahieren. Das Scheitern der Philosophie wird mit dem Scheitern der Sozialbewegung gleichgesetzt.

Kammler zeigt dann auf, wie die epochemachende Kritik Lukács' an der sozialrevolutionären Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg von der Kontinuität dieses Widerspruchs bestimmt bleibt. Lukács habe „den realen dialektischen Prozeß der Entwicklung des Proletariats zur Klasse 'für sich selbst' im wesentlichen nur abstrakt-postulativ" zu bezeichnen vermocht, „er konnte weder die Vermittlungen mit den zur Krise treibenden Widersprüchen des Kapitalismus, noch mit der historischen und aktuellen Klassenkampf Bewegung des Proletariats konkret aufzeigen. So richtig Lukács den undialektischen und dadurch unrevolutionären Charakter des mechanistischen Revisionismus wie des voluntaristisch-postulativen Utopismus zu entlarven verstand, so sehr behielt sein eigener Versuch einer Fassung der historischen Dialektik in der Entfaltung von Klassenbewußtsein, statt wirklich materialistische Vermittlung zu leisten, die Züge einer bloß abstrakten Dialektik" (S. 179). Präziser: Lukács blieb in der Auseinandersetzung mit anderen Intellektuellen der Arbeiterbewegung selbst auf der Ebene des in der realen Arbeiterbewegung desintegrierten Intellektuellen.

Lukács' Lernbegrenzung zeigt Kammler u.a. an der Problematik der „Verdinglichung" auf (S. 181 ff.). Bei Lukács erscheine sie ausschließlich als ein Werturteil, als „Inhumanität", bleibe eine tragische Komponente, ohne die sozialgeschichtliche Perspektive ihrer Aufhebung im Handeln der revolutionären Klasse. „Bei Lukács' ... führt die mangelnde Schärfe und Differenzierung des Versuches einer materialistischen Fundierung seiner Verdinglichungstheorie – ... dazu, daß er ... sich tendenziell an einem mit der Entwicklung des Arbeitsprozesses nicht adäquat vermittelten Maßstab organischer Einheit und Individualität orientiert, der die Perspektive der Aufhebung der Verdinglichungsstrukturen beeinträchtigen muß, ... (S. 181 f.). Die Lernmöglichkeiten und Lernbegrenzungen des Proletariats analysiere Lukács daher nur ungenau. Seine Bedeutung liege in der kritischen

Weiterentwicklung der Theorie über die Sozialbewegung.

Das Buch von Kammler hat mit der Analyse der Lernbegrenzung des Intellektuellen Lukács einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung über die Zuordnung von Intellektuellen zur Arbeiterbewegung geleistet. Sowohl seine Sprache, als auch die Abstraktheit der Darstellung und die begriffliche Ungenauigkeit bei der Zielsetzung seiner Arbeit signalisieren, daß die objektiven Ursachen für diese Theorieschwächen in der Sozialbewegung selbst liegen und durch die isolierte Theoriearbeit nur deutlich gemacht, aber nicht aufgehoben werden können.

Gottfried Mergner

POTTHOFF, Heinrich: **Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. Kleine Geschichte der SPD.** Bd. 1 (= Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie). – Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1974, 229 S.

Heinrich Potthoffs Buch ist der erste Band einer zweiteiligen „Kleinen Geschichte der SPD“. Der zweite Band wurde von Susanne Miller geschrieben. Das Unternehmen dient – nach dem Geleitwort, welches Heinz Kühn ihm vorangestellt hat (S. 3 f.) – der politischen Bildungsarbeit innerhalb der SPD sowie als eine erste Einführung in die Geschichte dieser Partei. Der Zeitraum, welchen Potthoff behandelt, beginnt mit der Revolution von 1848/49. Diese lange Spanne ist auf sehr knappem Raum beschrieben: das Buch umfaßt 138 Seiten Text, einen Anhang von 15 Seiten (Zeittafeln, Diagramme), 54 Seiten gekürzte Dokumente und vier Seiten Literaturangaben.

Als Leitbegriff seiner historischen Bemühungen zieht der Verfasser den „demokratischen Sozialismus“ heran, gesteht aber – in Anlehnung an das Godesberger Programm – ein, daß dabei „der Begriff ‘Sozialismus’ nicht näher umrissen ist“ (S. 12).

In den ersten Kapiteln fällt Potthoffs sehr verkramptes Herangehen an Marx- und

Engels-Zitate auf. Er bemüht sich, seine Marx-Engels-Belege möglichst aus nach 1945 in der Bundesrepublik erschienenen SPD-offiziellen oder akademischen Sammlungen zu ziehen. Die „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation“, leicht zugänglich in Bd. 16 der Marx-Engels-Werkausgabe („MEW“), wird so nach einer 1960 in der Bundesrepublik erschienenen Edition von Hans Joachim Lieber zitiert (Karl Marx, Politische Schriften. Hrsg. von Hans Joachim Lieber. Stuttgart [1960]. Hier: Potthoff, a.a.O., S. 38), Friedrich Engels' Kritik des Erfurter Programms nach Hermann Webers Textsammlung „Das Prinzip Links“ (S. 32). Wenn ein Marx- oder Engels-Text in der Bundesrepublik nicht publiziert wurde, dann umgeht Potthoff die „MEW“ dadurch, daß er alte, in sozialdemokratischen Verlagen vor 1933 erschienene Editionen heranzieht. Engels' Werk „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ wird so nach einem Text von 1893 zitiert (S. 46), ein Engels-Brief von 1891 nicht nach „MEW“, Bd. 38, S. 183, sondern nach dem Band „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u.a. an F.A. Sorge und andere, Stuttgart 1906“ (S. 44). Wer einen Brief von Marx nachschlagen will, der in „MEW“, Bd. 32, zu finden ist, wird von Potthoff auf den 15. Jahrgang, 1. Halbband (1896/97) der „Neuen Zeit“ verwiesen. (S. 25). Wenn ein Marx-Brief bisher nur in „MEW“ und in der Moskauer Gesamtausgabe erschienen ist, greift Potthoff zum Moskauer Text (S. 29). Nur dort, wo eine Textstelle bislang ausschließlich in der Marx-Engels-Werkausgabe erschienen ist, zitiert Potthoff diese (S. 51). Einmal unterläuft ihm in diesem Zusammenhang ein Fehlzitat. Friedrich Engels schrieb 1895: „Wo es sich um eine *vollständige* Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten“ („MEW“, Bd. 22, S. 523). Bei Potthoff, der sich auf eine rororo-Ausgabe bezieht, heißt das: „Wo es sich um eine *anständige*

Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt," usf. (S. 185; Hervorhebungen von uns).

Inhaltlich setzt Potthoff für die Zeit zwischen 1848/49 und dem Ersten Weltkrieg keine neuen Akzente. Er gibt eine lesbar einführende Zusammenfassung des jetzigen westlichen Forschungsstandes, legt sich also auch für die Zeit 1890 bis 1914 auf die herrschende Lehre vom Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis in der Arbeiterbewegung des wilhelministischen Reiches fest. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg beurteilt er insofern kritisch, als er der Inflexibilität des Parteiapparates die Spaltung der Partei und der engen Bindung der MSPD an ihre bürgerlichen Partner im „Interfraktionellen Ausschuß" ihre mangelnde Integrationsfähigkeit gegenüber den aufbegehrenden Massen anlastet. Das Kriterium der Integrationskraft spielt auch bei der Behandlung der Revolution 1918/19 und der Weimarer Republik eine zentrale Rolle. Unter diesem Aspekt unternimmt Potthoff den Versuch, Rosa Luxemburg dem „demokratischen Sozialismus" zuzuordnen (S. 74 - 76) und andererseits eine deutliche Distanz zwischen Gustav Noske und die Aufgaben der SPD zu setzen (S. 76). Nach links gilt der Vorwurf mangelnder Flexibilität der Tatsache, daß die Tolerierungs- und Koalitionspolitik der SPD in der Weimarer Republik zwar sehr weitgesteckte, aber letztlich doch noch spürbare Grenzen hatte (S. 117). An der Bereitschaft zur Adaption bürgerlicher Politik durch die SPD und zu deren Weitervermittlung an ihre Mitglieder, Anhänger und Wähler wird der Beitrag dieser Partei zur Stützung der demokratischen Republik gemessen (S. 98), die Hemmung der Anpassung durch Momente der Interessenvertretung von Lohnabhängigen wird als Versagen gewertet. Unter diesem Kriterium müssen alle diejenigen Komponentender SPD-Politik und der Arbeiterbewegung, welche die Koalitions- und Tolerierungspolitik bekämpften, als objektiv demokratieschädigend erscheinen. Dieser Vorwurf trifft in erster Linie die Kommunisten, welche Potthoff nach dem Totalitarismus-Schema auf eine Stufe mit den

Faschisten stellt (S. 76 f.; S. 116). Zwischen diesen beiden Extremen sei das von der SPD mitgetragene Demokratiekonzept „zerrieben und zerrissen" worden (S. 76 f.).

Von einer solchen Position aus kann die teilweise Radikalisierung der SPD nach 1933, welche 1934 im „Prager Manifest" zum Ausdruck kam, als lediglich zeitbedingt abgetan werden (S. 137). Die dort geforderte Einheit der Arbeiterbewegung wird durch die Ausschließung der Kommunisten aus dieser Kooperation ausdrücklich negiert (S. 144). Unter historisch-handwerklichem Gesichtspunkt geht Potthoff dabei allerdings sehr weit. Er schreibt:

„Die nahezu bedingungslose Loyalität der Exil-KPD zu Stalin, ihre Verteidigung von Annexionen und Vertreibungen durch die siegreich vordringenden sowjetischen Truppen und die Beschimpfung der Sozialdemokratie als 'Agentin des Hitlerismus im Ausland' machte auch für die am linken Flügel angesiedelten demokratischen Sozialisten den Gedanken an eine Einheitsfront mit den Kommunisten zunichte" (S. 144).

Das Zitat von der „Agentin des Hitlerismus im Ausland" weist er in folgender Weise nach: „Vgl. Heinz Schmidt, 'Gegen die ganze Welt!' Zur Politik des sozialdemokratischen Parteivorstandes, in: Freie Tribüne, 6. Jg., Nr. 9/10, Oktober 1944". Tatsächlich aber findet sich eine solche Stelle in diesem Artikel in keiner Weise, weder dem Wortlaut noch dem Sinn nach.

Durch sein Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus" hat Heinrich Potthoff von Anfang an das Recht auf Parteilichkeit für sich in Anspruch genommen. Dieses kann ihm von keinem Rezensenten bestritten werden. Der Standort, von dem aus die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie beurteilt wird, ist die Konzeption der Volkspartei. Das heißt aber auch, daß Potthoff und sein Mäzen Kühn mit diesem Buch nicht nur eine geschichtswissenschaftliche Arbeit, sondern auch die Glaubwürdigkeit ihrer politischen Konzeption – soweit sie auf historische Legitimation nicht ver-

zichten zu können meint — der historischen Sachkritik aussetzen.

Georg Fülberth und Jürgen Harrer

REULECKE, Jürgen (Hrsg.): **Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen.** — Wuppertal: Hammer Verlag 1974. 468 S.

Die Autoren der vorliegenden Beiträge beschäftigen sich mit ausgewählten Aspekten der Frage, wie sich Arbeiterbewegung seit Beginn der Industrialisierung an Rhein und Ruhr, d.h. vor allem in Städten des Bergischen Landes und des Ruhrgebietes, ausgeprägt hat. Während Wolfgang Köllmann, Dieter Dowe, Klaus Mattheier wie auch Hans Mommsen dabei frühere, auf breiter Quellenbasis erarbeitete Ergebnisse vortragen, geht es in den meisten der insgesamt 14 Beiträge um die erste Materialaufbereitung, so daß Reulecke den Band in seiner Einleitung zusammenfassend als „Zwischenbilanz“ charakterisiert. Die Aussagen der Verfasser sind vor allem dort vorläufig, wo über den regionalen Rahmen hinausgegriffen und den Wechselbeziehungen zwischen der rheinisch-westfälischen und der gesamten deutschen Arbeiterbewegung nachgegangen wird, da angesichts fehlender vergleichbarer Voruntersuchungen solche Fragen ja nur im Rückgriff auf ältere Gesamtdarstellungen erörtert werden können.

Wie aus dem Inhaltsverzeichnis hervorgeht, wird der Begriff „Arbeiterbewegung“ nicht in seinem engeren Sinne als soziale und politische Emanzipationsbewegung, sondern sehr viel allgemeiner als Bewegung gefaßt, deren Mitglieder Arbeiter waren. So wurde neben Beiträgen zu den sozialistischen und christlichen Arbeiterparteien, den Gewerkschaften und einzelnen Streiks auch ein Aufsatz zur wirtschaftsfriedlich-nationalen Werkvereinsbewegung aufgenommen.

Wolfgang Köllmanns Einführung in Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur Rheinland-Westfalens zu Beginn der Industrialisierung folgen vier Untersuchungen zu ver-

schiedenen Aspekten der Bewegung in ihren Anfängen. Gerhard Huck geht es bei der Analyse der Theorien von Heß, Lassalle, Lange und Dietzgen um das jeweilige Verhältnis von Führungszintelligenz und Massenbasis. Dieter Dowe beschreibt die Gründung und Ausbreitung der sozialistischen, liberalen und christlichen Organisationen von den ersten Anfängen im Vormärz bis zum Sozialistengesetz. Während Hans-Otto Hemmer darstellt, wer die Ruhrbergleute waren, wie sie dachten und auf den Umbruch im Bergbau reagierten und wie mühsam es war, die ersten stabilen Organisationen aufzubauen, verfolgt Albin Gladen diesen langwierigen Prozeß „vom Bergknappen zum Bergarbeiter“ weiter, indem er die großen Streiks von 1889, 1905 und 1912 einer vergleichenden Analyse unterzieht. Massenorganisation wurde die Sozialdemokratie gegen Ende des Sozialistengesetzes. Kurt Koszyk vermittelt einen Überblick über die Organisationsstruktur, Presseorganisation, Agitation und Politik in ihrer Konsolidierungsphase 1890 - 1914. Klaus Mattheier berichtet dann über die Entstehung der „gelben“ Gewerkschaften und ihre Entwicklung zu Massenorganisationen, die vor allem bei den Hütten- und Bergarbeitern im Ruhrgebiet ein Faktor wurden, mit dem die freien und christlichen Gewerkschaften zu rechnen hatten. Jürgen Reulecke geht in seinem Beitrag zur SPD im Ersten Weltkrieg den Spaltungsprozeß der Partei und die Revolutionsvorgänge nicht wie herkömmlich nur von der Spitze her an, sondern versucht vor allem, die Massen, ihre Stimmungen und ihre Beziehungen zu den Führern in den Griff zu bekommen. Nach einem differenzierten Überblick Martin Martinys über die Situation und Struktur der Arbeiterschaft und das breite Spektrum ihrer Organisationen im Zeitraum von 1920 - 1930, werden einzelne Aspekte dieser Phase gesondert aufgenommen. Hans Mommsen analysiert die „radikalen“, doch keineswegs „revolutionären“ Streiks im Ruhrgebiet 1918/20 und die Politik der Bergarbeiterverbände bis 1933. Siegfried Bahne legt in seiner Untersuchung der KPD das Schwergewicht auf die letzten Jahre vor

1933, in denen aus der kleinen Arbeiterpartei eine Massenpartei der Arbeitslosen geworden war. Günter Plum vermittelt einen Einblick in die verschiedenen Organisationsformen und Methoden des Widerstands der Arbeiterbewegung unter dem Nationalsozialismus, bevor von Ulrich Borsdorf und Hans Peter Ehni in den beiden abschließenden Beiträgen gefragt wird, von wem, wie und mit welchen Vorstellungen an den Wiederaufbau der Gewerkschaften und der SPD nach 1945 herangegangen wurde.

Wie hier nur angedeutet, ist für die meisten Autoren im Unterschied zu manchen früheren Regionalstudien „Arbeiterbewegung“ keineswegs mehr allein Programm, Organisation an sich und Politik der regionalen Führung. Vielmehr sind es Fragen nach dem Arbeiter selbst wie etwa – wer jeweils Arbeiter und Arbeiterschaft war, wer sich warum wo organisierte oder warum auch gerade nicht, wer wann streikte und wie, welche Beziehungen zwischen Massen und Führern bestanden –, die in den Vordergrund gerückt, an Beispielen bereits beantwortet oder aber als Forschungsaufgaben herauskristalliert sind. Damit werden Wege aufgezeigt, die nicht nur in Richtung „Bilanz“ dessen, was in Rheinland-Westfalen „Arbeiter“-bewegung war, sondern mit diesem Ziel auch für andere Regionen weiterzuverfolgen sind.

Anneke Sager

LANGEWIESCHE, Dieter: **Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung** (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 52). – Düsseldorf: Droste 1974. 494 S.

Gleich eingangs modifiziert Langewiesche den Titel seiner Studie und qualifiziert den Gegenstand seiner Untersuchung dahingehend, daß es *den* Liberalismus oder *die* demokratische Bewegung nicht gegeben habe; „tiefgreifende personelle und programmatische Umstrukturierungen“, Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Vergleich

von liberaler und demokratischer Bewegung sollen ermöglichen, die landläufige These zu überprüfen, „die Partei sei in Deutschland ‘eine liberale Schöpfung’ der Parlamentsfraktion gewesen“. Er konzentriert sich hierbei vor allem auf „die unterschiedliche und zudem sich wandelnde Haltung des Bürgertums zur nationalen und zur sozialen Frage“ – beides Problembereiche, die die bürgerliche Politik in dem behandelten Zeitraum zwischen 1848/49 und 1871 entscheidend geprägt haben.

Dieser zeitliche Einstieg ermöglicht Langewiesche, die Gefahr zu vermeiden, „die historisch erfolgreichen Kräfte zu einseitig in das Forschungsinteresse [zu] rücken“; denn „diejenigen Kräfte, die sich 1866/71 nicht durchsetzen konnten, würden . . . weitgehend unberücksichtigt bleiben“, setzt man die Sonde erst 1866 an, wie es die ältere nationalhistorische Geschichtsschreibung getan hat. Die Neubewertung der Nationalstaatsproblematik schließt Kritik an jener nationalhistorischen Position aus dem Blickwinkel von 1870/71 ein; sie sucht jedoch zugleich den methodischen Ansatz zu erweitern, nach dem „die Geschichte im 19. Jahrhundert einseitig und zwangsläufig auf die Nationalstaatslösung von 1866/71 hinlaufen mußte und von daher zwischen dem Bismarckschen Nationalstaat und den chauvinistischen Übersteigerungen im 20. Jahrhundert nur eine tiefe Zäsur, aber keine Kontinuitätselemente wahrzunehmen vermochte“. Vorgeschichte der Reichsgründung von oben und Nachgeschichte der gescheiterten Revolution von unten sollen zugleich eine Analyse der Zeit zwischen 1848 und 1871 liefern, die auch die Frage nach demokratischen und liberalen Alternativkonzeptionen zur Bismarckschen Reichsgründung, nach den oppositionellen Strömungen gegen die Kontinuität der „erfolglosen“ Kräfte beantworten.

Unter dem Gesichtspunkt der Parteienentwicklung setzt Langewiesches Untersuchung zeitlich ein mit dem Auflösen

der oppositionellen Einheitsfront des Bürgertums in der Revolution angesichts der unterschiedlichen Positionen zur sozialen und zur nationalen Frage. Und sie endet mit dem organisatorischen Verfall (der national-liberalen Deutschen Partei) und der existenzbedrohenden Schrumpfung (der demokratisch-föderalistischen Volkspartei) der beiden großen bürgerlichen Parteien Württembergs.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß der Verfasser z.T. bisher nicht bekanntes und auch nicht ausreichend ausgewertetes Material herangezogen hat (so die liberalen Parteiblätter, die „Schwäbische Chronik“ als Nachrichten- und Berichtssammlung der württembergischen Ereignisse und den Hölderschen Nachlaß als „schier unerschöpfliche Fundgrube“, als Art Parteiarchiv für die Volkspartei der Reichsgründungszeit).

Neben neuen oder unter anderen Fragestellungen benutzten Materialien ist die vergleichende Untersuchung der teils gemeinsamen, teils widerstreitenden Entwicklung liberaler und demokratischer Parteien einer der wesentlichen Beiträge von Langewieses Untersuchung, der seine Arbeit vor früheren monographischen oder zeitlich beschränkten Studien auszeichnet. Vor allem aber interessiert schließlich die Schlußbetrachtung über Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Spannungsfeld von nationaler und sozialer Frage. Die Antworten, die sowohl vom Liberalismus als auch von der demokratischen Bewegung hier gesucht und gefunden worden waren, faßt Langewiesche in dem vernichtenden Urteil über die 'verpaßten Chancen einer Alternative' zusammen: „Welch starkes emanzipatorisches Potential durch die innerbürgerliche Polarisierung vernichtet wurde, geht daraus hervor, daß die württembergischen Liberalen und Demokraten zwischen 1866 und 1870 fähig waren, große Bevölkerungsteile politisch zu mobilisieren und teilweise auch organisatorisch zu binden. Prinzipienstarre Negation und prinzipienlose Bejahung hatten beide bürgerliche Parteien Württembergs jedoch unfähig gemacht,

ihren Beitrag zu leisten, um den Nationalstaat mit demokratischen Impulsen zu füllen“.

Dorothea Fitterling

NEULAND, Franz: Proletarier und Bürger. Arbeiterbewegung und radikale Demokratie 1848 in Frankfurt am Main. Hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Kreis Frankfurt/M. —. Frankfurt/M.: Union-Druckerei und Verlagsanstalt 1973. 102, 6 unpaginierte S.

Schon vor Beginn der deutschen Revolution von 1848 bestanden zwischen den beiden von den monarchischen und adeligen Gewalten in politischer Unmündigkeit gehaltenen Klassen, der Bourgeoisie und dem Proletariat schroffe, ja unüberbrückbare Interessengegenätze. Die Arbeiterschaft begann seit Mitte der dreißiger Jahre — seit den Anfängen des Eisenbahnbaus, der Anlage großindustrieller Unternehmungen im Rheinland, Sachsen und Schlesien und der Errichtung des Zollvereins — ihre sozialen und wirtschaftlichen Anliegen zu formulieren und mit politischen Forderungen hervortreten, während das Bürgertum noch von der Teilnahme an der Staatsmacht ausgeschlossen war. Nach dem Märzaufruf gelang es den traditionellen Machthabern der deutschen Teilstaaten, das monarchistisch-konstitutionell gesinnte Bürgertum, das sein Eigentum durch die sozialrevolutionären Forderungen der proletarischen „Canaille“ gefährdet glaubte, mit wirtschaftlichen Konzessionen und der Ernennung einiger liberaler Minister abzuspeisen. Da damit die oppositionelle Front gesprengt war und die Fürstenmacht im wesentlichen unerschüttert blieb, zeichnete sich schon vor dem Zusammentreten der Paulskirchenversammlung das Scheitern der Revolution ab.

In einer schmalen, aber inhaltsreichen Broschüre stellt Franz Neuland Ursachen, Verlauf und Ergebnisse des Klassenkonflikts zwischen Bürgertum und Proletariat in Frankfurt während des Entscheidungs-

jahres 1848 dar. Die damals etwa 40.000 Einwohner zählende Messestadt, die seit 1815 Sitz der Bundesbehörden war und in der die (erste und einzige) gesamtdeutsche Nationalversammlung zusammentrat, war neben Berlin und Wien der wichtigste revolutionäre Schauplatz. Schon knapp zwei Monate vor der französischen Februarrevolution, am 1. Januar 1848, erschien dort ein anonymes, bei „Schlagdrauf und Hilfdirselbst“ gedrucktes Flugblatt „An unsere Brüder, die deutschen Proletarier“, das den „Fürsten, Aristokraten, Pfaffen und Geldsäcken“ blutige Vergeltung für das Elend und die Unterdrückung des Volks androhte.

Da das Paulskirchenparlament die Arbeiterinteressen völlig ignorierte, konstituierte sich in Frankfurt im Mai 1848 ein Arbeiterverein, dessen Wortführer der aus Westfalen stammende ehemalige Unteroffizier Christian Esseln und der aus Schlesien gebürtige Schriftsteller Eduard Pelz waren. Pelz war (was Neuland zu erwähnen unterläßt) schon vier Jahre zuvor beim schlesischen Weberaufstand beschuldigt worden, der Verfasser des revolutionären „Weberliedes“ zusein. Esseln und Pelz begründeten eine „Allgemeine Arbeiterzeitung“, die die sozialen und politischen Forderungen des Proletariats artikulierte. Das Organ wurde nach dem Erscheinen von fünf Nummern unterdrückt, die beiden Redakteure aus der Stadt ausgewiesen.

Daß das proletarische Klassenbewußtsein noch wenig ausgebildet war, zeigte sich beim Frankfurter „Handwerker- und Gewerbekongreß“, bei dem die zünftlerisch-rückwärtsgewandten Vorstellungen des Kasseler Gewerbelehrers Winkelbach (der unter dem Namen Karl Marlo publizierte) vorherrschten. Hingegen gaben bei dem im Juni zusammentretenden Frankfurter Demokratenkongreß progressive politische Kräfte den Ton an. Unter den 200 Vertretern von 88 demokratischen Organisationen aus ganz Deutschland waren auch einige Kampfgefährten von Marx, wie Anneke, Gottschalk und Moll, zu finden. Der Kongreßbeschuß, die demokratischen Vereine

zu einer Partei zusammenzuschließen, wurde niemals verwirklicht. Der vom 20. Juli bis zum 16. September 1848 tragende Frankfurter Arbeiterkongreß, der teilweise von Winkelbach beeinflusst wurde, entsandte einen Emissär zu dem von Stephan Borns „Arbeiterverbrüderung“ in Berlin organisierten Kongreß. Dort wurden fortschrittliche sozial- und bildungspolitische Beschlüsse gefaßt.

Die Paulskirche, deren Mehrheit für die dynastischen Interessen Habsburgs und Hohenzollerns eintrat, kapitulierte durch die Akzeptierung des zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstands von Malmö endgültig vor den Fürstenregierungen. In einer am 17. September stattfindenden Frankfurter Massendemonstration protestierten Arbeiter, Handwerker und bürgerliche Demokraten gegen die schmachvolle Abstimmung. Einer der Redner dieser Veranstaltung war der Sozialrevolutionär Germain Metternich, dessen Vater Matthias – wie Neuland leider nicht betont – im Mainzer Jakobinerklub von 1792 eine hervorragende Rolle gespielt hatte. Bei den blutigen Barrikadenkämpfen des 18. September in Frankfurt gegen das preußische und hessische Militär fielen dutzende Proletarier für ein demokratisches und geeintes Deutschland. Mit diesem Pyrrhussieg, der größtenteils auf die Zerfahrenheit und schlechte Organisation der Aufständischen zurückzuführen war, sprach die Paulskirche sich selbst das Todesurteil.

Der mit mehreren Faksimiles und zeitgenössischen Karikaturen und Zeichnungen geschmückte Band beruht auf sorgfältigen Recherchen und zeichnet sich durch Ausgewogenheit zwischen wissenschaftlicher und populärer Darstellung aus. Besonders anerkennenswert ist der Abdruck einer Anzahl von Revolutionsgedichten von Friedrich Stoltze. Dieser unbeugsame Demokrat, der – im Gegensatz zu vielen anderen Achtundvierzigern – auch nach dem Sieg Bismarcks in seinen Überzeugungen nicht wankend wurde, ist, ebenso wie der Berliner Revolutionsdichter Adolf Glass-

brenner, von einer konservativen Literaturgeschichtsschreibung zum unpolitischen und nur lokalgeschichtlich bedeutsamen Witzereißer degradiert worden. Die Bedeutung von Stoltzes revolutionärer Lyrik wird von Neuland mit Recht hervorgehoben.

Walter Grab

Aufstand der Bürger. Revolution 1849 im westdeutschen Industriezentrum. Mit einem Vorwort von Gustav Walter Heinemann. Hrsg. von Klaus Goebel und Manfred Wichelhaus. – Wuppertal: Peter Hammer Verlag 1974. 317 S. und eine Faltkarte.

Der letzte Akt des revolutionären Darams von 1848/49 begann, als der Preußenkönig es ablehnte, die von der Frankfurter Paulskirchenmehrheit untertänig angebotene Erbkaiserwürde anzunehmen. Friedrich Wilhelm IV. äußerte, daß an der Krone „der Ludgeruch der Revolution“ haften und daß „ein legitimer König von Gottes Gnaden einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken“ nicht akzeptieren könne. Damit war das papierene Verfassungswerk des „Professorenparlaments“ gescheitert. Die Reichskonstitution, der 28 deutsche Teilstaaten (und auch die zweite preußische Kammer) zugetimmt hatten, wurde nunmehr zum Banner all derer, die nicht gewillt waren, zum vormärzlichen Absolutismus und zur polizeistaatlichen Vergewaltigung bürgerlicher Persönlichkeitsrechte zurückzukehren. Am Rhein, an der Ruhr und der Wupper, in Sachsen, Baden und in der Pfalz griffen tausende Demokraten zu den Waffen, um die unentschlossene und hasenherzige Frankfurter Versammlung in letzter Stunde zu Taten zu zwingen und einen freien deutschen Einheitsstaat zu erkämpfen.

Unter den zahlreichen Darstellungen und Quellensammlungen, die anlässlich des 125. Jahrestages der Revolution in der Bundesrepublik und der DDR erschienen, gebührt der vortrefflich redigierten, übersichtlich gegliederten, mit einer aufschlußreichen Zeittafel und lesenwerten Nachworten der

beiden Herausgeber versehenen Dokumentation des Elberfelder Aufstands besondere Aufmerksamkeit. Der mit eindrucksvollen Faksimiles und gut ausgewählten Bildern ausgestattete Band enthält einen zeitgenössischen Stadtplan Elberfelds, auf dem die Standorte der Barrikaden vom Mai 1849 eingezeichnet sind. Die Quellen, die den Hauptteil des Buchs ausmachen, bestehen aus Berichten von Augenzeugen, aus Zeitungsmeldungen, Proklamationen, Plakaten und Gedichten, sowie aus Exzerpten aus Briefen, Tagebüchern und Memoiren, wobei sowohl Teilnehmer als auch Gegner des Aufstands zu Worte kommen. In einem kurzen Vorwort kritisiert der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann mit Recht, daß die Historiker bisher weder den äußeren Verlauf noch die inneren Beweggründe der Erhebung untersucht haben, obwohl die Protokolle der revolutionären Sicherheitsausschüsse erhalten sind. Diese Forschungslücke wird durch den vorliegenden Band zumindest teilweise geschlossen.

Der Elberfelder Aufstand begann, als einige Abteilungen der preußischen Landwehr dem reaktionären Ministerium des Grafen Brandenburg den Gehorsam aufsagten, um die Reichsverfassung zu verteidigen. Als Truppen in die Stadt einrückten, begannen die Barrikadenkämpfe; ein revolutionäres Sicherheitskomitee übernahm das Regiment. Neun Tage lang kämpften Kleinbürger, Handwerker und Arbeiter, Demokraten und Sozialisten, Anhänger der verfassungsmäßigen Monarchie und Republikaner, Schulter an Schulter gegen das preußische Militär, wobei die Mehrheit der Aufständischen nicht die rote, sondern die schwarzrotgoldene Fahne als Panier ansah. Friedrich Engels und einige andere proletarische Revolutionäre beteiligten sich eine Zeitlang an den Kämpfen. Die Klassenfronten zeichneten sich deutlich ab. Die Großbourgeoisie, die eine soziale Umwälzung und die Machtübernahme durch die „proletarische Canaille“ befürchtete und über eine milizartige Organisation, die Bürgerwehr, verfügte, machte mit den Verfechtern des preußischen Obrigkeitsstaates

gemeinsame Sache. Einer der bourgeoisen Wortführer war der Arzt Alexander Pagenstecher, der schon als Student und Mitglied der „Gießener Schwarzen“ dreißig Jahre zuvor dem preußenfreundlichen Flügel der Burschenschaftsbewegung angehört hatte. Sein Haß auf die Vorkämpfer des gesellschaftlichen und politischen Fortschritts war grenzenlos. In seinen Augen waren die Männer, die auf den Barrikaden ihr Blut vergossen, nichts anderes als ein „Heer verkommener Literaten, brotloser Schulmeister, ehrgeiziger junger Gerichtsbeamter und Advokaten, bankrotter Kaufleute und studierter, rachelustiger Juden“. In diesen Diffamierungen sind die Klischees späterer Generationen von Reaktionären deutlich erkennbar.

Der spontane, weitgehend isolierte und ungenügend organisierte Elberfelder Aufstand brach am 17. Mai 1849 zusammen. Mehrere hundert Kämpfer schlugen sich in die Pfalz und nach Baden durch und schlossen sich den dortigen Freischärlern an. Unter ihnen befanden sich zwei Urgroßonkel von Gustav Heinemann, Carl und Friedrich Walter, die beide von Beruf Schieferdecker waren. Carl Walter, der im Kampf gegen die Truppen des preußischen „Kartätschenprinzen“ – des späteren Kaisers Wilhelm I. – verwundet wurde, erlag in der Festung Rastatt seinen Verletzungen. Seinem Bruder Friedrich gelang es, den Schergen, die ihn steckbrieflich verfolgten, zu entkommen. Er gelangte in die Vereinigten Staaten und ist dort verschollen; sein letzter Brief datiert von November 1850. Heinemanns Urgroßvater Jakob Walter – auch er Schieferdecker – blieb in Elberfeld. Nach der Niederlage rechtfertigte er seine politische Gesinnung und betonte, daß er nach nichts anderem als einem freien und einigen Deutschland getrachtet habe. Die (von Heinemann zur Verfügung gestellten und hier erstmals publizierten) Briefe seiner Vorfahren sind wahrhaft erschütternde Dokumente, die in Schullesebücher aufgenommen werden sollten.

Walter Grab

KRAUSE, Hartfrid: **Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau** (= Scriptor Hochschulschriften, Sozialwissenschaften, 1). – Kronberg/Ts. 1974. XVII, 403 S.

Mit dieser ausführlichen Lokalanalyse der Revolutions- und Rätebewegung in Hanau ist der Versuch unternommen worden, eine empfindliche Lücke in der Reihe wichtiger örtlicher Revolutionsdarstellungen zu schließen. Für den Historiker ist Hanau aus mancherlei Gründen interessant: Ein sehr hoher Prozentsatz (z.B. 1907: 76%) der hier ansässigen Edelmetallarbeiter war im (zeitweilig unter kommunistischer Kontrolle stehenden) Deutschen Metallarbeiter Verband organisiert, ferner war der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Hanau durchgehend von 1907 bis 1918 ein Sozialdemokrat (SPD); schließlich bietet Hanau nicht nur ein interessantes Objekt für Untersuchungen zur sozialen Schichtung und sozialen Mobilität, sondern auch für eine Analyse der sozioökonomischen Veränderungen während des Weltkrieges 1914 - 1918. Aber was Hanau in das Zentrum des historisch-politischen Interesses rückt, sind Revolution und Gegenrevolution 1918/19, deren Verlauf von den (konservativen) Zeitgenossen in den düstersten Farben gezeichnet wurde.

Krause geht es bei seinen Forschungen „nicht um historische Rekonstruktion allein“, sondern auch um die Analyse der „Voraussetzungen der Entstehung“ und der „Bedingungen des Scheiterns der Rätebewegung“ (S. V). Auch in seiner methodischen Zielsetzung nimmt sich der Verfasser sehr viel vor, indem er neben der detailreichen Deskription der Hanauer Revolutions- und Rätebewegung die überregional orientierten Studien zur Geschichte der Arbeiterräte von Eberhard Kolb und der Betriebsräte von Peter von Oertzen einer Kritik unterziehen und „das allgemeine Urteil, zu dem Kolb gelangt, . . . revidieren“ möchte (S. VII). Den Abschluß seiner Arbeit bildet der Versuch, ein „Grundgefüge“ nachzuzeich-

nen, „das die Möglichkeit schafft, Einzelaspekte in einen übergreifenden Zusammenhang einzuordnen“, um die „wirkliche Bewegung“ sichtbar zu machen (S. IX). Was der Verfasser unter dieser „wirklichen Bewegung“ verstanden wissen will, erklärt er allerdings nicht.

Die Arbeit ist chronologisch gegliedert und behandelt im ersten Teil Entstehungsbedingungen und Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates im November/Dezember 1918, im zweiten Teil den gewaltsamen Niedergang der Hanauer Rätebewegung im Januar/Februar 1919. Am 8. November konstituierte sich in Hanau ein Arbeiterrat aus 20 Vertretern der USPD und 5 der SPD, während die Zusammensetzung des Soldatenrats, der bald darauf in die Öffentlichkeit trat, unbekannt ist. Die Tätigkeit der Räteorganisation war bis Ende 1918 hauptsächlich durch die Kontroverse mit der überkommenen Administration (Landratsamt) gekennzeichnet, ferner durch ihre Kontrolltätigkeit in der Kommunalverwaltung und durch den Aufbau einer lokalen Sicherheitswehr. Aber aufs Ganze gesehen unterschied sich der Hanauer Arbeiter- und Soldatenrat von den Räteorganisationen im übrigen Reichsgebiet höchstens durch seinen Wortradikalismus. Während bis Ende 1918 die Organisation „die treibende Kraft der Entwicklung in Hanau“ (S. 85) gewesen ist, änderte sich das 1919, und zwar hauptsächlich durch die „Verschärfung des Machtkampfes“ mit der alten Administration im Landratsamt. Dieser Machtkampf gipfelte schließlich in einem Putschversuch bürgerlich-konservativer Kreise mit militärischer Unterstützung in der ersten Januarhälfte 1919 und endete mit der Besetzung der Stadt durch Truppen des XVIII. Armee-korps am 22. Februar 1919. Die „Revolution“ in Hanau endete vor Gericht. Auch hierin unterschieden sich die Hanauer Ereignisse in ihren Grundlinien kaum von den Vorgängen im übrigen Reichsgebiet. Interessant jedoch ist hier die politische Entwicklung insbesondere wegen ihrer profilierten Hauptakteure Friedrich Schnellbacher (1884 - 1947 ; nacheinander SPD, USPD, KPD) und seines Kontrahenten, Regierungsrat Schmid.

Aber hierin liegt gleichzeitig die Gefahr, in eine personalistisch zugespitzte Art der historischen Darstellung zu verfallen: Auch Krause ist dieser Gefahr öfter erlegen als seiner Dissertation zuträglich war. Wenn hier positiv hervorgehoben wird, daß er eine langerwartete, detailreiche Lokalstudie vorgelegt hat, so bleiben doch eine Reihe gravierender formaler und inhaltlicher Einwände bestehen. Die formalen Einwände erhebe ich vor allem aus langjährigem Studium und intimer Kenntnis sehr vieler vergleichbarer Lokalanalysen zur Revolutions- und Rätebewegung in Deutschland. Vor diesem Erfahrungshintergrund wirkt Krauses Arbeit in weiten Passagen wie der erste Entwurf einer hierorts üblichen Staatsexamensarbeit, z.B. wegen der großen Fülle überlanger und inhaltlich oftmals nichtssagender, bzw. die Argumentation nicht weiterführender wörtlicher Zitate. Die Anordnung der einzelnen Kapitel und ihre Untergliederung wirken unübersichtlich und manchmal sachlich unbegründet. Krause gibt leider zu häufig Anlaß für die polemische Behauptung, daß ihm sein Zettelkasten hier und da durcheinandergeraten sei. In der ganzen Arbeit vermißt man sehr stark die selbstkritische Überarbeitung und erneute Anordnung der – ohne Zweifel – mühsam und redlich zusammengetragenen Informationen. Die Exkurse, die hier als lästige Appendizes erscheinen, wären ohne weiteres in den allgemeinen Text einzubauen gewesen. Sie verwirren das ohnehin sehr verworrene Bild von der Hanauer Räteorganisation, womit bei Krause fast immer der Arbeiterrat gemeint ist, denn über den Soldatenrat berichtet er so gut wie nichts. Aber aus dem Mangel an ganz bestimmten Informationen (weil militärische Akten in der Regel nicht in kommunalen Archiven zu finden sind) über eine Organisation, wie den Soldatenrat, kann man nicht darauf schließen, daß er „kaum in Erscheinung“ getreten sei (S. 103). Hier beginnt doch erst die Arbeit des Historikers, der danach fragen muß, ob nicht politische und organisatorische Gründe der Entwicklung und damit dem öffentlichen Wirken des Soldatenrats entgegengestanden haben. Wenn man sich, wie Krause das getan hat, nur auf den lokalen Bezugsrahmen beschränkt,

den regionalen und überregionalen Bezugsrahmen vernachlässigt, so werden nicht mehr Aussagen über einen Sachverhalt möglich sein als das in Hanau aufgefundene Material zuläßt. Neben einer intensiveren Erforschung der Rolle des Metallarbeiter Verbandes, einer Beleuchtung des Stadt-Land-Problems, einem Eingehen auf die Politik des Generalkommandos des XVIII. Armee-korps (Bad Nauheim), der Rolle des Hanauer gewerblichen Mittelstandes usw. vermissen wir am stärksten den Versuch, die Stadt in der Revolutionszeit vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Entwicklung im Reichsgebiet zu sehen, schon um zu zeigen, wie stark oder wie wenig die Hanauer Entwicklung aus dem Rahmen fiel. Krause kann durch seine sehr stark verengende, nur auf das Hanauer Stadtgebiet (mit ca. 38 000 Einwohnern) bezogene Darstellung nicht Auskunft darüber geben, ob es sich im vorliegenden Falle um eine – auf Reichs- bzw. Landesebene bezogene – typische Entwicklung gehandelt habe oder nicht. Es wäre nötig gewesen, zu zeigen, daß die Verhältnisse in Hanau ganz auf der Linie liegen, die Eberhard Kolb in seinem Buch für das übrige Reichsgebiet gezeichnet hat, von einigen Details abgesehen. Statt dessen setzt sich Krause aus Gründen, die ich sachlich nicht verstanden habe, weil sie so undeutlich formuliert worden sind, von Kolbs Thesen ab und unternimmt den Versuch, dessen allgemeines Urteil über die Revolutions- und Rätebewegung zu revidieren, was ihm aber nicht gelingt. Auch Krauses Anspruch, Einzelaspekte in einen „übergreifenden Zusammenhang“ einzuordnen, bleibt wegen der Fixierung auf den Hanauer Arbeiterrat uneingelöst. Diese historisch-politische Analyse kann bestenfalls den an Vergangenheit interessierten Einwohner Hanaus befriedigen, den Revolutions- und Räteforscher und den Geschichtslehrer befriedigt sie jedoch nicht.

Ulrich Kluge

BERS, Günter: Der Jülicher Arbeiter- und Soldatenrat im November 1918. Eine Dokumentation. — Jülich 1974. 31 S.

Zu den durch einen breiten Quellenfundus abgesicherten Hauptergebnissen der neueren Revolutions- und Räteforschung in der Bundesrepublik Deutschland gehört die Feststellung, daß die von den Arbeiter- und Soldatenräten repräsentierte Volksbewegung im November/Dezember 1918 auf einen Wandel im militärischen, bürokratischen und wirtschaftlichen Bereich abzielte. In einem parlamentarisch-demokratischen System sollten unkontrollierte Macht und Einfluß alter Eliten abgebaut und das Mitsprache- und Entscheidungsrecht der traditionell unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen im Heer, in den Betrieben und Kommunen jenseits von Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Interessengruppen organisiert werden. Bevor versucht wurde, dieses Programm in die Tat umzusetzen, bewältigten die Arbeiter- und Soldatenräte in Übereinstimmung mit Regierungen, Parteien, Gewerkschaften und überkommener Bürokratie und gemeinsam mit diesen die dringendsten Probleme der Nachkriegsfolgen.

Dieser Sachverhalt ist zuerst im überregionalen, nach und nach auch im regionalen und lokalen Rahmen, dargestellt worden. Aufs Ganze gesehen haben zwei Regionen in Deutschland die Aufmerksamkeit der Revolutions- und Räteforschung immer wieder angezogen: Bayern und die rheinisch-westfälische Region. Für letztere liegt die wegweisende Arbeit von Horst Metzmacher (in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 168/169. 1967, S. 155 - 265) vor, die durch diese kleine Dokumentation von G. Bers (auch in: „Beiträge zur Jülicher Geschichte“, H. 41, 1974) sinnvoll ergänzt wird.

Die Ereignisse in Jülich und die Politik des lokalen Arbeiter- und Soldatenrates lassen sich ohne weiteres in das Bild einfügen, das besonders Kolb und Metzmacher von der Rätebewegung im allgemeinen und im besonderen, d.h. in der rheinisch-westfälischen Region entworfen haben; Bers' Dokumenta-

tion stützt deren Thesen. Bedauerlicherweise aber dehnt Bers den Zeitraum seiner Betrachtung nicht über den 2. Dezember 1918, als belgische Truppen in Jülich einmarschierten, aus. Es wäre interessant gewesen, hier den Prozeß der schrittweisen Wiedereinführung vorrevolutionärer Machtverhältnisse im kommunalen Raum, und zwar unter der Protektion einer fremden Militärmacht, zu studieren. Von Interesse wäre auch die Einbeziehung anderer sozialer Gruppen bzw. Institutionen Jülichs gewesen, etwa der Beamtenschaft und des gewerblichen Mittelstandes, schließlich der christlichen Gewerkschaften und des hierorts stark vertretenen Zentrums (einschließlich des Klerus). Für die Lehre eignet sich diese kleine, seriös gestaltete Dokumentation sehr gut.

Ulrich Kluge

BLUDAU, Kuno: Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933 - 1945 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 98). – Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1973. 324 S.

Bludau ist zuzustimmen, wenn er im letzten Satz seiner Studie über antifaschistischen Widerstand und faschistischen Terror in Duisburg feststellt: „Es bleibt die Pflicht einer im Frieden und materiellem Wohlstand lebenden Generation, die Erinnerung an jene wachzuhalten, die es gewagt hatten, für Gerechtigkeit, Frieden und für die Freiheit unterdrückter Minderheiten einzutreten“ (S. 228). Mit dieser Intention steht Bludaus Arbeit im Kontext eines von der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung angeregten Arbeitsprogramms,¹ dessen ideologiekritisches Verdienst darin besteht, zu zeigen, daß der

gegen die politischen und sozialen Organisationen der Arbeiterklasse gerichtete Terror ein zentraler Bestandteil des Faschismus an der Macht ist. Auch wird ersichtlich, daß, zumindest in industriellen Ballungsgebieten, der Widerstand gegen den Faschismus vorrangig von KPD und SPD getragen worden ist. Als Konsequenz solcher Arbeiten ergibt sich daher eine Korrektur derjenigen Vorstellungen, die bei Erwähnung des faschistischen Terrors nur oder primär die „Endlösung der Judenfrage“ und bei Erwähnung des Widerstandes nur oder primär das „leuchtende Fanal“ des 20. Juli 1944 ansprechen.

Bludaus Arbeit ist also verdienstvoll; vor allem von ihrer totalitarismustheoretischen Bewertungsgrundlage her ist die gleichzeitig aber auch wieder kritikwürdig. Kritisiert werden muß auch, daß der chronologische und an Organisationen ausgerichtete Strukturierungsversuch sich als unzulässig herausstellt, besonders weil so die Bezüge der Widerstandszellen unter- bzw. zueinander sowie zur allgemeinen außen- und innenpolitischen Lage nicht durchgängig klar hervortreten. Auch hätte man sich gewünscht, daß Bludau zu begründen versucht hätte, wie er, ohne ausführlich auf den Zeitraum 1930 - 1933 einzugehen, überhaupt den Widerstand „der“ Arbeiterbewegung behandeln kann.

Am schwersten wiegt aber diejenige Kritik, die an dem „rot“ und „braun“ gleichsetzenden totalitarismustheoretischen Standpunkt Bludaus ansetzt. Diese Perspektive artikuliert sich nämlich darin, daß (S. 3 f.) zwar die organisationsfixierten Anbiederungen von Gewerkschaften und Teilen des SPD-Parteivorstandes an die NSDAP sehr verständnisvoll geschildert, daß aber die bezeichnenderweise als „Untergrundtätigkeit“ (S. XVI) titulierten Aktivitäten der KPD oft nur ironisch und pejorativ behandelt werden (z.B. S. 81 f.). Für Bludau präsentiert sich daher die durch Verfolgung und Widerstand charakterisierte „zweite Wirklichkeit“ des Nationalsozialismus gespalten. Die drei Hauptträger des Widerstandes, SPD, KPD und die Kirchen, denen die drei

1 Vgl. Kurt Klotzbach, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930 - 1945*, Hannover 1969 (dazu die Kritik in: *IWK*, H. 11/12, April 1971, S. 98 - 100, wo ebenfalls auf den pro-sozialdemokratischen „bias“ hingewiesen wird); Hans-Josef Steinberg, *Widerstand und Verfolgung in Essen 1933 - 1945*, Hannover 1969.

Hauptteile des Buches gewidmet sind, stehen für das Überdauern ehtisch-moralischer Substanz, für die „Neugestaltung eines demokratischen Staates“ (S. 41) und, im Falle der KPD, für eine andere Form der Unterdrückung der Freiheit. So schreibt Bludau (S. 77) über die KPD: „Der . . . Widerstand der Kommunisten . . . äußert sich in einer quasi-militärischen Organisation von bisher noch kaum bekannten Dimensionen und zeigt . . . eine Gleichschaltungs-Ideologie, die der des bekämpften Systems überraschend ähnlich war“.

Im empirischen Teil (hier S. 100 ff.) seiner Arbeit kann Bludau dieses Urteil nicht abstützen. Schiffbruch erleidet er auch mit seiner These, daß es sich beim kommunistischen Widerstand in Deutschland stark um von Moskau „ferngelenkte Aktionen“ handelte; denn pikanterweise kann er gerade diese von den Nazis bis zu den heutigen Marxologen vielzitierte Fernsteuerungsthese (S. 227 f.) an entscheidender Stelle nicht aufrechterhalten (S. 102). – Trotz des grundsätzlich begrüßenswerten Ansatzes muß daher letztlich Bludaus Antwort (S. 228) auf die vom ihm selbstgestellte Frage nach der Herausarbeitung desjenigen roten Fadens, „dessen es bedarf, um das Wesentliche aus dem Lauf der Dinge . . . herauszufinden“ (S. 225), zurückgewiesen werden. Diese notwendige Klarheit vermag Bludau nicht zu vermitteln, weil unreflektierte ideologische Vorentscheidungen, eben der „bias“ zugunsten der SPD, und methodologische Mängel den Darstellungswert dieser Studie über Widerstand und Verfolgung in Duisburg stark herabsetzen.

Eike Hennig

SCHWARZMAIER, Hansmartin (Bearb.): Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern. Hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe. – Karlsruhe 1975. 248 S., 80 Abb.

Die Literatur zur Nachkriegsgeschichte des deutschen Südwestens, d.h. der französischen Besatzungszone, ist nicht sehr reichhaltig.

Die Bemühungen um die Aufhellung der Zeit aus historisch-politischer Sicht hält sich noch in relativ engen Grenzen. Umso begrüßenswerter ist die vorliegende Dokumentation, die im Zusammenhang mit einer Ausstellung des Generallandesarchivs Karlsruhe im April/Mai 1975 stand. Es bleibt abzuwarten, ob es den Initiatoren und Mitarbeitern dieser Ausstellung und dieser Dokumentation gelingt, die landesgeschichtliche Forschung mehr als bisher an Nachkriegsproblemen zu interessieren. Der vorliegende Band zumindest bietet Anreiz dafür in genügendem Maße.

Inhaltlich konzentriert sich die Dokumentation auf insgesamt drei Problembereiche und Zeitabschnitte: Auf die Zeit des „totalen Krieges“, auf die (militärische) Besetzung Südwestdeutschlands und auf den Neuanfang im administrativen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich sowie auf die Startphase der politischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen.

Im vorliegenden Zusammenhang interessiert besonders die organisatorische und politische Neubegründung von SPD, KPD und den Gewerkschaften, die in der amerikanischen Besatzungszone im August, in der französischen Besatzungszone dagegen erst im Dezember 1945 offiziell erfolgte. In dieser Besatzungszone fand beispielsweise in Württemberg-Hohenzollern am 30. November, also vor der offiziellen Zulassung, in Calw die erste politische Veranstaltung, eine KPD-Versammlung, statt. Der SPD-Ortsverein von Tübingen entstand am 25. Februar 1946 (S. 209). Die französische Besatzungsmachterteilteam 10. September 1945 die Erlaubnis, „auf lokaler und beruflicher Grundlage“ Gewerkschaften zu gründen. Die neuen Gewerkschaften erhielten das Recht, Betriebsräte zu wählen, denen nach dem Kontrollratsgesetz vom 17. April 1946 von den Unternehmern beratende Funktion eingeräumt werden sollte. Bald kam es bei den Gewerkschaften zu überregionalen Kontakten und Zusammenschlüssen, so im Mai in Balingen, wo eine Landeskonferenz der Gewerkschaften von Südwürttemberg- und Hohenzollern stattfand, ferner in Kornwestheim (bei Stuttgart), wo

am 2. September 1946 der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden gegründet wurde. Gemeinde- und Kreistagswahlen sowie Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung fanden in der französischen Besatzungszone am 15. September, 13. Oktober bzw. 17. November 1946 statt; Sieger in allen drei Wahlen war die CDU. Im ersten Landtag von Württemberg-Baden, der am 24. November 1946 gewählt wurde, errangen die beiden bürgerlichen Parteien, CDU und DVP, 39 bzw. 19 Sitze, während die SPD 32, die KPD 10 Mandate erhielten (S. 210).

Diese und andere Informationen entnimmt man dem von Hermann Ehmer anschaulich gestalteten Kapitel über Parteien und Gewerkschaften (S. 209 - 224). Im Anschluß daran werden ein paar Dokumente zur Startphase der Parteien abgedruckt, u.a. Passagen aus der Rede Kurt Schumachers auf dem 1. Landesparteitag für Nordwürttemberg und Nordbaden am 12. Januar 1946 über die Haltung der Sozialdemokratie zu aktuellen Problemen, ferner einen Bericht der „Stuttgarter Zeitung“, ebenfalls vom 12. Januar 1946, über die Vereinigungspolitik der württembergischen Kommunisten mit der SPD, schließlich ein Referat des Vorsitzenden des Württembergischen Gewerkschaftsbundes, Markus Schleicher, vom Oktober 1945 über Wiederaufbau und Ziele der Gewerkschaften.

So bruchstückhaft die einzelnen Kapitel notwendigerweise gestaltet werden mußten, sie bieten doch einen guten Anreiz für eine längst fällige systematische Untersuchung des politischen Neubeginns auch in der französischen Besatzungszone.

Ulrich Kluge

Gewerkschaften und Medizin, Diskussionsreihe, hrsg. vom „Sozialwissenschaftlichen Arbeitskreis Berlin (SAB)“, Bd. 1 - 3. – Westberlin, Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung 1974. Bd. 1: Autorenkollektiv: **Bedingungen und Möglichkeiten**, 171 S. Bd. 2: Sabine Kaiser, **Betriebsärztliche Versorgung in der BRD und in anderen EG-Staaten**, 186 S. Bd. 3: Ulrich Kütz, Karin Lüsebrink, Werner

Petrowsky und Volker Volkholz, **Rahmenbedingungen und Reformvorschläge zur Gesundheitspolitik**, 176 S.

Fragen der Gesundheitspolitik waren, nahezu drei Jahrzehnte lang, Sache der Spezialisten. Das hat sich geändert. Jetzt ist allerorten die Rede von der „Kostenexplosion“, dem „Geschäft mit der Krankheit“, der „Krise“.

Parteien und Gewerkschaften, Medien und Verbände nehmen sich des Themas an. Es wird gehobelt. Was an Spänen bleibt, ist der Betrachtung meist nicht wert. Das Milliarden-Ding Medizin – 1975 wird es 60 Milliarden DM verbrauchen – ist weithin unerforscht, weder ökonomisch noch historisch analysiert. Ein Koloß, riesig, teuer, ineffektiv. Nacht ist es um Gargantua.

Seit 1970 versucht das Projekt „Gesundheitssystemanalyse“, damals angesiedelt am Institut für Soziologie der FU Berlin, geleitet von dem ausdauernden Volker Volkholz, ein bißchen Licht in das Dunkel zu bringen. Das ist gelungen. Die vorliegenden Bände setzen Lichter, Schlaglichter. Beschrieben wird (Bd. 1) die Funktion der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, die gesundheitspolitische Diskussion um die Fassung des Lohnfortzahlungsgesetzes, die Arbeitsmarktpolitik am Beispiel des Arbeitsförderungsgesetzes und – exempla docent – Arbeitsrecht und Arbeitsmedien am Beispiel Lärm, gewerkschaftliche Praxis und Arbeitsmedizin am Beispiel schädlicher Gase, Dämpfe und Staube. Geschrieben ist das alles – leider, leider – in einem „ung“-Deutsch voller Abkürzungen („... umfaßt alle Gesetze, die die Reproduktion der Arbeitskraft im Krankheitsfall sicherstellen... die RVO, UVNG, GKAR... umfaßt alle die Altersversorgung regelnden Gesetze: ArVNG, AnVNG, KnVNG, FANG, Altershilfe für Landwirte, HaVG...“) und so fort. Dieser Jargon setzt den selbstgesteckten Zielen der Arbeitsgruppe enge Grenzen: Wie soll denn das „vereinzelte Individuum“, die isolierte „Gruppe“ die gewünschte „Diskussion um den genannten Themenbereich vorantreiben“, wenn das Thema unbegreiflich bleibt?

Bd. 2, der die Situation der Arbeitsmedizin in der BRD beschreibt, ist ein bißchen verständlicher formuliert. Er belegt, daß alle Nachrichten aus der Welt der Arbeitsmedizin einen schwarzen Trauerrand tragen sollten. Ausgangspunkt der Untersuchung sind die Interessenstrukturen und deren Reaktionen aufeinander im Prozeß der Kapitalakkumulation. Es wird deutlich, weshalb die Misere systemimmanent ist. Schade, daß die Betroffenen das Buch nicht lesen (können).

Bd. 3 schließlich, wieder ein Gemeinschaftswerk, erläutert in vier Kapiteln „Produktionsprozeß und Gesundheitssystem“, „Gesundheitspolitische Vorstellungen der Parteien und Interessenverbände in der BRD“, kritisiert den Marburger Gesundheitskongreß und seine Thesen, und – jetzt kommt's – analysiert „Gesundheitsdienstberufe in der Gewerkschaft ÖTV – Probleme gewerkschaftlicher Organisation im Krankenhaus“. Das ist en vogue, jedenfalls gesprächsweise. Die mitgeteilten Zahlen belegen indes, daß es mit dem Organisationsgrad nicht weit her ist: Pfleger 36%, Verwaltung 17%, Schwestern 9%, MTA's 6%, Ärzte 3%. Tendenz: bestenfalls stagnierend. Was tun? Die Autoren nennen eine Reihe von Möglichkeiten. An ihrer Position ist kein Zweifel: „Die Solidarität aller Lohnabhängigen ist die zentrale Bedingung der gesellschaftlichen Emanzipation“. Der Koloz Medizin bewegt sich. Die drei Bücher werden ihm keine Beine machen. Aber sie weisen eine Richtung, erhellen das Feld, Schon was wert bei soviel Finsternis.

Hans Halter

HAUTMANN, Hans und Rudolf KROPF: **Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik** (= Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 4). – Wien: Europa Verlag 1974. 214 S.

Die beiden Autoren vertreten einen sozialwissenschaftlichen Ansatz der Geschichtsschreibung – die Verknüpfung ökonomischer

Ablaufdaten mit Daten der politischen Geschichte (im engeren, traditionellen Sinn). Die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung wird so ihres moralisierenden und personalisierenden Charakters weitgehend entkleidet und gewinnt eine neue Dimension: Sie ist nicht mehr Deskription von Oberflächenphänomenen, sie ist Ursachenforschung und -beschreibung.

Die Autoren machen aus ihrer Sympathie für marxistische Positionen (sowohl der „linken“ Sozialdemokraten, als auch der KPÖ) kein Hehl. Diese Sympathie, als deklariert Standort selbstverständlich vollkommen legitim, wird da und dort apodiktisch und dozierend und undifferenziert vorgetragen. So etwa, wenn sie das sozialdemokratische Nationalitätenprogramm von 1899 („Brünner Programm“) einordnen: „Renner und Bauer nährten so reformistische Illusionen, da sie von einer revolutionär-demokratischen Umgestaltung des Staates auf dem Wege des Selbstbestimmungsrechts der Völker bis zum Recht der staatlichen Lostrennung nicht sprachen“ (S. 104).

Im Abschnitt über die NS-Ära (S. 188 ff.) hätte der klassenspezifische Aspekt des Widerstandes übersprungen werden müssen. Wenn auch die Arbeiterbewegung die Hauptlast des Widerstandes getragen hat, so sind gerade hier Auswirkungen des Volksfrontgedankens (der ja vor allem von der KPÖ gefördert wurde) festzustellen. Die Bündnisse zwischen den weltanschaulich-politischen „Lagern“ und den hinter diesen „Lagern“ stehenden Klassen sprechen eine deutliche Sprache.

Von diesen Einwendungen abgesehen, muß der methodisch und inhaltlich vorbildliche Charakter der vorliegenden Arbeit betont werden. In Verbindung mit der angeschlossenen, umfangreichen und kommentierten Bibliographie bieten Hautmann und Kropf eine seriöse Abhandlung fernab der Hagiographien, die ja nur die Fortsetzung der dynastischen Geschichtsschreibung mit anderen Vorzeichen sind. Hautmann und Kropf repräsentieren so das sozialwissen-

schaftliche Selbstverständnis der jüngeren österreichischen Historiker.

Anton Pelinka

BOTZ, Gerhard, Helmut KONRAD und Hans HAUTMANN: **Ferdinand Hanusch. Ein Leben für den sozialen Aufstieg 1866 - 1923** (= Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 3). – Wien: Europa Verlag 1973. 111 S.

Einem Praktiker der Arbeiterbewegung widmet ein Team junger österreichischer Historiker ein deskriptives und (zumindest ansatzweise) auch analytisches Werk. Ergänzt durch eine Bilddokumentation, macht der vorliegende Bd. das Profil einer der Schlüsselfiguren der österreichischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung deutlich: Der Textilarbeiter aus dem österreichischen Teil Schlesiens, der über Gewerkschaft und Partei in das Parlament der untergehenden Monarchie gelangt und nach Gründung der Republik zwei Jahre lang als Staatssekretär für soziale Verwaltung die Grundlagen für den österreichischen Sozialstaat schafft.

Die Autoren zeichnen in drei Abschnitten (Jugend und literarisches Werk, Partei und Gewerkschaft, Staatssekretär) die Entwicklung Hanuschs. Bei einer grundsätzlichen Sympathie für Hanusch sind sie keineswegs unkritisch – so etwa, wenn die deutschen nationalen Ressentiments des Gewerkschafts-

sekretärs Hanusch erwähnt werden, der im gemischtsprachigen Gebiet Nordmährens tätig war (S. 51 f.). Die Autoren entgehen auch der Versuchung, den Persönlichkeitsfaktor überzubewerten: Hanusch wird in die gesellschaftliche Entwicklung und in den Wachstumsprozeß von Partei und Gewerkschaft eingeordnet.

Hanusch wird überzeugend als der Prototyp des sozialdemokratischen Pragmatikers vorgestellt, eines „Tradeunionisten“, der diese Position nicht theoretisch formuliert (er war kein „Revisionist“ im Sinne Bernsteins), der aber eben diese Position praktiziert: „Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, daß Hanusch stets mehr ein Mann der Gewerkschaft als ein Mann der Partei war“.

Mit dem Namen Hanusch, vor allem mit seinem Wirken als Staatssekretär in der großen Koalition (1918 - 1920), verbindet sich die Vorstellung von der Besonderheit des österreichischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Tatsächlich sind in diesen beiden Jahren die Einrichtungen geschaffen worden, die im wesentlichen noch mehr als fünfzig Jahre später den Kern dieses Sozial- und Wohlfahrtsstaates ausmachen: Zum Beispiel die Arbeiterkammern, die – bewußt als Gegenstück zu den Handelskammern institutionalisiert – eine spezifische Verbindung zwischen Arbeiterbewegung und Staat herstellen. Es war der Pragmatismus à la Hanusch, der so eine Integration der Arbeiterbewegung in den Staat ermöglicht hat.

Anton Pelinka

KURZANZEIGEN

HEINTZ, Georg, (Hrsg.): **Index der „Neuen Weltbühne“ von 1933 - 39** (= Deutsches Exil 1933 - 1945, Nr. 1). – Worms 1972. 103 S.

Heintz hat die Nummern 11 – 13 des 2. Jahrgangs (1933) der „Wiener Weltbühne“ und die Fortsetzung als „Neue Weltbühne“ vom 6. April 1933 bis 31.8.1939 „lückenlos“ ausgewertet. Den Hauptteil (75 S.) bildet ein alphabetisch geordnetes Autoren-Verzeich-

nis. Unter jedem Buchstaben sind die – leider zumeist nicht aufgelösten – Pseudonyme und Initialen vorangestellt. Mit Hilfe noch lebender Redaktionsmitglieder, wie Hermann Budzislowski und William S. Schlamm, wäre dieser Mangel zumindest teilweise reparabel gewesen. Das Sach- und Verweis(ungs)-Register ist ebenfalls lückenhaft und vermittelt den Eindruck des Zufälligen. Das Vorwort gibt Einblick in die eklektische, unwissenschaftliche Arbeitsweise des Herausgebers, dessen Unver-

mögen durch die anerkennenswerte Begeisterung kaum gemildert erscheint. Den Rezensenten hätte im Hinblick auf den trotz vieler Anzeigen ansehnlichen Preis der Versuch eines kurzen Porträts der „Neuen Weltbühne“ versöhnlich gestimmt. So muß man vor den per Waschzettel avisierten weiteren Titeln der Schriftenreihe mit Lichtvers „Aesop“ warnen: „Blinder Eifer schadet nur“.

Kurt Koszyk

NEULAND, Franz: 1899 - 1933/1946: Union-Druckerei und Verlagsanstalt GmbH. – Frankfurt/M.: 1974. 82 S.

Die „Volksstimme“, im Untertitel „Sozialdemokratisches Organ für Rhein- und Main-gau, Wetterau und Taunus“, entstand gleichzeitig mit dem Fall des Sozialistengesetzes. Ab 1899 wurde sie in der Uniondruckerei hergestellt, deren Gesellschafter führende Frankfurter Sozialdemokraten und Gewerkschafter waren. Die „Volksstimme“ zählte zu den führenden sozialdemokratischen Zeitungen im Deutschen Reich. Namen wie Paul Kampffmeyer und Ludwig Opificius, Max Quarck und Hermann Wendel sind eng mit ihrer Geschichte verbunden. Während die Zeitung nach einem kurzen Aufleben bereits 1954 ihr Erscheinen einstellen mußte, hat die Union-Druckerei das Blatt um Jahrzehnte überlebt. Sie gehört heute zu den leistungsfähigsten graphischen Betrieben der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. – In einer bescheidenen, aber grundsoliden Festschrift zum 75jährigen Bestehen berichtet Franz Neuland über die Entwicklung von Druckerei und Zeitung. Der schmale Band ist reich illustriert.

Gerhard Beier

HAUPT, Georges: Die Kommune als Symbol und als Beispiel (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, Nr. 12.) – Trier: Karl-Marx-Haus 1974. 26 S.

Abgesehen vom Anmerkungsteil, der neu bearbeitet wurde, handelt es sich um die Übersetzung des in Heft 79 der „Mouve-

ment Social“ veröffentlichten Beitrags zum Pariser Kommune-Colloquium anlässlich der Zentenarfeiern. Unter Beschränkung auf einen begrifflichen Teilspekt definiert Haupt das Symbol als das Beschreibende, das auf die Anziehungskraft hinweist, „die das Bild der Kommune ausübte, nachdem es sich im kollektiven Bewußtsein festgesetzt hatte oder nachdem es durch die Ideologien verändert worden war“. Demgegenüber vereinigt das Beispiel, oder das Bezeichnende, „die vielfältigen Bemühungen, um eine Erfahrung zu nutzen, um Theorien aus den Ereignissen abzuleiten und um neue Leitideen für Aktionen, und zwar ganz spezifische Aktionen, zu gewinnen“.

Schon während der Solidaritätsbewegung von 1871 als Vorbote betrachtet, wurde die zum Symbol erhobene Kommune gleichzeitig „Idee, Glaubensbekenntnis und Bestätigung einer unvermeidlichen historischen Entwicklung zur Vollendung der proletarischen Revolution“. Innerhalb der Arbeiterbewegung bricht sich die dem kollektiven Bewußtsein eingeprägte Vorstellung im Prisma unterschiedlicher Interpretation, so daß von der gemeinsamen Basis des Kommuneaufstands auch verschiedene Traditionslinien ausgehen können. Trotz aller Veränderungen und Abschwächungen bleibt das Symbol lebendig, bis es nach 1918 eine zweite Blüte erlebt. Seit Bolschewiki und Dritte Internationale ihre eigene Revolution als Spiegelbild der Kommune verherrlichen, „lassen sich die Optionen, Prinzipien und Themen, die in Beziehung zum Pariser Aufstand stehen, weitgehend vom Bolschewismus und seinen kurz- und langfristigen Zielen leiten“.

Auffällig an der ununterbrochenen Kette von Kontroversen, in denen der Ausdruck „Beispiel“ wie ein Leitmotiv wiederkehrt, scheinen „die Fluktuationen in den punktuellen Analysen ebenso wie die immer stärker hervortretende Trennung von Beispiel und Symbol zugunsten des letzteren“. Weil Aufnahme und Darstellung der Kommune untrennbar mit der Gesamtgeschichte der Arbeiterbewegung verbunden sind, mußten sich die Reflexionen den Forderungen

gen des praktischen Kampfes anpassen. Als „Praxis“ begriffen ist diese Geschichte „ein theoretisches und strategisches Versuchsfeld, auf dem Genauigkeit und kritische Einsicht verlangt werden, um . . . von einem historischen Ereignis aus, das als Erfahrung verstanden wird, neue Wege zu suchen“. Als „Überlieferung“ wiederum ist sie „eine Quelle der Legitimation, der Rechtfertigung oder ideologischen Beweisführung, ein Mobilisierungs- oder Kohäsionsfaktor, und daher auch den Forderungen der Tat in einer bestimmten Situation unterworfen“. Der Versuch, die Geschichte vom Einfluß der Kommune-„Legende“ zu befreien, „wäre ebenso sinnlos, wie die Kommune aus der Geschichte zu streichen“.

Henryk Skrzypczak

VINCZE, Edith S.: **Der Pester Hochverratsprozeß (April 1872)**. in: *Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae*, Bd. 18 (1972), S. 75 - 117.

Gegen die Niederschlagung der Pariser Kommune protestierten die ungarischen Arbeiter mit einem Trauermarsch am 11. Juni in Pest. Die ungarischen Behörden verhafteten daraufhin die Führer der hauptstädtischen Arbeiterbewegung und klagten 28 von ihnen wegen Zugehörigkeit zur Internationale und hochverräterischer Vorhaben an. Karoly Farkas und seinen Genossen wurde in einer plump konstruierten Anklage die Absicht unterstellt, die Monarchie gewaltsam stürzen zu wollen. Trotz liberal-bürgerlicher Proteste in Presse und Parlament zogen sich die Untersuchungen gegen die Angeklagten über ein Jahr hin. Parallel zum Leipziger Hochverratsprozeß gegen Bebel und Liebknecht forcierte die Regierung eine exemplarische und scharfe Aburteilung der ungarischen Sozialisten, drang jedoch damit nicht durch. Alle Angeklagten wurden in dem in der freiheitlich-liberalen ungarischen und internationalen sozialistischen Öffentlichkeit stark beachteten Prozeß freigesprochen und errangen einen moralischen Sieg für die noch junge Arbeiterbewegung Ungarns.

Der sehr solide, anhand verschiedener, vornehmlich ungarischer Quellen erarbeitete Aufsatz stellt den Pester Hochverratsprozeß in den Zusammenhang der Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung und zeigt deren lassalleanischen Ursprung in Theorie und Programmatik auf. Von besonderem Interesse für den deutschen Leser sind die zahlreichen internationalen Kontakte der ungarischen Arbeiterbewegung, insbesondere ihre engen Beziehungen zu den führenden Köpfen der deutschen und österreichischen Organisationen.

Walter Momper

WEDIN, Åke: **Internationell facklig solidaritet FFI 1957 - 1965**. (Internationale gewerkschaftliche Solidarität IBFG 1957 - 1965). — Stockholm: Bokförlaget Prisma 1974. 72 S.

Bei dieser Broschüre handelt es sich um einen Separatdruck aus „Tvärsnitt“ (Querschnitt), einem Sammelband mit sieben Forschungsberichten, der 1973 aus Anlaß des 75jährigen Bestehens des schwedischen Gewerkschaftsbundes (LO) erschienen ist. Der Autor war seit 1966 Leiter von „Arbetarrörelsens Arkiv“ in Stockholm. Er ist Spezialist für soziale Probleme Südamerikas und erweist sich mit der vorliegenden Arbeit als vorzüglicher Kenner der gewerkschaftlichen Internationale.

Wenngleich Wedin seine Arbeit auf ein knappes Jahrzehnt eingrenzt, greift er zurück bis auf die Gründungsjahre des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und geht mit seinen Schlußfolgerungen bis in die aktuelle Gegenwart. Im Mittelpunkt stehen freilich jene Jahre, in denen mit Arne Geijer ein schwedischer Gewerkschaftsführer an der Spitze des IBFG stand, der zusammen mit Vincent Tewson (TUC) um einen neue Konzeption internationaler gewerkschaftlicher Solidarität kämpfte. Kritik findet vor allem die Haltung der US-Gewerkschaften unter George Meany, aber auch der DGB unter Willi Richter.

Es geht Wedin um die kurze Geschichte des internationalen Solidaritätsfonds für die

Brudergewerkschaften in den Entwicklungsländern. Die umstrittene „Oldenbroekaffaire“ und die Vorgänge auf dem Amsterdamer Kongreß von 1965 sind Höhepunkte seiner distanzierten Darstellung und klugen Analyse. In sachlicher Weise resümiert Wedin

die tragische Entwicklung von multi-lateraler Solidarität zu bilateralen gewerkschaftlichen Aktivitäten, die letztlich der umfassenderen Solidarität im Wege stehen.

Gerhard Beier

BERICHTIGUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

ZU PETER LÖSCHES REZENSION VON GÜNTER BARTSCH, „Anarchismus in Deutschland“

Prof. Dr. Lösches Besprechung (in: IWK, Jg. 10 (1974), H. 3, S. 398 - 403) liegen so schwerwiegende Mißdeutungen und Irrtümer zugrunde, daß ich sie im Interesse eines jungen Zweigs der politischen Wissenschaft nicht hinnehmen darf.

1. Anarchismus und Studentenbewegung. Es ist falsch, daß mir zufolge die 1964/65 im Westen und der Bundesrepublik (einschließlich Westberlin) entstandene Studentenbewegung „nicht nur anarchoide Züge trug, sondern direkt als anarchistisch bezeichnet werden kann“. Ich habe vielmehr skizziert, daß die Studentenbewegung zur Basis für die Neubildung *aller* sozialen Bewegungen wurde. Ihr antiautoritärer Impuls spiegelte die Autoritätskrise sowohl des kommunistischen Systems als auch der parlamentarischen Demokratie. Daher wurde sie bis zu einem gewissen, in jedem Lande unterschiedlichen Grade vom Anarchismus beeinflusst. Allein er hatte auf ihrem theoretischen Siedepunkt eine Antwort auf die Frage bereit, was an die Stelle des Leistungs- und Konkurrenzprinzips treten sollte: Proudhon nannte es Mutualismus und Kropotkin gegenseitige Hilfe. Jedoch entwickelte sich nur eine kleine Minderheit der Universitätsrebellens zu Anarchisten. Eine Bewegung der Anarchos entstand erst, als die studentische sich differenzierte und zergliederte. Daß ich angeblich alle aus dem SDS hervorgegangenen Gruppen und Sekten dem Neuen Anarchismus zuschlage, ist eine kaum zu begreifende Fehldeutung. Zumal

schon mein Inhaltsverzeichnis zwischen Maoisten, DKP-isten, Trotskisten, autonomen Kommunisten, kritischen Sozialisten und Anarchos unterscheidet. Ich habe lediglich von einer anarchoiden Tendenz der Erben des SDS geschrieben, deren Grundtendenz in den meisten Fällen anti-anarchistisch ist.

2. Gemeinsame Merkmale von alten und neuen Anarchisten. Lösche erbringt keinen Beweis für seine Behauptung, daß die von mir genannten 12 (nicht 11) Merkmale „ohne expliziten Bezug und ohne jede Gewichtung . . . wahllos aneinandergereiht“ worden sind. Er meint lediglich, meine Definition spiegle „bestenfalls“ das anarchistische Selbstverständnis, in welches sich der Rezensent anscheinend noch niemals vertieft hat. Sonst müßte er wissen, daß die meisten Anarchisten ihre Charakterisierung als organisations-scheu, apolitisch und technikkritisch ablehnen, mir aber nicht den Mund verbieten, wenn ich anders darüber urteile. Da der Anarchismus auch von seinem Selbstverständnis geprägt ist, wäre jeder Versuch zum Scheitern verurteilt, ihn lediglich von außen zu begreifen (wie das Prof. Lösche versucht). Dasselbe Ergebnis müßte eine reine Innenschau haben. Meine zwölf Merkmale sind so geordnet, daß sie beide Seiten umfassen. Gerade die zwölffache Abgrenzung von anderen sozialen Bewegungen macht es unmöglich, daß mein Begriff des Anarchismus zum „Allerweltsetikett“ wird. Zu einem solchen Etikett hätte er nur bei Verwischung der Grenzen werden können.

3. *Verwechslung des Anarchismus mit dem Sozialismus.* Es ist vollkommen falsch, wenn der Rezensent behauptet, mein Unterscheidungskriterium zwischen Kommunismus und Anarchismus bestünde darin, daß die Anarchisten eine genossenschaftlich organisierte Gesellschaft erstreben, in der die Arbeiter zu ihren eigenen Unternehmern werden. Wie schon auf Seite 9 meines Doppelbandes nachgelesen werden kann, handelt es sich hier um meine Definition des Sozialismus, der durch die besagte Formulierung sowohl vom Kommunismus als auch vom Anarchismus unterschieden wird. Bei einer solchen Verwechslung mußte die gesamte Besprechung zu einem schiefen Turm werden, der jeden Augenblick einstürzen kann. Unter Anarchismus verstehe ich die anti-staatliche Bewegung, deren Anhänger sich jedoch über den Weg zum Ziel einer herrschaftslosen Ordnung bisher niemals einigen konnten.

4. *Anarchismus und industrielle Revolution.*

Im Unterschied zum Sozialismus, welcher erst im Zuge der industriellen Revolution entstand, sind Kommunismus und Anarchismus schon im Mittelalter nachzuweisen. Nicht nur in Europa, sondern auch in Asien. Sie traten jedoch lange Zeit als siamesische Zwillinge auf, im Mittelalter auch nirgendwo als eigene Kraft, sondern stets als linker Flügel religiöser Reformationen und revolutionärer Bauernerhebungen. (Das Material für diese Thesen ist in meinem Buch „Kommunismus, Sozialismus, Anarchismus“, Heft 72 der Bundeszentrale für politische Bildung, zusammengetragen.) Sie hatten allerdings schon insofern mit dem Kapitalismus zu tun, als sie dessen Keime zu zertreten versuchten (siehe meine Schrift „Hauptströmungen des europäischen Kommunismus“, Hannover 1971). Denn die ursprünglichen Kommunisten-Anarchisten waren Bauern und Handwerker, denen durch die Geldwirtschaft der Ruin drohte, auch ehemalige Priester, denen das kanonische Zinsverbot gleichsam im Blut saß. Nur auf diese mittelalterlichen Revolutionäre trifft die Charakterisierung als 'kleinbürgerlich' zu. Die industrielle Revolution wirkte sich auch insofern aus, als sie um 1872 zur Trennung

der siamesischen Zwillinge führte, zur Aufteilung des Kommunismus-Anarchismus in zwei eigenständige soziale Bewegungen.

5. *Anarchismus und Baader/Meinhof-Gruppe (RAF).* Der Baader/Meinhof-Steckbrief ist gegen meinen Willen auf den Umschlag des Doppelbandes gesetzt worden, durch den Verlag, der mich nicht von seiner Absicht informierte. Ich habe mich bei ihm schriftlich beschwert und die Eigenmächtigkeit des Verlages – von dem ich mich hier auch öffentlich distanzieren – als Dolchstoß in den Rücken des Autors bezeichnet, der sich gegen die simple Gleichsetzung des Anarchismus mit dem Terrorismus wendet. Die Baader/Meinhofs gehören zu den maoistischen Erben des SDS. Ihre Rote-Armee-Fraktion wollte die bewaffnete Fraktion der gesamten Neuen Linken sein und hat daher auch bei den Anarchos Anhänger zu werben versucht. Das blieb meines Wissens ohne Erfolg.

Günter Bartsch

Zu Minoru Kurata, **Rudolf Hilferding.**

Bibliographie seiner Schriften, Artikel und Briefe, in: IWK, Jg. 10 (1974), H. 3, S. 327 - 346, ist nachzutragen: 1. Rudolf Hilferdings Referat, „Sozialisierung des Wirtschaftslebens“, gehalten auf dem 1. Rätekongreß, in: „Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, Berlin 16. - 21. Dezember 1918, Stenographische Berichte“, hrsg. vom Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, Berlin o.J. [1919], Sp. 312 - 321; 2. Hilferdings Schlußwort, in: a.a.O., Sp. 341 - 344; 3. Rudolf Hilferding, „Zur Sozialisierung“, in: „Die Revolution. Unabhängiges Sozialdemokratisches Jahrbuch für Politik und proletarische Kultur“, Berlin 1920 (Mitteilung von Wolfgang Luthardt, Berlin).

Zu Setsuko Tarumi und Hartfrid Krause, **Bibliographie der USPD-Broschüren 1917 - 1922,** in: IWK, Jg. 10 (1974), H. 4, S. 458 - 471, ist nachzutragen, daß die auf S. 467, Nr. 147, angeführte Broschüre, „Die arbeitende Jugend und die Reichstagswahlen“,

von Hans Hackmack verfaßt wurde. Außerdem erschienen von Hans Hackmack die beiden Broschüren „Die sozialistische Jugendbewegung“, A. Hoffmann, Berlin o. J. [1918], 39 S., und „Die Jugend der neuen Zeit“, A. Hoffmann, Berlin 1919, 36 S., um deren Titel die Bibliographie zu ergänzen ist (Mitteilung von Frau Emmi Hackmack, Bremen).

Druckfehlerberichtigung

In H. 1 (1975) sind leider einige Druckfehler enthalten, die die Redaktion zu entschuldigen und zu korrigieren bittet: S. 2, Anm. 6; S. 9, Anm. 49; S. 10, Anm. 56; S. 18, Anm. 113; S. 28, Anm. 188: statt Heinz-Josef Steinberg lies jeweils: *Hans-Josef*

Steinberg; S. 9, Anm. 52, statt Morgensterin lies: *Morgenstern*; S. 37, Anm. 41, Z. 11, nach „fixe“ ergänze: *Idee aber*; S. 66, Sp. 2, der Text von III 9 Nr. 15 muß vollständig lauten: *Vollziehung des Bundesbeschlusses zur Verhinderung des Mißbrauchs der Pressefreiheit . . .*; S. 95, Z. 8, statt historische lies: *historistische*; S. 97, Z. 8, statt Nachfrage lies: *Machtfrage*; S. 98, Z. 4, statt Silberberg lies: *Silverberg*; S. 99, Z. 22, statt historische Darstellungsform lies: *historistische*; S. 134, Z. 1 und 4, statt IAHHLI lies: *IALHI*.

Autoren dieses Heftes:

Dr. Hermann Hoffmann, Oberarchivdirektor am Staatsarchiv Würzburg, 87 Würzburg, Residenz-Nordflügel.

Dr. Sybil Milton, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leo Baeck Institut, New York, 29 East 73rd Street, New York, N.Y. 10021, USA.

Dr. Richard Saage, Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen, 34 Göttingen 23, Am Brachfelde 2.

Rudi Schmidt, Wissenschaftlicher Assistent am Sozialforschungszentrum der Universität Erlangen-Nürnberg, 852 Erlangen, Schenkstr. 57.

ISSN 0046-8428

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER
DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)

Redaktion: Ursel Fadle, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, unter
ständiger Mitarbeit von Gerhard Beier.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfasseramen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtig-
keit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält
sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Überset-
zung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.

Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels, Sie wird von der Historischen Kommission zu
Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).

Preis: Einzelheft DM 10,50 (Studenten und andere Auszubildende DM 7,-), Jahresabonne-
ment DM 42,- (Studenten und andere Auszubildende DM 28,-). zuzüglich Porto und Ver-
packung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kom-
mission – Sonderkonto L, Nr. 215515 - 105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonne-
ment kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) ge-
kündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres
Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5,
7, 8, 13 - 19/20, Jg. 10 (1974) komplett und Jg. 11 (1975), H. 1. Weitere Nachdrucke vergrif-
fener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kosten-
los ab.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.

Satz: Composersatz Marschall, Berlin 46, Arnstädter Str. 1.

Druck: Kleinoffset Dressler, Berlin 36, Oranienstr. 10/11.



Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, 1 Berlin 45, Tietzenweg 79,
Telefon 030/833 30 61

MITTEILUNG ÜBER EIN PROJEKT

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT (bei Kandidaten: Sitz der Hochschule, an der die Prüfung abgelegt werden soll):

ART DES VORHABENS (z. B.: Edition, Aufsatz, Monographie, phil. Diss., Staatsexamensarbeit):

TITEL DES VORHABENS (Arbeitstitel genügt):

ERLÄUTERUNGEN (Problemstellung, Gliederung, Akzente; Quellenbasis):

WISSENSCHAFTLICHER BETREUER (falls vorhanden):

STAND DER ARBEIT (z. B.: geplant, Anfangsstadium der Bearbeitung, voraussichtlicher Zeitpunkt des Ms.-Abschlusses):

SONSTIGES (z. B.: soll im Herbst 197 . im Verlag erscheinen):

Bitte beachten Sie auch die Rückseite!

MITTEILUNG ÜBER DEN STAND EINES BEREITS ANGEZEIGTEN PROJEKTS

N A M E (des Verfassers, Bearbeiters oder Herausgebers):

VORNAME:

ANSCHRIFT:

ORT DER WISSENSCHAFTLICHEN WIRKSAMKEIT:

TITEL DES VORHABENS (wie angezeigt):

TITELVERZEICHNIS NR.

Zutreffendes bitte ergänzen, ankreuzen bzw. unterstreichen.

Die Arbeit wurde unter dem Titel
.

- ☐ abgeschlossen.
- ☐ als Staatsexamensarbeit/Magisterarbeit/Dissertation/Habilitationsschrift im Jahre
. von der Universität/Hochschule
. angenommen.
- ☐ ist/wird voraussichtlich unter dem Titel
.
im Jahre im Verlag/in der Zeitschrift/im Rahmen des Werkes
.
erschieden/erscheinen.
- ☐ Die Bearbeitung dauert an; Abschluß voraussichtlich
- ☐ Das Thema wurde wie folgt geändert:
.
- ☐ Die Bearbeitung wurde eingestellt.

Sonstiges:
.
.

STELLENAUSSCHREIBUNG

In der Ruhr-Universität Bochum, Abteilung für Geschichtswissenschaft, ist für die Betreuung einer Sammlung zum internationalen Sozialismus zum 1. Oktober 1975 die Stelle eines (r) Diplombibliothekars (in) (BAT IVb) mit Berufserfahrung zu besetzen. Voraussetzung ist vor allem Interesse am Gegenstand und die Bereitschaft, mit Studenten kollegial zusammenzuarbeiten. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an:

Ruhr-Universität Bochum
Abteilung für Geschichtswissenschaften,
463 Bochum-Querenburg, Postfach 2148
z.Hd. Peter Friedemann

Dr. Ströbel

Texte zur Arbeiterbewegung

England:

Autonome Klassenkämpfe in England 1945—1972

von Cajo Brendel

130 S. 6,— DM ISBN 3-87956-037-4

Cajo Brendel stützt sich in seiner Untersuchung auf die Streik- und Kampferfahrungen der britischen Arbeiter und setzt in seiner Untersuchung das Schwergewicht auf die Auseinandersetzungen der autonomen Arbeiterkämpfe gegen Gewerkschafts- und Parteibürokratie.

Deutschland:

Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918/19

von Ulrich Linse

250 S. 14,— DM ISBN 3-87956-026-9

Es werden erstmals bisher kaum zugängliche Dokumente und Berichte aus der bayerischen Räterepublik, von den Arbeiter- und Soldatenräten veröffentlicht unter besonderer Berücksichtigung der Aktivitäten Gustav Landauers.



Italien:

Die revolutionären Aktionen der italienischen Arbeiter und Bauern und die Rolle Errico Malatestas

von Max Nettlau

210 S. 7,— DM ISBN 3-87956-012-9

Nettlau beschreibt eine der wichtigsten Etappen in den sozialen und ökonomischen Kämpfen Italiens. Die seit Mitte des 19. Jahrhunderts sich entwickelnden Auseinandersetzungen sind ohne die Rolle der anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Arbeiter- und Bauernbewegung undenkbar. Errico Malatesta griff in diese Klassenkämpfe und Widerstandsbewegungen praktisch mit ein und formulierte auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen seine theoretischen Vorstellungen.



Deutschland:

Das Fundament und die Organisation der sozialen Revolution

von Karl Plattner

44 S. 2,20 DM ISBN 3-87956-016-1

Plattner diskutiert das Verhältnis zwischen der Funktion der Partei und den Aufgaben der Räte; er entwickelt ein Rätemodell, das sich schrittweise von der dominierenden Bestimmung der Partei entfernt.

Spanien:

Spanische Revolution

von Gerald Brenan — Einleitung Achim v. Borries

110 S. 5,— DM ISBN 3-87956-019-6

Deutsche Erstübersetzung

Es wird die Vorgeschichte der spanischen Revolution untersucht; ferner die theoretischen, kulturellen und politischen Hintergründe der spanischen Arbeiter- und Bauernbewegung und die Rolle der größten spanischen Arbeiterorganisation, der CNT.

Bewaffnung des Volkes — Aufbau, Organisation und Kampf der Volksmiliz im spanischen Bürgerkrieg

von D. u. A. Prudhommeaux —

Einleitung Carl Einstein

64 S. 5,— DM ISBN 3-87956-022-6

Deutsche Erstübersetzung

Der bewaffnete Kampf der spanischen Arbeiter und Bauern gegen den Faschismus, die Organisation dieser Kämpfe durch die anarcho-syndikalistische CNT und die anarchistische FAI zeigen, daß der Arbeiter und Bauer weniger als Soldat, als Militarist, sondern als klassenbewußter Proletarier, als Befreier handelt, der in den Kämpfen auch die sozialrevolutionären Aspekte in die Tat umsetzte.

Kramer Verlag 1 Berlin 44 Postfach 106